

AUFTRAG



HEFT 225 / 1996

36. JAHRGANG

- **VERSÖHNUNG:**
„Versöhnung suchen – Leben gewinnen“
Auf der Suche nach Frieden und Versöhnung
- **KATHOLISCHE SOZIALLEHRE**
- **SOLDAT IM INTERNATIONALEN FRIEDENSDIENST**
- **GLAUBENSZEUGEN**



Also hat Gott
die Welt geliebt,
daß er seinen
eingeborenen
Sohn gab,
auf daß alle,
die an ihn glauben,
nicht verloren werden,
sondern das ewige
Leben haben.

Joh. 3,16

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

INHALT

VERSÖHNUNG

Versöhnung suchen – Leben gewinnen. Anmerkungen zur ökumenischen Versammlung	3
Versöhnung – mehr als ein Wort (<i>Justitia et Pax, Arbeitsgruppe „Versöhnung“</i>)	4
Auf der Suche nach Frieden und Versöhnung (<i>Paul Schulz</i>)	10
Angerührt von Armut und Dankbarkeit (<i>Annemarie Kury</i>)	17
Für Menschen in Not ein Dach über dem Kopf (<i>Caritas international</i>)	18
Was trägt die katholische Kirche zur Versöhnung im ehemaligen Jugoslawien bei? (<i>Rudolf Grulich</i>)	21
Deutsche und Tschechen (<i>Eckhard Stuff</i>)	25
Nach 51 Jahren: Deutsche Soldaten in Oberschlesien (<i>Joachim Georg Görlich</i>)	26

WELTKIRCHE

Peanuts? (<i>Helmut Fettweis</i>)	27
Zur Lage der Kirche in den mittelosteuropäischen Staaten (<i>Andreas Ruffing</i>)	28
Polens Katholizismus ist auch nicht mehr das, was er einst war (<i>Joachim Georg Görlich</i>)	32
Kardinal Vlk: Noch immer antikirchliche Propaganda (<i>KNA</i>)	32

KATHOLISCHE SOZIALLEHRE

Die Prinzipien Katholischen Soziallehre in der gesellschaftspolitischen Arbeit (<i>Paul Becher</i>)	33
„Der verlassene Staat? – Christliches Engagement in einer pluralen Gesellschaft“ (<i>Günter Wolf</i>)	38
Erschütterungen im Glaubensbewußtsein (<i>KNA</i>)	40

SICHERHEIT UND FRIEDEN

Soldat im internationalen Friedensdienst (<i>GKS-Erklärung</i>)	41
Sicherheitsinteressen in Europa (<i>Eckhard Stuff</i>)	44
93 Tage bei GECONIFOR (L) – Als Presseoffizier im Friedenseinsatz (<i>Enno Bernzen</i>)	45
In der Fremde ein Stück Zuhause (<i>KAS/PS</i>)	47
„Auf den Spuren der Väter“ (<i>Siegfried Granrath</i>)	49

WOCHE FÜR DAS LEBEN 1996

Christlich leben – christlich sterben (<i>Karl-Heinz Ditzer</i>)	58
--	----

ASYMMETRIE DER GESCHLECHTER

Anthropologie der Geschlechter (<i>Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz</i>)	63
--	----

GLAUBENSZEUGEN

Das Gewissen steht über der Gehorsamspflicht	66
Drei Priester, die ihren „ADSUM“ treu geblieben sind (<i>Friedrich Brockmeier</i>)	68

TRADITION

Russische Exlibris: Rückkehr der religiösen Motive (<i>Paul Roth</i>)	72
Geheimnisse und Traditionen (<i>KNA/PS</i>)	74

AUS MILITÄRSEELSORGE, PGR UND GKS

„Soldatischer Dienst im Wandel – Zwischenrufe zu aktuellen Fragen“ (<i>GKS/Karl-Jürgen Klein</i>)	77
Deserteure unter dem NS-Regime (<i>Norbert M. Schütz</i>)	78
Ein Kirchenvolksbegehren ganz anderer Art (<i>Carl Ursprung</i>)	80
Gemeinsam und mit Zuversicht auf dem Weg zum Herrn (<i>GKS/PS</i>)	82

WEHRBEREICH II, VI, VII

84

KURZ NOTIERT

20, 26, 27, 40, 51, 57

PERSONALIA

85, 86, 87

AUTOREN UND BEITRÄGE IN DIESEM AUFTRAG

87

BUCHBESPRECHUNGEN

88

VERSÖHNUNG

Versöhnung suchen – Leben gewinnen

von Erfurt

Deutsche Ökumenische Versammlung

13. – 16. Juni 1996

nach Graz

Europäische Ökumenische Versammlung

23. – 29. Juni 1997



- Ökumene?
- Konziliarer Prozeß?
- Versöhnung?
- Was geht das mich an ...

Versöhnung betrifft jeden persönlich in seinem Leben: ob Konflikte in der Familie, Spannungen in der Nachbarschaft oder Kämpfe am Arbeitsplatz. Erlittene oder auch ausgeübte Gewalt sind keinem von uns fremd. Versöhnung ist eine Aufgabe, die uns als Christen wie als Mitbürger gerade heute dringend angeht.

Wie kann Versöhnung wirksam werden...

- zwischen unserer Region, in der wirtschaftliche und politische Macht konzentriert sind, und den Bedürfnissen der Dritten und Vierten Welt?
- zwischen Arbeitsplatz-Besitzenden – die oft zudem viel zuviel Arbeit haben – und den Arbeitslosen bei uns?
- zwischen den von Abschiebung Bedrohten und dem Innenminister und den zuständigen Behörden?
- zwischen einem Energiekonzern und denen, die in Garzweiler ihre Heimat verlassen müssen, und der bedrohten Natur?
- zwischen Ost und West in unserem Land angesichts ungleicher Lebensverhältnisse?
- zwischen Christen, die sich der Tradition und Christen, die sich

dem notwendigen Fortschritt verpflichtet sehen, zwischen Amtsträgern und anderen Mitgliedern des Volkes Gottes?

- zwischen katholischen, evangelischen, orthodoxen und freikirchlichen Gemeinden?

Spaltungen, Polaritäten und ungerechte Verhältnisse rufen nach versöhnendem Handeln.

Jeder kann einen kleinen, aber wichtigen Beitrag leisten – auch Sie.

Einige Hintergrundinformationen:

Graz

Vom 23. bis 29. Juni 1997 wird in Graz auf Einladung der Konferenz Europäischer Kirchen und des Rates der Europäischen Bischofskonferenz eine zweite Europäische Ökumenische Versammlung zum Thema „Versöhnung – Gabe Gottes und Quelle neuen Lebens“ stattfinden.

Vertreter/-innen der christlichen Kirchen und kirchlicher Gemeinschaften in Europa werden dort zusammenkommen, um aus der Perspektive des Evangeliums Wege der Versöhnung für die Menschen, Völker und Kulturen in Europa zu entdecken.

Erfurt

Zur Vorbereitung auf Graz hat Bischof Wanke von Erfurt im Auftrag der Mitgliedskirchen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher

Kirchen in Deutschland zu einer Deutschen Ökumenischen Versammlung eingeladen. Sie findet vom 13.–16. Juni 1996 in Erfurt statt unter dem Motto: „Versöhnung suchen – Leben gewinnen“.

Alle Christen sind eingeladen, sich an der Suche nach Wegen der Versöhnung in ihrem konkreten Lebensumfeld zu beteiligen und eigene Erfahrungen und Fragen beizutragen.

Es geht um das lebendige Zeugnis der Christen im Dienst an der Versöhnung angesichts der Veränderungen, Spannungen und Beschädigungen, die vor allem durch die Umbrüche 1989 und 1990 in Deutschland und Europa entstanden sind.

Konziliarer Prozeß – was ist das?

Die Versammlungen von Graz und Erfurt stehen nicht für sich, sondern sind Etappen eines längeren ökumenischen Weges christlicher Kirchen, Gemeinschaften und Netzwerke auf der ganzen Welt, einzutreten in einen „Konziliaren Prozeß gegenseitiger Verpflichtung ... für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“.

Es geht, angesichts der vielfältigen Bedrohungen des Lebens auf unserer Erde, um ein gemeinsames Zeugnis der Christen für die Liebe Gottes zu den Menschen und zu seiner Schöpfung.

Besondere Wegstationen dieses ökumenischen Prozesses waren die erste Europäische Ökumeni-

sche Versammlung „Frieden in Gerechtigkeit“ 1989 in Basel und die Weltversammlung der Christen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung 1990 in Seoul.

Die Versammlungen von Erfurt und Graz wollen an diesen Weg anknüpfen und ihn fortführen in der Suche nach konkreten Zeichen und Schritten der Versöhnung.

„Der Weg nach Graz soll die Versöhnung zwischen den Kirchen, Kulturen und Völkern in Europa fördern. ... Wir rufen alle Schwestern und Brüder, die mit uns verbunden sind, zur Vorbereitung dieser Versammlung des Volkes auf und hoffen, daß aus ökumenischen Initiativen auf örtlicher, regionaler und landesweiter Ebene

Impulse für die Tage in Graz erwachsen.“

Was können wir tun ?

- Es geht oft nicht um zusätzliche Schritte, sondern darum, unser alltägliches Handeln versöhnend zu leben.
- Wir können vor Ort in unserer Umgebung wahrnehmen, wo es Spaltung, Ungerechtigkeit, Gewalt, wo es Benachteiligte und Arme gibt. Wir können auf andere Menschen zugehen und Brücken schlagen.
- Es gibt oft schon viel mehr Engagement, als wir wissen: in Nachbargemeinden und anderen Verbänden, in ökumenischen Kreisen und Partner-

gemeinden, in Bürgerinitiativen oder Netzwerkgruppen. Wir sollten diese Partner entdecken und aufeinander zugehen.

- Neben vielen negativen Erfahrungen gibt es so viele Hoffnungszeichen. Erzählen wir einander Hoffnungsgeschichten, statt Resignationsgeschichten. Gesellschaftliche Veränderungen brauchen Zeit und viel Geduld und Ausdauer. Wer hätte bei uns 1988 an eine absehbare deutsche Einheit gedacht?
- Tun wir uns mit unseren Möglichkeiten mit anderen zusammen und vernetzen wir uns. Viele kleine Schritte ergeben zusammen eine gesellschaftliche Wirkung. Der Konziliare Prozeß, das können wir alle sein.



Der folgende Beitrag ist ein Arbeitspapier, das die Projektgruppe „Versöhnung“ der Deutschen Kommission Justitia et Pax im Hinblick auf die Vorbereitung auf die und als Beitrag zur Diskussion bei der Deutschen Ökumenischen Versammlung in Erfurt entworfen hat. Die wesentlich umfangreichere Broschüre (ARB 73) „Versöhnung suchen – Leben gewinnen. Texte und Materialien zu den Ökumenischen Versammlungen in Erfurt und Graz“ ist bei der Geschäftsstelle der Deutschen Kommission Justitia et Pax, Adenauerallee 134, 53113 Bonn, Fax: 0228-103318 gegen Kostenerstattung von DM 6,-- erhältlich.

Versöhnung – mehr als ein Wort

Zu einigen Elementen und Aufgaben christlicher Versöhnungsarbeit heute

Arbeitspapier der Deutschen Kommission Justitia et Pax, Projektgruppe „Versöhnung“

I. Zum Verständnis von „Versöhnung“

Versöhnung verlangt – wie das Reden von Gott – Aufrichtigkeit und Behutsamkeit und ist nicht eine Sache der großen Worte und feierlichen Proklamationen. Denn auch Versöhnung zwischen Menschen hat mit Gott zu tun. „Versöhnung – ich gehe am liebsten um mit diesem Begriff“ (Lew Kopelew). Gerade die Sprache, in der geredet wird, muß glaubwürdig und angemessen sein, soll Versöhnung gelingen.

Das Wort „Versöhnung“ wird in verschiedenem Sinn gebraucht. Für Christen steht jede gelingende Versöhnung im Zeichen des göttlichen Heilshandelns, das eng mit dem Kreuzesereignis verbunden und auf dieses bezogen ist. „Versöhnung“ ist zunächst ein christologischer, aber zugleich ein eschatologischer Begriff. Christus hat durch seine Bereitschaft, seiner Sendung selbst unter der Bedrohung des Kreuzes

Gliederung

- I. Zum Verständnis von „Versöhnung“
- II. Deutsch-deutsche Erfahrungen: Unversöhnte Erinnerungen – friedlose Gegenwart
- III. Wie wird Versöhnung möglich
- IV. Aufgaben konkreten Versöhnungshandelns im Prozeß der deutschen Einigung
- V. Empfehlungen an die Ökumenische Versammlung

treu zu bleiben (was das Neue Testament als „Gehorsam“ bezeichnet), die Menschheit mit Gott versöhnt. Diese Versöhnung der ganzen Schöpfung wird aber erst vollendet und offenbar am Ende der Zeiten.

Der Kreuzestod Christi und sein heilsgeschichtliches Wirken vor seinem Leiden weisen darauf hin, daß sich auch Versöhnung mit Gott vor und außerhalb zwischenmenschlichen Versöhnungshandelns nicht ereignen kann und die religiöse Dimension nicht gegen konkrete Schritte zur Versöhnung ausgespielt werden darf. Es gibt keine wirkliche Versöhnung mit Gott, die mit dem Rücken zu den Opfern unversöhnter Geschichte möglich wäre. Vielmehr gilt umgekehrt: weil zwischenmenschliche Versöhnungspraxis das Gottesverhältnis des Menschen unmittelbar betrifft, gewinnt die menschliche Dimension einen besonderen Ernst und eine eigene Tiefe.

Versöhnung ist mehr als ein vorläufiger Waffenstillstand. Sie bezeichnet den Zielpunkt eines oft langen und schwierigen Prozesses, einer positiven Konfliktbeendigung. So gelungene Versöhnung ermöglicht Frieden – Frieden ist die Frucht des beharrlichen Bemühens um Versöhnung. Im Gegensatz dazu entspricht „Rache“ einer „Konfliktbeendigung im Modus des Sieges“ (Elisabeth Seidler). Versöhnung ist nicht die einzige Weise, einen Konflikt zu beenden, sie versteht sich nicht von selbst. „Versöhnung tut not, wo ein Mensch an einem anderen in einer Weise schuldig geworden ist, die den weiteren unbefangenen Umgang miteinander unmöglich erscheinen läßt“ (Klaus Jacobi).

Versöhnung unter Menschen bedarf vieler kleiner Schritte miteinander und aufeinander zu. Sie ist kaum denkbar ohne Verzeihen und Vergebung, ohne geduldiges Bemühen um allmähliche „Entfeindung“. Der Prozeß der Aussöhnung braucht oft viel Zeit und darf nicht durch Versuche, sie vorzeitig zu erzwingen, gestört oder ganz vereitelt werden.

Im Bemühen um Versöhnung geht es um Identität und Integrität – auf Seiten der Opfer wie der Täter. Beide lassen sich nur bewahren, wenn die Frage nach Gerechtigkeit auch im Prozeß wachsender

Aussöhnung nicht umgangen oder vernachlässigt wird. Versöhnung wird nur dort auf Dauer bestehen, wo ein Mehr an Gerechtigkeit im Versöhnungsprozeß erreicht wurde. Dieses Mehr an Gerechtigkeit ist das eigentliche Ziel aller aufrichtigen Versöhnungsarbeit. Die hier gesuchte Gerechtigkeit meint etwas anderes als reine Legalität oder pure Gesetzesgerechtigkeit, die manchmal sogar eine besonders subtile Verkleidung für tiefes Unrecht sein kann.

Auch in den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen, in denen sich Menschen vorfinden, spiegeln sich nicht selten die Folgen schuldverhafteten, ja sündhaften Handelns wider. Solche Strukturen können es fast unmöglich machen, positive Handlungsabsichten zu verwirklichen, weil die Handelnden bereits in ihnen vorgegebene Schuldzusammenhänge verstrickt sind. Nicht zuletzt können dadurch Versöhnungsprozesse behindert, in ihrer Nachhaltigkeit und Tiefenwirkung geschwächt werden. Soll Versöhnung gelingen, so erfordert dies deshalb neben der persönlichen Umkehr ein Aufbrechen und Verändern dieser Strukturen und Institutionen, damit Unrecht überwunden und mehr Gerechtigkeit verwirklicht werden kann.

Versöhnung braucht die Teilhabe und Mitwirkung aller Betroffenen. Selbst der beste Vermittler in einem Versöhnungs-Prozeß kann sie nicht ersetzen. „Versöhnung ist etwas, was ganz in die Tiefe der menschlichen Seele reichen muß. Man kann dazu auffordern, aber man kann sie nicht beschenken, nicht planen, nicht verschreiben oder vorschreiben ... Es geht hier um ein Verhältnis von Mensch zu Mensch. Und das darf man nicht auf einen Tag, auf eine Stunde oder auf eine eigens dazu ernannte Woche beschränken“ (Lew Kopelew). Dies gilt auch für die Aussöhnung ganzer Völker:

„Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich“ (Richard v. Weizsäcker). Gelungene Versöhnung führt zu einer „Ökumene des Herzens, die über eine Ökumene des Geistes hinausgeht“ (Presse-Communiqué KEK/CCEE 14.05.1995).

II. Deutsch-deutsche Erfahrungen: Unversöhnte Erinnerungen – friedlose Gegenwart

Im Blick auf die Deutsche Ökumenische Versammlung soll exemplarisch auf eine Versöhnungsaufgabe im eigenen Hause hingewiesen werden. Für die Europäischen Ökumenischen Versammlungen bedarf es dann weiterer Überlegungen, besonders zur Versöhnung mit Osteuropa und der Dritten Welt.

Die Alltagserfahrungen der Deutschen in Ost und West mit den jeweils anderen Deutschen fördern viele alte und vor allem neue Fremdheiten zutage. Viele meinen deshalb, vom gesellschaftlichen Scheitern des Projektes „deutsche Einheit“ sprechen zu können. Über vierzig Jahre existierten unterschiedliche Staats- und Gesellschaftssysteme, und es besteht die Gefahr, daß das, was den ehemaligen Osten noch immer vom Westen trennt, nicht nur alte Fremdheiten verfestigt, sondern neue entstehen läßt.

Die meisten Menschen in den neuen Bundesländern erlebten das Ende des DDR-Staates und -Systems zunächst als radikales Zerschneiden ihrer eigenen Lebenswelt, als Bruch in ihrem Lebensgefüge, in ihren vertrauten Verhaltensweisen. Diese Erfahrung bereitet Schmerz. Die Menschen im Osten müssen zudem in sehr kurzer Zeit mit den ihnen auferlegten neuen politischen und wirtschaftlichen Strukturen und Regelungen zurechtkommen. Ihre konkreten Erfahrungen mit den neuen ordnungspolitischen Konzepten „Demokratie“ und „soziale Marktwirtschaft“ machen es ihnen oft schwer, den positiven Gehalt dieser Zielsetzungen zu erkennen. Der politische Leitgedanke der inneren Einheit ist für viele nicht in ihre Alltagswirklichkeit hinein vermittelbar und wirkt damit eher wie eine aufgezwungene Ideologie. Die grundlegenden Veränderungen haben bei vielen Unsicherheit und Orientierungslosigkeit bewirkt. Die Medien spiegeln dies in einer dissonanten Vielstimmigkeit wider.

Viele erfahren ihr Leben als täglichen Überlebenskampf, in einem Klima ständiger gesellschaftlicher Konkurrenz und sozialer Kälte und angesichts wachsender Gewalt-

bereitschaft – nicht nur unter jungen Menschen. Soziale Aufspaltungen und Deklassierungstendenzen in der deutschen Gesellschaft trennen jedoch heute nicht allein „Ossis“ und „Wessis“, sie gefährden den sozialen Frieden in umfassender Weise in den neuen wie in den alten Bundesländern.

Vor allem die politischen Zwänge zu schnellen Entscheidungen ließen die staatliche Einheit als im wesentlichen „von oben“ organisiert erscheinen. Die anfänglich offenkundig vorhandene gesamtgesellschaftliche Solidarität in den alten Bundesländern konnte unter diesen Umständen nur schwer weiterentwickelt werden. Neben der in Ostdeutschland staatlich verordneten Solidarität gab es eine Solidarität, die aus den Schwierigkeiten der früheren Lebensverhältnisse erwuchs. Unter den neuen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wird es schwerer, sie zu bewahren.

Zudem wird den Menschen in Ostdeutschland zunehmend bewußt, daß auch ein Rechtsstaat beim Versuch, politisch verursachtes Unrecht der Vergangenheit aufzuarbeiten, an enge Grenzen stößt, die eine angemessene Bestrafung begangener Verbrechen ebenso unmöglich machen wie eine Wiedergutmachung, die dem erduldeten Leid der Opfer angemessen wäre. Die übermäßige Konzentration auf die Verfolgung der inoffiziellen Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes führt zu einer Verzerrung der geschichtlichen Wirklichkeit, weil die Schuld auf Seiten ihrer Auftraggeber und „Verführer“ nicht in ausreichendem Maß aufgedeckt und geahndet werden kann. Nach aller Erfahrung der jüngeren deutschen Vergangenheit geht eine solche verstellte Perspektive zu Lasten der inneren Friedensfähigkeit in Gesellschaft und Staat. Mit dem Bestreben, die Mechanismen totalitärer Systemstrukturen aufzuarbeiten und aufzuklären, darf nicht umgegangen werden wie mit einer unerwünschten Ruhestörung.

III. Wie wird Versöhnung möglich?

Ob Versöhnung gelingt, ist zuvor oft ganz ungewiß und hängt nicht selten von Bedingungen und

Umständen ab, die sich der menschlichen Verfügbarkeit entziehen. Wenn man nach „Strategien der Versöhnung“ Ausschau hält, wird man daher zunächst nach Elementen suchen, die Versöhnung fördern und erleichtern können, und dann einzelne Schritte benennen, die erfahrungsgemäß in diesem Prozeß hilfreich sind. Dazu gehören:

- **Konfliktanalyse:** In ihr geht es darum, Konfliktursachen so weit wie möglich zu objektivieren, verschiedene Verursachungsfaktoren zu unterscheiden und einer ihrer Eigenart angemessenen Bearbeitung zugänglich zu machen, Konflikte zu begrenzen und ihre destruktive Kraft zu verringern, mögliche Schritte zu einer Deeskalation herauszufinden.
- **Empathie:** mit den Augen des anderen sehen lernen. Diese Haltung fordert dazu auf, vor allem Unwissenheit, Desinteresse, Ignoranz, Überheblichkeit, gegenseitige Abneigung und Gleichgültigkeit zu überwinden, auf Dominanzansprüche gegenüber dem (tatsächlich oder vermeintlich) Unterlegenen zu verzichten; Arroganz abzulegen und größere Sensibilität zu erwerben; zwischen einer Indifferenz gegenüber Werturteilen, die nicht selten mit Toleranz verwechselt wird, und einem sachgemäßen Verständnis solcher Toleranz unterscheiden zu lernen. Die Situation und die Handlungsweisen des jeweils anderen müssen reflektiert werden, um die eigene Einschätzung seiner Person, aber auch die eigenen Emotionen ihm gegenüber ein Stück weit objektivieren zu können.
- **Aufrichtigkeit und Ernsthaftigkeit.** Leid darf nicht zeredet werden, es darf aber auch weder über- noch untertrieben werden. Es bedarf der Aufrichtigkeit nicht nur in der Sache selbst, sondern auch in den Intentionen derer, die Versöhnung suchen. Es geht darum, daß wir „der Wahrheit, so gut wir es können, ins Auge sehen – ohne Beschönigung und ohne

Einseitigkeit“ (Richard v. Weizsäcker). Zur Sprache kommen müssen das Leid der Opfer (besonders durch die Zerstörung vieler ihrer Lebenshoffnungen, die Erfahrungen menschlicher Niedrigkeit und schmachvollen Verrats, oft aus ihrer unmittelbaren Umgebung) und der Täter (z.B. durch die Erkenntnis, mißbraucht worden zu sein, und durch den Verlust dessen, woran man irrtümlich geglaubt und wofür man sich eingesetzt hatte). Immer werden Täter wie Opfer nach ihrem je eigenen Schuldanteil fragen müssen. Gleichwohl bleibt vor allem ein Zielkonflikt möglich: wie soll man mit Erinnerungen umgehen, die man nicht erträgt? Menschen können an dem Leid zerbrechen, das sie zu tragen haben. Darüber hilft keine politische oder weltanschaulich-ideologische Rhetorik hinweg, und keine Ethik vermag dies zu verhindern. Auch manche theologische Rede muß deswegen „leidempfindlicher“ werden, um nicht den Vorwurf eines christlichen „Heilstriumphalismus“ auf sich zu ziehen, dessen unsensibler Grundton durch keine Tragödien mehr erschütterbar ist. Reinhold Schneider wußte: „Das Tragische widerspricht dem Christlichen nicht“.

- **Erinnerung:** Sie ist eine wesentliche Voraussetzung für Aufrichtigkeit: Die Frage auszusparen, wodurch die leidverursachende Situation entstand und wie ihre Wiederholung zu vermeiden ist, wäre eine Halbierung der Verantwortung! „Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zu einem Teil des eigenen Innern wird ... Wir alle, ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen. Wir alle sind von ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen. Jüngere und Ältere müssen und können sich gegenseitig helfen, zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten. Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie läßt sich ja nicht nachträglich ändern oder unge-

schehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren“ (Richard v. Weizsäcker).

„Die Verantwortung der Nachgeborenen in jedem Lande liegt nicht darin, sich schuldig zu fühlen für die Missetaten und Verbrechen der Väter und Großväter. Aber sie sollen davon wissen, dürfen nicht bagatellisieren, nicht rechtfertigen, nicht verteidigen. Sobald sie das machen, werden sie mitschuldig ... Wenn man die Geschichte nicht kennt, wenn man sie vertreibt und erdrückt, dann wiederholt man die schlimmsten Fehler oder auch Verbrechen unwillkürlich, läßt andere sie wiederholen“ (Lew Kopelew).

- **Geduld:** Die Bereitschaft, anzuerkennen, daß es viel Zeit und oftmals geschützte Räume braucht, um die Schutzmauern,

die allein die Bitterkeit über erlittenes Leid ertragen ließen, langsam abzuhaue; daß Ausöhnung ein Prozeß ist, in dem nur wenig in Sinn planbarer Schritte machbar und herstellbar ist; daß die (wechselseitige) Kraft dazu, nicht aufzugeben, in diesem Prozeß oft wichtiger ist als fast alles Übrige.

- **Das Wissen um Tragik,** auch ohne oder bei stark verminderter subjektiver Schuld. Tragödien können resultieren aus mangelnder Freiheit zu alternativen Handlungs-Optionen; aus mangelndem Mut infolge einer Sozialisierung in Strukturen blinder Gehorsamserwartung, die das individuelle Gewissen verkümmern ließen; aus Entmutigung durch Sanktionsdrohungen, denen nur Martyrer standhalten (woraus sich die moralische Verantwortung derer ergibt, die solche Sanktionen verfügten, denn sie untergruben aufs Nachhaltigste die individuelle Moralität).

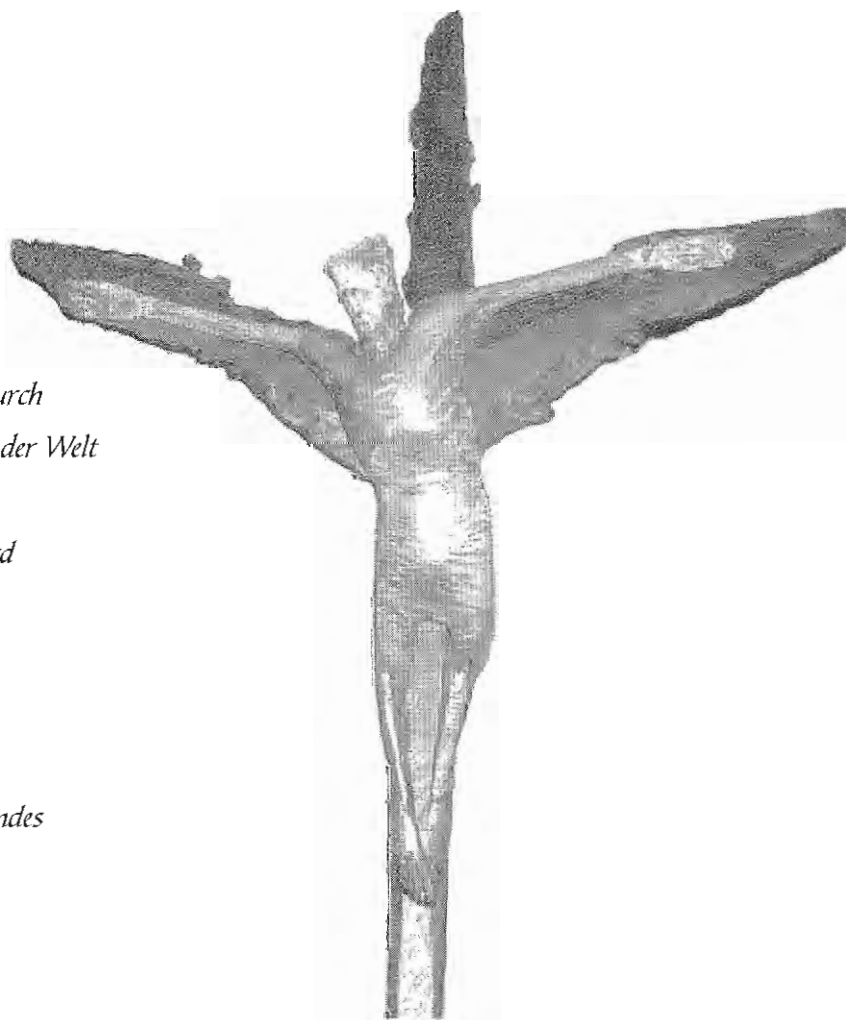
- **Das Zulassen von Trauer und Schmerz** der Opfer, in ihren vielfältigen Formen. „Trauer ist nötig, damit wir nicht in Resignation und Gleichgültigkeit verharren“ (Wort der christlichen Kirchen zum Kriegsende). Eine angemessene Theologie der Versöhnung ist undenkbar ohne eine qualifizierte Theologie des Leidens – und diese ist ihrem Gegenstand nur angemessen, wo sie spürt, ab wann auch sie zu schweigen hat.
- **Menschliche Nähe und Trost** in Verzweiflung, die darauf verzichten, die Tiefe des empfundenen Leids zu verharmlosen, weil gerade dadurch die Würde der Leidenden beschädigt werden kann.
- **Das Aushalten von Ambivalenzen** und Grauzonen: mancher ist in unterschiedlichen Lebensphasen mal Opfer, mal Täter (gewesen).

Nach den Neuen Testament hat Gott durch den Tod seines Sohnes die Versöhnung mit der Welt hergestellt, die Zeichen seiner Liebe ist.

Versöhnung ist an Jesus gebunden und wird dem Menschen durch seinen Namen und auf seine Fürbitte hin geschenkt.

Sie kann nur dem zugesprochen werden, der sich versöhnen lassen will.

Zeichen der Versöhnung und des neuen Bundes Gottes mit den Menschen ist das Kreuz.



Eigenwilliges Kreuz in der Kathedrale von Split/Kroatien (Foto PS)

- Die Einsicht, daß manche bleibenden Unterschiede akzeptiert werden müssen und innere **Nähe nur in verschiedenen Graden und Abstufungen** möglich ist; daß es zunächst genau wahrzunehmen gilt, worin Fremdheit und Anderssein begründet liegen, welche verschiedenartigen Spuren unterschiedliche Geschichte in denen hinterlassen hat, die sie erlebt und erlitten.
- Das Verzichten auf den „großen Frieden mit den Tätern“ (Ralph Giordano) auf Kosten der Gerechtigkeit, die die Opfer verlangen. Statt dessen kommt es darauf an, das Bewußtsein dafür wachzuhalten, daß Versöhnung ohne Reue und ohne Zeichen der Bereitschaft zur Wiedergutmachung nicht möglich ist.
- Die Suche nach **Lösungen für die Zukunft, die nicht den Keim neuer Ungerechtigkeit** in sich bergen. Dazu gehören die Bereitschaft, auf Rache und Vergeltung zu verzichten, „widerstrebenden Rechtsansprüchen das Verständigungsgebot überzuordnen“ (Richard v. Weizsäcker), und die Bereitschaft zu einem ersten Schritt. Aber: „Ohne die Einsicht der Täter wird es keine tragfähige Versöhnung geben. Oft machen sie nicht einmal den zweiten Schritt, wenn Opfer den ersten schon getan haben“ Joachim Gauck).
- Die Bereitschaft, auf eine großherzige Geste der Versöhnung mit einer ebensolchen Geste zu antworten mit neuen Forderungen – auch wenn die Erwartung, daß Unrecht wiedergutmacht wird, berechtigt ist.
- Die Nutzung des eigenen **historischen Gedächtnisses als Leitlinie für das Verhalten in der Gegenwart**: „Wenn wir daran denken, was unsere östlichen Nachbarn im Kriege erleiden mußten, werden wir besser verstehen, daß der Ausgleich und die friedliche Nachbarschaft mit diesen Ländern zentrale Aufgabe der deutschen Außenpolitik bleiben“ (Richard v. Weizsäcker).

Manchmal ist Versöhnung oder Verständigung erst unter den Kindern der Opfer möglich, die das zu versöhnende Leid nicht mehr selbst erfahren haben. Aber das kann den Preis kosten, daß Verletzungen und Wunden nicht mehr mit- bzw. nachempfunden werden können (Dietrich Trefft). Damit aber kann auch die Chance des Lernens vereitelt werden und so eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür verloren gehen, die Wiederholung einer geschichtlichen Katastrophe zu verhindern.

- **Die Bereitschaft, zwischen Konfliktparteien zu vermitteln**, um diesen die Möglichkeit zu Prozessen der Verständigung und Aussöhnung zu eröffnen. Neben einer hohen Sachkenntnis über die Konfliktlage bedarf es hierbei des selbstlosen Einsatzes und des Bemühens, gleichermaßen auf beide Konfliktparteien zuzugehen und die eigene Hilfe anzubieten, um bescheidene Ziele zu formulieren, die für beide Seiten annehmbar sind: z.B. humanitäre Hilfe zu ermöglichen, auf Gewalt oder bestimmte andere aggressive Mittel der Auseinandersetzung zu verzichten (z.B. Propaganda), Bedingungen für einen Waffenstillstand zu vereinbaren, in Verhandlungen über einen möglichen Friedensvertrag einzutreten. Solche Vermittlungsdienste wollen die Hoffnung wecken, daß es Auswege aus der verfestigten Konfrontation geben kann, und trotz aller Verhärtungen die Kräfte zu einer konstruktiven Konfliktbewältigung mobilisieren. Die Bergpredigt des Neuen Testaments preist selig, die Frieden stiften!

Trotz aller Bemühungen, einen Versöhnungsprozeß voranzutreiben, kann es Situationen geben, in denen menschliche Mittel versagen. Im Vertrauen auf Gott können dennoch weitere Schritte auf dem Weg zur Versöhnung gewagt werden. Wer für seinen „Feind“ betet, kommt ihm innerlich Schritt um Schritt näher und gewinnt dabei die Kraft, Böses mit Gutem zu vergelten. Dies geschieht auch dort, wo jemand freiwillig für die

Vergehen eines „Täters“ (ohne dessen Wissen) Sühne leistet, stellvertretend für ihn eigenen Verzicht, eigenes Opfer, persönliches Leid vor Gott trägt, damit Gott dem anderen seine besondere Hilfe zur Umkehr schenkt.

IV. Aufgaben konkreten Versöhnungshandelns im Prozeß der deutschen Einigung

„Man muß Gottes Führung
im Leid preisen,
aber das Leid mit aller
Kraft bekämpfen.“
(Joachim Gauck)

Im Blick auf den deutschen Einigungsprozeß sollen im folgenden spezielle Aufgabenfelder umschrieben werden, in denen die voranstehenden Überlegungen zu konkretisieren wären. Handlungsleitend muß dabei eine Grundperspektive überparteilicher politischer wie sozialer Gerechtigkeit werden – im eigenen Lande wie als Maßstab der Außenpolitik. Sie gilt es gegen Tendenzen zu stärken und zu verteidigen, die, statt des Solidaritätsgedankens, sozialdarwinistische Politikprogramme im Innern und rein nationale Interessenpolitik nach außen favorisieren. Nicht ein Europa der Mauern kann sich über Grenzen hinweg versöhnen, sondern nur ein Kontinent, der seinen Grenzen das Trennende nimmt.

Der Einigungsprozeß muß als gemeinsame Aufgabe verstanden und gestaltet werden. Es gilt auf beiden Seiten einen erfahrbaren Dialog einzuüben, damit der Entstehung neuer Mauern entgegenwirkt werden kann. Selbst- und Fremdbilder sollten überprüft und die getrennte Geschichte gemeinsam reflektiert werden. Falsche Überlegenheit und Selbstgewißheiten sollten abgelegt werden, gerade auch im Verhältnis der Westdeutschen und Ostdeutschen zueinander. Es muß erkennbar werden, daß selbst unter einem Gewaltregime menschliches Leben nicht schlechterdings sinnlos war. Angesichts der umfangreichen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen gilt es grundlegende Fragen nicht aus dem Blick zu verlieren, z.B. ob tatsächlich der „Mensch im Mittelpunkt“ des Wirtschaftens im eigenen Hau-

se steht oder er zu sehr nach seiner wirtschaftlichen Leistung bzw. seinem Ertrag bewertet wird. Es muß im öffentlichen Bewußtsein als politische Aufgabe präsent bleiben, daß Ostdeutschland nicht marginalisiert werden darf. Dies schließt ein hinreichendes Maß an Freiheit und fairen Beteiligungschancen ein.

Auch das Eintreten gegen Ausländerfeindlichkeit und gegen den Radikalismus in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen gehört in diesen Zusammenhang. Ob die Dringlichkeit dieser Aufgabe hinreichend wahrgenommen wird, hängt allerdings mit davon ab, wie mit Menschenrechtsverletzungen aus der Zeit des alten Systems umgegangen wird. Solche Handlungen müssen verfolgt, Opfer müssen betreut, Tätern muß nachgegangen werden. Gleichzeitig ist gegen eine zu unsensible Beanspruchung alter Rechte (Häuser, Vermögen) einzutreten, ebenso gegen Spekulationsgeschäfte.

Die Problematik des Umgangs mit den Stasi-Akten muß sensibel gehandhabt werden. Erst das Sich-Stellen der Täter ermöglicht Trauerarbeit gemeinsam mit den Opfern. Sie weist einen besseren Weg als das Sich-Einrichten mit dem Trauma der unbewältigten (und dann alsbald auch unbewältigbaren) Vergangenheit und verhindert die Ausbildung einer verklärenden Erinnerung an das Gewesene: „Es gibt eine fatale Neigung der Menschen, aus schlechten Zeiten Gutes zu erinnern. Und damit kann man Politik machen, und es gibt Menschen, die das tun.“ (Joachim Gauck). In der Bereitschaft, der Erinnerung ohne nachträgliche Beschönigung standzuhalten, läßt sich der Gefahr entgehen, sogar für die schlimmsten Auswirkungen von Unterentwicklung und Unfreiheit noch eine scheinbare moralische Rechtfertigung zu entwerfen. Wer dazu fähig ist, dem werte- und menschenzerstörerischen Wesen jeglichen ideologischen Denkens ins Gesicht zu sehen, ist auch am ehesten dazu imstande, eine Wiederholung des Geschehenen zu verhindern. Nicht zuletzt stellt sich hier für Theologie und Ethik die Aufgabe, in der Überwindung selektiver Wahrnehmungen eine Grundhaltung mit ausbilden zu helfen, die zur „Resi-

stenz“ gegen (Re-)Ideologisierung aller Art führen könnte.

Diese Aufgaben richten sich an alle gesellschaftlichen wie politischen Akteure, besonders auch an die Kirchen. Sie müssen sich der Gesellschaft öffnen und zur Bewußtseinsbildung in der Gesellschaft beitragen, wenn sie in ihr einen missionarischen Dienst leisten wollen, der als wertvolles Angebot verstanden werden kann. Besonders christliche Gemeinden und Gruppen in Ostdeutschland sollten die guten Erfahrungen des früheren Gemeinschaftslebens auch unter den neuen Bedingungen fruchtbar werden lassen. Die Glaubenserfahrungen der Vergangenheit und Gegenwart sind von großer Bedeutung für die Förderung von Gerechtigkeit und Frieden und für die Bewahrung der Lebensgrundlagen im eigenen Land, in Europa, in der Einen Welt.

In den Kirchen selbst muß den Menschen immer wieder Versöhnung durch eine Kultur der Buße, durch Reue und tätige Wiedergutmachung erfahrbar gemacht werden, um eine neue Balance zwischen Freiheit und Solidarität herzustellen. Auf diese Weise könnte der fortschreitenden „Individualisierung“ und Anonymisierung der Gesellschaft entgegengewirkt werden.

Kirche als Gemeinschaft der bereits in Christus Versöhnten bedeutet, nicht im Zeichen von Imperativen („du sollst, du mußt so werden wie wir“), sondern im Zeichen von Indikativen („wir haben die Chance, aufeinander zuzugehen und etwas voneinander zu lernen“) miteinander umzugehen. Gegen die vielfältige Versuchung zur Resignation könnten so Chancen dafür eröffnet werden, neue menschliche Beziehungen einzugehen und wachsen zu lassen, die Hoffnung begründen.

V. Empfehlungen an die Ökumenische Versammlung

Damit Versöhnungsprozesse in Deutschland, in Europa und weltweit besser gelingen können, bitten wir die Ökumenische Versammlung, nachstehende Empfehlungen zu prüfen und als Zeichen neuer Hoffnung zu verwirklichen.

1. Die Ökumenische Versammlung möge eine Gebetsgemeinschaft gründen, deren Teilnehmer täglich ein bestimmtes gemeinsames Gebet für Versöhnung und Frieden verrichten und diesem aktuelle Fürbitten für besondere Konfliktherde anschließen. Gleichzeitig möge die Ökumenische Versammlung die christlichen Gemeinden aufordern, konkrete Anliegen der Versöhnung in ihr Fürbittgebet aufzunehmen.
2. Die Ökumenische Versammlung möge eine Gemeinschaft des solidarischen Fastens mit den Hungernden und den Opfern ungerechter Gewalt in der ganzen Welt ins Leben rufen, deren Teilnehmer bereit sind, am Freitag jeder Woche auf eine Mahlzeit zu verzichten und das ersparte Geld für Hilfsaktionen zur Verfügung zu stellen.
3. Die Ökumenische Versammlung möge ihre Teilnehmer, die Mitglieder von Basisgruppen, die Mitglieder ihrer Kirchen und alle Menschen, die sich für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung einsetzen wollen, auffordern, einen selbst zu bestimmenden Prozentsatz ihres Nettogehalts für einen längeren Zeitraum einem der humanitären Hilfswerke, einer Organisation zum Schutz der Menschenrechte oder einer Initiative zur Bewahrung der Lebensgrundlagen zur Verfügung zu stellen.
4. Die Ökumenische Versammlung möge ihre Delegierten und die Mitglieder von Basisgruppen auffordern, möglichst viele Mitstreiter für eine lebenswerte Welt zu gewinnen, die bereit sind, sich für eine oder mehrere der vorgenannten Aufgaben zu verpflichten.
5. Die ökumenische Versammlung möge die Kirchen auffordern, ihre verschiedenen Dienste für Frieden und Versöhnung auszubauen und miteinander zu vernetzen, um auf diese Weise wirksamere Möglichkeiten zu schaffen, in Konfliktsituationen Prozesse der Versöhnung einzuleiten und zu unterstützen.

Auf der Suche nach Frieden und Versöhnung

Eindrücke von einer Reise durch Bosnien*

Paul Schulz



Aufbruch in eine fremde Welt

Um zehn Uhr morgens sind die Tische im Kaffeehaus von Zupanja, der Grenzstadt an der Save zwischen Kroatien und Bosnien, bereits voll besetzt. Nur Männer zwischen 25 und 60 Jahren scheinen um diese Stunde schon Zeit zu haben für ein lebhaftes Palaver bei türkischem Kaffee, italienischen Espresso oder amerikanischer Cola. Wir vier Neuankömmlinge – zwei deutsche Ehepaare – ziehen

neugierige Blicke auf uns. Aber nur solange, bis wir zugeordnet sind. Wie man feststellt, werden wir von einem deutschen Caritas-mitarbeiter erwartet. „Njemacki Caritas – Deutsche Caritas“ und „Njemacka Humanitarna Pomoc – Deutsche Humanitäre Hilfe“ haben in Kroatien und in Bosnien-Herzegowina einen guten Klang.

Von früheren Besuchen in Kroatien her weiß ich, daß deutsche humanitäre Hilfe ein hohes Ansehen genießt. Sie öffnet nicht

nur bereitwillig Türen, sondern auch die Herzen der Menschen.

Das Kaffeehaus in Zupanja ist Treffpunkt und Informationsbörse am einzigen Übergang über die Save zwischen Kroatien und Bosnien. Wer hier seinen Kaffee trinkt, ist entweder einfach nur neugierig, oder er gehört zu einer der zahlreichen Hilfsorganisationen und wartet auf jemanden, der aus Bosnien zurückkommt oder – wie wir – dorthin gebracht werden will. Dazu kommen die zahlreichen LKW-Besatzungen, die warten müssen, bis die kleine Fähre sie übersetzt. Etwa 50 LKW bilden eine lange Schlange. Der Fährvorgang dauert je LKW gut eine halbe Stunde.

Wir haben Glück, der Caritas-mitarbeiter, der uns den Besuch des muslimischen Teils von Bosnien-Herzegowinas ermöglicht, besitzt einen blauen IFOR-Sonderausweis für Hilfsorganisationen und sein geländegängiges Fahrzeug hat ein UNHCR-Kennzeichen. So können wir die von den US-Truppen der IFOR errichtete Kriegsbrücke über die Save benutzen, wenn sie frei von Militärverkehr ist. Während der Zivilverkehr stundenlang an der Fähre wartet, haben wir die 400 Meter lange Pontonbrücke in wenigen Minuten überwunden.

Im Brcko-Korridor

Wir befinden uns nun auf bosnischem Boden in der Enklave Orasje. Orasje gehört zur bosnisch-kroatischen Föderation. Es grenzt an den ehemals hart umkämpften Brcko-Korridor, ist auf drei Seiten (im Osten, Süden und Westen) von der serbischen Republik Bosnien umgeben und grenzt im Norden durch die Save getrennt an Kroatien. Verwaltungsmäßig gehört Orasje zum Bezirk Sarajewo. Praktisch ist man jedoch abgeschnitten, weil die überwiegend kroatische Bevölkerung es nicht wagen kann,

* Vom Brcko-Korridor abgesehen, führte die Informationsreise nur durch Zentralbosnien, d.h. den Teil von Bosnien-Herzegowina, der mit Mehrheit von muslimischen Bosniaken besiedelt ist (Tuzla-Sarajewo-Zenica). Die Herzegowina südlich von Sarajewo mit Mostar als Mittelpunkt, in der die

Volksgruppe der Kroaten die Mehrheit hat, habe ich bei der Fahrt nicht berührt. Deshalb ist in diesem Beitrag nur dann von Bosnien-Herzegowina die Rede, wenn der völkerrechtlich anerkannte, als Verwaltungseinheit aber noch nicht existierende Gesamtstaat gemeint ist.

die Straße durch serbisches Gebiet nach Tuzla und Sarajewo zu benutzen, obwohl der Korridor nur knapp fünf Kilometer breit ist. Wie wir hören, hat das serbische Regime ein Kopfgeld für die Festnahme des Bürgermeister und Verwaltungschefs von Orasje ausgesetzt. Die Bevölkerung lebt – geschützt durch die US-IFOR-Truppen – in relativer Sicherheit und Frieden; Versöhnung ist nicht zu erkennen.

Wir fahren auf der Straße 1-8 nach Süden in Richtung Tuzla. Nach zwei Kilometern treffen wir auf einen stark befestigten US-Kontrollpunkt. Sandsäcke, Panzer in Stellung – feuerbereit entlang der Straße –, Hindernisse, Fahrzeug- und Personenkontrolle, Soldaten mit schußbereiten Waffen. Sie antworten höflich auf Fragen. Ihren Auftrag kennen sie, lassen keinen Zweifel aufkommen, daß sie sich durchsetzen würden. Der politische Rahmen interessiert sie weniger.

Wir sind jetzt auf serbischem Gebiet. Die Straße führt durch ein Gelände, das von den vorangegangenen Kampfhandlungen im Brcko-Korridor völlig zerstört ist. Beiderseits der Straße austrassierte Minenfelder. Die Straßengraben zu Feldbefestigungen ausgebaut. Bunker und Unterstände zum größten Teil gesprengt. Kroaten und Serben müssen hier, nur durch die Straße bis auf wenige Meter getrennt, im Dreck gelegen und sich unerbittliche Kämpfe geliefert haben. Kreisrunde Löcher in der Straßendecke zeigen an, wo noch vor wenigen Wochen Minen die Weiterfahrt verhinderten. Soweit das Auge reicht, zerschossene Bäume, vereinzelte Häuser gesprengt oder ausgebrannt; in der Ferne ein Ruinendorf, die Kirche zerschossen, der Turm Ziel für Artilleriefeuer.

An einer Straßenkreuzung in dem sonst unbewohnt scheinenden Gebiet eine Menschenansammlung, schrottreife Autos dienen als Verkaufsstände. Die wenigen ärmlich gekleideten Menschen bieten zum Verkauf oder Tausch an, auf was sie wohl verzichten können müssen. Bilder aus einer fremden Welt ziehen wie im Fernsehen unwirklich an uns vorbei. Wir sind angerührt, aber noch nicht wirklich betroffen; zu groß ist der Un-



Im schwer umkämpften Brcko-Korridor: zerstörte Feldbefestigungen an einer Brücke über einen Wassergraben (Foto: PS)

terschied zum eigenen Zuhause, das wir erst vor 30 Stunden verlassen haben.

Im muslimischen Bosnien

Der nächste Ort, Dubrave, liegt schon wieder auf dem Gebiet der bosnisch-kroatischen Föderation. Geschäftiges Treiben beiderseits der Straße: ein muslimischer Markt, ohne den wohlgeordneten, reichen Überfluß unserer Märkte. Hier wird verkauft und gekauft, weil lebens-not-wendig und nicht, weil ein Konsumbedürfnis gestillt werden will. Die Frauen tragen die traditionellen, bis zu den Knöcheln reichenden, unten zusammengebundenen pludrigen Röcke und die Männer oft noch das „Moslemkäppi“. Dies ein deutliches Kennzeichen, daß eine Region oder auch nur ein einzelnes Dorf vorwiegend von muslimischen Bosniaken bewohnt ist. Statt der gewohnten Dorfkirche prägt die Moschee mit schlankem Minarett das Dorfbild.

In anderen Ortschaften stehen – wenn nicht durch Kampfhandlungen zerstört – friedlich Kirche und Moschee nebeneinander. Dort, wo keine Zerstörungen sind, hat man den Eindruck, daß dieses Nebeneinander der Gotteshäuser das Zeichen für eine Versöhnung zumindest zwischen den muslimisch-bosniaki-

schen und den katholisch-kroatischen Volksgruppen sein könnte.

Bei der zügigen, kurvenreichen Fahrt durch das abwechslungsreiche und eindrucksvolle bosnische Bergland durchfahren wir völlig zerstörte Dörfer, wenige Kilometer weiter hinter der nächsten Bergnase kann das folgende Dorf unversehrt sein. Zufälligkeiten des Krieges oder ethnisch begründete Zerstörungswut? Wir wissen es nicht, es sei denn, aufgelassene Stellungssysteme und Minenfelder geben deutliche Hinweise.

Minen-Plage

Die Minen sind eine der unangenehmsten Hinterlassenschaften dieses Krieges. Man muß davon ausgehen, daß dort, wo gekämpft wurde, auch Minen verlegt wurden. Nachweise sind in den wenigsten Fällen vorhanden. Wo Behörden und die IFOR-Friedenstruppen Gelände nicht für minenfrei erklären, gilt das Gelände zumindest als stark minengefährdet. Deshalb sind die IFOR-Soldaten auch darauf getrimmt, feste Straßen nicht zu verlassen.

Nun läßt sich in einem Land, dessen Infrastruktur einschließlich der an den Straßen gelegenen Rasthäusern zerstört ist, nicht vermeiden, daß eine kleine Reise-

gruppe zur Entsorgung gelegentlich anhalten muß. Nach eingehenden Geländebeurteilung – immerhin verfügte unser Team über je einen pensionierten Offizier der Pioniere und der Panzergrenadiere – wurde bei einem solchen Erfordernis durch den Pionier eine friedliche Streuobstwiese als sicher ausgewählt. Die Damen entschwandten aus dem Sichtfeld. Der Infanterist nutzte ebenfalls die günstige Gelegenheit. Doch zu seiner nicht geringen Überraschung war an dem Baum, den er zur Dekkung nutzen wollte, auf einem kleinen, verwitterten, dreieckigen Schildchen deutlich der Hinweis zu lesen: „Minen“. Als wir wieder im Fahrzeug saßen und unsere Fahrt fortsetzten, waren wir in jeder Hinsicht erleichtert.

Ein schönes Land, durch Krieg zerstört

Wir kommen durch Olovo, einer Stadt mit umfangreichen Zerstörungen. Auffällig eine Reihe von Hochhäusern in sozialistischer Plattenbauweise. Diese Wohnhäuser müssen unter starkem Beschuß durch Artillerie und Infanteriewaffen gelegen haben. Zerschossene Hauswände mit großen Löchern, zerstörten Balkonen und herausgerissenen Türen. Trotz der schweren Schäden leben Menschen in diesen Wohnungen. Flüchtlinge, die durch die Behör-

den hier eingewiesen wurden. Ofenrohre ragen aus den zerschossenen Fenstern. Vor den Gebäuden, wo sonst die Autos parkten, lagern feinsäuberlich aufgeschichtete Brennholzstapel. Männer palavern, Frauen legen frische Gärten an oder sind schon bei der Frühjahrsbestellung.

Bis Sarajewo sind es noch etwa 30 km. In unregelmäßigen, aber kurzen Abständen überfliegen uns schwerbewaffnete, gepanzerte Hubschrauberpatrouillen, der das Friedensabkommen kontrollierenden IFOR-Truppen. Wir fühlen uns durch die ständige Beobachtung aus der Luft und die vielen NATO-Fahrzeuge, denen wir begegnen, sicher. Wir fahren durch ein landschaftlich malerisches, enges Flußtal. Buchenwald, dem man ansieht, daß bald das erste Grün aufbrechen wird. Dazwischen schwarze Fichten. Eine Gegend, um Urlaub zu machen. Doch alle Dörfer und Einzelhäuser sind zerstört: zerschossen, gesprengt, ausgebrannt, menschenleer; von Wiederaufbau nichts zu sehen. Bei Srednje an einer besonders engen, steilen Stelle ist die Brücke über den Fluß gesprengt. Schwere Maschinen haben eine nur durch geländegängige Fahrzeuge zu bewältigende Umgehung geschaffen. Russische Pioniere mit Minentauchern im schäumenden Fluß bereiten die Wiederherstellung der Brücke vor.

Sarajewo

Nun nähern wir uns Sarajewo. Die Stadt hatte vor dem Krieg 450.000 Einwohner und liegt etwa 500 m hoch in einem nach Süden offenen, ansonsten aber von bis zu 2.000 m aufragenden Gebirgszügen geschützten, weiten Talkessel. Durch die monatelange Berichterstattung im deutschen Fernsehen sind wir gespannt, mit welchem Bild uns die Wirklichkeit konfrontiert.

Totale Zerstörung im nördlichen Vorort Vogošća, kein Haus scheint mehr bewohnbar zu sein. Und dennoch regt sich spärliches Leben zwischen den Trümmern. Ausgebrannte Fensterhöhlen sind mit Plastikfolien zum Schutz gegen Regen und Wind verhängt. UNHCR-Planen bedecken die von Sprenggranaten abgedeckten Häuser. Vereinzelt schichten Menschen – es sind vorwiegend Frauen und alte Männer – Ziegelsteine auf. Bilder wie zur Nachkriegszeit in deutschen Städten. Die Straße führt über einen Bahnübergang. Schranke und Wärterhäuschen zerschossen. Ein Güterzug, der vor Monaten von Artillerie oder durch einen Fliegerangriff getroffen wurde, ragt mit seinem letzten Wagen noch in die Straße hinein. Für uns eine bedrohliche Verkehrssituation. Aber wer fährt hier schon Auto. Die Menschen haben Lebenswichtigeres zu tun, als einen unbrauchbaren Eisenbahnwagen von der Straße zu ziehen.

Wenige hundert Meter weiter steht links der Straße in einer weiten Senke eine italienische Artilleriebatterie feuerbereit in Stellung. Offensichtlich hat sie einen immer noch von den Serben besetzten Berg im Visier und demonstriert Abwehr- und Durchsetzungsbereitschaft. Genau entgegengesetzt auf der rechten Straßenseite an einem Hang ein endloser, baumloser Friedhof mit unzählbaren, frischen Gräbern. Entlang der Straße ein Sicht- und Splitterschutz gegen Granatfeuer. Davor ein großer wilder Müllhaufen. Wiederum einige hundert Meter weiter ein riesiges Stadion, wohl das der XIV. Winterolympia-



Durch Granaten zerstörtes Wohnhaus, wie man es allenthalben in Bosnien oder auch in der Krajina sieht. (Foto PS)

de von 1984. Die Beleuchtungs-
pylone stehen noch. Sonst aber ist
das Spielfeld ein einziges Gräber-
meer. Die Ränge sind mit Erde auf-
geschüttet, damit auch dort Grä-
ber eingerichtet werden konnten.

Wir parken in der Nähe der or-
thodoxen Kathedrale, denn die Be-
sichtigung der Innenstadt – weite
Bereiche sind Fußgängerzone –
kann nur zu Fuß erfolgen. Im Ge-
gensatz zu Zagreb, das wie eine
Vorstadt von Wien wirkt, Split, das
seinen lateinischen Einschlag
nicht verleugnet, oder Dubrovnik,
das unverkennbar venezianisch
ist, hat die Altstadt von Sarajewo
einen deutlich orientalischen Cha-
rakter. Moscheen wechseln mit
kleinen Lädchen und Restaurants
ab, die orientalische Spezialitäten
anbieten. Zahlungsmittel ist die
Deutsche Mark.

Von den Zunftvierteln ist Kan-
zandšiluk, die Straße der Kupfer-
handwerker, noch am ursprüng-
lichsten erhalten. Im Treiben der
Basare ist vom Krieg nichts, dafür
mehr von der orientalischen Ge-
schäftigkeit zu spüren. Italienische
und spanische Soldaten schlen-
dern in Gruppen mit umhängten
Handfeuerwaffen durch die schma-
len Gassen der Basare, bevölkern
die kleinen Läden der Handwerker
und kaufen vor allem Schmuck
und kunsthandwerkliche Waren
als Souvenirs. Einmal sehen wir
flüchtig einen deutschen Oberst-
leutnant.

Die Innenstadt von Sarajewo ist
von den Kriegszerstörungen weit-
gehend verschont geblieben, wenn
man von dem spektakulären
Granateinschlag auf dem Markt-
platz mit zahlreichen Toten und
Verletzten absieht. Was in der Alt-
stadt an Schäden und Baufälligkeit
zu sehen ist, hat seine Ursachen im
allgemeinen Zerfall, der mit dem
Sozialismus in allen Ländern ein-
herging.

Von den Moscheen der Innen-
stadt zur orthodoxen und zur rö-
misch-katholischen Kathedrale sind
es nur wenige Schritte. Jedes Got-
teshaus gehört zum selbstver-
ständlichen Bild dieser multikul-
turellen Stadt. Es kommt einem
unwirklich vor, daß die Menschen
nicht friedlich in dieser Stadt mit-
einander sollen leben können.

Natürlich fahren wir auch zu
den beiden zerschossenen und aus-
gebrannten Hochhäusern, deren

*Die Fußgängerstraße Ulica
Saraci in der Altstadt von
Sarajewo. Trotz des deut-
lich sichtbaren Waren-
mangels sind die Schmuck-
geschäfte reich besetzt. Die
kunstfertigen Waren werden
per Gewicht und für
„Deutsch-Mark“ verkauft.
Mit zum Bild der Stadt
gehören Kirchturm und
Minarett, Zeichen ehemals
friedlichen Zusammen-
lebens verschiedener
Religionen. (Foto PS)*

Bild man ständig im Fern-
sehen vor Augen hatte,
wenn über Sarajewo wie-
der neue Schreckensmel-
dungen verbreitet wurden.
Auch hier regt sich zumin-
dest in den unteren Stock-
werken wieder Leben. Im
8. Stock weht aus einem
Eckfenster unüberseh-
bar die deutsche Dienst-
flagge mit dem Bundes-
adler – dort ist wohl die
deutsche Botschaft un-
tergebracht. Auf der
Weiterfahrt kommen wir
vorbei an den Vorstäd-
ten, die erst vor wenigen
Wochen von ihren serbi-
schen Bewohnern abge-
brannten und verlassen wurden.
Zurückgelassenes und unbrauch-
bares Hab und Gut liegt als Müll
am Straßenrand. Es tut weh, eine
ehemals lebensfrohe Stadt und
eine schöne Landschaft so verrot-
ten zu sehen.

Zenica

Abends sind wir in Zenica zu
Gast in einem großen von Franzis-
kaner Patres geleiteten Pfarrhaus.
Wir werden mit offenen Armen
empfangen und gut bewirtet.
Sliwowitz und Landwein gehören
ebenso zum einfachen Essen wie
ein Glas Wasser. Drei Patres be-
treuen fünf Kirchen, zu denen vor
dem Krieg 27.000, heute nur noch
rund 10.000 Katholiken gehören.
Vorwiegend ältere Menschen sind
geblieben. Die jüngeren sind weg-
gegangen oder wurden durch den
Krieg vertrieben. Wer Verwandte
in Kroatien oder im Ausland hat,
zieht nach Möglichkeit dorthin.
Die Patres versuchen jeden einzel-
nen zum Bleiben zu bewegen. Der



Erfolg wird von der durch das
Friedensabkommen von Dayton zu
erreichenden Sicherheit und Ver-
söhnung unter den Volksgruppen
und der Dauerhaftigkeit des Frie-
dens abhängen.

Der Guardian der Gemein-
schaft, Fra Stipan Radic(45), ist zu-
gleich der Caritasdirektor von
Zenica. Er kennt sich bestens mit
der sozialen Situation in der Stadt
aus. Da er ein gutes Deutsch
spricht, ist die Verständigung kein
Problem. Obwohl Fra Stipan per
Handy immer in Verbindung zu sei-
nen Leuten steht, fast ohne Unter-
brechung angerufen wird, nimmt er
sich dennoch Zeit, unsere Fragen
geduldig zu beantworten. Darüber
hinaus ist der uns begleitende Mit-
arbeiter der Auslandsabteilung des
Deutschen Caritasverbandes ja
hier, um technische, organisatori-
sche und finanzielle Einzelheiten
des im Raum Zenica angelaufenen
Aufbauprogramms mit Fra Stipan,
dem örtlichen Caritasdirektor, zu
besprechen und sich von den Fort-
schritten ein Bild zu machen.



Ein Haus für Flüchtlinge bei Tuzla (Foto PS)

Ohne zu klagen stellt Fra Stipan fest, daß mit dem Ende der Kampfhandlungen die Nothilfe aus Deutschland ins Stocken geraten ist. Es gebe aber unverändert viele Menschen, die ohne Hilfe nicht existieren könnten. Wer Arbeit habe, verdiene etwa 80 Mark im Monat, ein Akademiker in leitender Stellung verfüge über 120 Mark. Rentner erhielten 10-12 Mark, was nicht zum Leben reiche. Arbeitslose bekämen vom Staat keine Zuwendungen. Die Menschen lebten z.T. von der Unterstützung durch Verwandte im Ausland. Da die Wohnungen in der Regel Eigentum seien, falle keine Miete an. Um der größten Not begegnen zu können, erklärt Fra Stipan, habe die Caritas in Zenica eine „Volksküche“ eingerichtet. Seit Juni 1995 würden dort 250 Menschen täglich mit warmem Essen versorgt. Die Tendenz sei steigend. Allein in seinem Seelsorgebereich seien rund 1.000 Personen auf ständige Hilfe angewiesen. Ich frage nach den Geldmitteln, die dafür erforderlich sind. Fra Stipan rechnet kurz und antwortet: „Für 5.000 Mark können 300 Leute einen Monat lang täglich mit einer warmen Mahlzeit versorgt werden. Um den Tagesbedarf an Lebensmitteln für ebenfalls 300 Menschen sicherzustellen, sind rund 15.000 DM pro Monat erforderlich.“ Die Franziskaner in Zenica

wollen ein „Projekt St. Antonius“ in Angriff nehmen, eine caritative Jugendarbeit, deren Ziel die Betreuung alter Menschen ist. Die Idee ist da, sie ist gut. Was fehlt ist das Geld. Fra Stipan und seine Ordensbrüder sind davon überzeugt, daß irgendwoher geholfen wird.

In dem kleinen Refektorium ist es wie im ganzen Pfarrhaus bitter kalt. Um Energie einzusparen, ist die Fernheizung stillgelegt. Es gibt nicht nur kein warmes Wasser, sondern ab 21.00 Uhr ist das Wasser in Zenica überhaupt abgestellt. Für uns komfortverwöhnten Wohlstandsbürger ist das eine ungewöhnliche Situation. Aber die Patres haben vorgesorgt. Auf den bescheidenen Zimmern stehen wassergefüllte Plastikflaschen und im Bad Behältnisse aller Art bereit, um über überraschende „Trockenzeiten“ und „Durststrecken“ hinwegzuhelfen.

Zum Frühstück trifft mit großem Hallo Vidovic aus Offenburg ein. Selbstverständlich wird ihm ein Platz am Tisch freigemacht. Er ist gebürtiger Bosnier, hat in Deutschland Germanistik studiert und ist seit den 70er Jahren als Sozialarbeiter für die Caritas in Offenburg tätig. Ursprünglich betreute er jugendliche jugoslawische Gastarbeiter, heute kümmert er sich um 850 Patenkinder (Kriegswaisen oder Kinder aus Flüchtlingsfamilien), die monatlich eine finanzielle

Zuwendung aus Deutschland erhalten. Man trifft häufig Mitarbeiter humanitärer Organisationen, die wohl in einer gesunden Konkurrenz zueinander stehen, generell aber sich als zu einer großen internationalen Familie zugehörig verstehen. Viele davon sind ehemalige Soldaten, die auch von den „Friedensarbeitern“ als kompetent akzeptiert werden, weil sie vor allem als Organisatoren und Logistiker gute Arbeit leisten.

Am nächsten Vormittag führen wir ein Gespräch mit dem Flüchtlingsdirektor der Region. Von ihm erfahren wir, daß Zenica 130.000 Einwohner hat. Ca. 40.000 Kroaten hätten durch den Krieg die Stadt verlassen, dafür mußte die gleiche Zahl muslimischer Flüchtlinge aufgenommen werden. Heute betrage der Anteil der Muslime an der Bevölkerung 70 Prozent, der Anteil der Kroaten sei geringer als 30 Prozent; Serben seien nur wenige geblieben. Was wir von ihm nicht zu hören bekommen, daß in der Stadtverwaltung heute Kroaten nicht mehr erwünscht sind. Die Stadt lebte von einem großen Stahlwerk mit 22.000 Beschäftigten, von dem aber insgesamt 55.000 Arbeitsplätze abhingen. Zum Schluß sei das Stahlwerk ein reiner Rüstungsbetrieb gewesen, der seit drei Jahren still liege. Eine Betriebsaufnahme sei nicht möglich, weil ausländische Investoren fehlten, die gesamte Verkehrsinfrastruktur zerstört und kein Markt für bosnischen Stahl vorhanden sei. Zenica ist durch die wirtschaftlich Monostruktur völlig am Ende und auf Hilfe von außen dringend angewiesen, stellt der Flüchtlingsdirektor abschließend fest.

Im Gespräch berühren wir noch einen anderen wichtigen Punkt. Später in Tuzla erhalte ich dazu eine bekräftigende Bestätigung. Deutsche Humanitäre Hilfe, einschließlich die der Caritas und der meisten anderen Nicht-Regierungsorganisationen (NGO's), geht unterschiedslos an alle ethnischen Gruppen. So erhalten in Zenica die Muslime 90 Prozent aller durch die Caritas verteilten Medikamente. Der Grundsatz von Caritas International, daß Hilfe allen Bedürftigen zugute kommen muß, stößt nicht überall auf Verständnis, denn die islamische Merhamet hilft ausschließlich muslimischen

Leuten. Diese Hilfsorganisation gibt nichts an „Ungläubige“ ab und läßt sich nicht in die Karten blicken. Eine Zusammenarbeit mit ihr ist für nichtislamische Organisationen unmöglich. Wie soll bei einer Haltung „Alles nehmen, nichts geben“ und der Auffassung „Caritas kauft uns“ Vertrauen wachsen und Versöhnungsbereitschaft sich einstellen?, ist die Frage, die sich die Caritashelfer hier stellen.

Um die Mittagszeit besuchen wir muslimische Familien, die Nutznießer eines Caritasprojekts sind. Hausbesitzer, die durch die Kriegereignisse ein Haus nicht fertig bauen konnten, erhalten von der Caritas einen Zuschuß, wenn sie damit das Haus bewohnbar machen und Flüchtlinge mindestens drei Jahre unentgeltlich darin wohnen lassen. In dem Haus wohnen mehrere Frauen mit ihren Kindern, deren Männer in Gefangenschaft oder verschollen sind. Da uns bekannt ist, daß zu diesem Zeitpunkt nur noch ca. 130 Bosniaken in serbischen Lagern zurückgehalten werden, bewundern wir die Zuversicht, mit der diese Frauen auf ihre Männer warten. Wir werden freundlich empfangen. Das Haus ist mit offenen Regalen, Betten und einem kleinem Kohlenherd zum Kochen und Heizen einfachst eingerichtet. Tagsüber sind die Betten zugleich Sitzgelegenheit. Es ist beschämend für uns, mit wie wenigen Mittel man wohnlich und in Würde leben kann. Auf Treppen und in den Räumen haben die Frauen Tücher ausgebreitet. Wie der uns begleitende bosnisch-kroatische Architekt, der bei der Caritas angestellt ist und auch als Dolmetscher fungiert, sagt, sind die ausgebreiteten Tücher als Teppichersatz eine besondere Willkommens- und Dankesgeste für die „deutschen Wohltäter“. Trotz aller Armlichkeit wird sogleich köstlich duftender türkischer Kaffee zubereitet. Als Ersatz für den Zucker, den man dazu benötigt, lassen wir den Kindern reichlich Süßigkeiten zurück, die sie mit großen Augen in Empfang nehmen.

Tuzla

Wir haben das letzte Ziel unserer Informationsreise erreicht, das Pfarrzentrum von Fra Petar Matanovic (50), dem Caritasdirektor der Region Tuzla. Kirche und Pfarr-

haus sind eine fragmentale Betonburg. Sie wurde vor dem Krieg mit deutschen Spendenmitteln durch „Kirche in Not“ erbaut. Auf den ersten Blick wirkt der Bau, als hätten viele Bauherren ihre Vorstellungen und Wünsche eingebracht und unabhängig von einander verwirklicht. Tatsächlich sind Funktions- und Schlafräume sinnvoll um die im großen Bogen verlaufende Altarseite der lichten Kirche angeordnet. Der Architekt wollte die Zerrissenheit und Diasporasituation der Katholiken in einer von liberalen Muslimen dominierten Großstadt darstellen. Die Kirche enthält einen eindrucksvollen Kreuzweg eines bosnischen Künstlers, der alle Personen in traditioneller kroatisch-bosnischer Kleidung darstellte. Pontius Pilatus ist ein bosnischer Kommunist.

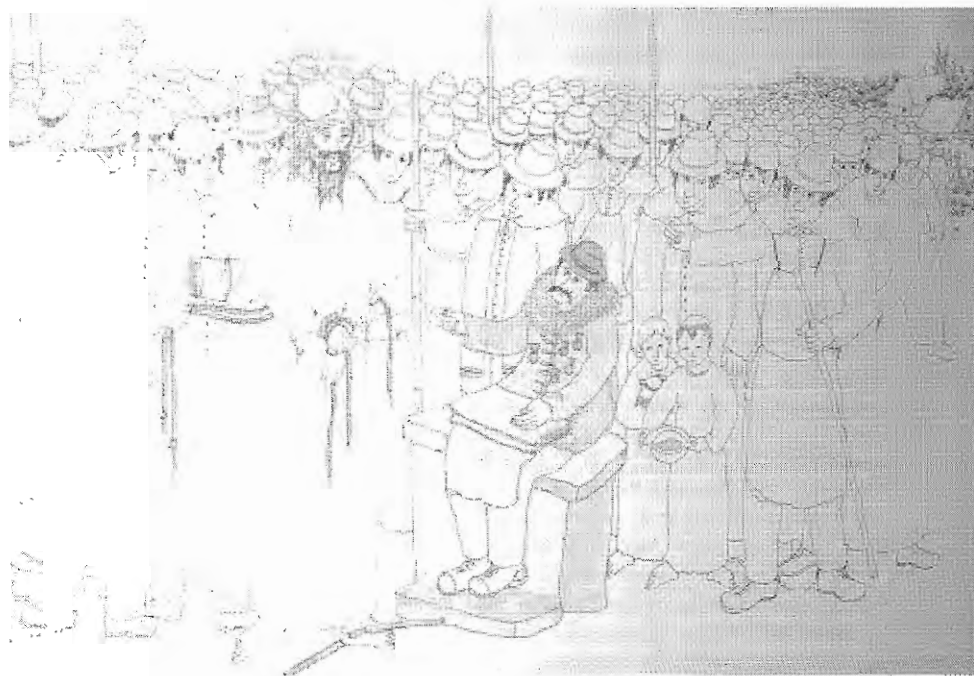
Das Zusammenleben der Volksgruppen funktioniert in Tuzla besser als in anderen Regionen des Landes. Durch die Ereignisse ist der Anteil der katholischen Kroaten von ehemals 50 Prozent auf 18 Prozent gesunken. Überwiegend ältere Leute sind geblieben. Die Jugendlichen gehen nach Kroatien oder wandern bevorzugt nach Australien, Neuseeland oder Schweden aus. Zurück wollen sie nicht mehr.

Fra Petar – Pater Guardian der kleinen franziskanischen Gemein-

schaft, die in der Region neun Pfarreien und in der Region Brcko noch einmal fünf zu betreuen hat – erläutert die Situation, wie sie sich in Tuzla darstellt:

Im Kanton Tuzla sei man immer schon bemüht gewesen, Konflikte friedlich zu lösen. So habe 1993, als in der Herzegowina Krieg zwischen Kroaten und Bosniaken tobte, eine kroatische Brigade mit einem Bosnischen Corps zusammengearbeitet. Im Raum Tuzla, hätten zu keiner Zeit Kroaten gegen Muslime und umgekehrt gekämpft.

Heute stehe die Kirche besser da als unter dem früheren kommunistischen System. Sie stände nicht unter Druck, sondern habe heute mehr Freiheit. Die katholische Kirche begegne den Muslimen mit Sympathie; auch die muslimischen Geistlichen wollten ein gutes Verhältnis. Trotz eines wachsenden muslimischen Einflusses in den Schulen sei Religion ordentliches Lehrfach. Das Problem sei nur, für alle Schüler auch Lehrer zu finden. Andererseits sei die Verwaltung nicht paritätisch besetzt. Muslime erhielten von der durchaus liberalen Stadtverwaltung bessere Unterstützung, während diese gegenüber katholischen Wünschen sehr zurückhaltend sei. Es herrsche keine Chancengleichheit,



Christus vor Pontius Pilatus. Kreuzweg eines bosnischen Künstlers in der katholischen Kirche von Tuzla. Alle Personen sind in traditioneller kroatisch-bosnischer Kleidung dargestellt. Pontius Pilatus ist ein bosnischer Kommunist. (Foto PS)

stellt Fra Petar fest, denn es liefe nur, was einklagbar sei. Wer den muslimischen Gruß „salam“ nicht entbiete oder als Frau ohne Kopftuch komme, werde bei den Behörden nicht abgefertigt.

Wenn aber die Kirche aktiv werde und hartnäckig an einer Sache dran bleibe, hätte sie auch Erfolg, bemerkt Fra Petar. Wegen der allgemeinen Unsicherheit über die Entwicklung, entschieden sich Kroaten aber schnell fürs Weggehen. Man sei jedoch bestrebt, die Probleme friedlich zu lösen, d.h. wenn ein Bleiben nicht möglich wäre, ginge man aus eigenem Entschluß und könne sein Eigentum verkaufen.

Die Franziskaner räumen trotz Unterschiede in der Beurteilung dem Friedensabkommen von Dayton zweckoptimistisch große Chancen ein. Alle Menschen sehnten einen stabilen Frieden herbei, sähen keine Alternative zur Anwesenheit der IFOR-Truppen. Man erwarte, daß der Auftrag verlängert werde, bis sich die Verhältnisse stabilisiert hätten, so sagen sie. Bei den Muslimen der Region Tuzla gebe es eine vorwiegend europäische Werthaltung, wenn sie sich aber von Europa im Stich gelassen fühlten, würden die Fundamentalisten die Oberhand gewinnen. Dies bedeute eine Radikalisierung. Die Franziskaner befürchten, daß bei einem frühzeitigen Abzug der IFOR sich ein „palästinensisches Syndrom mit fundamentalen Terrorgruppen“ entwickeln wird. Radikale muslimische Gruppen und die Serben würden eine neue kriegerische Auseinandersetzung zwischen Kroaten und Muslimen in Bosnien erwarten.

Aus wirtschaftlichen, infrastrukturellen und verkehrstechnischen Gründen, meint Fra Petar, müßten die Serben, die in Bosnien-Herzegowina ja auch in einer Enklave lebten, zu einem haltbaren Ausgleich mit Kroaten und Muslimen kommen. Anderenfalls müßten sie durch Krieg ihre Bedingungen verändern und verbessern. Die Serben ständen gegen zwei Fronten, gegen Kroatien und gegen die Föderation. Der Brcko-Korridor sei nur 4 km breit. Es stelle sich die Frage, was jede Partei und Europa zur Lösung dieses Problems beitragen könne. Eine Schlüsselrolle wird Rußland eingeräumt.

Wie überall in Bosnien treffen wir auch im klösterlichen Pfarrhaus in Tuzla Menschen, die sich selbstlos der humanitären Hilfe verschrieben haben. Annemarie Kury aus Wien ist eine couragierte Frau, deren „Schatztruhe ihre Lebensgeschichte“ ist. Sie ist Mutter von fünf Kindern, diplomierte Krankenschwester, vor 20 Jahren verunglückte ihr Mann, ein Arzt, tödlich im Himalaja, zwei Brüder waren in ihren Armen gestorben. Sie fühlt sich „immer von Gott geführt“, und sie glaubt „an eine Auferstehung jetzt schon im Leben“. Lebensgeschichte und Gottvertrauen haben sie in dieser Karwoche des Jahres 1996 zum 97. Mal mit Hilfsgütern nach Tuzla geführt, einfach weil sie den Menschen in der Stadt und den Franziskanern in diesem Haus helfen will. Die Mittel dazu „bettelt sie bei Freunden und Bekannten in Wien zusammen“ (Bericht über ihre 96. Reise nach Tuzla siehe Seite 17). Mit dem schlitzohrigen Fra Marco führt sie heftige theologische Dispute. Je nach dem Grad der Übereinstimmung ihrer Ansichten, wird sie von Fra Marco liebevoll als Schwester Annemarie, als Kandidatin oder Ketzerin tituliert. 1995 hat der Wiener Erzbischof Christoph Schönborn ihr die päpstliche Auszeichnung „Pro Ecclesia et Pontifice“ verliehen, die ihr Enkel respektlos als „päpstlichen Schmutgelorden“ bezeichnet.

Als wir nach gastfreundlichem einfachen Essen und anschließend noch langdauerndem Gespräch müde von den vielen Eindrücken des Tages die bescheidenen, zellenähnlichen Schlafstuben aufsuchen, werden wir den Eindruck nicht los, als hätten Patres ihre Zimmer für uns frei gemacht.

Am nächsten Morgen um sechs werde wir ungewöhnlich geweckt. Vom Minarett der nahen Moschee ruft über Lautsprecher der Muezzin die moslemische Bevölkerung zum Gebet auf. Aus der Ferne, wie als Antwort, hört man die Muezzins anderer Moscheen der Stadt. Gerade als wir im Bewußtsein, in einer anderen, fremden Welt zu sein, wieder in leichten Morgenschlaf fallen, bricht unvermittelt das stürmische Geläut vom nahen Kirchturm über uns ein. Es ist nicht das geruhssame „Bim – Bam –

Bim – Bam“ unserer westlich-lateinischen Glocken, sondern ein aufgeschreckt hektisches „Bimmel-di-Bimmel-di-Bammel“, wie es von orthodoxen Kirchen zu vernehmen ist. Dieses Geläut wirkt wie ein Alarmsignal, als ob es die bedrängte Christenheit vor dem Sturm aus dem Morgenland warnen wolle. Nur die Posaunen von Jericho werden durchdringender gewesen sein.

Im Büro des Vertreters der Auslandsabteilung des deutschen Caritasverbandes in Tuzla lernen wir Inga, eine bosnische Kroatin, kennen. Sie ist die rechte Hand des deutschen Projektbeauftragten, spricht perfekt Deutsch, dolmetscht, macht die Buchführung und vieles andere mehr. Vor dem Krieg war sie Geschäftsführerin einer deutschen Schuhfabrik in Tuzla. Sie ist mit einem Professor für Orthopädie verheiratet. Während ihr Mann am Tuzlaer Klinikum 150 Mark verdient, bekommt sie den bei den Hilfsorganisationen üblichen Satz von 900 Mark, womit sie ein überdurchschnittliches Einkommen hat. Inga sagt zur Situation in der Region. „Was wird, wenn auch wir noch gehen.“ Und sie ergänzt: „Die Föderation zwischen Kroaten und Bosniaken wird halten, weil das Land anders keine Zukunft hat. Aber der Wille dazu muß aus den Menschen selbst kommen. Von außen kann dies niemand erzwingen, nur unterstützen.“ Im Unterschied zu den Kroaten in der Herzegowina und in Zagreb hält sie die Kroaten in Tuzla für sehr liberal. Die aus der Region geflohenen Serben können nach ihrer Ansicht zurückkommen. Abgelehnt würden nur Angehörige der Armee, Kriegsgewinnler, Kriegsverbrecher und solche, die sich Greueltaten haben zuschulden kommen lassen. Sie setzt auf die Föderation zwischen bosnischen Kroaten und muslimischen Bosniern. Aber sie glaubt nicht daran, daß dies bereits erreicht ist, bis die IFOR-Truppen am 20. Dezember abziehen. Wie sie glaubt niemand in Bosnien daran, daß nach einem Abzug der IFOR-Soldaten auf dem Balkan der Frieden erhalten werden kann. Auch sie hält es nicht für möglich, die serbisch-bosnische Republik in einen einheitlichen Bundesstaat Bosnien-Herzegowina zu integrieren.

Angerührt von Armut und Dankbarkeit

Bericht über einen Hilfstransport nach Tuzla

Annemarie Kury

Liebe große Familie der Flüchtlingshelfer!

Auch von der 96. Fahrt sind wir wieder gut zurück und konnten zehn Tonnen in Tuzla abladen und zur Verteilung bringen.

Am 15. Februar 6 Uhr früh Abfahrt mit dem LKW (gefahren von Ised und Juso und ich dabei), geladen mit: 4 t Mehl, 1 t Bohnen, 500 kg Erbsen, 500 kg Schokolade, 400 kg Mayonnaise (geschenkt bekommen), 1 t Waschpulver, Kleidung, Schuhe, Bettwäsche, Zahnpaste – und viele Extras.

Die österreichische, die slowenische, die kroatische Grenze waren schon Routinesache: viele Papiere ausfüllen, plombieren, Tierarztstempel für die Mayonnaise („Ob die Hühner der verwendeten Eier für die Mayonnaise gesund sind?“). An der kroatischen Grenze die Frage des Zöllners nach dem Grenzübergang nach Bosnien. Ich sage ihm: „Am liebsten über Zupanja-Orasje, also den kürzesten Weg. Ist das möglich?“ Er glaubt schon und schreibt diesen Grenzübergang auf die Papiere. In Wien hatte ich noch die Auskunft, daß wir über Split, also 1.500 Kilometer weiter fahren müßten. Große Freude und der Wunsch, daß wir abends in Tuzla ins Bett fallen könnten, ist somit leicht erfüllbar.

Um 17 Uhr sind wir in Zupanja, melden uns bei Pater Mia; der hilft uns beim Zoll. Wir müssen einen Tierarzt suchen, der uns wieder bestätigt ..., so vergehen zwei Stunden, aber doch schon in der Reihe für die Fähre über die Save. Die Fähre ist klein, zwei LKW haben Platz, aber die PKW haben Vorrang. Es ist finster, kalt, Nebel, und wir stehen, stehen: zuerst 500 Meter, dann 300 Meter vor dem Fluß. Immer wieder taucht die Fähre im Nebel auf und verschwindet wieder – ein Gespensterschiff?, der Fliegende Holländer? Ganz langsam kommen wir weiter, und um Mitternacht stößt die Fähre



Junge Kriegerwitwe mit zwei Kindern – vertrieben im eigenen Land; auch das „Dach über dem Kopf“ kann nicht über die Wunden hinweg trösten, die Krieg und Vertreibung gerissen haben. (Foto Müller DCV)

mit uns zur kurzen Überfahrt ab. Die Nebelfetzen ziehen vorbei, aber plötzlich ist es klar, ich sehe das andere Ufer, ich sehe Bosnien im Licht der silbernen Mondsichel. In diesem Moment erwarte ich, daß die Rusalka aus dem Wasser auftaucht, den Mond besingt und ihn bittet: Verliß mich nicht!

Am anderen Ufer werde ich rasch aus dieser romantischen Stimmung in die Realität gesetzt; denn das Zollamt arbeitet erst wieder um 7 Uhr früh – wir müssen warten. Es ist eng im Führerhaus, denn wir haben in Wien Pakete von Flüchtlingen für ihre Verwandten in Tuzla – wie immer im letzten Moment – bekommen. Aber mir, die ich ja gar nicht gefahren bin, richten die Fahrer das beste Platzl zum Schlafen her. (Da soll mir noch einmal jemand sagen, daß bei den Muslimen die Frauen zweitrangig seien.)

Auch diese paar Stunden vergehen, und wir warten auf die Zollabfertigung: LKW können hier noch nicht abgefertigt werden; wir brau-

chen die Papiere in Split ... Papiere von Herzeg-Bosna – einem Staat, den es offiziell nicht gibt: viele Telefonate mit Split, aber das ist nicht genug, und das Fax funktioniert nicht. Telefonate mit Tuzla. Unser Beamte hier ist Nachbar eines Paters der Franziskaner in Tuzla, und diese garantieren dann für die Ladung. Um 10 Uhr Vormittag können wir fahren. Es geht zur Waffenkontrolle der NATO (IFOR) und dann zur serbischen Kontrolle, wo die Soldaten besonders freundlich sind. Ein Hubschrauber der IFOR kreist die ganze Zeit über uns. So sind wir das erstmal im serbischen Nord-Süd-Korridor, genannt Arizona. Rechts und links Minen (Wann werden die endlich verboten?). Nach fünf Kilometern wieder serbische Kontrolle, dann IFOR-Kontrolle, und dann geht's direkt nach Tuzla.

Um 12 Uhr mittags sind wir dort. 32 Stunden von Wien nach Tuzla, das ist Bestzeit. Ich hätte mich gern frisch gemacht, aber heute ist kein Wasser und im Mo-

ment auch kein Strom da. Wir werden wie immer ganz liebevoll empfangen und erfahren, daß unser LKW, sowohl für Caritas als auch Merhamet, der erste mit humanitärer Hilfe ist, der durch den, seit dem Dayton-Vertrag eröffneten Korridor gefahren ist. Zwei Tage später kann auch „Nachbar in Not“ diesen Weg nehmen – wir konnten Wegbereiter sein.

Samstag, 17. Februar, Zoll in Tuzla und Verteilung der Sachen. Die Lebensmittel-Lager für die Flüchtlinge aus Ostbosnien waren ganz leer. Die Not, die Armut ist katastrophal; es kommt viel weniger humanitäre Hilfe, und der Winter ist besonders kalt. Bei der Verteilung fragte mich ein Herr: „Alle Tiere werden vor dem Aussterben bewahrt, geschützt. Was ist mit uns? Sieht das die Welt nicht?“ Es hat mich tief berührt und läßt mich auch nicht los. Viele Menschen, denen ich in Tuzla und Umgebung begegnet bin, sind „ausgebrannt“. Und auch die Helfer sind zum Teil schon müde und möchten aufgeben. Viele Menschen dort hatten die Kraft durch Angst – Angst vor dem Feind, der Waffen, Angst vor Hunger und Not. Kraft durch Freude am Auf-

bau des Landes ist noch nicht da.

Es ist noch kein Aufbau möglich – es herrscht Unsicherheit, es ist kein Geld vorhanden, es ist kalt, Eis, Schnee, alles ist erstarrt. So sind viele Menschen in einem „tiefen Loch“. Es fehlt an allem, auch an medizinischer Versorgung. So erlebte ich in den drei Tagen dort zweimal Zahnziehen bei jungen Leuten. Zahnweh bedeutet Zahnziehen als einzige Therapie. Wieviele junge Leute dort schon ohne Zähne sind! Es fehlt an Psychotherapie, an physikalischer Medizin und Wiederherstellung. Es fehlt an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, um nur einiges aufzuzeigen.

Am 18./19./20. Februar war ich bei muslimischen Familien unterwegs, die das Ende ihrer Fastenzeit vorbereiteten oder feierten, immer begleitet von einem deutschsprechenden Franziskanerpater als Dolmetsch. Wir haben jetzt insgesamt 45 Patenschaften für bosnische Flüchtlinge, 25 in Tuzla und Umgebung und 20 in Kroatien. Sie bekommen von österreichischen Familien ÖS 350,—/Monat, und ich habe mich verpflichtet, mindestens alle drei Monate diese Familien persönlich zu besuchen und das Geld zu bringen. Es kostet viel

Kraft und Zeit, und so kann ich auch jetzt nicht noch mehr Patenschaften übernehmen. Berührt von der Armut und der Dankbarkeit dieser Menschen, ist dies für mich immer wieder die Bestätigung, daß diese Arbeit gut und notwendig ist.

Am 21. Februar Heimfahrt wieder den „kurzen Weg“ durch Arizona und in die Reihe von Autos für die Fähre. Eine lange Kolonne IFOR-Truppen kam uns entgegen. Sie fahren über die militärische Pontonbrücke. Plötzlich die Eingebung: Fragen wir doch, ob wir die Brücke benutzen dürfen. Nein, nur für Militär. Ich zeige mein Papier vom Außenministerium und bitte um eine Anfrage beim Kommandanten. In 15 Minuten wird der Militärkonvoi gestoppt, und wir dürfen über die Brücke. Es gibt noch Wunder!

Dankbar für den kurzen guten Weg, dankbar für die Begegnungen, dankbar für das Teilendürfen, dankbar für die vielen Spenden, dankbar und müde kommen wir noch abends in Wien an.

Annemarie Kury, Gersthofer Straße 93/31,
1180 Wien,
Konto: Erste Österreichische: 348-12598



„Dach über dem Kopf“, Wiederaufbauprogramm von Wohnhäusern in Bosnien-Herzegowina und Kroatien durch den Deutschen Caritasverband



Caritas international

Für Menschen in Not ein Dach über dem Kopf

„Wir müssen die jeweiligen Minderheiten unterstützen und schützen, damit diese nicht abwandern, d. h. Programme für die Kroaten in Zentralbosnien, wo sie eine Minderheit sind, Programme für Muslime und Serben in der Herzegowina. Nur so hat ein multiethnisches Zusammenleben eine Chance.“ (Prälat Hellmut Puschmann, Präsident des DCV)

Caritas ist seit 1991 im Krisengebiet tätig.

65 Millionen Mark wurden Dank der Hilfe vieler für Nothilfe- und Wiederaufbauprogramme in den Jahren 1991–96 eingesetzt. Caritas-Hilfen 1995:

- **6,2 Mio DM in Bosnien-Herzeg. für**
 - Frauen in Not
 - Flüchtlingsunterkünfte
 - Nahrungsmittelhilfe
 - Strukturhilfe für Caritas-Arbeit
 - psychologische Beratung von Kriegsopfern
 - Kindergarten Mostar
- **1,4 Mio Kroatien**
 - Flüchtlingsunterkünfte
 - Kleinkredite für Existenzgründungen
 - Mutter- und Kindprogramme
 - Frauen in Not
 - Strukturhilfe
- **0,6 Mio DM Restjugoslawien**

Aufbau- und Hilfsprogramm der Caritas in Bosnien

Tuzla. Merima Muscic senkt ihren Blick zu Boden, ihre Augen füllen sich langsam mit Tränen. „Am schlimmsten ist die Ungewißheit. Seit 6 Monaten habe ich keine Nachricht von meinem Mann. Lebt er? Ist er tot? Meine Buben brauchen doch einen Vater.“ Kasim (9) und sein Bruder Aziz, 11 Jahre, schmiegen sich an ihre Mutter.

Vielleicht begreifen sie in diesem Moment, daß sie ihren Vater nie mehr sehen werden, seit sie ihn im Juli vergangenen Jahres in Srebrenica zurücklassen mußten. Nur Frauen, Kinder und alte Menschen durften die Stadt damals vor der Übergabe an die bosnischen Serben verlassen. Tausende von Männern sind seither verschollen.

Eine Rückkehr in die Heimatstadt Srebrenica kann sich Merima Muscic jetzt nicht vorstellen, zu traumatisch sind die Erinnerungen an die Aggressoren, von denen einige ihre Nachbarn waren.

„Das Leben nach dem Friedensvertrag ist oft schwieriger als während des Krieges“, ist die Erfahrung des jungen Franziskanerpaters Janko Kuro, der die Situation der 70.000 Flüchtlinge in Zenica gut kennt. Für die meisten Flüchtlingsfamilien sind zunächst alle Illusionen auf die Fortsetzung ihres früheren Lebens zerstört.

In den überfüllten und heruntergekommenen Flüchtlingsunterkünften verfallen viele Menschen in tiefe Apathie und Resignation. Um ihnen zu helfen, hat Caritas international in Zusammenarbeit mit lokalen Caritasstellen das Hilfsprogramm „Dach über dem Kopf“ entwickelt.

Familien, die in ihre kriegszerstörten Häuser zurückkehren können und wollen, erhalten von der Caritas das notwendige Baumaterial, um ihr Haus bewohnbar zu machen.

Im Durchschnitt kostet die Instandsetzung, die in Eigenarbeit oder Nachbarschaftshilfe geschieht, circa 7.000 DM pro Familie. Für Fra Janko ist „Dach über dem Kopf“ ein fantastischer Erfolg. „Vertriebene, die in ihre Heimatdörfer zurückkehren, blühen förmlich auf: Mit Kleintieren und etwas Ackerbau können sie sich bald wieder selbst versorgen und an ihrer eigenen Zukunft arbeiten.“

Beispiele aus laufenden Programmen

Dach über dem Kopf:

Das „Dach über dem Kopf“-Programm läuft seit Beginn des Krieges. Schon über 1.100 Häuser für bedürftige Familien sind wieder aufgebaut worden.

- Ein Architekt der lokalen Caritas berät die Familien und stellt die Schadenshöhe fest.
- Es wird nur bedürftigen Familien geholfen.
- Nur kriegsbedingte Störungen werden repariert.
- Die Familie erhält ausschließlich für das Haus Baumaterial bis max. 10.000 Mark, in dem sie auch selbst wohnen wird.
- Die Familien bauen dann ihre Häuser selbst und mit Nachbarschaftshilfe wieder auf.

Voraussetzung für die Rückkehrbereitschaft der Flüchtlinge in ihre Heimatdörfer ist, daß die persönliche Sicherheit gewährleistet ist, die Kinder zur Schule gehen können und die medizinische Grundversorgung sichergestellt ist. Dies gehört mit zum Wiederaufbauprogramm der Caritas. Oft ist das die Initialzündung, daß sich der Staat oder überstaatliche Organisationen an diesen Maßnahmen beteiligen.

Viele Flüchtlinge wie Merima Muscic können auf absehbare Zeit noch nicht zurückkehren. „Leider läuft alles auf eine weitere ethnische Säuberung hinaus“, warnt der bosnische Caritasdirektor Miljenko Anicic.

Deshalb fördere die Caritas vor allem das Bleiben kroatischer Familien in muslimischen Dörfern und muslimische Rückkehrer in kroatisch geprägten Gegenden. An vielen Baustellen laufen die Arbeiten auf Hochtouren, damit die Flüchtlinge bald in ihre Häuser zurückkehren können.

Das weitere Schicksal der 1,3 Millionen Flüchtlinge in Bosnien ist eng an die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Föderationen geknüpft. Aber rund 80 Prozent Arbeitslosigkeit und weitgehend stillgelegte oder zerstörte Industrieanlagen bieten nur wenig Perspektiven. (Oliver Müller, Caritas)

Aus dem Flüchtlingslager ins eigene Haus

4,2 m³ Bauholz und 1.555 Dachziegel fehlten Familie Zivko, um ihr Haus wieder bewohnbar zu machen. Nach heftigen Angriffen hatte sie ihr kleines Dorf bei Sibenik verlassen müssen und war in ein Lager nahe Zagreb geflüchtet.

Wie viele andere Familien auch, konnte sie nicht zurückkehren. Die meisten Häuser waren beschädigt oder zerstört. Am Haus der Zivkos war das Dach komplett verwüstet. Inflation und Arbeitslosigkeit hatten die bescheidenen Ersparnisse inzwischen aufgezehrt. Die Rückkehr aus dem Flüchtlingslager in die Heimat schien in weite Ferne gerückt.

Das Caritas-Programm „Ein Dach über dem Kopf“ hilft solchen Familien. Ein Architekt der Caritas begutachtet das zerstörte Haus und stellt fest, was an Baumaterial nötig ist. Die Dachziegel, das Bauholz oder was sonst noch gebraucht wird, werden wenige Tage später von der Caritas vorbeigebracht. Familie Zivko wird ihr Haus in Eigenarbeit wieder reparieren. Das Baumaterial für ihr Haus kostet nur 5.045 Mark.



Programm „Dach über dem Kopf“:
langfristige Wiederaufbauprogramme,
Kauf der Materialien vor Ort, Durchfüh-
rung der Arbeit mit Partnern vor Ort,
langfristige Projektbegleitung
(Foto Müller DCV)

Sozialzentren/Psychologische Beratungsstellen:

Der Verlust von Familienangehörigen, von Hab und Gut und das Erleiden von Gewalt haben viele Menschen traumatisiert. In Tuzla, Sarajewo und Mostar gibt es Beratungsstellen für Frauen, Mütter und Kinder. Dort werden die nicht sichtbaren seelischen Wunden des Krieges behandelt. Sozialarbeiter und Psychologen werden ausgebildet, um weitere Einrichtungen zu eröffnen. Einige Zentren betreuen zudem alte und kranke Menschen zu Hause.

Prothesenwerkstatt:

Viele Menschen wurden durch den Krieg verstümmelt. In Sarajewo hat die Caritas den Aufbau einer Prothesenwerkstatt unterstützt. Ein Arzt, 3 Techniker und ein Physiotherapeut arbeiten dort, um den ca. 500 Amputierten in Sarajewo die Behandlung zu ermöglichen. Partner vor Ort ist die islamische Hilfsorganisation Merhamet.

Kleingewerbeförderung:

Funktionierende Wirtschaftsstrukturen sind ein wichtiger Schritt zum Wiederaufbau des Lan-

des. Kleinen lokalen Handwerks-, Handels- und Landwirtschaftsbetrieben wird beim Aufbau einer Existenz geholfen. Als Starthilfe erhalten sie günstige Kredite. Schulung und Fortbildung und eine Fachbegleitung gehören zum Programm.

Kindergarten in Mostar:

Für 4.000 Kinder stehen nur ca. 400 Kindergartenpläne zur Verfügung. Ihr Spielplatz ist die Straße. Caritas international baut einen neuen vierzügigen Kindergarten, der Kindern jeglicher Religionszugehörigkeit offenstehen wird.

Materialtransporte:

Seit Beginn des Krieges 1991 wurden insgesamt 431 LKW mit einer Gesamtladung von 9.482 Tonnen in das ehemalige Jugoslawien transportiert.

Informationen:

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an: Deutscher Caritasverband, Caritas international, Postfach 420, 79004 Freiburg, Tel: 0761/200-590, -288.

Spendenkonto: 202 bei allen Banken und Sparkassen

KURZ NOTIERT

Warnung vor neuer Kriegsgefahr in Bosnien

Osnabrück, 17.05.96 (KNA) Eine zunehmende Radikalisierung in Bosnien hat der Erzbischof von Sarajewo, Kardinal Vinko Puljic, beklagt. „Die Gefahr ist nicht auszuschließen, daß das zu einem neuen Krieg führen kann, wenn das nicht bald energisch gestoppt wird“, sagte Puljic in einem Interview der nord- und ostdeutschen Kirchenzeitungen. Der Nationalismus habe die religiösen Gefühle der Menschen mißbraucht. In Sa-

rajevo wachse vor allem unter den Muslimen der Radikalismus. Dies zeige sich in den Medien, den Schulen und der Armee. Die Vertreter der Religionen müßten nun den Glauben vor politischer Manipulation bewahren. In dem Krieg hätten sie ihren Einfluß nur sehr unzureichend geltend machen können, weil sie vom Staat blockiert worden seien. Der Kardinal warnte vor einer zu frühen Rückführung

bosnischer Flüchtlinge. Zuerst müßten die Bedingungen dafür geschaffen werden. „Wir können diese Leute nicht noch einmal ins Ungewisse schicken, daher müssen wir alles tun, damit ihre Sicherheit garantiert ist“, betonte der Kardinal. Er sei aber „sehr dafür, daß meine geflohenen Landsleute wieder in ihre Heimat zurückkehren“. Die Menschen würden dringend für den Wiederaufbau gebraucht.

Was trägt die katholische Kirche zur Versöhnung im ehemaligen Jugoslawien bei?

Rudolf Grulich

Unter der Überschrift „Konflikt um Rolle der katholischen Kirche in Kroatien“ brachte die Katholische Nachrichtenagentur (KNA) am 6. Mai 1996 eine Meldung, in der es heißt: Vertreter der kroatischen Regierung haben die katholische Kirche des Landes gegen Vorwürfe von Menschenrechtsgruppen verteidigt, sie habe Diskriminierungen und Menschenrechtsverbrechen gegen die orthodoxe Minderheit des Landes geduldet. In einem am Wochenende in Zagreb veröffentlichten Bericht an die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) unterstrichen die Verhandlungsführer gleichzeitig, daß Kroatien Gesetze entwickle, die die grundlegenden Prinzipien einer multi-religiösen Gesellschaft beachteten. Bereits in der 1991 verabschiedeten kroatischen Verfassung seien gleiche Rechte für alle religiösen Gemeinschaften verankert, fügten sie hinzu. Auch die katholische Kirche habe den Grundsatz akzeptiert, daß der Staat sich nicht in die religiösen Überzeugungen seiner Bürger einmischen dürfe. In dem Land seien die Katholiken jedoch die größte und damit auch einflußreichste Religionsgemeinschaft.

Der Vorsitzende des Helsinki-Komitees im früheren Jugoslawien, Ivan Ciciak, hatte vor wenigen Wochen die katholischen Bischöfe Kroatiens angeklagt, bei der kroatischen Rückeroberung der durch Serben besetzten Krajina Menschenrechtsverbrechen gedeckt und zu der "Welle von Mord und Verwü-

stung" geschwiegen zu haben. Die Bischofskonferenz hatte die Rückeroberung der Krajina im August 1995 als moralisch gerechtfertigt bezeichnet sowie die einheimischen Serben zum Bleiben und die Katholiken zur Versöhnung aufgerufen. Die Vereinten Nationen hatten Kroatien in diesem Zusammenhang zahlreiche Menschenrechtsverbrechen vorgeworfen. Kroatische Kirchenkreise wiesen demgegenüber vor wenigen Wochen darauf hin, daß auch der Zagreber Kardinal Franjo Kuharic die Untaten bei der Rückeroberung verurteilt habe.

Die kroatischen Regierungsvertreter räumten ein, die Weigerung der serbisch-orthodoxen Kirchenführer in Kroatien, nach dem Kriegsbeginn 1991 dem Staat ihre Loyalität zu erklären, habe eine "spezielle Situation" hervorgerufen. Inzwischen seien die Kontakte zwischen der orthodoxen Kirche und dem staatlichen "Komitee für die Beziehungen zwischen den Religionen" wieder aufgenommen worden. Auch innerhalb der katholischen Kirche gebe es zahlreiche Bemühungen, den Dialog zwischen den Konfessionen wieder zu beleben, betonten sie.

AUFTRAG möchte die Leser durch den Aufsatz von Rudolf Grulich, aus Ost-West Informationsdienst Nr. 190/1996, sachlich über die Versöhnungsarbeit der katholischen Kirche im ehemaligen Jugoslawien unterrichten, ohne daß Defizite verschwiegen werden. (PS)

Wir hören im Westen immer wieder nur vom Haß in den umkämpften Gebieten des zerfallenen Jugoslawiens und fragen uns dabei immer wieder rhetorisch, wie es denn dort nach dem Krieg weitergehen solle. Dabei ist erstaunlich, wie wenig bei uns in Deutschland, aber auch im übrigen Ausland, über die trotz des Krieges weiterbestehenden Kontakte zwischen den Völkern und auch den Religionsgemeinschaften gerade in Kroatien berichtet wird.

Dieser Krieg war von Anfang an kein Bürgerkrieg, sondern ein offener Aggressions- und Vernichtungskrieg, den das Regime in Belgrad mit seiner Kriegs-Camarilla gegen Mitteleuropa in genocidärer Absicht führte.

Es gibt nicht nur Haß

Und dennoch ist dies nur eine, wenn auch die uns allein bekannte blutige Seite. Trotz des Krieges blieben 1991 Zehntausende von

Serben allein in der kroatischen Hauptstadt Zagreb, wo im kroatischen Parlament weiterhin serbische Abgeordnete Sitz und Stimme haben, ja sogar bis 1994 an der kroatischen Regierung beteiligt waren. Wohl hatten viele Serben 1991 das Land verlassen, als es sich für selbständig erklärte. Sehr viele aber waren geblieben. In Zagreb ebenso wie in Karlovac oder im ostslawonischen Osijek direkt an der Waffenstillstandslinie sowie in allen Teilen des Landes. Mögen es nur Einzelbeispiele für ein weiterhin bestehendes bescheidenes friedliches Zusammenleben der Völker und kleine Möglichkeiten der Versöhnung sein, auf die wir im folgenden hinweisen, so zeigen sie uns aber doch, daß der *circulus vitiosus* des Hasses von Anfang an im Lande gerade von der katholischen Kirche durchbrochen wurde.

Zu Beginn des Krieges im Jahre 1991 standen die katholischen Bischöfe Kroatiens wie auch Sloweniens klar auf der Seite ihres

Volkes und erklärten, die am 25. Juni 1991 ausgesprochenen Unabhängigkeitserklärungen Kroatiens und Sloweniens „sind nicht durch eigenmächtige Herrscher zustande gekommen, sondern durch den Willen des Volkes in freien Wahlen und dann in einem Plebiszit und Referendum. Deshalb muß man sie im Rahmen der ethischen und rechtlichen Prinzipien des internationalen Lebens anerkennen und als legitimen Willen des Volkes respektieren.“

Diese Erklärung wurde im Juli 1991 abgegeben, als sich die katholischen Bischöfe noch zur letzten Jugoslawischen Bischofskonferenz trafen. Damals hatte der Krieg schon begonnen und wegen der Kriegshandlungen konnten nicht mehr alle Bischöfe nach Zagreb kommen.

Im Abschlußkommuniqué dieser Konferenz heißt es:

„Gewaltanwendung gegen den legitim ausgedruckten Willen der Völker kann unter keiner Ausrede

akzeptiert werden. Offene Fragen, wie man die Reste der bisherigen Verfassungsordnung mit der neuen demokratischen Ordnung vereinbart, müssen mit wirklichen Argumenten durch Verhandlungen zwischen gleichberechtigten Teilnehmern und nicht auf der Basis des Rechtes des Stärkeren gelöst werden... Die Verantwortung für die Opfer wird mit Recht dem Angreifer und Unterdrücker zugeschrieben.“

Leider hat weder damals noch heute die Führung der serbisch-orthodoxen Kirche eine ähnliche Haltung zugunsten der demokratischen Kräfte eingenommen. Das Kirchenblatt „Orthodoxie“ in Belgrad hatte stattdessen seit langem in die antialbanische Agitation der großserbischen Kommunisten auf dem Amselfeld eingestimmt und tat dies nun auch gegen die Kroaten und ihre Selbständigkeit.

Trotz unwahrer, antikroatischer Beschuldigungen von seiten des serbisch-orthodoxen Patriarchen Pavle war es aber noch vor Beginn des Krieges am 7. Mai 1991 in Karlowitz und nach dem Angriff der Jugoslawischen Volksarmee am 24. August 1991 in Slavonski Brod zu Begegnungen zwischen dem Patriarchen und dem Erzbischof von Zagreb, Kardinal Franjo Kuharic, gekommen. Beide unterschrieben im August einen gemeinsamen Friedensaufruf, der aber leider keinerlei Früchte zeitigte. Stattdessen ernannte der Patriarch nach seiner Rückkehr nach Belgrad einen orthodoxen Bischof für „die befreiten Gebiete“ in Ostslawonien, der seinen Sitz in dem von den Serben eroberten Ort Dalj nahm, wo die serbischen Tschetniks bei der Eroberung eines der größten Massaker unter der Zivilbevölkerung angerichtet hatten.

Damals verließen alle vier orthodoxen Bischöfe in Kroatien das Land, weil sie angeblich unter einer faschistischen Diktatur nicht leben konnten. So waren die Bischofssitze in Zagreb, Pakrac, Karlovac und Sibenik verwaist. Aber es blieben einzelne orthodoxe Priester, die ihre Herde nicht im Stiche ließen. Damals wurden den Serben in Kroatien wie auch allen anderen Minderheiten in einem eigenen Verfassungsgesetz alle Volksgruppen- und Minderheiten-

rechte zugestanden, den Serben sogar Autonomie nach Südtiroler Vorbild.

Die vier serbisch-orthodoxen Bischöfe, die ihre Herde grundlos im Stich gelassen hatten, behaupteten in Belgrad und im besetzten Gebiet Kroatiens, sie seien von den kroatischen Behörden vertrieben worden.

Es gibt loyale Serben in Kroatien

Man muß diese Fakten kennen, um wirklich ermessen und würdigen zu können, wie entschieden sich die katholische Kirche Kroatiens trotz des Krieges und der serbischen Aggression für den Frieden und das Zusammenleben der Völker einsetzte. Es gab viele Serben in Kroatien, die nicht auf der Seite des Belgrader Kriegsherren Slobodan Milosevic standen.

Als ich während des Krieges 1992 mit Studenten Zagreb besuchte, führten wir auch ein langes Gespräch mit Priestern und Laienvertretern der dortigen serbisch-orthodoxen Kirchengemeinde. Der Priester lud uns zum Abendgottesdienst ein, zur Vecernje.

Beim Eintritt von zwei Soldaten in kroatischer Uniform wurden meine Studenten unruhig und befürchteten eine Provokation oder Störung des Gottesdienstes. Die beiden jungen Soldaten aber beteten, verbeugten sich vor der Ikonostase, küßten die Ikone und machten das Kreuzzeichen nach orthodoxer Art.

Wir fragten sie nach dem Gottesdienst, ob sie orthodox seien, und erhielten zur Antwort: „Wir sind Serben, aber kroatische Staatsbürger und verteidigen unsere Heimat gegen die Faschisten aus Belgrad.“

Ökumenische Friedensgottesdienste in Kroatien

Die gemeinsamen Gottesdienste für den Frieden haben seit 1991 in Zagreb schon Tradition, ohne daß wir dies zur Kenntnis genommen haben, geschweige daß wir diese Bemühungen unterstützten. So wurde Jahr für Jahr im Januar die Gebetswoche für die Einheit der Christen in Kroatien auch mit orthodoxer Beteiligung begangen.

1995, also im Jahre der Rückeroberung Westslawoniens und der Krajina fanden abwechselnd in

verschiedenen Kirchen Zagrebs Gottesdienste für den Frieden statt. Mit tiefer Bewegung denke ich an den abendlichen Gebetsgottesdienst am 28. April 1995 in der orthodoxen Kathedrale der kroatischen Hauptstadt. Vor der Ikonostase standen kroatische Franziskaner in ihrem braunen Habit, der orthodoxe Priester sang die Friedens-Ektenie, Gebetsgruppen verschiedener anderer Konfessionen trugen ihre Fürbitten vor und bekannten auch ihre Mitschuld.

An diesem Abend waren auch Franzosen und Deutsche in der Kirche. Man bat uns um Lieder und ein Gebet, und wir formulierten es so, daß Gott den Völkern im ehemaligen Jugoslawien die Gnade schenken möge, die Deutsche und Franzosen nach dem Zweiten Weltkrieg erhielten: Die Versöhnung zwischen den Völkern.

Bei der anschließenden Agape in den Räumen der serbischen Kirchengemeinde herrschte ein fürchterliches Gedränge, so viele Menschen waren gekommen. Man hatte vor allem nicht mit einem Bus sudetendeutscher Katholiken gerechnet. Es war kein einziger kroatischer Polizist zu sehen, so sicher waren sich die Behörden, daß es keine Störenfriede oder Provokateure gebe. In lebhaften Gesprächen diskutierten Serben, Kroaten, Deutsche und Franzosen über Möglichkeiten des Friedens. Auch orthodoxe russische Journalistinnen waren anwesend, deren Männer in Bosnien waren. Immer wieder tauchte die Frage auf: „Warum berichten unsere Medien nur vom Haß und nicht von solchen Begegnungen und Bemühungen?“

Anwesend war auch ein Mitarbeiter des kroatischen Außenministeriums, der inzwischen sein Land im Ausland vertritt, und eine Kroatin aus Bosnien, die das serbische KZ und Todeslager Omarska in Bosnien überlebt hatte. Sie gestand im Gespräch, es sei ihr einmal schwarz vor den Augen geworden, als sie in der Kirche die serbischen Gesänge hörte: „So sangen manche Tschetniks auch im Lager Omarska“, sagt sie leise. „Aber ich bin in der Kirche geblieben und konnte mit Tränen dann gemeinsam beten: Und vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern!“

Einzelfälle?

Nein! Seit Beginn des Krieges war der Theologieprofessor Dr. Adalbert Rebic als Leiter des Büros für Flüchtlinge und Vertriebene, Mitglied der Regierung, später sogar im Rang eines Ministers. Der Zagreber Kardinal hatte ihn als Priester für die Dauer des Krieges für diese Aufgabe freigestellt.

Nach dem Abkommen von Dayton reichte dann Rebic auch sofort seinen Rücktritt ein. Sein Büro hat unzähligen serbischen Flüchtlingen, die übereilt oder aufgehetzt das Land verlassen hatten, die Rückkehr nach Kroatien ermöglicht. Kardinal Kuharic und die katholischen Bischöfe von Rijeka, Sibenik, Zadar und Djakovo, deren Diözesen zu einem Teil von den Serben besetzt waren und auf deren Gebiet sich die Jurisdiktion der geflohenen serbisch-orthodoxen Bischöfe erstreckte, sind bis an die Grenze der Selbstverleugnung gegangen, um die orthodoxen Bischöfe zur Rückkehr nach Kroatien in ihre Diözesen zu bewegen und die Seelsorge für die verbliebenen orthodoxen Gläubigen zu ermöglichen. Dies ist leider nur im Falle des orthodoxen Metropoliten Jovan geglückt, der 1991 seinen Sitz von Zagreb nach Ljubljana verlegt hatte.

Bemühen um einen gerechten Frieden

Eine Sammlung mit Predigten des Kardinals trägt den Titel „Opus iustitiae pax“. Daß Friede ein Werk der Gerechtigkeit ist, wie das Zweite Vatikanum sagt, und daß deshalb auch der Friede auf dem Balkan ein gerechter Friede sein müsse, das hat Kardinal Kuharic stets betont, aber ebenso konsequent und beharrlich seinen Gläubigen verkündet, daß der Christ immer als erster zur Versöhnung und Verzeihung bereit sein müsse.

Er war denn auch der erste, der scharf gegen Übergriffe der Kroaten in Bosnien-Herzegowina gegenüber Muslimen protestierte, und mußte sich dafür Beleidigungen des damaligen Kroatenführers im Separatistenstaat Hercegovina, Mate Boban, anhören.

Nach der Rückeroberung der Krajina, die er als berechtigt an-



„Privatsphäre“ eines alten Mannes im Flüchtlingslager (Foto Müller DCV)

sah, weil die UNO mehr als drei Jahre nicht nur nichts getan, sondern sogar zugelassen hatte, daß die Serben weiterhin ethnisch säuberten und Kirchen und Häuser sprengten, war es der Kardinal, der eine Bestrafung derer forderte, die im Rahmen der kroatischen Offensive wirkliche Verbrechen begangen hatten.

Es ist keine Übertreibung: Gäbe es Gerechtigkeit in dieser Welt und eine nüchterne objektive Beurteilung des Konfliktes im ehemaligen Jugoslawien, dann verdiente der Erzbischof von Zagreb den Friedensnobelpreis. Er mußte das 900jährige Bestehen seiner Diözese 1994 feiern, als ein großer Teil der Erzdiözese noch okkupiert und für ihn unzugänglich war. Aber er sprach auch in Flüchtlingslagern von Versöhnung und sagte auch deutschen Besuchern, daß diese Versöhnung möglich sei: „Zu mir kommen nach Gottesdiensten einfache Gläubige, Bauern und Handwerker, die mir erklären: ‘Herr Kardinal, wir werden nach dem Krieg unsere Häuser mit unseren Nachbarn, auch mit Muslimen und Kroaten, wiederaufbauen!’“

Versöhnung auch in Bosnien?

Beispiele, ja Grundhaltungen dieser Art gibt es auch in Bosnien, wo als drittes Element die Muslime, aber auch kleine nationale

Minderheiten, wie die griechisch-katholischen Ukrainer und die spanischsprachigen Juden, hinzukommen. Der katholische Bischof Komarica von Banja Luka ist hier als Hoffnungsträger zu nennen, der in seiner Bischofsstadt und trotz der Dezimierung seiner Diözese immer auf Versöhnung setzte. Gleiches gilt von dem neuen Kardinal Puljic in Sarajewo.

Aber auch politisch gab es durch alle Jahre des Krieges hindurch Zusammenarbeit und Zusammenleben aller Gruppen. Warum sprachen wir nicht mehr von und mit den kroatischen und serbischen Abgeordneten im Parlament in Sarajewo, wo in der bosnischen Regierung stets auch kroatische und serbische Minister Verantwortung tragen?

Natürlich gibt es immer noch die Konflikte auch zwischen Muslimen und Kroaten in Mostar, trotz der Föderation. Zutiefst traurig machen muß Katholiken auch die Tatsache, daß die Franziskaner in der Herzegowina (im Gegensatz zum eigentlichen Bosnien) die Versöhnungsarbeit nicht mehr unterstützen. Betroffen muß man sein, daß die ganze Medjugorje-Schwärmerei so wenig in echte Friedensarbeit mündet.

Wo haben die Franziskaner von Medjugorje, aber auch die Priester, die in diesen von der Kirche nicht anerkannten Wallfahrtsort pil-

gern, wirklich überzeugende Friedens- und Versöhnungsarbeit zwischen den in Bosnien-Herzegowina verfeindeten Volksgruppen geleistet? Wird sich nicht die Glaubwürdigkeit dieser seit 15 Jahren dauernden „Erscheinungen“ der Muttergottes als „Königin des Friedens“ auch daran messen lassen müssen? Können katholische Kroaten nach Medjugorje pilgern und mit ihnen Millionen von Pilgern aus der ganzen Welt und weiterhin die Kroatische Republik Herceg-Bosna aufrechterhalten, die den Staat Bosnien-Herzegowina genauso mitzerstören half wie die sog. Serbische Republik? Hat nicht der Vatikan Bosnien-Herzegowina anerkannt? Was sollen eigene Briefmarken einer „Republik Herceg-Bosna“ mit dem Bild der Muttergottes von Medjugorje?

Das sind Fragen, die sich die Katholiken der Herzegowina stellen lassen müssen.

Ein Lichtblick ist dagegen, daß die Franziskaner der eigentlichen bosnischen Franziskanerprovinz mit ihrer Hochschule nach Sarajewo zurückkehren. Der Stadtteil Nedzarici war von den Serben erobert, die Professoren und Studenten der Franziskanerhochschule waren alle vertrieben worden. Nun mußten die Serben nach dem Abkommen von Dayton den Stadtteil räumen und hinterließen wie über-

all einen Greuel der Verwüstung. Das Gebäude der Hochschule und des Seminars ist leer und ausgeplündert. Die Rückkehr der Franziskaner ist aber ein Zeichen der Hoffnung, das auch andere Kroaten bewegen wird, zurückzukehren.

Solche Zeichen gab es auch in den letzten Jahren. Der Franziskanerprovinzial von Sarajewo hatte den bosnischen Präsidenten Izetbegovic nach Rom zum Papstbesuch begleitet. Aber es kamen auch während des Krieges Bischöfe, ja sogar Kardinäle aus Rom nach Sarajewo und beteten am Freitag in der Moschee, am Samstag in der Synagoge und am Sonntag in den christlichen Kirchen Sarajewos mit Muslimen, Juden und orthodoxen Serben gemeinsam für den Frieden in diesem Land.

Unter den Verteidigern Sarajewos während der über 1000 Tage dauernden Belagerung waren auch serbische Offiziere, die in der bosnischen Armee dienen. In den bosnischen Vertretungen im Ausland sind als Botschafter und Attachés nicht nur Muslime und schon gar nicht nur Fundamentalisten.

Auch in Bosnien sind es diese Einzelbeispiele, die Hoffnung machen. Da schlagen z.B. die mehrheitlich muslimischen Vertriebenen aus Prijedor eine Katholikin als Exil-Bürgermeisterin der Gemeinde vor.

Ein besonders anschauliches Erlebnis hatte ich nach der Befreiung von Bihac, wohin ich einen Hilfstransport begleitete. Eine überzeugte Kroatin war dabei, die grundsätzlich für die Trennung der einzelnen Volksgruppe war und auch der muslimisch-kroatischen Föderation sehr skeptisch gegenüberstand. Sie stammte beziehungsweise nicht aus einem Gebiet, in dem Kroaten mit Muslimen wohnten.

Sie schilderte mir auf der Fahrt nach Bihac den bosnischen General Dudakovic, den Helden von Bihac, als echten Fundamentalisten und sein 5. Bosnisches Armeekorps als fundamentalistische Gefahr. „Wir brauchen eigene kroatische Militäreinheiten in Bosnien in der Föderation. Kein Kroat kann und wird als Soldat in einer moslemischen Einheit dienen.“

Meine Hinweise, daß die Armee eine bosnische und keine muslimische Armee sei, blieben fruchtlos. Erst in Bihac änderte die Dame ihre Meinung, als die dortigen Kroaten im Detail berichteten, wie Kroaten und Muslime gemeinsam die dreijährige Belagerung durch die Serben überstanden hatten, während sich in Mostar zeitweise Muslime und Kroaten bekämpften.

Vor der Rückreise besuchten wir auch die katholische Kirche in Bihac. Es war am 28. Oktober 1995. An der Türe hing ein kleines Plakat, wie es als Todesanzeige dort in Bosnien stets üblich war. Unter einem Kreuz stand der Name eines Toten mit Vornamen Stanislaus, der am 1. Oktober als Soldat „in treuer Erfüllung seiner Pflicht gefallen war. Erst am 27. Oktober konnten wir seine Leiche bergen. Am 28. Oktober wollen wir ihn zur letzten Ruhe geleiten.“

Es folgte eine in lateinischer Schrift transskribierte Zeile in arabischer Sprache aus dem Koran, in der für sein Seelenheil gebetet wurde. Unterzeichnet und eingeladen hatten zum katholischen Begräbnis „Offiziere und Kameraden des 5. bosnischen Korps.“

Meine Kroatin war tief betroffen: „Also besteht doch Hoffnung!“

Hinterlassenschaft eines Krieges.
Zusammengeschoben von deutschen Pionieren in der Kaserne von Benkovac/Kroatien (Fot PS)



Deutsche und Tschechen

Eckhard Stuff

Die Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation (AIK) hatte vom 26.–29. März zum deutsch-tschechischen Symposium in die alte Garnisonsstadt Strausberg, 40 Kilometer östlich vor den Toren Berlins, eingeladen. Der inhaltliche Auftakt, ein Vortrag von Prof. Gerhard Brendler von der Universität Frankfurt/Oder über „Das Bild vom anderen aus deutscher Sicht“, ließ manchen der tschechischen Gäste doch zusammenzucken. Nach historischem Abriß widmete sich Prof. Brendler etwas ausführlicher dem Problem der Sudetendeutschen in der ehemaligen Tschechoslowakei. Aufgrund seiner eigenen Herkunft war dieses eine Präsentation aus sudetendeutscher Sicht und somit eine Abweichung vom Konferenzprogramm, was wiederum einige der Symposiumsteilnehmer irritierte. Diese Kritik wurde in der anschließenden Diskussion deutlich, die auch versuchte, die Nachkriegsentwicklung aufzuarbeiten.

Von verschiedenen Symposiumsteilnehmern wurde dabei vorgeschlagen politische und rechtliche, auch völkerrechtliche Elemente zu trennen. Dabei läßt sich zumindest aus deutscher Sicht sagen, daß das Problem der Vertreibung der Sudetendeutschen nicht die Sichtweise der Deutschen gegenüber den Tschechen dominiert. Aus tschechischer Sicht allerdings stellt sich die Situation anders dar: Die Ansprüche von Sudetendeutschen werden durchaus als Hauptproblem in den deutsch-tschechischen Beziehungen empfunden.

Überhaupt ist das Verhältnis der Tschechen zu den Deutschen das eines kleineren Staates zu einem größeren und damit stets mit einer großen Portion Psychologie versehen. Dr. Vladimir Handl, Direktor der Forschungsabteilung beim tschechischen Institut für internationale Beziehungen, wies in seinem Vortrag darauf hin, daß kein anderer Einfluß als so gefährlich, aber auch kein anderer als so positiv vertraut von den Tschechen empfunden wird wie der deutsche,

insbesondere der deutsche kulturelle Einfluß. Eine Mehrheit der Tschechen sieht in Deutschland den Hauptpartner in der Politik, empfindet Deutschland als demokratisch offen und liberal. Allerdings sehen 25 % der Tschechen von Deutschland auch eine Gefahr ausgehen, genauer nachgefragt, sehen aber nur 7 % der Tschechen diese Gefahr als eine militärische. Damit steht Deutschland an zweiter Stelle hinter Rußland, das zu 41 % als Ausgangspunkt allgemeiner Gefahr für die Tschechen und zu 29 % als militärisch gefährlich gesehen wird.

Dr. Handl machte deutlich, daß das tschechische politische Denken von der Erfahrung der doppelten Erpressung geprägt ist: 1938 die Erpressung von deutscher Seite, aber auch durch die Westmächte und 1968 durch die Sowjetunion und die anderen Warschauer-Pakt-Staaten, darunter eben auch wieder Deutsche, nämlich die aus der DDR. Überhaupt sei das heutige Deutschenbild der Tschechen über Jahre hinweg auch zu einem nicht geringen Teil durch die Bürger der DDR bestimmt worden. Dieses sei in der persönlichen Begegnung in der Regel positiv gewesen, wurde aber politisch als eine eher bedrückende Mischung aus Kleinbürgerlichkeit, Preußentum und Sozialismus empfunden. Persönlichkeiten wie Ulbricht und Honecker wirkten negativ, während mindestens seit der neuen Ostpolitik Willy Brandt, Helmut Schmidt und schließlich auch Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher als positive Deutsche angesehen wurden.

Alarmierend ist das schlechte Ansehen der Armee in Tschechien. Während in Deutschland zwei Drittel der Bundesbürger die Bundeswehr als friedensfördernden Faktor ansehen, hat der Soldat in Tschechien ein sehr schlechtes Image. Während in der alten Tschechoslowakei im Jahre 1980 noch drei Viertel der Bevölkerung der Armee attestierten, daß sie eine gute Moral und Disziplin habe, so ist diese Zahl in Tschechi-

en im Jahr 1995 auf nur 10 % abgesunken.

Die Zusammenarbeit beider Staaten auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik machten der stellvertretende tschechische Verteidigungsminister Dr. Necas und der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Simon deutlich. Simon sprach sich für die Öffnung der NATO und die Erweiterung der EU aus: „Wer heute die Türen zur NATO und EU geschlossen hält, der hält die Teilung Europas aufrecht.“ Das deutsche Interesse umschrieb Staatssekretär Simon mit folgenden Worten: „Wir wollen nicht Randstaat des westlichen Europas sein.“ Beide, Necas und Simon, lobten die beispielhaften Beziehungen zwischen beiden Verteidigungsministerien und verwiesen auf zahlreiche Projekte der praktischen Zusammenarbeit zwischen der tschechischen Armee und der Bundeswehr. Dr. Necas hob in diesem Zusammenhang insbesondere die Ausbildung vieler tschechischer Offiziere bei der Bundeswehr hervor. Staatssekretär Simon machte die Grenzen einer NATO-Öffnung deutlich: „Rußland kann nicht Mitglied der NATO sein.“ Die Gründung einer europäischen Rüstungsagentur durch die französische und die deutsche Regierung in diesem Jahr kündigte er an und betonte, sie sei offen für alle NATO-Partner.

Die Tagung machte deutlich, daß Tschechen und Deutsche auf fast allen Feldern der Politik mit Interesse und Sympathie aufeinander zugehen. Gerade auch in der Sicherheitspolitik lassen sich viele gemeinsame Interessen und damit auch konkrete Projekte definieren. Wie jüngst gezeigt, können Schatten in den Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen aber immer dann auftreten, wenn das Problem der Sudetendeutschen und ihrer Vertreibung zur Sprache kommt. Dieses wurde auch auf dem Strausberger Symposium deutlich. Aus der Geschichte abgeleitete moralisierende Schuldzuweisungen sind aber nicht geeig-

net, Fundamente einer Zusammenarbeit, einer guten Nachbarschaft zu legen. Das sachliche Gespräch, das die Geschichte weder verdrängt noch sie in den Mittelpunkt stellt, ist geboten. Oder in den Worten eines Teilnehmers: „Geschichte läßt sich nicht ver-

drängen. Man muß sie aushalten auf beiden Seiten. Geschichte aushalten heißt: ohne Selbstgerechtigkeit miteinander reden und einander zuhören.“

Es gab nach der Wende einen Neuanfang im deutsch-tschechischen Verhältnis, der in allerjüng-

ster Zeit einige Rückschläge erlebt hat. Dieses ist solange nicht dramatisch, wie jeder Beteiligte nicht aus dem Auge verliert, daß wir gemeinsame Interessen haben und beide Seiten von künftiger Zusammenarbeit großen Nutzen ziehen können.

* * *

Nach 51 Jahren: Deutsche Soldaten in Oberschlesien

Joachim Georg Görlich

Für nicht geringes Erstaunen sowohl bei der polnischen, als auch bei der einheimischen deutschen Bevölkerung sorgten im April Offiziere der deutschen Bundeswehr im Straßenbild der oberschlesischen Woiwodschaftsmetropole Oppeln. Der Grund: Sie waren zu Gast beim 22. Bataillon der polnischen Gebirgsinfanterie in Oppeln-Stefanshöh.

Und: Es war das erste Mal, daß deutsche Soldaten in einer einst ostdeutschen Stadt in Erscheinung traten. Wie ein polnischer Offizier dem Verfasser dieser Zeilen mitteilte, waren noch nicht einmal deutsche NVA-Offiziere hier zu Gast gewesen. Die bundesdeutschen Offiziere wären sehr herzlich aufgenommen worden, das sei normal, denn Polen wolle ja in die NATO. Zum letzten Mal wurden deutsche Soldaten hier 1945 beim Abzug vor der Sowjetarmee gesehen. Jedoch: Oppeln war bis zu diesem Zeitpunkt Garnison primär deutscher Panzer-einheiten. Nach 1945 wurde es polnische und bis in die 60ziger Jahre auch sowjetische Garnison. Hier sind wiederum primär polnische Panzer stationiert. (Die Sowjets unterhielten hier ein Versorgungsbataillon). Kommandeur in Oppeln war geraume Zeit der heutige polnische Generalstabschef, General Tadeusz Wilecki. Neu ist, daß Oppeln wieder eine Garnisonskirche hat. Ganz abgesehen davon, daß es bereits bewährte deutsch-polnische Truppenübungen, jedoch in Zentralpolen, gibt, gibt es immer wieder positive Berichte in Polens Medien über Bundeswehroffiziere, die vereinzelt an polnischen Offiziershochschulen studieren. So

wurde exakt über einen Polizisten berichtet, der bei einer Kontrolle in Warschau einen Pkw anhielt, indem ein Mann in „fremder Uniform“ eben jenen Pkw mit polnischen Kennzeichen fuhr. Zum Erstaunen des Beamten legitimierte sich der Fahrer, der eine deutsche Uniform trug, mit dem Studentenausweis der polnischen Luftstreitkräfte-Offiziershochschule in

KURZ NOTIERT

Serbische Bischöfe: Einseitige Verfolgung von Kriegsverbrechen

Belgrad, 28.05.96 (KNA) Die serbisch-orthodoxen Bischöfe haben dem Internationalen Kriegsverbrecher-Tribunal für Ex-Jugoslawien vorgeworfen, einseitig serbische Kriegsverbrechen zu verfolgen. Das Tribunal in Den Haag instrumentalisiere das internationale Recht, um nahezu ausschließlich Serben auf die Anklagebank zu setzen, heißt es in einer am Wochenende in Belgrad veröffentlichten Erklärung der Synode der serbisch-orthodoxen Kirche. Die internationale Gemeinschaft verhalte sich angesichts der Verbrechen, die von allen Seiten verübt worden seien, ungerecht. Nach Einschätzung der Bischöfe haben die letzten sechs Jahre nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft zahlreiche Chancen für einen radikalen Wandel der serbischen Gesellschaft geboten. Gebracht hätten sie jedoch nur Lei-

Deblin. Übrigens: In einigen deutschen Familien in Oberschlesien ist die deutsche Bundeswehr keine Unbekannte: Es dienen in ihr nicht nur die nächsten Verwandten, die ständig in der Bundesrepublik leben, sondern es leisteten auch ihre Söhne in der Bundeswehr ihren Grundwehrdienst ab, soweit sie die deutsche Staatsbürgerschaft hatten. Dies anstelle des Grundwehrdienstes in der polnischen Armee und mit nachträglicher Billigung der Militärstaatsanwaltschaft in Oppeln, zumal gegen sie formell ein Verfahren eingeleitet worden war.

den und Enttäuschungen. Das serbische Volk sei derzeit moralisch und spirituell mehr bedroht als zu Zeiten des totalitären Regimes, so die Bischöfe.

Erstmals weiblicher Kaplan bei der Marine

London, 20.05.96 (KNA) Zum ersten Mal erhält die britische Marine eine weibliche Geistliche als Kaplan. Die 33jährige Sally Theakston erhielt 1994 die anglikanische Priesterweihe und war bislang in einer Londoner Pfarrei tätig. Sie wird ihre neue Position am 3. Juni antreten. „Ich freue mich sehr auf meine neue Aufgabe, auch wenn ich eigentlich an Seekrankheit leide“, meinte die Geistliche. Sie habe sich allerdings um diese Stellung beworben.

WELTKIRCHE

Peanuts?

Was für die Kirchen wichtig ist!?

Helmut Fettweis

Focus hat in einer Umfrage (06.04.1996) festgestellt, welche Aufgaben nach Meinung der Gesellschaft für die Kirche(n) wichtig sind. Nun weiß man dabei nie, wie die einzelnen Fragen gestellt und wie sie jeweils gewertet wurden. Dennoch sind zwei Dinge auffällig: Unter den 10 wichtigen Fragen wurde „politische Wegweisung“ als letzter Punkt mit einer sehr niedrigen Wertziffer genannt. Im unteren Drittel rangieren Fragen nach dem Sinn des Lebens, nach der Verkündigung des Glaubens und dem Leben nach dem Tode. Die höchste Platzziffer erreicht: „Randgruppen, Obdachlosen und Aidskranken helfen.“

Sicherlich steht fest, daß die kirchliche Sozialarbeit alle weltlichen Einrichtungen in vielerlei Hinsicht übertrifft. Es muß aber zu denken geben, wenn Kirche nur auf den sozialen Bereich oder als Fest- bzw. Alibi-Einrichtung bei Geburt, Hochzeit, Kindtaufe und Tod gesehen wird. „Der festliche Rahmen ist unübertroffen“ und beim Tod weiß man nicht, ob es nicht doch so etwas wie ein Fortleben gibt.

Ermutigend in diesem Artikel die klare Antwort von drei angehenden Pfarrern: „Für Gott und den Menschen ganz da sein“.

Nirgendwo in der „Rangliste“ der Wünsche erscheinen aber die Fragen nach Zölibat, Priesterinnen, Papst etc. Muß das nicht zu denken geben? Ebenso muß zu denken geben, daß so relativ wenig nach Verkündigung, Sakramenten, Leben nach dem Tode gefragt wird. Wurde hier etwas verdrängt?

Wenn man Ostern „urbi et orbi“ gesehen hat und die 200.000 Menschen, die vor dem Petersdom auf den Segen warteten, dann muß man sich fragen, ob hier nicht von der „Kirche“ – von den Amtsträgern bis zu den Laien – etwas falsch gemacht oder verschwiegen wird.

Ist es für den Gläubigen so wichtig, daß man darüber ob Christi Grab leer war, lange Diskussionen führt? Für den Christen ist Glaubensinhalt, daß Christus auferstanden, daß er zu Gott dem Vater zurückgekehrt ist. Daß er, hinabgestiegen in das Reich des Todes, durch seine „Himmelfahrt“ den Tod für den Menschen überwunden hat.

Ist es nicht wichtiger zu wissen, daß Gott alle Menschen liebt und in seiner Kirche mit Gerechtigkeit das Tun des Einzelnen in seinem irdischen Leben bewertet.

Wenn dem Räuber am Kreuz verheißen wurde, weil er geglaubt hat, daß er „heute noch mit mir im Paradiese sein wird“ (Lk 23,43), dann ist es an der Zeit, den wissenschaftlichen Ballast, den manche als „Bildung“ verkaufen, abzuwerfen und uns wieder das Evangelium „pur“ anzubieten.

Nicht zuletzt ist es gut, daß den Kirchen empfohlen wird „keine politische Wegweisung“ zu geben. Der Menschen Blick muß wieder auf Gott gerichtet werden.

Was soll man den Opfern in Jugoslawien, bei Naturkatastrophen oder „hausgemachten“ menschlichen Unglücken sagen?

Wenn der Mensch Gottes Geschöpf ist, und der Christ sollte daran glauben, dann hat er eine andere Perspektive als in der Sahara zu verdursten, in einem Slum in Südamerika zu verelenden, in und um Tschernobyl verstrahlt zu werden, dann hat er die Chance, in die Gnade Gottes zu fallen und in ein ewiges Leben einzugehen.

Und um was sorgen sich manche Zeitgenossen? Um die Kirchensteuer, um ein paar Blümchen am Altar rechts oder links, um neue Kirchenlieder, die keiner singen kann (einschließlich der Vorschlagenden), um dies und jenes. Aber was ist denn „notwendig? Das alles sind doch „Peanuts“ im Vergleich zum Inhalt des Christentums.

Zuerst Glauben, dann Beten und Vertrauen in das Wort des Herrn: „ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben“ (vergl. Jo 14,6).

Geben wir ein Beispiel in Glauben, Gebet und Liebe, dann wird die Kirche auch in unserer Region wieder zum helfenden Heilmittel Gottes.

KURZ NOTIERT

Laurien: Diakonat der Frau ist überfällig

Mainz, 03.05.96 (KNA) Das Diakonat der Frau in der katholischen Kirche ist nach Auffassung der früheren Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses, Hanna-Renate Laurien (CDU), „längst überfällig.“ Wenn Papst Joh. Paul II. Frauen „alles erlaube“ außer dem Weihepriestertum, bedeute das die Möglichkeit der Frauen-Diakonatsweihe, sagte Laurien am Donnerstag abend in Mainz. Sie rief dazu auf, das Mögliche „mit aller Leidenschaft einzufor-

dern“. Die deutschen Bischöfe sollten sich gegebenenfalls ein öffentliches „Nein“ in Rom „abholen“, so Laurien. Bislang sei nur hinter vorgehaltener Hand angefragt worden. Die Bischöfe sollten mehr „Courage“ zeigen, sich auch öffentlich zu kritischen Themen zu äußern. Laurien, die Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) ist, sprach anläßlich der 50-Jahr Feier der Katholischen Hochschulgemeinde in Mainz.

Zur Lage der Kirche in den mittelosteuropäischen Staaten

Länderberichte vom Osteuropaseminar von UNUM OMNES

Andreas Ruffing

In einem Osteuropaseminar diskutierte UNUM OMNES – die internationale Vereinigung katholischer Männer – die „Notwendigkeit und Chancen einer zeitgemäßen Männerpastoral und Männerarbeit der Kirche“. Das Seminar wurde in Zusammenarbeit mit der Kirchlichen Arbeitsstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit in den deutschen Diözesen vom 1. – 5. November 1995 im Bischof-Benno-Haus in Schmochitz /Diözese Dresden durchgeführt und durch RENOVABIS finanziell gefördert. Katholische Männer aus elf Nationen, darunter acht mittelosteuropäische (MOE) Länder (Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Ukraine) nahmen teil.

Das Seminar sollte Raum geben für einen Erfahrungs- und Meinungsaustausch über den Stand und die Entwicklung der katholisch-sozialen Bildungsarbeit in den jeweiligen Heimatländern. Zugleich sollte über gemeinsame Strategien für den Ausbau dieser Bildungsarbeit gesprochen werden. Die dort behandelten Themen sind auch für die GKS von Bedeutung. Deshalb werden aus den Arbeitseinheiten die „Länderberichte“ und der Vortrag von Dr. Paul Becher über die „Prinzipien der Katholischen Soziallehre“ wiedergegeben. (PS)

Den Teilnehmern aus Mittel- und Osteuropa wurde vorab ein Fragebogen mit folgenden Fragen übersandt:

1. Wie beurteilen Sie das gesellschaftspolitische Engagement der Katholiken in Ihrem Land? Ist es erlaubt? Sind Christen dazu motiviert? Sind sie dazu ausgebildet?
2. In welchen gesellschaftspolitischen Bereichen engagieren sich heute bereits Christen (Parteien, Vereine, Interessenvertretungen usw.)?
3. Gibt es das organisierte Apostolat (Bewegungen), das gesellschaftspolitisch – also in der Welt – wirksam ist?
4. Sind die Prinzipien der Katholischen Soziallehre bekannt und werden sie angewendet?
5. Gibt es schon Einrichtungen zur Verbreitung der Katholischen Soziallehre oder sind solche geplant?
6. Halten Sie eine spezifische Männerarbeit (Männer für Männer usw.) in Ihrem Land für wichtig?

Bosnien-Herzegowina

Fläche: 51.290 km², Bevölkerung: 4,4 Mio. E., 85 E./km², Hauptstadt: Sarajewo.

Der Berichterstatter, Dr. Ante Santic, Arzt in Bihac, konzentrierte sich in seinem Bericht auf die Region um Bihac. Dort lebten vor dem Krieg etwa 300.000 Menschen; derzeit sind es noch 135.000, darunter 5.000 kroatische Katholiken.

Während des Krieges sind Bosnier und Kroaten in der Region um Bihac korrekt miteinander umgegangen. Im geistlichen Sinne, so Dr. Santic, wurden die kroatischen Christen in der Region um Bihac weder während des Krieges noch danach benachteiligt. Während des Krieges herrschte in Bihac eine große Solidarität unter der muslimischen und kroatischen Bevölkerung. Diese erfahrbare Solidarität hat geholfen, das große Leid, das über die Völker von Bihac gekommen ist, zu bestehen. Die Solidarität war auch und gerade in dem Krankenhaus zu spüren gewesen, in dem Dr. Santic und seine Frau als Ärzte arbeiten. Über 19 Monate haben die Ärzte ohne Entgelt gearbeitet, um das Leid der Bevölkerung zu mildern.

Dr. Santic bedankte sich in diesem Zusammenhang für die Hilfe, die in der letzten Zeit aus Westeuropa und speziell aus Deutschland Bihac erreicht hat.

Die aktuelle Situation in der Region stellt sich folgendermaßen dar: Bihac und die Dörfer in der Umgebung sind weitgehend zerstört. Zwei von neun kroatischen Dörfern in der Region werden derzeit wieder aufgebaut. Die Menschen in der zerstörten Region brauchen zuallererst Hilfe zur Selbsthilfe, damit sie ihre Dörfer wieder aufbauen können. Es sind Menschen, die nicht auf Kosten anderer leben wollen.

Dr. Santic wies auf die Gefahr hin, daß die kroatischen Katholiken in der Gegend um Bihac verschwinden. In diesem Zusammenhang hat er auch ganz konkret um Hilfe beim Aufbau der zerstörten Wallfahrtskirche von Bihac. Mit dem Aufbau dieser Kirche könnte ein wichtiges Zeichen gesetzt werden, das die Kroaten zum Bleiben in ihrer Heimat ermutigt.

Kroatien

Fläche: 56538 km², Bevölkerung: 4,8 Mio. E., 85 E./km², Hauptstadt: Zagreb.

Der Berichterstatter, Perica Juric, katholischer Politiker in Zagreb, wies zunächst darauf hin, daß über 90 % der kroatischen Bevölkerung Katholiken sind. Der katholischen Mehrheit in Kroatien kommt damit die Hauptaufgabe für die Gestaltung der Zukunft des Landes zu, was auch Probleme schafft. In Kroatien herrscht in der nachkommunistischen Ära ein Vakuum, das auch die katholische Kirche bislang nicht ausfüllen konnte. „Was ist zu tun? Wie geht es weiter?“, sind die Fragen, die heute in Kroatien gestellt werden.

Für die katholische Kirche war es in kommunistischer Zeit zum Teil leichter als heute. „Es ist leichter Opposition zu sein als ein konstruktiver Partner“, so Juric wörtlich. Eine gewisse Passivität der katholischen Kirche insgesamt

wie auch der einzelnen Katholiken ist festzustellen. Es gibt zwar engagierte katholische Einzelpersonlichkeiten, aber insgesamt ist dies zu wenig, um größere Aktionen durchzuführen. So besteht nach Auffassung des Berichterstatters die zentrale Aufgabe der Zukunft darin, das Laienapostolat in Kroatien auszubauen, damit auf diese Weise engagierte Katholiken an der Gestaltung des Landes in der Zukunft stärker als bisher mitwirken können.

Zum Fragebogen im einzelnen:

Fragen 1–3: Das gesellschaftspolitische Engagement der Katholiken ist – wie angedeutet noch sehr gering. Die Katholiken sind zwar motiviert, aber nicht für die anstehenden Aufgaben ausgebildet. Zwar gibt es in Kroatien inzwischen eine Gruppe politisch aktiver Katholiken, die allerdings unter dem Einfluß der im Moment regierenden Partei stehen. Diese Gruppe mit Namen „Wir“ wird durch die Regierungspartei instrumentalisiert. Angesichts dieser Entwicklung fragen sich natürlich viele Katholiken, ob sie sich in gleicher Weise instrumentalisieren lassen sollen.

Fragen 4–5: Die Prinzipien der katholischen Soziallehre sind im wesentlichen unbekannt. Erst jetzt sind die entsprechenden päpstlichen Dokumente ins Kroatische übersetzt worden. Es existiert auch noch keine Einrichtung zur Verbreitung der kath. Soziallehre.

Frage 6: Die Notwendigkeit einer Männerarbeit wurde vom Berichterstatter unterstrichen. Aufschluß darüber, wie eine solche Männerarbeit aussieht und was davon nach Kroatien mit zu übernehmen ist, sollte der Seminarprozeß erbringen.

Rumänien

Fläche: 237.500 km², Bevölkerung: 23,4 Mio. E., 98 E./km², Hauptstadt: Bukarest.

Die Berichterstatter aus Rumänien gaben zunächst einige Daten und Einschätzungen zur kirchlichen Situation in Rumänien bekannt. Etwa 80 % der Bevölkerung gehören der orthodoxen Kirche an, weitere 7-8 % sind katholisch. Schließlich gibt es noch 1-2 % griechischkatholische Christen. Die überraschend hohe Zahl ortho-

doxer Christen in Rumänien erklärt sich daraus, daß die orthodoxe Kirche in der Zeit des Kommunismus eine erlaubte Kirche war, während die beiden anderen toleriert waren. So war die katholische Kirche vor der Wende eine „Sakristeikirche“, die nur nach innen wirken konnte.

Es gibt in Rumänien 6 (Erz) Bistümer. Die katholische Kirche ist eine Kirche vieler Nationen mit drei dominierenden Nationalitäten: Rumänen, Ungarn und Donauschwaben. Die verschiedenen Volkszugehörigkeiten bilden zuweilen bei der Zusammenarbeit der Katholiken untereinander ein Hindernis. Kommunikations-schwierigkeiten entstehen auch dadurch, daß die Katholiken in unterschiedlichen Regionen, dabei zum Teil weit voneinander entfernt wohnen. Die Gottesdienste werden meist von Frauen, in jüngerer Zeit auch verstärkt von Kindern besucht; Männer sind seltener anzutreffen. Es herrscht Priestermangel; viele in den Gemeinden tätige Priester sind zudem schon sehr alt.

Das Verhältnis zwischen der römisch-katholischen und der griechisch-katholischen Kirche ist gut; es gibt auch konkrete Hilfeleistungen der römisch-katholischen Bischöfe für ihre griechisch-katholischen Amtsbrüder. Das Verhältnis zur orthodoxen Kirche gestaltet sich weitaus schwieriger, da sie sich wenig gesprächsbereit zeigt. Mit Sorge wird beobachtet, daß Sekten vermehrt Zulauf bekommen.

Zum Fragebogen im einzelnen:

Fragen 1–3: Ein gesellschaftspolitisches Engagement von Katholiken ist zwar jetzt möglich, und die Katholiken sind auch motiviert für diese Aufgabe, allerdings fehlen in allen Bereichen Fachleute. Ein Engagement von Katholiken ist zu beobachten in den Bereichen Soziales, Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft. Es gibt inzwischen auch Jugend- und Frauenorganisationen sowie eine gut organisierte Caritasarbeit.

Fragen 4–5: Die Prinzipien der katholischen Soziallehre sind nur einem kleinen Kreis bekannt.

Einrichtungen zur Verbreitung der katholischen Soziallehre fehlen noch.

Frage 6: Die rumänischen Teilnehmer erhoffen sich vom Seminar Hilfen und Impulse für eine genuine Männerarbeit und Antwort auf die Frage, was Männerarbeit konkret in die Gesellschaft einbringen kann.

Slowakische Republik

Fläche: 49035 km², Bevölkerung: 5,3 Mio. E., 108 E./km², Hauptstadt: Preßburg

Die beiden Berichterstatter, Dr. Rafael Podhajecky, Arzt in Tatranska Kotlina, und Milan Katuninec, Leiter einer christlichen Gewerkschaft in Trnava, stimmten in der Einschätzung überein, daß sich der Nationalismus als das derzeit bedrängendste Problem im Lande darstellt. „Nationalismus ist die höchste Stufe des Kommunismus“, so Katuninec.

Zum Fragebogen im einzelnen:

Fragen 1–3: Nach der Wende gab es nur wenige Christen, die vorbereitet waren, politische Verantwortung zu übernehmen. Es gibt in der Slowakei derzeit zwei Parteien, die ein „C“ in ihrem Namen tragen. Die eine Partei steht in ihrer Programmatik der CDU nahe, während es sich bei der anderen eigentlich um eine nationalistische Partei handelt, die in enger Verbindung mit der Partei von Regierungschef Meciar steht.

Es gibt in der Slowakei inzwischen verschiedene katholische Laienorganisationen. An erster Stelle ist die Katholische Union zu nennen; weiter arbeiten im Land Organisationen für Familie und Jugend, für bestimmte Berufsgruppen (Lehrer, Ärzte), Gewerkschaften sowie die Caritas.

Fragen 4–5: Die Katholische Soziallehre und speziell die letzten Sozialenzykliken sind in der Slowakei verbreitet worden. Katholische Soziallehre wird an theologischen Instituten gelehrt. Allerdings gibt es noch zu wenige qualifizierte christliche Politiker, Soziologen und Ökonomen, die im Sinne der Katholischen Soziallehre die Gesellschaft gestalten. Hier ist Hilfe aus dem Westen vonnöten. Eine solche Hilfe kann aber nur dann effektiv sein, wenn im Westen die gesellschaftspolitische Situation in der Slowakei auch wirklich wahrgenommen wird, eine dialogische Zusammenarbeit mit den Katholi-

ken vor Ort stattfindet und nicht versucht wird, ohne Kenntnis der Detailprobleme nach festen Schablonen und Mustern „helfen“ zu wollen.

Frage 6: Eine Männerorganisation im engeren Sinne gibt es in der Slowakei noch nicht. Männerarbeit im Sinne einer Solidarisierung katholischer Männer ist freilich notwendig. Milan Katuninec wörtlich: „Katholische Männer müssen sich gegenseitig Mut machen und einander helfen, um in der Gesellschaft Verantwortung übernehmen zu können. In der schwierigen Situation, in der sich unsere Gesellschaft befindet, müssen gerade Christen Hoffnungsträger sein.“

Slowenien

Fläche: 20252 km², Bevölkerung: 2 Mio. E., 98 E./km², Hauptstadt: Ljubljana.

Der Berichterstatter, Prof. Stanko Loriger vom Katholischen Laienrat Sloweniens, informierte zunächst über die politische Situation in seinem Land, in dem 72 % der Bevölkerung katholisch sind: Bei der ersten Wahl nach der Wende sind die Exkommunisten an der Macht geblieben. So handelt es sich beim jetzigen Staatspräsidenten Sloweniens um den früheren Präsidenten des ZK der kommunistischen Partei. Der jetzige Regierungschef ist ehemaliges Mitglied des Staatspräsidiums in Belgrad. Dies zeigt beispielhaft, wie derzeit Exkommunisten die politische Verantwortung in Slowenien tragen.

Das Verhältnis von Staat und Kirche gestaltet sich derzeit vor allem aus zwei Gründen sehr schwierig: So gibt es in den Schulen derzeit noch keinen katholischen Religionsunterricht. In diese Frage kommt offensichtlich jetzt Bewegung; eine mögliche Lösung könnte so aussehen, daß es in den Schulen zukünftig die Wahl zwischen Religions- und Ethikunterricht gibt. Das zweite Problem besteht darin, daß der Staat der Kirche ihr Eigentum noch nicht zurückgegeben hat und daß es in dieser Frage auch noch keine Regelung gibt. Abschließend stellte Prof. Loriger auf Nachfrage fest, daß in seinem Land im Moment die antikirchliche Propaganda schlimmer sei als zu kommunistischen Zeiten, und

erwähnte, daß zahlreiche Sekten im Land immer mehr Zulauf finden.

Zum Fragebogen im einzelnen:

Fragen 1–3: Von einem breiten gesellschaftspolitischen Engagement von Christen ist derzeit in Slowenien noch wenig zu spüren. Auch die Motivation der Christen zu einem solchen Engagement ist wenig ausgeprägt, es sei denn, persönliche Interessen sind betroffen. Zudem ist es für Christen angesichts der starken Präsenz von Exkommunisten in der politischen Landschaft schwierig sich zu engagieren.

Seit zwei Jahren existiert in Slowenien ein katholischer Laienrat, in dem sich 23 verschiedene Organisationen zusammengeschlossen haben. Der Einfluß dieser Organisationen und Verbände reicht jedoch nicht in den öffentlichen Bereich, in Politik und Medien hinein.

Fragen 4–5: Die Prinzipien der Katholischen Soziallehre werden über die katholische Presse und auch über das katholische Radio, das es seit neuestem gibt, vermittelt. Die Außenwirkung in die Gesellschaft ist allerdings gering.

Einrichtungen zur Vermittlung der Katholischen Soziallehre werden im größeren kirchlichen Kontext vorbereitet.

Frage 6: Prof. Loriger äußerte am Schluß sein Interesse an einer spezifischen Männerarbeit, die es in seinem Lande bislang noch nicht gibt.

Tschechische Republik

Fläche: 78.864 km², Bevölkerung: 10,3 Mio E., 131 E./km², Hauptstadt: Prag.

Einleitend informierte der Berichterstatter, Jan Mentzik, Mitarbeiter an einem Projekt zur Verbreitung der Katholischen Soziallehre in Ostrau, darüber, daß 40 % der Bevölkerung katholisch sind, davon sind 5 % praktizierende Katholiken. Die Hälfte dieser praktizierenden Katholiken leben in der Diözese Ostrau, ein weiteres Viertel in Brünn. Die überwiegende Mehrzahl der praktizierenden Christen wohnt also in Mähren. In kommunistischen Zeiten war die Kirche die größte Oppositionskraft. Mit Sorge wird wie auch in

anderen Ländern das Aufkommen von Sekten beobachtet.

Zum Fragebogen im einzelnen:

Fragen 1–3: Gesellschaftspolitisch engagieren sich in der Tschechischen Republik nur wenige Katholiken. Gerade unter Katholiken ist auch eine gewisse Angst zu beobachten, Verantwortung zu übernehmen. Die Katholiken sind für die Übernahme von gesellschaftlichen Aufgaben in der Regel schlecht ausgebildet; dies gilt insbesondere im Blick auf ältere Jahrgänge. Es gibt derzeit in der Tschechischen Republik eine christliche Volkspartei, die in ihrer Programmatik der CDU verwandt ist. Bei der im Moment aktuellen Debatte um die Rückgabe von kirchlichem Eigentum unterstützt diese Partei die Kirche.

Seit 1989 haben sich verschiedene Laienaktivitäten gebildet, allerdings ist eine fehlende Koordination festzustellen. Daher laufen derzeit in Diözesen Aktivitäten, um solche Initiativen zu vernetzen und die Kommunikation untereinander zu verbessern. Hierbei leistet Renovabis eine wichtige Hilfe. In den Diözesen entstehen bzw. existieren bereits Zentren für das Laienapostolat. In jeder Diözese arbeitet ein hauptamtlicher Referent für das Laienapostolat. Die Referenten haben monatliche Besprechungen mit ihrem jeweiligen Diözesanbischof. Es gibt inzwischen auch christliche Radiosender sowie verschiedene katholische Interessensverbände.

Fragen 4–5: Mit Hilfe von Renovabis werden derzeit in Brünn und Ostrau zwei Zentren aufgebaut, die vordringlich der Vermittlung der kath. Soziallehre dienen. Es gibt in Tschechien auch schon eine kleine christliche Gewerkschaft. Literatur zur Katholischen Soziallehre ist vorhanden.

Frage 6: Die tschechischen Katholiken verfügen über keinerlei Erfahrungen im Bereich Männerarbeit. UNUM OMNES zum Beispiel ist im katholischen Raum völlig unbekannt.

Ukraine

Fläche: 603.700 km², Bevölkerung: 52,2 Mio. E., 87 E./km², Hauptstadt: Kiew.

Zunächst informierte der Berichterstatter, Dr. Roman Krypjakewytsch, Lektor in der Katholischen Akademie Lemberg, über die kirchliche Situation in der Ukraine. Die griechisch-kath. Kirche in der Ukraine besteht seit 400 Jahren. Das Christentum selber ist älter, etwa 1000 Jahre. Trotz Verbot durch die kommunistischen Machthaber nach 1946 existierte die griechisch-katholische Kirche im Untergrund weiter und war sehr aktiv. Nach der Befreiung ist in der Ukraine ein religiöser Aufbruch zu beobachten.

Allerdings ist das Glaubenswissen der Christen gering ausgeprägt. Der Berichterstatter sprach vor diesem Hintergrund von einer Krise des Apostolats in seinem Land.

Zum Verständnis der kirchlichen Situation in der Ukraine ist es wichtig, die regionalen Unterschiede zu beachten. So dominieren in der Ost- und in der Zentralukraine orthodoxe Christen, während griechisch-katholische Christen vor allem im Westen leben. Die orthodoxe Kirche in der Ukraine selber ist in drei Gruppierungen gespalten. Sehr viele orthodoxe Priester sind nach Moskau hin orientiert; politisch plädieren sie für eine Wiedervereinigung der Ukraine mit Rußland. Die Stimmung im Volke selber ist allerdings eine andere.

Zum Fragebogen im einzelnen:

Fragen 1–3: Viele Katholiken halten es für ihre Pflicht, sich gesellschaftspolitisch zu engagieren. Als Beispiele sozialen Engagements von Katholiken in der Ukraine sind etwa zu nennen: die Unterstützung von sozial Schwachen und Arbeitslosen, Hilfe für die Opfer der Katastrophe von Tschernobyl, spezielle Hilfsprogramme für Kinder. Umfassende politische Ziele der Arbeit sind einmal die Erhöhung der Lebensqualität für die Bevölkerung und zum anderen die Stabilisierung der politischen Lage. Wichtige Arbeit wird auch geleistet in der Verbesserung der Beziehungen zwischen Christen verschiedener Konfessionen und Nationalitäten.

Aufgrund der Krise in der Ukraine sind die Christen also durchaus motiviert für ein sozial-

und gesellschaftspolitisches Engagement. Allerdings fehlt es wie in anderen Ländern auch an der entsprechenden Ausbildung. Politisch engagieren sich Christen in nationaldemokratisch und nationalpatriotischen Parteien, die in ihrer Programmatik der Kirche nahe stehen und von ihr unterstützt werden. In der Ukraine existieren verschiedene Laienorganisationen, so etwa die Ukrainische Jugend für Christus oder auch Katholische Studentenverbindungen. Besonders zu erwähnen ist auch die Arbeit der Caritas. Im Medienbereich sind katholische Printmedien, ein christliches Fernsehprogramm und ein christlicher Rundfunksender zu nennen. Die genannten Organisationen stehen in guter Beziehung zueinander und ergänzen sich in ihrer Arbeit.

Fragen 4–5: Die Prinzipien der Katholischen Soziallehre sind in der Ukraine nur im allgemeinen bekannt. Die Vermittlung und Verbreitung der kath. Soziallehre geschieht etwa in theologischen Akademien.

Frage 6: Eine spezifische Männerarbeit ist in der Ukraine unbekannt. Welchen Sinn eine solche Arbeit hat und welche Ziele sie verfolgt, sollte im Seminar geklärt werden.

Ungarn

Fläche: 93032 km², Bevölkerung: 10,5 Mio. E., 113 E./km², Hauptstadt: Budapest

Die beiden Berichterstatter, Laszlo Dessewffy, Schriftsteller und Vorsitzender der Katholischen Männerbewegung in Budapest, und Dr. Janos Rumszauer, Berater des Bischofs von Kaposvar, skizzierten zunächst die allgemeine kirchliche und gesellschaftspolitische Situation: In Ungarn gibt es 12 Diözesen sowie eine griechisch-katholische Diözese. 80 – 90 % der Ungarn sind getauft, etwa 60 % sind Katholiken, von denen etwa 15% praktizieren. Wie in anderen Ländern finden auch in Ungarn Sekten vermehrt Zulauf.

Die ungarische Kirche war in der präkommunistischen Ära sehr reich. So ist derzeit die Frage der Rückgabe von kirchlichem Eigentum bzw. von Entschädigungen ein konfliktreiches Thema zwischen Kirche und Staat. Ein jüngst ge-

schlossenes Abkommen zwischen Kirche und Staat sieht vor, die Rückgabeträge innerhalb von 10 Jahren zu regeln. Dabei ist aber immer mitzubedenken, daß gerade bei der Rückgabe von Gebäuden die Kirche aufgrund des schlechten baulichen Zustandes und der damit verbundenen finanziellen Lasten für den Aufbau wohl gar nicht das gesamte kirchliche Eigentum zurückhaben will. Positiv zu bewerten ist, daß bisher etwa 100 Schulen an die Kirche zurückgegeben worden sind.

Die politische Lage im Lande sieht so aus, daß derzeit im Parlament die Kommunisten dominieren, gefolgt von den Liberalen, während christliche Parteien erst an dritter Stelle stehen.

Zum Fragebogen im einzelnen:

Fragen 1–3: Für viele Katholiken steht das gesellschaftspolitische Engagement eher im Hintergrund; es dominiert die Meinung, daß caritative Arbeit die Hauptaufgabe von Christen ist. Hinzu kommt, daß nur sehr wenige Christen für gesellschaftspolitische Aufgaben ausgebildet sind. So gibt es nur wenige Christen, die in Parteien oder in Gewerkschaften mitarbeiten. Ein organisiertes Apostolat für gesellschaftliches Engagement gibt es in Ungarn nicht. Beim Aufbau von Laienorganisationen erhalten die ungarischen Katholiken kaum Unterstützung von ihren Bischöfen; Initiativen in dieser Richtung wachsen von unten.

Fragen 4–5: Die Prinzipien der Katholischen Soziallehre sind in Ungarn durchaus bekannt. So gibt es auch seit neuem wieder einen Lehrstuhl für Katholische Soziallehre. Es gibt hier und da kleinere Einrichtungen, die in ihrer Arbeit speziell gesellschaftspolitische Fragen aufgreifen.

Frage 6: Die ungarischen Männer leben in einer tiefgreifenden Krise. Besondere Männerprobleme sind Alkoholismus und Kriminalität. Eine spezifische Männerarbeit ist daher dringend notwendig.

Polens Katholizismus ist auch nicht mehr das, was er einst war

Joachim Georg Görlich

Auf Änderungen innerhalb des Katholizismus in Polen wies jetzt in einer Erhebung die auflagenstärkste überregionale Kirchenzeitung, der Kattowitzer „Gosc Niedzielny“ (Sonntagsgast) hin. Obwohl seit 1989 die Zahl der Gläubigen sogar von 86 auf 96 Prozent zunahm, gehen heute nur noch 37 Prozent der Katholiken regelmäßig zur Kirche. Damals waren es 87 Prozent. Ebensoviel bejahten damals die Aktivitäten der Amtskirche, während sie nur acht Prozent ablehnten. Jetzt liegt die Akzeptanz bei 54 Prozent, während die Zahl der Ablehner auf 37 Prozent angewachsen ist. Als „Traditionalisten“ bezeichnen sich noch 46 Prozent der polnischen Katholiken. Und 36 Prozent lehnen die Abtreibung strikt ab. Eheliche Treue ist allerdings für 72 Prozent verbindlich und 43 Prozent lehnen die Scheidung ab. Aber: 52 Prozent meinen gar, die Kirche solle die Scheidung zulassen.

Dazu: Die Scheidungsrate dürfte heute höher als 20 Prozent, bei steigender Tendenz liegen. Hauptursache ist der Alkoholismus der Männer. 28 Prozent der Jungpolen lehnen voreheliche Beziehungen ab.

Ergänzt sei, daß es in Polen kaum junge Paare gibt, die vor der Ehe zusammenleben. Das hat nicht nur mit dem großen Wohnungsmangel zu tun, sondern primär mit den Eltern und der Gesellschaft: Selbst Atheisten erlauben es nicht, daß ihre Zöglinge mit dem zukünftigen Ehepartner in einer gemeinsamen Wohnung leben. Außerdem könnte es passieren, daß ein solches Paar nicht zum Brautunterricht zugelassen würde. Während das Ansehen der Kirche vor der „Wende“ in Polen im Jahre 1989 weit vorn lag, teilt sich die Kirche heute ihr Ansehen mit dem postkommunistischen Präsidenten und seiner Regierung, mit dem Parlament sowie mit Rundfunk und Fernsehen. Es gibt noch ein weite-

res kurioses Phänomen: Während es zu Zeiten der Altkommunisten diese sich heimlich kirchlich trauen, ihre Kinder taufen ließen und zur Hl. Kommunion schickten, weil sie noch Bindungen aus dem Elternhaus zur Kirche hatten, machen die polnischen Postkommunisten kein Hehl daraus, daß sie Atheisten sind. Und während die einstigen Kommunisten, die in den Nachbarländern regieren, wie z.B. der russische Präsident Jelzin und sein litauischer Kollege Braskas, offen die Nähe zur Kirche suchen, bleiben Polens Präsident Kwasniewski und seine Postkommunisten der Kirche fern. Ihre Hauspostille „Nie“, deren Chef und Eigentümer der letzte kommunistische Regierungssprecher Jerzy Urban ist, belegt Kirchenvertreter mit vulgär obszönen Ausdrücken.

Einen solchen Tenor hätten sich sogar Polens Altkommunisten nie erlauben können, auch wohl nicht erlaubt.

Kardinal Vlk: Noch immer antikirchliche Propaganda

Prag, 21.05.96 (KNA). Der Erzbischof von Prag, Kardinal Vlk, hat die politische Führung der Tschechischen Republik beschuldigt, immer noch an die antikirchliche Propaganda der kommunistischen Ära des Landes zu glauben. Über Jahrzehnte habe die kommunistische Partei gegen die Kirche gekämpft und diese als eine rückständige Institution dargestellt, sagte der Kardinal in einem Gespräch mit der Katholischen Nachrichten-Agentur in Prag. „Dies erklärt, warum die Politiker und Teile der Gesell-

schaft unfähig sind, sich von dieser indoktrinierten Ansicht über die Kirche zu lösen“, erklärte Vlk. „Unbewußt tragen sie in ihren Köpfen ein Bild von der Kirche als einer Institution, die sich gegen die Nation richtet und selbst die absolute Macht erreichen will“, fügte er hinzu. In dieser Weise regiere der Kommunismus immer noch in den Köpfen der Menschen. Die Kirche habe jetzt die Aufgabe, dieses „Bild zu neutralisieren“, sagte der Kardinal. Aber das werde eine lange Zeit in Anspruch nehmen. Unter anderem müsse

die Kirche die von ihr gemachten Fehler eingestehen, denn sie sei keine „Institution ohne Sünde“. Auch das sei mit ein Grund für antikirchliche Haltungen. Das müsse die Kirche anerkennen und offen ihre Fehler zugeben. Vlk berichtete weiter, es seien bereits zwei ökumenische Kommissionen eingerichtet worden, um die Rolle der katholischen Kirche während der Gegenreformation im 17. Jahrhundert zu untersuchen und ihre Behandlung des böhmischen Reformators Jan Hus.

Die Prinzipien Katholischen Soziallehre in der gesellschaftspolitischen Arbeit

Paul Becher

Gliederung

Zusammenfassung

I. Zum grundsätzlichen Verständnis der Katholischen Soziallehre (KSL)

1. Das Thema spricht fünf Begriffe an. Was bedeuten sie?
2. Eine Sprachregelung ist erforderlich und eine Information über die Entwicklung der KSL
 - a) katholische oder christliche Soziallehre?
 - b) Soziallehre oder Gesellschaftslehre?
 - c) Warum Lehre und nicht Sozialethik?
 - d) Gesellschaftspolitische Arbeit der Kirche?
 - e) Abstrakte Prinzipien oder konkrete Weisungen?

II. Die Prinzipien der KSL

1. Das Personprinzip – das christliche Menschenbild biblisch und sozial philosophisch
2. Das Prinzip der Solidarität
3. Das Prinzip der Subsidiarität
4. Das Gemeinwohlprinzip
5. Das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit

Anmerkungen:

1. Normative Stellungnahmen
2. Literatur

Zusammenfassung

1. Die Katholische Soziallehre (KSL) ist eine sozialphilosophische Disziplin mit theologischer Legitimation. Sie ist Reflexion aus dem Glauben und angewandte christliche Verantwortung in der Welt.
2. Die KSL befaßt sich mit der ganzen Breite des Weltdienstes, mit Staat und Politik, mit Wirtschaft und Technik, mit Familie und Kultur.
3. Die KSL hat aufgrund ihrer Reflexion und der Erfahrung grundsätzliche Aussagen – Prinzipien – entwickelt. Diese Leitlinien müssen immer sachgerecht, durch genaue Erfassung der Wirklichkeit, angewandt werden. Das ermöglicht die Kontinuität, aber auch die Flexibilität der KSL.
4. Die KSL verlangt Anstrengung, d. h.: Studium der Dokumente, die Berücksichtigung der Erkenntnisse insbesondere der Human- und Sozialwissenschaften, und die Klarheit der Begriffe.
5. Die KSL ist kein Rezeptbuch, aber sie ist ein Kompaß, der zu möglichen Lösungen führt. Sie veranlaßt zur kritischen Prüfung der Situation, zur Abwägung der sich stellenden ethischen Fragen und zum sachgerechten Handeln.
6. Die KSL ist eines der wichtigsten Werkzeuge für die Laien, Zeugnis in der Welt zu geben und ihren Dienst durch Einflußnahme auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Ordnung zu leisten. (Apost. Schreiben: Christifideles Laici).
7. Die KSL ist ein Mittel zur persönlichen Heiligung und zur Heiligung der Welt. Die dazu erforderliche Dynamik, aber auch Geduld, kommt nicht allein aus dem Wissen, sie kommt auch aus dem Willen, etwas für das Gemeinwohl – auf welchen Ebenen auch immer – zu tun, nicht zuletzt aus dem gläubigen Bewußtsein, im Schulterschuß mit dem Herrn und mit anderen Christen eine Aufgabe erfüllen zu sollen.

I. Zum grundsätzlichen Verständnis der Katholischen Soziallehre (KSL)

1. Das Thema spricht fünf Begriffe an. Was bedeuten sie?

Es soll Einfluß auf die Gesellschaft genommen werden. Das hat immer wieder scharfe Reaktionen hervorgerufen. Der Vorwurf richtet sich gegen den angeblichen Machtanspruch der Kirche über die Gesellschaft, die den Menschen etwas aufzwingen wolle. Hier aber ist nicht der Anspruch der Institution Kirche gemeint, sondern das Recht von christlichen Staatsbürgern, allein oder in Gemeinschaft zu Entwicklungen in der Gesellschaft Stellung zu nehmen. Das ist in einer pluralistischen Gesellschaft legitim und notwendig. Wir sprechen hier von der Katholischen Soziallehre; ein bekanntes und in viele Sprachen übersetztes Buch von Kardinal Höffner (früher Köln) hat den Titel: „Christliche Gesellschaftslehre“. Gibt es einen Unterschied? Der Begriff „Kath. Soziallehre“ ist relativ jung. Erst nach 1930 hat er sich eingebürgert. Was gab es vorher?

2. Eine Sprachregelung ist erforderlich und eine Information über die Entwicklung der KSL

a) katholische oder christliche Soziallehre?

Die Unterschiedlichkeit ist nur zu verstehen aus der Entwicklung. In den frühesten Zeugnissen (Apostelgeschichte, Paulusbriefe, Kirchenväter) finden sich immer wieder Hinweise und Überlegungen, wie zu handeln ist (etwa Sklavenbehandlung, Verhältnis der Christen zum Kaiser und röm. Staat, ...). Jahrhundertelang wurden solche Fragen zur Moral und Sittenlehre gerechnet. Erst Ende des 18. Jhs. beginnt sich die bis dahin bestehende Ordnung aufzulösen, die in Europa trotz aller Machtkämpfe geprägt war von der Einheit von Religion und Kultur und der Zuordnung von Staat und Kirche.

Das kirchl. Lehramt nimmt Stellung. Hier zeigt sich ein Unterschied zu den Protestanten. Die ev. Kirche spricht von der „Sozial-

ethik“. Sie weist das Wort „Lehre“ zurück. Wir sagen, daß Papst und Bischöfe das Recht haben, autoritativ im Lichte des Sittengesetzes konkrete Sachverhalte zu beurteilen. Daher sprechen einige sogar von der „kirchlichen“ Soziallehre. Aus unserer Sicht kann man auch von der „christlichen Soziallehre“ sprechen, weil wir der Auffassung sind, daß alle Christen sie annehmen können. Sie ist aus dem Umgang mit den Forderungen der Bibel entstanden. Warum die Protestanten das ablehnen, wird unten erklärt.

b) Soziallehre oder Gesellschaftslehre?

Im deutschen Sprachgebrauch hat „sozial“ eine engere Bedeutung als „gesellschaftlich“. Es wird die Sorge um die Schwachen ausgedrückt. Weil schon die Auseinandersetzungen im 19. Jahrhundert (Kath. Organisationen, Katholikentage, Bischof Ketteler) durch die „Soziale Frage“ ausgelöst wurden und die ersten Sozialenzykliken sich mit der „Arbeiterfrage“ beschäftigten, hat sich die Bezeichnung „Soziallehre“ im Deutschen durchgesetzt. Gemeint ist auf jeden Fall, daß sich diese Disziplin, die inzwischen auch wissenschaftlich an den Hochschulen bearbeitet wird, mit allen Aspekten gesellschaftlichen Lebens und ihrer Gestaltung zu beschäftigen hat; denn mit dem Wort „Gestaltung“ oder „Ordnung“ sind unausweichlich Wertfragen = ethische Fragen verbunden.

c) Warum Lehre und nicht Sozialethik?

Wir sollten den Unterschied zwischen KSL und der evgl. Sozialethik noch etwas klarer machen: Die evgl. Theologie geht davon aus, daß die Sünde die natürliche Ordnung und unser Erkenntnisvermögen entscheidend geschädigt hat. Sie lehnt es daher ab – wie es die kath. Kirche tut – das Sollen aus dem Wesen, dem Sein der Schöpfung abzuleiten. Die evgl. Kirche hat als Quelle einzig und allein die

HI. Schrift, nicht die mündliche Überlieferung. Die ethische Handlungsmaxime wird direkt aus der Bibel herangezogen; dagegen versucht die KSL zugleich auch mit Hilfe der Analyse des Sachverhaltes, durch rationale Reflexion und Abwägung eine situationsgerechte Antwort zu finden.

Beispielsweise hat sich gezeigt, wie schwierig es ist, aus der Bergpredigt und dem Aufruf zur Gewaltlosigkeit direkt eine Weisung für das Verhalten gegenüber aggressiven Menschen, Kriminellen, aber auch für politische Konflikte zu gewinnen. Die Auseinandersetzungen um die Erhaltung des Weltfriedens im letzten Jahrzehnt, die schrecklichen Erfahrungen auf dem Balkan, der Terrorismus zwingen zu durchdachten Reaktionen. Eine Gesinnungsethik, die ohne Rücksicht auf die Gesamtlage ein Ziel anstrebt, muß scheitern. Wir haben auch Verantwortung für die Auswirkungen, eine Verantwortungsethik ist erforderlich.

Doch zeigt die Erfahrung, daß auch evgl. Christen in den meisten Fällen, ohne eine Kompetenz der Kirche für die sittliche Beurteilung menschlichen Handelns zu beanspruchen, mit ihren Überlegungen zu gleichen Ergebnissen kommen. Das ist entscheidend wichtig für die ökumenische Zusammenarbeit. Sonst wäre der gegenwärtige Versuch beider Kirchen, in einem Konsultationsprozeß zu einem gemeinsamen Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage zu kommen, nicht möglich.

Verbindliche Sätze sind nur möglich, wenn aus einem in seiner ethischen Bedeutung unbezweifelhaften Obersatz (z. B. einer bibl. Forderung) ein Urteil für eine konkrete Situation gefällt werden soll. Ist der logische Zusammenhang einwandfrei, ergibt sich daraus Gewißheit und die Gewissensverpflichtung, entsprechend zu handeln. Die Konsequenz ist, daß die KSL sehr viel nachdrücklicher die Richtung des Handelns auch heute angibt, allerdings muß sie aufpassen, daß der Zusammenhang oder die Situation richtig dargestellt wird. Je fragwürdiger das ist, um so eher ergeben sich legitime Zweifel und Auseinandersetzungen. (Beispiele: Diskussion um den US-

Wirtschaftshirtenbrief, die Auseinandersetzungen um die Raketenrüstung und die Berechtigung des Golfkrieges vor einigen Jahren).

Die gesellschaftliche Entwicklung macht es immer schwerer, sich auf den „gesunden Menschenverstand“ zu verlassen. Auch die Kirche, das Lehramt, muß sich des Sachverständes der Experten, insbesondere der Human- und Sozialwissenschaften bedienen. Ein Beispiel bringt die Pastoralkonstitution des Konzils „Die Kirche in der Welt von heute“, die auf Möglichkeiten unterschiedlicher Auffassungen hinweist, und wie man sich dann verhalten soll (GS 43).

Für die KSL ist das Sein der Schöpfung sinn- und werthalt. Es ist die gute Schöpfung. Der Mensch muß sich schöpfungsgerecht verhalten. Er muß ethisch handeln. Diese Überlegung gewinnt heute auch bei anderen Christen und bei Nichtgläubigen Zustimmung. So sagen wir Katholiken, daß auch ein A-Theist, der sich nicht Gott gegenüber verpflichtet weiß, aus der vernünftigen Analyse der Dinge und ihrer unterschiedlichen Werthaftigkeit zu gleichen Schlüssen kommen kann wie die KSL. Auch diese Annahme hängt mit der christlichen Anthropologie, dem christlichen „Bild vom Menschen“ zusammen. Jedem Menschen ist das Gesetz ins Herz geschrieben, sagt Paulus im Römerbrief (Röm 2,15). Jeder Mensch hat ein Gespür für gut und böse, richtig und falsch, wertvoll oder nicht wertvoll. So kann jeder ethische Überlegungen begreifen. Hier liegt unser Vertrauen, daß wir mit der KSL auch anderen Menschen unsere Überlegungen nahebringen können. Sonst wäre übrigens eine weltweite Übereinstimmung etwa bei den Menschenrechten nicht möglich.

d) Gesellschaftspolitische Arbeit der Kirche?

Wenn wir aufgefordert werden, „alles in Christo zu erneuern“, seine Herrschaft auszubreiten, dann müssen wir uns – ob wir wollen oder nicht – mit Politik und Wirtschaft, Kultur und Technik beschäftigen. Die Bemühung, Einfluß zu nehmen, ist Gesellschaftspolitik.

Aufgrund historischer Entwicklungen gibt es eine Trennung von Kirche und Staat. Das ist etwas Positives, weil es Zuständigkeiten klar unterscheidet. Diese Entwicklung hat die Menschen freier und kreativer gemacht; sie hat auch Europa vor gefährlichen Erstarrungen, wie sie der Islam kennt, bewahrt. Aber sie hat auch ihre negativen Seiten. Wie schon gesagt, geht es hier nicht um eine Bevormundung des Staates durch die Kirche. Es geht aber darum, daß Christen in einem pluralistischen Staat, in demokratischen Verhältnissen, als Staatsbürger von ihrem Gewissen und ihrem Recht her Einfluß nehmen dürfen, ja müssen, wenn eine Entwicklung in der Gesellschaft bedenkliche Formen annimmt. (Beispiel: Auseinandersetzungen um die Abtreibung; Polen: Kirche war anerkannte Verteidigerin der Freiheit, jetzt aber wird von ihr verlangt, Kritik und Einfluß im Rahmen ihrer Kompetenz zu halten).

Aus diesem Zusammenhang wird deutlich, wie wichtig für die Kirche die Laien sind. Sie können und müssen sich aus eigenem Interesse rühren. Leider wird dieses Recht der Laien, auch seine positive Bedeutung für die Kirche selbst, oft nicht oder noch nicht überall von den Amtsträgern gesehen und gefördert. Hier zeigt sich ein Defizit an Vertrauen, auch an Respekt vor der Kompetenz der Laien.

e) Abstrakte Prinzipien oder konkrete Weisungen?

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich:

- die Kirche muß ihre Aussagen, wenn sie verbindlich sein sollen, mit der Offenbarung, den Glaubenssätzen oder dem Sittengesetz in Verbindung bringen. Da ist sie kompetent.
- Die Kirche ist nicht kompetent in Fragen der Ökonomie, Politik, Technik, Psychologie, Pädagogik etc.! Nimmt sie zu Fragen aus diesem Bereich Stellung, muß sie auf die Stringenz – die präzise und logische Ableitung der Aussage – achten. Je mehr Fakten dabei ins Spiel kommen, um so schwieriger wird es, zu behaupten, nur diese oder jene Lösung sei die einzigrichtige.

(Beispiel: Ökologische Probleme; besonders aktuell: Konzept der Sozialen Marktwirtschaft oder sozialistische Wirtschaftsordnung. Auseinandersetzung nach dem II. Weltkrieg: Sozialisten: Deutschland hat nur eine Chance, wenn Wirtschaft auch zugleich gerechte Verteilung löst; Bezugsscheinsystem, um Mangel zu bewirtschaften, sei ethisch gefordert; dagegen die Neoliberalen: Wir müssen Freiheit der Produktion schaffen, dann wird aus der statischen Wirtschaft, die die Sozialisten wollen, eine dynamische Wirtschaft, die Leistung belohnt und bald eine Fülle an Angeboten schafft. – Diese These hat gesiegt, obwohl auch kath. Ethiker sie für ethisch fragwürdig hielten. Die Folge war ein intensives Studium der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft durch Vertreter der KSL).

- Konsequenz: Je komplexer die Fakten und Zusammenhänge werden, um so schwieriger läßt sich eine eindeutige Aussage machen. Das schwächste Glied in der Beweisführung entscheidet über die Richtigkeit. – Hier liegt der Grund, daß auch die KSL sich immer wieder an neuen Entwicklungen und Erkenntnissen messen muß. Daher die vielen Sozialenzyklen, die unterschiedlichen Schulen und auch der notwendige Streit. Das ist zugleich ein Vorteil: Die KSL ist nicht starr, sie ist überall anwendbar und geht mit der Zeit.
- Wenn aber die Aussagen der KSL stimmen sollen, dann müssen sie trotz der großen Unterschiede in Mentalität und Gegebenheiten in Rumänien genauso gelten wie in Deutschland, in Asien wie in Afrika. Durch die jahrhundertelange Reflexion hat die Kirche einige grundlegende Aussagen herausgefiltert, die unabhängig von Zeit und Raum für alle Menschen und menschliche Gruppierungen gelten. Diese nennen wir Prinzipien oder Leitlinien. Sie geben uns keine Rezepte, aber Orientierungen, in welcher Richtung die Lösung zu suchen ist. Diese Prinzipien sind dem Menschen „auf den Leib geschnitten“.

II. Die Prinzipien der KSL

1. Das Personprinzip – das christliche Menschenbild biblisch und sozial philosophisch

Anders als der individualistische Liberalismus und als die kollektivistischen Lehren des Marxismus/Leninismus sieht die KSL den Menschen als Person. Das besagt eine doppelseitige Wirklichkeit. Auf der einen Seite ist der Mensch ein ungeteiltes, unwiederholbares Ganzes mit Selbststand. Er hat Vernunft und freien Willen. Darauf beruht seine menschliche Würde. Andererseits ist jeder Mensch anderen Menschen zugeordnet, er ist angewiesen auf Gemeinschaft, also ein soziales Wesen. Individualitas und socialitas machen zusammen die personalitas aus.

Diese sozialphilosophische Erkenntnis wird vertieft durch die biblische Anthropologie. Der Mensch ist nicht nur von Gott geschaffen, Gott hat jeden „bei seinem Namen gerufen“. Die theologische Erkenntnis der trinitarischen Gemeinschaft zeigt eine neue Sicht des Personseins. Gott lebt in drei Personen. Diese „Communio“ ist in den letzten Jahren besonders herausgearbeitet worden in den Synoden. Wenn jeder Mensch „Ebenbild Gottes“ ist, dann strahlt dieses göttliche Beziehungsverhältnis von Person und Gemeinschaft auch auf den Menschen und erhöht seine Würde.

Das Personprinzip ist das Grundprinzip der KSL, alle weiteren Prinzipien ergeben sich daraus. Wie wichtig dieser Orientierungspunkt ist, habe ich in meiner Tätigkeit immer wieder erlebt – bei Diskussionen mit sog. Liberalen, in der Sozialpolitik und der Entwicklungspolitik, ganz zu schweigen von der Auseinandersetzung mit totalitären Denkweisen. Diese gibt es heute noch. Viele merken es nicht. An dieser Sonde aber kann man oft ihr Denken erkennen.

2. Das Prinzip der Solidarität

Das besondere Beziehungsverhältnis zwischen Selbst-Stand und angeborener Sozialbindung nennen wir die solidarische Veran-

lagung des Menschen. Aus diesem wesenshaften Bezug ergibt sich eine ethische Verpflichtung. So erfährt der Mensch durch die familiäre Gemeinschaft seine „zweite Geburt“; er kann nur zu einem inneren Gleichgewicht kommen durch Sozialisation. Jeder ist auch in den kulturellen Zusammenhang seines Volkes hineingeboren. Werden diese Prozesse gestört, kommt es zu schweren Verwerfungen. So zeigt sich eine ethische Verantwortung eines jeden für die Gemeinschaft, aber auch der Gemeinschaft gegenüber dem einzelnen. Wir haben erlebt, wie dieses solidarische Verhältnis verfälscht und überzogen wurde: Die Nazis hatten eine These „Du bist nichts, Dein Volk ist alles“; in den Menschenrechtsverhandlungen weigerten sich kommunistische Regierungen, ein dem Staat, dem Kollektiv vorgehendes personales Menschenrecht anzuerkennen. Wir dagegen sind der Auffassung, daß das Ganze jeder Gemeinschaft (Familie, Sippe, Gruppe, Staat, Nation, übernationale Gemeinschaften) nur in seinen Gliedern besteht, denn wir sind die Familie, die Kirche, das Volk ...

Dieses Strukturprinzip ist auch politisch von größter Bedeutung. Damit erkennen wir die Verpflichtung zur Hilfe gegenüber den Völkern in sog. unterentwickelten Ländern oder im Ost-West-Verhältnis an. So klar das zu sein scheint, auch dieses Prinzip wird stark infrage gestellt. In den USA gibt es traditionell eine starke Betonung der individuellen Position, ein vom Staat oder der Gesellschaft eingeführte Solidarität gilt als Angriff auf die Freiheit und als unkluge Verwöhnung. In Deutschland wird jetzt der Sozialstaat diskutiert, der dem einzelnen immer mehr Schutz gegeben, aber auch Eigenverantwortung genommen hat. Die zunehmende Komplexität läßt immer mehr Gemeinschaftsstrukturen entstehen.

Einmal ist also der Schutz vor der Macht größerer Gemeinschaften, ein andermal ihre solidarische Hilfe für die kleineren und einzelnen gefragt. Heute haben wir mit der Single-Kultur ein krasses Bei-

spiel unsolidarischer Einstellung. Darum bedarf es einer Zuständigkeitsregelung, diese nennen wir

3. Das Prinzip der Subsidiarität

Es hat in der Gesellschaftsentwicklung in Deutschland eine große Rolle gespielt. Als man in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts die drei Arten der Sozialversicherung – Solidargemeinschaft der Kranken, der Unfallgeschädigten und der Invaliden und Alten – einführte, waren auch kath. Kreise aus ethischen Gründen dagegen. Sie sahen den Bereich der Caritas, der persönlichen Hilfe gefährdet. Sie lehnten es ab, daß der Staat, die Gemeinschaft des Volkes, eine solche Zwangssolidarität einführte, der alle auch gegen ihren Willen angehören sollten.

Außerdem sahen sie die Bereitschaft des einzelnen zur Barmherzigkeit geschwächt. Wieweit die Eigenständigkeit des einzelnen oder der kleineren Gruppe geschützt werden muß, kann man nicht von vornherein sagen. Auch hier zeigt sich, wie notwendig eine kluge – d. h. die Wirklichkeit umfassend berücksichtigende Abwägung ist.

Papst Pius XI. hat 1931 in seiner Enzyklika „Quadragesimo anno“ das Subsidiaritätsprinzip (Nr. 79) formuliert und Gedanken, die schon im letzten Jahrhundert aufkamen, auf den Punkt gebracht: „... Wie dasjenige, was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden darf, so verstößt es gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinschaften leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen ...“

Eine neue aktuelle Bedeutung hat das Subsidiaritätsprinzip durch den Maastricht-Vertrag der Europäischen Union erhalten. Dabei war es vielen Politikern und Journalisten kaum bekannt. Noch weniger wurde es angewendet. (Beispiel: Zentralistische Verfassung in Frankreich; Minderheitenprobleme, Föderalismus). Dabei ist diese Leitlinie besonders wichtig für den Kampf um mehr Demokra-

tie, Partizipation, kulturelle Eigenständigkeit, aber auch innerhalb der Kirche, die sich nicht immer selbst daran hält. (Octogesima adveniēns zeigt den Durchbruch der Kirche zur Demokratie – nach einem Jahrhundert tragischer Verspätung).

4. Das Gemeinwohlprinzip

Die dargestellten Zusammenhänge führen von selbst zu dem Schluß, daß das gesellschaftliche Gefüge verschiedener Gemeinschaften auf verschiedenen Ebenen immer eine Zuordnung von Gliedern zu einem Ganzen umschreibt. Nicht das Ganze und nicht das einzelne Glied ist Priorität. „Jedes gesellschaftliche Gebilde ist bestimmt und geprägt und wird geeint durch das, was es als sein Ziel erstrebt und seinen Gliedern zugute kommen soll; wir nennen es sein Gemeinwohl“ (Oswald von Nell-Breuning, Artikel im Staatslexikon, Nr. 7).

Die Gemeinwohl-Verpflichtung kann zu harten Konflikten führen. Es geht manchmal um Opfer und Verzicht des Einzelwohls zugunsten des höheren Wertes der Gemeinschaft. Hier ist der Kampfplatz der Interessen, aber auch der heutigen Diskussionen um Wehrdienst und Sicherung des Friedens.

5. Das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit

In engem Zusammenhang mit dem Gemeinwohlgedanken steht das Problem der sozialen Gerechtigkeit. Es ist auch erst entwickelt worden. Wir kennen die Tauschgerechtigkeit, die Verteilungsgerechtigkeit, aber was besagt diese?

Der einzelne Bürger ist nicht souverän, er ist erst dadurch freier Bürger, weil ihm die Gesellschaft – der Staat – den Schutz, das Recht, den Rahmen für seine Freiheit gibt. So ist die Gemeinschaft des Staates höherrangig. Sie hat „Autorität“ aufgrund der Zuordnung und des Zieles der Gemeinschaft willen. (Beispiel: Erst diese Unterscheidung zwischen der Sachautorität des Staates und dem dynastischen Prinzip des „Gottesgnadentums“ machte es möglich, daß die kirchl. Autoritäten allmählich von

der Bevorzugung der Monarchie abrückten). „Jedes sozialetisch unverzichtbare gemeinnützige Verhalten ist auch von Rechts wegen geboten“ (Oswald von Nell-Breuning). Wer das Gemeinwohl schädigt, vergeht sich gegen die soziale Gerechtigkeit. Manche Bürger meinen, der Staat habe ihnen Leben, Gesundheit, Wohlstand zu ermöglichen, ohne daß sie selbst gegen ihren Willen vom Staat beansprucht werden dürfen. Sobald der Staat Menschen zum aktiven Wehrdienst, zur Verteidigung der Belange der Gemeinschaft auffordert, wehren sie sich mit Argumenten der Gewaltlosigkeit und mit der Ansicht, das Opfer des Lebens könne nie gefordert werden.

Das ist die eine Seite der „sozialen Gerechtigkeit“. Die andere ist die Verpflichtung der höheren Gemeinschaft, der niederen oder dem einzelnen zu helfen, wenn sie schwach sind. Es geht darum, menschenwürdige Lebensverhältnisse zu sichern. Wir sprechen heute von der Verpflichtung des Staates „zur Daseinsvorsorge“. Das war sehr lange bestritten; auch jetzt bei schwierigeren Verhältnissen kommen diese Widerstände wieder hoch. Hier setzen unsere Forde-

rungen zur Reform der Familienpolitik an. Aufgrund der sozioökonomischen Entwicklung profitieren Kinderlose im Alter von den Leistungen, die diejenigen Familien aufwenden, die Kinder haben. Manche sprechen von einer Ausplünderung dieser Familien. Die soziale Gerechtigkeit verlangt Ausgleich. Ähnliche Probleme stellen Obdachlose und Asylsuchende

Dieses Denken war der Hebel, den Papst Leo XIII. 1891 ansetzte, um das Problem von Kapital und Arbeit aufzuknacken. Zuvor waren auch christliche Bürger von individualistischen Vorstellungen des Eigentums und seiner Rechte geprägt. Sie hatten vergessen, daß die Güter für alle da sind, auch, daß Arbeit nicht wie Ware behandelt werden darf. Sie sahen nicht die Macht der Monopole und nicht die Pflicht des Staates, eine Rahmenordnung zu setzen – Sozialpolitik zu treiben. Der Papst kam zu anderen Ergebnissen: Er erkannte die eigentliche Ausbeutung; er erkannte das Recht zur Koalition; er erkannte die Pflicht, das Existenzminimum aller zu sichern und die Arbeiter durch Bildung und Förderung zu gleichberechtigten Bürgern zu machen.

Anmerkungen:

1. Normative Stellungnahmen

- Päpste, Konzil, Bischofssynoden
- 1891 Rerum novarum – zur Arbeiterfrage
- 1912 Singulari quadam – Gewerkschaften durch Theologie, Wissenschaftler
- 1931 Quadragesimo anno – Experten, Laienorganisationen ...
- 1961 Mater et magistra
- 1963 Pacem in terris – Frieden
- 1965 Gaudium et spes (II. Vaticanum)
- 1967 Populorum progressio – Entwicklung
- 1971 Octogesima adveniēns
- 1971 De iustitia in mundo – Synode
- 1979 Redemptor hominis
- 1981 Laborem exercens
- 1981 Familiaris consortio
- 1988 Sollicitudo rei socialis
- 1991 Centesimus annus

2. Literatur:

- Höfner, Kardinal Joseph, Christliche Gesellschaftslehre, Kevelaer und Köln 1983;
- Nell-Breuning, Oswald von, Artikel Kath. Soziallehre, in Staatslexikon, 7. Aufl., III, 349 ff. Freiburg 1987 (dort auch weitere Literatur);
- Rauscher, Anton, Subsidiarität, Artikel in, Staatslexikon, 7. Aufl. V, 385 ff., Freiburg 1987; Nachsynodales Apostolisches Schreiben „Christifideles Laici“ von Papst Johannes Paul II. über die Berufung und Sendung der Laien in Kirche und Welt 1988.
- Die deutschen Übersetzungen der lehramtlichen Dokumente sind erhältlich beim Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstraße 163, 53113 Bonn

„Der verlassene Staat? – Christliches Engagement in einer pluralen Gesellschaft“

Haupttagung der Gemeinschaft katholischer Männer Deutschlands

Günter Wolf

Glaubenseinsichten fördern Verantwortungsbereitschaft

Droht der Staat zu verwaissen, weil seine Bürger sich nicht mehr für ihn interessieren? Was können Christen tun, um eine menschenwürdige Gesellschaft mitzugestalten? Diesen Fragen ging die Gemeinschaft katholischer Männer Deutschlands (GKMD) bei ihrer diesjährigen Haupttagung vom 8. bis 10. Mai in Fulda nach.

In Sachen Politik und Staat herrscht in deutschen Landen ein weitverbreiteter Verdruss. Die Zahl der Frauen und Männer, deren Interesse am Geschehen auf der politischen Bühne schwindet, wächst zusehends. Die steigende Zahl der Nichtwähler und damit verbunden die Zunahme extremer Kräfte belegen diese Entwicklung. Sorge bereitet dies nicht nur den Politikern, sondern auch engagierten Christen. Verantwortungsbewusstes Handeln ist gefragt. Die GKMD sieht daher in der sozialpolitischen Arbeit ein wichtiges Feld ihres Wirkens.

„Mit verstärktem christlichem Engagement“ fordert GKMD-Präsident Heinz-Josef Nüchel, dieser Tendenz entgegenzutreten. Bei der Eröffnung der Haupttagung in der Bischofsstadt Fulda prangerte er die „zunehmende Tribünen- und Konsumentenmentalität“ an. Der GKMD-Präsident hob in seiner Begrüßungsrede hervor, daß Demokratie von der aktiven Beteiligung der Bürger lebe. „Katholische Männer sind daher gefordert, in Politik und Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen und aus sozial-ethischer Verpflichtung an der Zukunftsgestaltung mitzuwirken“.

Anfrage an die empirische Sozialforschung

Die GKMD-Haupttagung versuchte daher intensiv, Ursachen für

die wachsende Politikverdrossenheit zu ergründen. Zugleich wurde nach Wegen gesucht, um durch eigenen Einsatz diesem Trend entgegenzuwirken. Dazu hatte die GKMD den Sozialwissenschaftler Dr. Andreas Püttmann von der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie den Osnabrücker KAB-Diözesanpräses Theodor Paul als Referenten ins Fuldaer Bonifatiushaus eingeladen. Zur Podiumsdiskussion stellten sich Kommunalpolitiker der SPD, CDU, CSU und Bündnis 90/Die Grünen.

Püttmann zeigte mit Hilfe demoskopischer Umfrageergebnissen zunächst auf, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung Politikverdrossenheit und ein stark reduziertes politisches Engagement festzustellen seien. Noch schlimmer sei aber der „rapide Vertrauensverlust in Politiker und in staatliche Institutionen“, so Püttmann.

Er stellte aber auch deutliche Widersprüche fest, die die Politikverdrossenheit kennzeichneten. Werde vom Volk lauthals als die „Selbstbedienungsmentalität“ vor allem der Politiker und Staatsdiener beklagt, so scheue sich kaum jemand, bei jeder sich bietenden Gelegenheit „Staatsknete abzuzocken“. Anstelle der Übernahme von verpflichtenden Aufgaben gebe es oft nur ein „spontanes Verhinderungsengagement“, meinte Püttmann.

Der Sozialwissenschaftler machte deutlich, daß die „Scheu vor bindenden Normen unverkennbar ist“. Weniger als ein Viertel aller Bundesbürger kenne noch klare, allgemeingültige Maßstäbe für Gut und Böse. Die „moralische Wende“ werde von mehr als zwei Drittel aller Bürger als geboten betrachtet. Doch sei unbestritten, daß trotz der „Krise des Wertebewußtseins“ fundamentale Werte hoch im Kurs stünden. „Verbale Wertschätzung von Partnerschaft, Ehe und Fami-

lie aber nutzen wenig ohne die Tugend der Treue“, unterstrich Püttmann.

„Bedauernd“ sei nach den Worten des Referenten der „Bedeutungsverlust, den der christliche Glaube in Deutschland stärker erlitten hat als in anderen Ländern“. Die „ethische Leistung des Christentums im Blick auf gesellschaftspolitisches Engagement“ könne aus der Sicht der empirischen Sozialforschung „eindeutig belegt“ werden. So würden „religiöse Ethikverankerung“ und christliche Glaubenseinsichten nachweislich persönliche Verantwortungsbereitschaft und praktische Solidarität unterstützen. Auch würde dies vor überzogenem Anspruchsdenken und vor politischem Radikalismus bewahren, sagte Püttmann.

Aktive Christen sind nach den Ausführungen Püttmanns in der Gruppe der Nichtwähler „deutlich unterrepräsentiert“. Ein Erlahmen christlicher Glaubenskraft und hoffnungsfroher persönlicher Lebenseinstellung müßten in einer „Wohlstands- und Vollkaskogesellschaft“ bedenkliche Konsequenzen haben. Unabhängig von einer Wiederbelebung des christlichen Glaubens seien aber Sofortmaßnahmen zu treffen. Diese beständen insbesondere in einer Stärkung der Familie und des Mutes zur Erziehung, in der Schärfung des Rechtsbewußtseins und in einer intensiven Medienpädagogik, faßte Püttmann zusammen.

Professor Dr. Elmar Fastenrath, Leiter der kirchlichen Arbeitsstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit in den deutschen Diözesen in Fulda, forderte im Gespräch: „Christen sollen Politikern Rückenstärkung geben und sie stärken.“ Er sehe es als nicht notwendig an, seitens der Kirche die Politiker ins „Kreuzfeuer“ zu nehmen. „in der Sache – wenn nötig hart – streiten,



aber nicht persönlich diffamieren“, ist nach Worten Fastenraths die Losung. Der Dogmatik-Professor machte auch eine Erosion unter den engagierten Christen aus: „Viele Christen ziehen sich immer mehr aus Gesellschaft und Politik zurück.“ Hier mahnte er an, sich wieder christlichen Auftrag und Bestimmung klar zu machen.

Im Glauben stärken

Erzbischof Johannes Dyba, der Beauftragte der Deutschen Bischofskonferenz für die Männerseelsorge, feierte mit den in Fulda versammelten Männern Eucharistie. „Ich bin zu Ihnen gekommen, um Sie, die Sie sich aus christlichem Verantwortungsbewußtsein engagieren, im Glauben zu stärken“, so lautete der Tenor seiner Predigt.

Doch der Erzbischof brachte nicht nur ein aufmunterndes Bischofswort mit, sondern auch eine hohe Ehrung. Papst Johannes Paul II. hatte GKMD-Präsident Heinz-Josef Nüchel zum Komtur des Ordens vom heiligen Papst Syl-

vester berufen. Die Ordensinsignien überreichte Erzbischof Dyba beim festlichen Abendessen.

Erst die Weggemeinschaft, dann die Kritik

Der die Tagung abschließende Vortrag von Diözesanpräses Theodor Paul trug den Titel „Christliches Engagement in einer pluralen Gesellschaft – Chancen und Perspektiven für die Zukunft“. Der Referent machte deutlich, daß Pluralismus für die Kirche immer schon eine Herausforderung war und nicht erst in unserer Zeit erfunden wurde. Nicht nur Pluralismus, sondern auch Universalismus gefährde die Kirche. Aber heute sei der Pluralismus in der Kirche für sie die Überlebensfrage. Die Menschen wollten allerdings nicht nur einer lehrenden, sondern auch einer lernenden Kirche begegnen, so Pfarrer Paul.

Der KAB-Präses, der auch Diözesanfrauenseelsorger in Osnabrück ist, forderte einen stärkeren Dialog der Kirche mit der Welt.

Kernstück des Dialogs sei das persönliche Zeugnis der Christen, nur dieses würde die Menschen zur Nachdenklichkeit führen. Wenn der Christ auch nicht von dieser Welt sei, so lebe er doch in dieser Welt; er müsse „in der Pluralität mit Profil gegenwärtig sein“. Christen sollten sich heute als „Freiheitskünstler“ bewähren, d.h. die Freiheit von den Konsumzwängen der modernen Gesellschaft mache sie frei für die Bindung an Gott, die Solidarität mit den Mitmenschen und eine größere Verantwortung für die Schöpfung. Christen müßten nicht in jedem Lebensbereich gegenwärtig sein, sie sollten auch den Mut haben, etwas aufzugeben und zu unterlassen. Christliche Präsenz müsse zeichenhaft sein, betonte der Referent. Keinen Zweifel ließ er in seinem insgesamt mutmachenden Vortrag jedoch daran, daß „Pluralität dort aufhört, wo Gottes Gebot und die Würde der menschlichen Person mit Füßen getreten werden“.

In Anerkennung seiner großen Verdienste um die katholische Männerarbeit auf nationaler und internationaler Ebene hat Papst Johannes Paul II. den Präsidenten der Gemeinschaft Katholischer Männer Deutschlands (GKMD), Heinz-Josef Nüchel (Eitorf), zum Komtur des päpstlichen Ordens vom Hl. Papst Silvester berufen. Die Ordensinsignien wurden ihm im Rahmen der Fuldaer Haupttagung der katholischen Männerarbeit am 9. Mai durch Erzbischof DDr. Johannes Dyba überreicht.

Nüchel ist seit 1987 Präsident der GKMD. Diese ist ein Zusammenschluß aller katholischer Verbände, die sich mit Männerseelsorge und Männerarbeit befassen, sowie der Männerwerke und Männergemeinschaften sowie der Diözesanstellen für Männerseelsorge. Die GKS ist Mitglied der GKMD und wird dort durch Hans Georg Marohl und Paul Schulz vertreten. Nüchel ist seit 1986 Vorsitzender der Bundesvereinigung katholischer Männergemeinschaften und Männerwerke sowie seit zwei Jahren Vizepräsident der internationalen Vereinigung UNUM OMNES. Wie der langjährige Vizepräsident der GKMD, Oberst a.D. Hans Georg Marohl (GKS), in seiner Laudatio ausführte, sei Präsident Nüchel durch seine Impulse



für eine zeitgemäße Form der katholischen Männerarbeit in Deutschland, aber auch über die Grenzen hinaus „zu einem Markenzeichen geworden“. Im nationalen und internationalen Bereich habe er viele Anstöße gegeben. Seine Wahl zum Vizepräsidenten von UNUM OMNES sei ein leuchtendes Zeichen

seiner Hochschätzung, die Nüchel nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Welt genieße. Besonders hob Marohl dabei die Durchführung von Ost- und Mitteleuropaseminaren im Rahmen der Solidaritätsaktion deutscher Katholiken „Renovabis“ hervor (s.a. S. 28). (Foto B. Stock)

Erschütterungen im Glaubensbewußtsein

Verunsicherungen und „erstaunliche Erschütterungen“ im Glaubensbewußtsein vieler Kirchenmitglieder haben nach Ansicht des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, stark zugenommen. Daher seien Maßnahmen zur Vertiefung grundlegender Glaubenserfahrungen und des Glaubenswissens dringend erforderlich, sagte Lehmann in einer Grundsatzrede „Gegen alle Hoffnung voll Hoffnung“ am 12. Mai vor der Mainzer Diözesanversammlung. Dies müsse Schwerpunkt der Arbeit der kommenden Jahre sein.

Die angesprochenen Defizite zeigten deutlich, daß die Probleme einer Weitergabe des Glaubens sehr grundlegend mit einem kulturellen Wandel, einem vielfachen Traditionsabbruch und dem Übergang zu einer anders geprägten Epoche verbunden seien. „Wer

heute im Sog vieler Tendenzen und Trends, die oft dem Glauben nicht freundlich gesonnen sind, unverkrampft und intellektuell aufrichtig ein Glaubender sein will, muß sich mit neuen Verstehensmöglichkeiten des Glaubens vertraut machen“, forderte der Bischof. Er verwies auf „manchmal unseriöse Enthüllungen“ und betonte: „Wenn die Magazine an Weihnachten und Ostern ihre Pfeile abschießen, sind viele Christen verunsichert, weil sie nicht mit den wirklichen Erkenntnissen vertraut gemacht worden sind.“

Lehmann erklärte, über einer Reform der kirchlichen Strukturen und Institutionen dürfe die Bedeutung des einzelnen und seiner Lebenskreise nicht vernachlässigt werden. „Die Kirche braucht gerade heute lebensnotwendig den lebendigen Zeugen des Glaubens vor

Ort.“ Das Zeugnis der Christen in Ehe und Familie, im Beruf und in Freundeskreisen, Vereinen und vielen Bereichen der Öffentlichkeit lasse sich durch nichts ersetzen. Die Kirche erscheine sonst wie eine der üblichen Großorganisationen mit ihren typischen Gesetzen der Bürokratie und des Leerlaufs, des Schreis nach immer mehr Profis und einer wachsenden Zahl von Gesetzen und Verordnungen.

Die Weltverantwortung des Christen und der Kirche liegt nach den Worten des Bischofs in vieler Hinsicht im argen. Wir tun uns immer noch entsetzlich schwer, wenn es um unseren Beitrag zum Beispiel zur Friedensethik, zum Umweltbewußtsein, zur wirtschaftlichen und sozialen Lage geht“, mahnte er. Es sei dem Christen nicht erlaubt, diese wichtigen Themen Minderheiten zu überlassen. (KNA)

KURZ NOTIERT

Totalitarismus in Mediengesellschaft unwahrscheinlich

Bonn, 30.05.96 (KNA) Die Wiederkehr totalitärer Systeme wird nach Ansicht des Züricher Philosophen Hermann Lübbe in Massenmediengesellschaften immer unwahrscheinlicher. Angesichts der wachsenden Informationsmenge und deren dichter Vernetzung sei eine globale Medienkontrolle prinzipiell nicht mehr möglich, sagte Lübbe am 29. Mai beim „Zukunftsforum Informationstechnologie“ der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn. Zudem sind Massenmediengesellschaften seiner Ansicht nach keine einheitlichen Massengesellschaften. Sie seien im Gegenteil „stärker individualisiert, pluralisiert und differenziert“. Mit der Menge der Informationen wachse jedoch der Zwang, auswählen zu müssen. Da diese Fähigkeit aber sehr unterschiedlich ausgeprägt sei, nähmen die Einheitlichkeit der Kultur und die verbindenden Gemeinsamkeiten allgemein

ab. Wichtigste Zukunftsaufgabe sei es daher, Kindern Mediennutzungskompetenz und die Fähigkeit zur Auswahl zu vermitteln, betonte Lübbe; dies müsse vor allem in den Familien geschehen. Als primäres Problem der Zukunft bezeichnete er den Umgang mit den „Opfern mangelnder Selektionskompetenz“, nicht die befürchtete Vermassung.

Familienbund: Politiker werden unglaubwürdig

DÜSSELDORF (04.05.96 DT/KNA). „Mit der Verschiebung der Kindergeld- und Kinderfreibetrags-erhöhung auf 1998 setzen die Politiker den Rest ihrer Glaubwürdigkeit aufs Spiel.“ Mit diesen Worten kommentierte der Landesvorsitzende des Familienbundes der Deutschen Katholiken, Thesing, die neuen Sparbeschlüsse der Bundesregierung. In Düsseldorf wies Thesing darauf hin, daß die Kindergelderhöhung um zwanzig Mark und die Erhöhung des Kinderfreibetrags für 1997 schon Bestandteil des Jahressteuergesetzes seien. Eine Rücknahme dieses Termins sei glatter Geset-

zesbruch. Sämtliche Kostensteigerungen kumulierten sich in der Familie und drängten sie immer mehr in die Armut.

Amerikanische Männer als Ernährer in der Minderheit

Die amerikanischen Ehemänner sind als Ernährer in ihren Ehen und Familien inzwischen eine Minderheit. In den meisten amerikanischen Ehen bestreiten Männer und Frauen gemeinsam den Lebensunterhalt. Dies zeigt eine in Ann Arbor (Michigan) veröffentlichte Studie, die auf den Angaben von 27.000 Paaren beruht. Einen eindeutigen „Ernährer“ bestimmten die Forscherinnen Aimee Dechter und Pamela Smock so: Er oder sie muß mindestens siebzig Prozent des Haushaltseinkommen nach Hause bringen. Im Jahr 1964 waren noch 78 Prozent der weißen und 71 Prozent der schwarzen Ehemänner die wesentlichen Geldverdiener in der Gruppe der 18 bis 44 Jahre alten Personen.

Soldat im internationalen Friedensdienst

Beilngrieser Erklärung der GKS vom 27. April 1996

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) bejaht grundsätzlich Friedensmissionen der Vereinten Nationen und die damit notwendigen Auslandseinsätze, an denen sich auch die Bundeswehr beteiligen soll. Bundeswehrsoldaten stehen selbstverständlich für diese Aufgaben ein und zur Verfügung, wenn die Rahmenbedingungen für solche Einsätze ethisch, rechtlich und politisch fundiert sind.

Die militärische Führung hat alles zu tun, um die Truppe umfassend auf derartige Einsätze (der Krisenreaktionskräfte) vorzubereiten. Vieles ist – gerade auf dem Gebiet der Ausbildung – auf den Weg gebracht. Der GKS kommt es besonders darauf an, daß der Auftraggeber und die für die Durchführung Verantwortlichen folgende Punkte bedenken, bevor sie über einen Bundeswehreinsatz entscheiden:

Politisch-ethische Rahmenbedingungen

- Bundeswehrsoldaten stehen für Recht und Freiheit des deutschen Volkes. Die Bundeswehr als Instrument der Politik leistet einen wesentlichen Beitrag zum äußeren Schutz der freiheitlich verfaßten und demokratisch angelegten politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland und damit zu einem Frieden in Freiheit. Nur unter diesen politischen Voraussetzungen können sich Grundwerte wie Gerechtigkeit und Solidarität entfalten.
- Wer für sich Recht und Freiheit beansprucht, muß auch anderen gönnen, in den Genuß dieser Werte zu kommen. Wenn also Deutschland für die Menschenrechte und für den Weltfrieden eintritt, sollte es auch Beiträge zur Funktionsfähigkeit der Vereinten Nationen (VN) leisten.
- Deutschland ist Partner in übernationalen Organisationen und Mitglied der VN. Daraus ergeben sich Beistandsverpflichtungen, die jedoch im Einzelfall politisch und moralisch geprüft werden müssen. Bundeswehrsoldaten haben jetzt grundsätzlich damit zu rechnen, sich auch an Auslandseinsätzen zu beteiligen.
- Die VN können also zum Auftraggeber für ihre Mitgliedstaaten werden und entsprechende Beiträge einfordern. In Deutschland entscheidet das Parlament über den Einsatz von Streitkräften.
- Die (politischen) Auftraggeber sollten sich versichern, daß eine bevorstehende Mission auch in der Bevölkerung Zustimmung findet. Dazu ist eine umfassende und ehrliche Informationsarbeit im Vorfeld des Einsatzes unerlässlich; die Truppe hat ein Recht, zu wissen, wofür sie eingesetzt wird. Umfassende Information trägt in hohem Maße zur Motivation der Soldaten bei.

- Die Entscheidung muß sowohl gegenüber den Bürgern als auch vor den betroffenen Soldaten begründet und gerechtfertigt werden. Die politisch Verantwortlichen sollten daher nur solche Missionen unterstützen, die auch von jedem Soldaten innerlich bejaht und vor seinem Gewissen verantwortet werden können.

Völkerrecht und Menschenwürde

- Die GKS bejaht Einsätze, die das Völkerrecht durchsetzen und die Menschenwürde schützen helfen, nicht aber solche, die nur materiellen oder ökonomischen Nutzen versprechen.
- Erhält die Bundeswehr einen politisch legitimierten und parlamentarisch kontrollierten Auftrag, so sind die politischen und militärischen Bedingungen für den Einsatz festzulegen (Rules of Engagement), die sowohl den Vorgesetzten in seiner Führungsverantwortung als auch die Untergebenen in ihrer Handlungsverantwortung binden. Die Truppe hat sich an diese aus dem Völker- und Verfassungsrecht abgeleiteten Vorgaben zu halten.
- „Rules of Engagement“, die den durchführenden Soldaten wirklichkeitsfremde und für konkrete Situationen ungeeignete Auflagen zumuten, bringen nicht nur die Soldaten in Gehorsams- und Gewissensnot, sondern wirken sich negativ auf den Einsatz aus. Christliche Soldaten können bei schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen nicht wegsehen, sondern müssen eingreifen – auch als „Blauhelme“. An der Ausarbeitung der Einsatzregeln sollten militärisch Verantwortliche und Betroffene aus der Durchführungsebene beteiligt werden.
- Bundeswehrsoldaten haben für das Völkerrecht Partei zu ergreifen und die durch Krieg und Terror drangsalierte Bevölkerung zu schützen. Damit handeln sie entsprechend dem vom II. Vatikanischen Konzil beschriebenen Leitgedanken: „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei“ (Gaudium et Spes, Nr. 79).

Verantwortete Personalauswahl und Ausbildung

- Die Grundsätze der Inneren Führung gelten ohne Einschränkung auch im Einsatz und sind gerade in heiklen Situationen zu beherzigen, um Aufträge durch mitdenkenden, gewissenhaften Gehorsam

bestmöglich durchführen zu können. Es sollte grundsätzlich nach dem Prinzip der Auftragstaktik geführt werden, wonach der militärische Führer vor Ort bei vorgegebenem Ziel die Wahl von Mitteln und Methoden selbst bestimmt; er denkt, entscheidet und handelt im Sinne der übergeordneten Führung.

- Um diesem Anspruch genügen zu können, müssen qualifizierte militärische Führer zur Verfügung stehen, die neben ihrer fachlichen (militärischen) Kompetenz auch psychisch geeignet sind. Es entspricht dem Selbstverständnis der Bundeswehrsoldaten, „daß es die sittlichen, geistigen und seelischen Kräfte sind, die mehr noch als fachliches Können den Wert des Soldaten bestimmen.“ (ZDv 66/2 „Lebenskundlicher Unterricht“, Nr. 1)
- Bei Friedens- wie humanitären Missionen können Soldaten in Extremsituationen geraten. In fremder Umgebung und unter ungewohnten klimatischen Bedingungen müssen sie sich bei oft unübersichtlicher und verfahrenreicher politischer Lage mit Not, Haß und Gewalt auseinandersetzen und dürfen dabei ihren Auftrag nicht aus dem Blick verlieren. Dazu sind nur Menschen mit einer stabilen Persönlichkeitsstruktur in der Lage, die sich ein übergreifendes Wertesystem zu eigen gemacht haben und denen auch am Wohl anderer gelegen ist.
- Außer durch ein solides, auftragsbezogenes militärisches Training müssen die Soldaten – mehr als bisher – vor allem auch psychisch auf gefährliche Einsätze vorbereitet werden. Im Ernstfall werden sie mit Grausamkeiten, mit Verwundung und Tod konfrontiert, mit Erfahrungen, die ihnen bisher erspart geblieben und die ihnen deshalb fremd sind. Solche Situationen müssen theoretisch intensiv bearbeitet werden, damit die Soldaten im Einsatz auch bei Dauerstreß den Anforderungen ihres Auftrags gewachsen sind.
- Daher sind Soldaten, zumal solche in Führungsverantwortung, dahingehend auszubilden, daß sie jederzeit und auch unter dauernder Bedrohung in der Lage sind, die Gesamtsituation zu analysieren und zu bewerten. Um verantwortbare Entscheidungen treffen zu können, müssen sie zu vorausschauendem Denken fähig und bereit sein, auch intuitiv in die Gefahr hinein zu handeln.

Beispielhafte Vorgesetzte

- Vorgesetzte müssen sich ihrer Vorbildwirkung bewußt und in der Lage sein, unter Zeitdruck und hoher Belastung Entschlüsse zu fassen, die sich nicht nur auf die Ausführenden, sondern auch auf diejenigen auswirken, für deren Wohl sie eingesetzt sind. Menschen unter Belastung zu führen, verlangt vom Vorgesetzten, auch an Werte gebundene Orientierung zu vermitteln; das gibt psychischen Halt und bildet Vertrauen.
- Der militärische Führer sollte die Befindlichkeit der ihm Anvertrauten – ebenso wie diese untereinander – einschätzen können. Voraussetzung dafür ist eine ausreichend lange Vorbereitungszeit zum gegenseitigen Kennenlernen, denn nur mit fachlicher und sozialer Kompetenz gewinnt der Vorgesetzte Vertrauen und Gefolgschaft aus Überzeugung.

- In diesem Zusammenhang ist es wichtig, daß militärisch Verantwortliche den ihnen Anvertrauten Antwort geben können auf die Sinnfragen des Einsatzes: Warum und wofür, zu welchem positiven Ziel? Daher muß die politische Verantwortung jederzeit klar sein, die Bevölkerung im Heimatland zum Einsatz stehen, die politische wie die militärische Zielsetzung eindeutig definiert sein. Die auftraggebenden VN müssen sich – gerade während einer laufenden Mission – entschieden, konsequent und loyal verhalten.

Fürsorge als Führungsaufgabe

- Es hilft den Soldaten, wenn sie in der Ausbildung so vorbereitet werden, daß sie Gefährdungen und Bedrohungen richtig einschätzen können, damit sie unter Streß nicht „durchdrehen“. Tugenden wie Tapferkeit (Überwindung von Angst durch Mut), Hingabe (Persönlicher Einsatz im Sinne des Auftrags), Ritterlichkeit (Fairneß), Besonnenheit (Klugheit, Umsicht) usw. gewinnen deshalb wieder an Bedeutung. Tapferkeit darf nicht mit Tollkühnheit und Draufgängertum verwechselt werden.
- Wer Bedrohungen und Gefahren falsch beurteilt oder gar ignoriert, verliert den Bezug zur Wirklichkeit. Wer die Wirklichkeit falsch interpretiert, trifft falsche – und im Ernstfall verhängnisvolle – Entscheidungen. Diese Tatsache muß gerade der verantwortliche Vorgesetzte ständig im Blick haben, damit er Befehle mit Augenmaß geben und seine Truppe erfolgreich führen kann.
- Um auch in gefährlichen Situationen richtig reagieren zu können, ist es unabdingbar, daß Soldaten vom Wert der Kameradschaft überzeugt, zu sozialem Handeln fähig und darin auch geschult worden sind. Gefahren können nur miteinander durchgestanden werden, wenn die Soldaten aus Überzeugung füreinander eintreten.

Familienbetreuung gibt Sicherheit

- Es entlastet den Soldaten, wenn er sicher sein kann, daß zu Hause alles in Ordnung ist. Deswegen kommt der Familienbetreuung große Bedeutung zu. Die Angehörigen der Soldaten müssen deshalb von Anfang an in die Vorbereitung auf den Einsatz einbezogen und informiert sowie während der Dauer des Einsatzes praktisch und psychisch betreut werden.
- Zu dieser Fürsorge gehört selbstverständlich auch, daß der Soldat seine Familie für den Fall, daß ihm etwas zustößt, materiell abgesichert weiß. Natürlich muß Kommunikation zwischen Soldat und Familie bzw. Menschen, die ihm nahestehen, möglich sein.
- Ganz entscheidend ist die Betreuung der Soldaten und ihrer Familien auch nach dem Einsatz, um physische und psychische Wunden heilen zu können; in jedem Fall aber, um das Erfahrene aufzuarbeiten und auch für zukünftige Missionen nutzbar zu machen. Das vertrauensvolle Gespräch und eine vertraute Atmosphäre tragen am besten dazu bei.

Psychologische und sanitätsdienstliche Betreuung

- Truppenpsychologen leisten einen wichtigen Dienst, wenn sie Soldaten auf gefährliche Einsätze vorbereiten (Prävention). Psychologischer Beistand ist neben unmittelbarer kameradschaftlicher Hilfe unverzichtbar, wenn schreckliche Erlebnisse, die zu Traumata führen können, verarbeitet werden müssen (Therapie), oft auch noch Monate nach dem Einsatz.
- Eine professionelle sanitätsdienstliche Versorgung vor Ort wirkt ebenfalls psychisch entlastend, weil der Soldat davon ausgehen kann, daß er im Falle einer Verletzung oder Verwundung auch medizinisch optimal versorgt wird.

Seelsorgliche Begleitung

- Immer – besonders auch in einem Auslandseinsatz – macht die Kirche als Militärseelsorge den Soldaten vor Ort bei Wahrung der Freiwilligkeit ein religiöses Angebot. Unter den erschwerten Bedingungen des Auslandseinsatzes stellen sich besondere Fragen und Herausforderungen, insbesondere auch die Frage nach der Verantwortung als Waffenträger. Die Militärseelsorge will Antworten geben, die religiöse und sittliche Entscheidungen möglich machen, festigen und vertiefen helfen. Dadurch fördert sie die charakterlichen und sittlichen Werte in den Streitkräften.
- Die Kirche befreit den Soldaten nicht von der Verantwortung, ob

und wie er im Ernstfall seinen Auftrag ausführt und Waffengewalt anwendet. Sie bestärkt aber den religiös gebundenen Soldaten, mutig nach bestem Wissen und Gewissen vor Gott und den Mitmenschen zu handeln. Bei persönlicher Unzulänglichkeit und immer möglichem Irrtum in der Entscheidung darf der Soldat Vergebung erwarten und erfahren.

- Militärgeistliche müssen konkret dazu beitragen, daß Soldaten in physischen und psychischen Krisen nicht nur als ein Fall betrachtet und auf ihren eventuellen derzeitigen Defekt eingeeengt, sondern als ganzheitliche Menschen gesehen und behandelt werden.
- Soldaten können die Angebote und Bemühungen der Militärseelsorge immer, auch im Einsatz, unbefangen in Anspruch nehmen, da Geistliche in keinem dienstlichen Abhängigkeitsverhältnis zum jeweiligen Truppenführer stehen, nicht in die militärische Hierarchie eingebunden sind und ihren Dienst selbständig und von staatlichen Weisungen unabhängig leisten.

Konvoi des deutschen Einsatz-Unterstützungsverbandes GECONIFOR überwindet eine Kriegsbrücke irgendwo im ehemaligen Jugoslawien

(Foto M. Maletz)



SO BERICHTEN DIE ANDEREN

GKS für militärische Einsätze zur Durchsetzung des Völkerrechts

Bonn, 29.4.96 (KNA) Militärische Einsätze zur Durchsetzung von Völkerrecht und Menschenwürde hält die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) für berechtigt. Allerdings würden Missionen abgelehnt. „die nur materiellen oder ökonomischen Nutzen versprechen“, heißt es in einer am Montag in Bonn veröffentlichten Erklärung, die unter dem Titel „Soldat im internationalen Friedensdienst“ bei der jüngsten Bundeskonferenz der Gemeinschaft in Beilngries verabschiedet wurde. Es sei wichtig, daß die militärisch Ver-

antwortlichen den ihnen anvertrauten Soldaten Antwort auf die Sinnfrage des Einsatzes geben könnten.

Einsatzregeln, die den durchführenden Soldaten wirklichkeitsfremde und für konkrete Situationen ungeeignete Auflagen zumuteten, würden zu Gehorsams- und Gewissensnot führen, betont die GKS. Die Grundsätze der „Inneren Führung“ müßten ohne Einschränkung auch für solche Einsätze gelten und seien gerade in heiklen Situationen zu beherzigen, „um Aufträge durch mitdenkenden, gewissenhaften Gehorsam bestmöglich durchführen zu können“. Außer durch ein „solides, auftragsbezogenes militärisches Training“ sollten die Soldaten mehr als bisher vor allem auch psychisch auf „gefährliche Einsätze“ vorbereitet werden. In ihrer Erklärung weist die GKS nachdrücklich auf die besondere Bedeutung der Fürsorge für die Angehörigen und Familien der eingesetzten Soldaten hin.

Sicherheitsinteressen in Europa

Eindrücke von einer sicherheitspolitischen Konferenz in Poznan (Posen)

Eckhard Stuff

Das Westinstitut der Universität Poznan (Institut Zachodni), die Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation (AIK) und die Friedrich-Naumann-Stiftung führten Mitte April eine zweitägige sicherheitspolitische Konferenz in Poznan durch. Die polnische Messestadt mit rund 600.000 Einwohnern besitzt eine schön restaurierte Altstadt, an deren Marktplatz das Westinstitut zwei Tage Heimstatt sicherheitspolitischer Diskussionen polnischer, deutscher und einiger russischer Konferenzteilnehmer war.

Zu Beginn der Konferenz wies die russische Journalistin Marina Pawlowa-Silwanskaja darauf hin, daß die russischen Eliten bisher unfähig waren, einen Konsens in Fragen der nationalen Sicherheit herauszubilden. Es gelte also, die Wahlen in Rußland abzuwarten, um tragfähige Aussagen über die künftige russische Außen- und Sicherheitspolitik machen zu können. Dabei müsse gesehen werden, daß die Kommunisten alle Ideen des Internationalismus zur Seite geschoben hätten und jetzt als Nationalisten die Großmacht Rußland propagierten. Jelzin versuche ebenfalls, sich die „russische Idee“ anzueignen. Bei den Liberalen hingegen seien keine eigenen Vorstellungen in Sachen nationaler Sicherheit vorhanden. Auf jeden Fall sah die Journalistin diejenigen politischen Kräfte im Aufwind, die keine westlichen Modelle für die russische Politik übernehmen, sondern vielmehr die eigene Zivilisation weiterentwickeln und dabei die „russische Idee“ am Leben erhalten wollten. Dieses bedeute auch, daß in Rußland nicht das Gefühl einer Niederlage des Kommunismus vorherrsche, sondern vielmehr das Gefühl in einer bestimmten Phase einer Entwicklung zu stecken. So jedenfalls sei die vorherrschende Sichtweise der kommunistischen Nationalisten, die vor der Gefahr der weiteren

Fragmentierung des post-sowjetischen Raumes warnen. Einige Kräfte in dieser stärker werdenden Gruppierung in der russischen Politik fordern eine „Nuklearisierung“ der Sicherheitspolitik als einzige Chance, den Weltmachtstatus Rußlands zu erhalten bzw. ihn zurückzugewinnen. Aus russischer Sicht konzentriere sich die NATO-Erweiterung für viele als eine Frage der Aufnahme Polens in die NATO, da die anderen (Tschechien, Ungarn, Slowakei) ohnehin nicht könnten oder wollten.

Damit war das zentrale Diskussionsthema dieser sicherheitspolitischen Konferenz angesprochen: die Frage der NATO-Erweiterung bzw. NATO-Öffnung und der Aufnahme Polens. Professor Gerhard Wettig aus Köln versuchte sich der Problematik durch eine Betrachtung der russischen Sicherheitspolitik im Kontext der europäischen Gesamtlage zu nähern. Wie andere Konferenzteilnehmer auch, betonte Wettig, daß es darauf ankomme, in Europa Sicherheitsstrukturen zu entwickeln, die ein andauerndes, festes Einvernehmen mit Rußland ermöglichen. Hierin sieht Wettig den Umstand, der die westlichen Staaten hinsichtlich einer Öffnung der NATO zögern lasse. Dieses wiederum mache sich Moskau zunutze, um möglichst viel aus der Situation herauszuholen. Einen möglichen Ausweg aus der schwierigen Situation sah Wettig in einer erweiterten WEU: „D.h., die mitteleuropäischen NATO-Mitglieder würden einer eng mit den NATO-Strukturen verknüpfenden WEU angehören, die ihrerseits militärische Strukturen aufbauen würde. Ein solches Konzept wäre nicht neu. Schon in den Jahren 1951–54 wurde eine derartige Regelung vorgesehen: Damals sollte die Bundesrepublik Deutschland über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) in die NATO indirekt einbezogen werden.“ Wettig gab aber auch zu,

daß ein solches Modell überhaupt nur dann Chancen hätte, wenn die führenden Kräfte in Moskau bereit wären, „ein entscheidend auf die NATO gestütztes Sicherheitssystem zu akzeptieren, und lediglich nach einer gesichtswahrenden Formel suchten, um den Rückzug von dem bisherigen Standpunkt rechtfertigen zu können.“

Ob ausgerechnet eine Neuauflage der EVG eine zukunftsweisende Perspektive darstellen kann, ist jedoch mindestens zweifelhaft. Und wenn es darüberhinaus ohnehin nur um Chancen zur Gesichtswahrung für Moskau gehen sollte, mag man streiten, ob überhaupt sachliche Zugeständnisse an Rußland für die Aufnahme anderer Staaten in die NATO notwendig sind.

Der Bonner Politikwissenschaftler Eberhard Schulz brachte eine andere Alternative in die Diskussion. „Jedenfalls würde die Etablierung einer Art von Gewaltmonopol bei einer Institution wie der OSZE die Einwände der russischen Elite gegen die Osterweiterung der NATO ganz offensichtlich entkräften und auch die (unausgesprochene) russische Verbitterung darüber gegenstandslos machen, daß der Westen, vor allem die USA, immer das Sagen hat und Rußland immer zum Nachgeben aufgefordert wird.“

Nun hat die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) mit Sicherheit große Meriten erworben im Laufe der Entspannungspolitik in den 70er und 80er Jahren und sicherlich auch ihren Anteil am Zusammenbruch des Kommunismus. Aber gerade das eklatante Versagen der UNO im früheren Jugoslawien sollte doch ausreichend Warnung sein und nicht zu der Idee verleiten, daß die Nachfolgerin der KSZE, nämlich die OSZE, ein guter Träger eines Gewaltmonopols wäre. Größe bürgt eben nicht für Handlungsstärke.

Grundlegend bleibt die Differenz, daß westliche Vorstellungen Sicherheit mehr und mehr als ein Produkt von Zusammenarbeit („Sicherheit mit dem anderen“) betrachten, während Moskau weiterhin in Einflußsphären denkt und Sicherheit gegen den anderen sucht. Christoph Royen von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen empfahl deshalb, die NATO für neue Mitglieder zu öffnen, aber gleichzeitig Rußland ein Angebot für eine spezielle Partnerschaft zu machen. Er warnte davor, weiterhin die Bereitschaft zur Aufnahme ständig anzukündigen, doch zum konkreten Schritt nicht bereit zu sein. Dieses müsse Polen und auch andere Kandidaten verunsichern und letztlich Moskau nur provozieren, den Preis hochzutreiben. Eine

solche eher deutliche Umgehensweise mit Rußland lehnte hingegen der FDP-Bundestagsabgeordnete Feldmann ab.

Es liegt nahe, daß die polnischen Konferenzteilnehmer auf die Öffnung der NATO drängten. Hierbei wurde auf viele Aktivitäten verwiesen, die die NATO schon jetzt unter Beteiligung polnischer Streitkräfte vornimmt. Der Warschauer Professor Malachowski sah Polen und die NATO ohnehin schon längst im „Konkubinats“ lebend. Doch das dauernde Eheversprechen kann eben auch leicht der Enttäuschung ausgesetzt werden, wie sehr deutlich die Ex-Premierministerin Hanna Suchocka betonte, die befürchtet, daß sich die NATO möglicherweise zu sehr durch Äußerungen aus Moskau be-

eindrucken lasse. Sie unterstrich ihren Standpunkt mit den Worten: „Wir haben schon lange genug gewartet.“

Deutlich wurde wieder einmal, daß die Öffnung der NATO nach Osten und ihre Etablierung in Mittel- und Osteuropa ein sehr schwieriges politisches Geschäft ist. Deutlich wurde aber auch, daß die Zwischenlagerung in der „Partnerschaft für den Frieden“ zumindest für Polen keine mittelfristige Perspektive bildet. Die Interessen des Westens, Moskaus und Polens auf dem Felde der Sicherheitspolitik auf einen tragfähigen Nenner zu bringen, ist ein Geschäft, daß der westlichen Sicherheitspolitik staatsmännische Qualitäten abverlangt.



Technischer Halt eines Konvois des deutschen Einsatz-Unterstützungsverbandes GECONIFOR in Bosnien-Herzegowina (Foto M. Maletz)

93 Tage bei GECONIFOR (L) – Als Presseoffizier im Friedenseinsatz

Enno Bernzen

Kalt weht der Wind durch die geöffnete Ladeklappe in die Transall und im Schneegestöber erkennt man schemenhaft den zerstörten Flughafen von Sarajewo. Gemeinsam mit einem Fotografen bin ich mit dem katholischen Militärpfarrer Dr. Michael Franke nach abenteuerlichem Flug in der bosnischen Hauptstadt gelandet. Wir wollen die wenigen deutschen Soldaten im IFOR-Hauptquartier und in den übrigen Stäben besuchen,

um ihnen Marketenderwaren zu bringen, die sie bisher nicht erreicht haben.

Natürlich wird der Geistliche nicht nur deshalb sehnlichst erwartet – auch das religiöse Gespräch wird in dieser besonderen Situation gesucht.

Wir drei haben uns trotz Schilderungen von Kameraden nicht vorstellen können, wie zerstört diese Stadt ist. Und obwohl der Friedensvertrag von Paris längst

unterzeichnet ist, wird weiterhin von Heckenschützen Angst und Tod verbreitet.

Die zerstörten Häuser und Straßen erinnern mich an die Bilder des zerstörten Deutschlands 1945 in meinem Geschichtsunterricht.

Dieser viertägige Besuch in Bosnien-Herzegowina war sicherlich nicht typisch für meine Aufgabe als Presseoffizier, zeigt mir aber mehr als eindrucksvoll, wie wichtig die Präsenz aller IFOR-Soldaten in diesem Krisengebiet ist.



Pragmatische Zusammenarbeit zwischen Militärseelsorge und Soldaten:
Der Kath. Militärpfarrer in Trogir, Dr. Michel Franke, und OLT Enno Bernzen ziehen in Sarajewo gemeinsam Schneeketten auf.

(Foto M. Maletz)

Nachdem am 20. Dezember 1995 ein Wechsel in der Unterstellung stattgefunden hat, von UNPF (United Nations Peace Force) zu IFOR und damit unter den Oberbefehl der NATO, wuchs der bisherige kleine deutsche Anteil auf seine jetzige Stärke von 2.640 Soldaten an.

Trogir, der Standort des FLAZ, eine ehemalige Marinebasis der jugoslawischen Volksarmee, wurde kontinuierlich ausgebaut und beherbergt inzwischen den Stab mit dem Nationalen Befehlshaber im Einsatzland und weitere Soldaten, z.B. der Fernmeldetruppe und von Versorgungs- und Instandsetzungseinheiten. Hier ist auch das PIZ zu Hause.

Nicht weil die deutschen Einheiten in dem ehemaligen Tourismusgebiet Kroatiens stationiert sind, gibt es viele Besucher. Dieser erste große Auslandseinsatz der Bundeswehr außerhalb des Bündnisgebietes fordert zur Information vor Ort geradezu heraus: Fast jede Woche besuchen hochrangige Delegationen oder Einzelbesucher GECONIFOR (L). Dies ist für die Soldaten des PIZ mit viel Arbeit aber auch interessanten Begegnungen verbunden.

Weil die Informationspolitik nach dem Grundsatz „Wir informieren, haben nichts zu verbergen und kehren Probleme nicht unter den Tisch“ verläuft, ist das Verhältnis zur Presse gut – auch alte „PrÖ-Hasen“ haben ähnliches noch nicht so erlebt.

Auf dem Weg von Trogir, das 15 Kilometer von SPLIT entfernt liegt, zu den Pioniereinheiten nach Benkovac, durchquert man die Krajina. Dieses Gebiet ist fast men-

schenleer. Von den Serben erobert, wurde dieser Landstrich im August 1995 in der „Operation Sturm“ mit über 100.000 kroatischen Soldaten zurückerobert. Als Ergebnis steht spätestens seit diesem Zeitpunkt nun kein Stein mehr auf dem anderen. Die früheren Bewohner sind geflüchtet und kehren nur sehr zaghaft wieder zurück. Nicht nur, daß kein menschenwürdiges Wohnen mehr möglich ist, überall liegen noch Minen, die der bauerlichen Bevölkerung die Arbeit auf den Feldern fast unmöglich machen. Deutsche Experten schätzen, daß im ehemaligen Kriegsgebiet zwischen 5 und 9 Millionen Minen verschiedenster Typen liegen. Wir selber haben, häufig nur wenige Zentimeter vom Straßenrand entfernt, diese Verletzung und Tod bringenden Waffen gesehen.

Die Pioniere arbeiten unter widrigsten Bedingungen unter anderem am Aufbau einer Brücke in Visoko (BiH). Dort ereignete sich auch der bisher einzige Unfall des Einsatzes. Einem deutschen Offizier wurde bei einer Minenexplosion Verletzungen am Fuß zugefügt. Hier wird nicht nur Knochenarbeit geleistet auch die nervliche Anspannung der eingesetzten Soldaten ist hoch. Trotzdem ist die Stimmung gut. „Wir müssen die Arbeit schaffen, sonst kommt es zu vielen Verzögerungen und die Enttäuschung, gerade bei der Zivilbevölkerung, wäre groß“, ist die vorherrschende Meinung.

Aber auch die Arbeit der Transporteure ist beachtlich: Tausende von Kilometern, auch durch Eis und Schnee, sind durch die Versorgungskonvois zurückgelegt worden. Die Dienstleistungen der Deutschen sind von den Alliierten stark nachgefragt.

Die Heeresfliegertransportabteilung ist am nördlichsten stationiert, in Zadar. Diese schöne Stadt ist durch den Krieg relativ wenig in Mitleidenschaft gezogen worden, aber auch hier sieht man die Spuren von Haß und Gewalt. Die Soldaten sind in Containern untergebracht, die so eingerichtet sind, daß sich die durchschnittliche Stehzeit von vier Monaten aushalten läßt. Mit BELL und CH 53 werden neben Lufttransporten auch medizinische Hilfs- und Rettungsflüge, auch für die IFOR Partner, unternommen.

Als Führer der Redaktionsgruppe im Presse- und Informationszentrum (PIZ) von GECONIFOR (L) (German Contingent Implementation Force (Land)) lag mein Arbeitsschwerpunkt in der Erstellung der wöchentlichen Feldzeitung, dem Schreiben von Artikeln für Bundeswehr- und IFOR-Publikationen und lokale Medien in Deutschland und, bei Bedarf, in der Begleitung der Pressevertreter vor Ort.

Das deutsche Kontingent in Kroatien umfaßt ca. 2.600 Soldaten, die in sechs Stationierungs-orten entlang der adriatischen Küste stationiert sind. Die Aufgabe der Bundeswehr läßt sich in drei Punkten zusammenfassen:

1. logistische Unterstützung der Alliierten durch Konvois,
2. Einsatz der Pioniere im Straßen- und Brückenbau, aber auch bei der Beseitigung von Hindernissen, Eis und Schnee,
3. Betrieb eines Feldlazarettes (FLAZ).

Natürlich interessierte sich die Presse besonders für das Verhältnis zwischen den Bundeswehrsoldaten und der einheimischen Bevölkerung. In den drei Monaten meiner Anwesenheit konnte ich keine Probleme beobachten. Eher war es so, daß die Bundeswehr sich vor Vereinnahmungen schützen mußte. In einigen Fällen wurde von Kroaten sogar auf die „Waffenbrüderschaft im II. Weltkrieg“ verwiesen – für uns ein zutiefst makaberer Vergleich.

Gerade die kroatische Bevölkerung ist Deutschland, besonders wegen der Haltung in der Phase der Staatsgründung, von Herzen zugetan. So ließ es sich ein Bürgermeister nicht nehmen, eines Sonntags mit der dörflichen Sing- und Tanzgruppe beim Einsatz-Unterstützungsverband in Primosten zu erscheinen um mit typisch kroatischen Liedern und Tänzen die Dankbarkeit für die Anwesenheit der Bundeswehr zu zeigen.

Bei allen Gesprächen mit Kroaten, Serben und Moslems ließ sich immer eine große Friedenssehnsucht erkennen, auch wenn ein starker nationaler Zungenschlag in den Äußerungen deutlich wurde. So sagte mir ein älterer Kroat, er sei für den Frieden, erst müßte aber noch ein Korridor zu den kroatischen Brüdern in Bosnien geschaffen werden, notfalls mit militärischen Mitteln ...

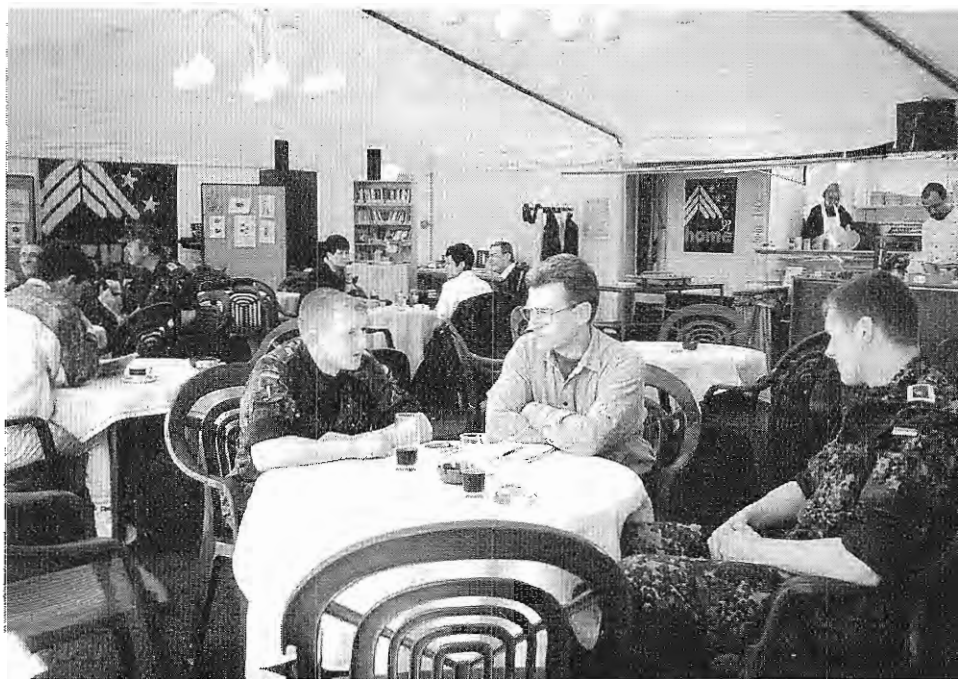
Laut Friedensvertrag werden die IFOR-Truppen am 20. Dezember 1996 das Land verlassen, obwohl es inzwischen vermehrt Stimmen gibt, die eine weitere Stationierung für sinnvoll erachten. Wann auch immer der Abzug erfolgen wird, der Frieden wird weiterhin sehr brüchig sein. Die großen Probleme kommen auf das ehemalige Jugoslawien erst jetzt zu: so werden allein die Kosten für infrastrukturelle Maßnahmen in Bosnien-Herzegowina auf mehrere hundert Millionen \$ geschätzt. Zusätzlich müssen Mittel für den Anschlag der Wirtschaft in der gesamten Region bereit gestellt werden.

Ein noch viel größeres Problem ist die geordnete Rückführung der Flüchtlinge und deren „gerechte“ Ansiedlung. Sicherlich wird nicht jeder Vertriebene in seine alte Heimat zurückkehren können, zu groß wäre die Gefahr der dadurch ausgelösten Aggressionen. Die Situation

erinnert in Teilen an die Vertreibung von Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten und deren Folgen. Es ist von einigen der persönliche Verzicht gefragt, um einem dauerhaften Lösung eine Chance zu geben. Nur eine multiethnische Gesellschaft kann Frieden für Bosnien-Herzegowina bringen. Die Trennung der nationalen Gemeinschaften kann nicht die Lösung der Probleme bedeuten, auch wenn es vordergründig so ausschauen mag. In

diesem Sinne äußerte sich auch der Vertreter des Heiligen Stuhls bei der Ratstagung der OSZE.

Ich persönlich habe die Hoffnung, daß durch den Einsatz der IFOR-Soldaten und die weitere wirtschaftliche Hilfe von außen, der Frieden für diese Region gesichert werden kann. Daß ich als deutscher Soldat im Pressezentrum von GECONIFOR (L) dazu habe beitragen dürfen, macht ein wenig stolz.



Blick in das Innere des Betreuungspavillons mit seinen gemütlichen Sitzgruppen, die Raum zur Entspannung, zum Gespräch, Spielen, Essen und Trinken geben. Rechts im Hintergrund die Theke mit dem Betreuer Klaus Wirth und die kleine Küche in der eine kroatische Angestellte arbeitet. (Foto PS)

In der Fremde ein Stück Zuhause

Betreuungspavillon für deutsche Pioniere in Benkovac/Kroatien findet begeisterte Zustimmung

„Das Beste, was den deutschen Soldaten an der kroatischen Küste zwischen Split und Zadar in Sachen Freizeit und Betreuung geboten wird“, begeistert sich Stabsunteroffizier Pfeifer. Sein Kamerad, Hauptgefreiter Jäger, nickt zustimmend. Die beiden jungen Soldaten meinen damit den mobilen Betreuungspavillon, den die Katholische und die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Soldaten-

betreuung (KAS und EAS) in ökumenischer Gemeinsamkeit in Benkovac errichteten haben und seit Februar erfolgreich betreiben (s.a. Bericht in AUFTRAG 224, S. 42).

Benkovac ist der Standort der 400 Pioniere des deutschen IFOR-Kontingents, das an der Küste Dalmatiens zwischen Zadar und Split stationiert ist. Der Ort liegt 35 km südöstlich von Zadar in der Hochebene Ravni Kotari, die den Reiz



Ein gut besuchter Gottesdienst im Betreuungspavillon in Benkovac/Kroatien, stehend der katholische Militärfarrer Reinhard Batmann. Mit wenig Aufwand läßt sich der Pavillon zum Gottesdienstraum umgestalten. Der von den Pionieren gebaute Altar gehört zur ständigen Inneneinrichtung. (Foto K. Wirth)

einer kargen „Wildwestlandschaft“ ausströmt. Dieses Gebiet am südlichen Rand der Krajina war von Serben und Kroaten besonders hart umkämpft. Entsprechend groß sind die Zerstörungen. Wegen der Minengefahr dürfen Straßen und befestigte Wege noch nicht verlassen werden. Die Einwohnerzahl von Benkovac sank durch die Kriegereignisse von 10.000 auf weniger als 2.000 Einwohner ab. Der Ort Benkovac bietet für Soldaten in der Fremde keine Freizeitmöglichkeiten.

Pfeifer und Jäger sind zwei von etwa 35 Soldaten aller Dienstgrade, die an diesem sonnigen und friedlichen Karfreitag ihre Mittagspause in der gepflegten Clubatmosphäre des Pavillons verbringen. Eine besondere Attraktion ist das Angebot kleiner Speisen des zum Pavillon gehörenden blitzsauberen Imbißwagens, das ganz auf die Gewohnheiten deutscher Soldaten zugeschnitten ist. Pommes und Currywurst, wie man sie schmackhafter zuhause nicht findet, sind der Renner.

Gut hundert Besucher finden in dem 10x30 Meter großen doppelwandigen, klimatisierten Zelt Platz. Es hat einen festen mit Teppichfliesen belegten Boden. Neben Getränken und einfachen Speisen

werden auch Satellitenfernsehen, eine Infothek mit Zeitschriften und Büchern, eine Spielothek mit Gesellschaftsspielen, kulturelle und unterhaltende Veranstaltungen angeboten.

Der Pavillon wird von den Militärfarrern beider Konfessionen auch für – zumeist ökumenische – Gottesdienste genutzt. Dazu haben die Pioniere einen festen Altartisch gezimmert und als ständige Einrichtung an der Stirnseite des Pavillons errichtet. Am Karfreitag waren nach Angaben des Personaloffiziers fast 80 Prozent der zu diesem Zeitpunkt in der Kasernenanlage anwesenden Soldaten der Einladung zum Gottesdienst gefolgt. Die Mehrzahl der Pioniere ist gegenwärtig jedoch in Visoko in Bosnien ca. 25 km nordwestlich von Sarajewo eingesetzt. Dort ersetzen sie eine gesprengte Brücke über die Bosna durch eine Kriegsbrücke. Der katholische Militärfarrer ist mit vorn und wird mit den Soldaten zu Ostern einen Feldgottesdienst feiern.

Auch normale Gottesdienste im Pavillon sind recht gut besucht. „Neben dem dienstlichen Einerlei

zeigt mir der Gottesdienst, daß es noch einen Sonntag gibt. Dieses ist mir bei der rund-um-die-Uhr-Belastung sehr wichtig“, sagt mir ein Oberleutnant freimütig.

Einmütig ökumenisch ist die Leitung des Pavillons. Aus (kriegsvölker)rechtlichen Gründen wurden Klaus Wirth (KAS) und Jürgen Möllengraf (EAS) zu viermonatigen Wehrübungen einberufen. Im Mai wird das Leitungsteam wechseln. Während Jürgen Möllengraf sich vorwiegend um die unterhaltende Betreuung – zu der auch die Vermittlung von Leihwagen und Tagestouren in die Umgebung gehören – und die unerläßlichen Verwaltungsarbeiten kümmert, hat Klaus Wirth als gelernter Koch die Sorge um das leibliche Wohl der Gäste übernommen. Zu ihrer Unterstützung wurden drei junge kroatische Frauen für die Küche eingestellt, die in drei Schichten arbeiten. So kann der Pavillon täglich von 11.00 bis 14.00 und von 17.00 bis 23.00 Uhr, an Sonntagen durchgehend von 10.00 bis 23.00 geöffnet werden. für die beiden „Betreuer“ der KAS und EAS bedeutet das Dienst ohne Freizeit, der nur durch Schlafen oder eine Einkaufsfahrt nach Zadar oder Split unterbrochen wird.

Gefragt nach Verbesserungsvorschlägen bleiben „Betreuer“ wie Soldaten eine spontane Antwort schuldig. „Sie sehen ja selbst, wie hell, sauber und ansprechend es hier ist“, sagt Hauptgefreiter Jäger, „wir kommen wie viele andere her, weil wir hier Abwechslung und Ruhe, aber auch ein breites Unterhaltungsangebot finden. Der Betreuungspavillon in Benkovac ist der Geheimtip unter den deutschen Soldaten an der Adria.“ (KAS/PS)



Das offizielle Verbandsabzeichen und Logo von GECONIFOR (L)

„Auf den Spuren der Väter“

Über die Erlebnisse einer Epoche als Abrüstungsinspektor

Siegfried Granrath

Vorbemerkung

Zu den bisherigen zwei Machtblöcken und den damit verbundenen Supermächten USA und Rußland gesellt sich nun Europa und stellt sich als Zukunftsträger der neuen demokratischen Staaten in Osteuropa dar. Wenn auch der aufgelöste Warschauer Pakt und die Sowjetunion keine Bedrohung mehr darstellen, so ist doch zu berücksichtigen, daß die Wandlung der Staatsformen in Mitteleuropa und in der GUS zu einem Unsicherheitsfaktor werden können. Im 20. Jahrhundert hatten die USA zweimal als Friedensstifter in Europa eingreifen müssen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß sie jetzt an einem sicheren Europa interessiert sind. Die Position der amerikanischen Überlegenheit ist geschwächt, sie kann aber in aller kürzester Zeit wieder hergestellt werden.

Ich zähle zu der Generation, die 1945 geboren wurde und somit die gesamten Nachkriegsspannungen miterlebt hat, seit 30 Jahren bin ich Soldat und glaube über eine Epoche berichten zu können, die für mich in einer Verwendung als Abrüstungsinspektor (1991–1994) in Rußland, Weißrußland und der Ukraine Höhepunkt meiner militärischen Verwendungen darstellte. Unter Berücksichtigung auch dieser Faktoren habe ich die Frage nach den „Spuren unserer Väter“ gestellt und verbinde sie mit den „Erlebnissen einer Epoche“.

Beginn der Epoche

Die Vorgeschichte sowie die Geschichte des zweiten Weltkrieges sind nicht allein aus dem Geschehen zu verstehen und ausreichend zu klären. Umgekehrt werden die Verhältnisse und die Entwicklung in Deutschland wie die Erscheinung Hitlers und des Nationalsozialismus nur in ihrer Verflechtung mit den weltgeschichtlichen Kräf-

ten der Epoche und als Teilaspekt der Zeitsituation verständlich.

Die Niederlage Deutschlands war 1945 ungleich größer als 1918. Niemand konnte die Tatsache des Besiegteins leugnen. Nicht nur zerstörte sie die Zukunftsutopie eines tausendjährigen germanischen Großreiches, sondern mit ihr schien auch der Glaube an die staatliche Zukunft der deutschen Nation zusammengebrochen zu sein. Soldaten waren für ein politisches Ziel mißbraucht worden, das zu einer Katastrophe ohne Beispiel in der neueren deutschen Geschichte führte.

Die Entwicklung in der Welt, aber auch im nachkriegsbesetzten Deutschland wurde zusehends davon beeinflusst, daß sich die Situation in der Sowjetzone immer mehr von den auf der Potsdamer Konferenz gefaßten Beschlüsse entfernte. Es lag in der Konsequenz dieser Entwicklung und war auch bereits eine ihrer Vorbedingungen, daß die drei Westmächte auf der Londoner Konferenz im März 1948 über die wirtschaftliche Vereinigung der Westzone hinaus auch deren föderativ-staatliche Vereinigung ins Auge faßten. Diese Beschlüsse, an denen die Sowjets nicht beteiligt waren, nahmen die politischen Vertreter Moskaus zum Anlaß, den Kontrollrat zu verlassen und die Viermächte-Kontrolle über Deutschland für beendet zu erklären. Die Nachkriegsentwicklung mündete in die Ost-West-Auseinandersetzung des „Kalten Krieges“ und der Errichtung des „Eisernen Vorhangs“.

Als Stalin Anfang 1948 erkannte, daß die Entwicklung zum westlichen Separatstaat offenbar mit Worten nicht aufzuhalten war, griff er zur Gewalt. Berlin sollte der Hebel sein, die Westzonen-Republik doch noch zu verhindern. Als die drei westlichen Stadtkommandanten durch die Währungsreform die D-Mark einführten, antworteten die Sowjets mit einer

Blockade sämtlicher Land- und Wasserverbindungen zwischen den Westzonen und West-Berlin. Nun begann das technische Wunder, zwei Millionen Menschen fast elf Monate lang aus der Luft zu versorgen; und längst hatte Stalin seinen Mißerfolg eingesehen, aber die Verhandlungen über die Aufhebung der Blockade zogen sich bis in das Frühjahr 1949 hin.

Bereits im März 1948, ein Jahr nach dem britisch-französischen Verteidigungsvertrag, traten in Brüssel Delegierte der Benelux-Staaten mit Vertretern von Frankreich und England zusammen, um einen Wirtschafts- und Verteidigungspakt abzuschließen. Interesse zeigten auch Italien und Griechenland, denn der Verteidigungspakt richtete sich – als Konzession an Frankreich – namentlich gegen eine erneute deutsche Aggression in Europa. Hieraus entstand die Gründung der NATO, die 1949 mit der Unterzeichnung der im Brüsseler-Vertrag zusammengeschlossenen Länder, der USA und Kanada vollzogen wurde.

Meine Erinnerungen an den 17. Juni 1953 beschränken sich darauf, daß meine Mutter sehr viel Lebensmittel einkaufte und im Vorratskeller lagerte. Das Radio war den ganzen Tag über eingeschaltet und ich höre sie noch sagen: „Um Gottes Willen, nicht schon wieder Krieg!“ Aber eines hatte ich daraus gelernt, drüben im Osten mußte es irgendwie anders sein.

In der Reihe der vielen erfolglosen Konferenzen, zwischen Ost und West, führt die gescheiterte Viermächtekonferenz von Berlin im Jahre 1954 die Spitze an. Der Konferenzort Berlin sollte das Thema der immer noch ungelösten Deutschlandfrage Rechnung tragen, doch gleich am ersten Tag zeigte sich, daß zwischen den Großmächten inzwischen auch andere Probleme entstanden waren.

Als Gegengewicht zum gegründeten NATO-Vertrag unterzeich-

neten 1955 die in Warschau versammelten Ostblockstaaten Albanien, Bulgarien, Ungarn, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei und die Sowjetunion den „Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“. Ihren ersten Akt des Beistands bewiesen die Sowjets beim Volksaufstand in Ungarn, denn im Oktober 1956 brachen Sowjetpanzer Ungarns Widerstand.

Somit setzten sich die Ost-West-Verhandlungen weiterhin fest, während die Sowjets mit einem Berlin-Ultimatum drohten, glaubte der Westen immer noch, diesen Drohungen mit Verhandlungen ausweichen zu können. In Genf trat am 15. März 1960 erstmals die im September 1959 beschlossene Ost-West-Abrüstungskonferenz der zehn Mächte (USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, Kanada, Sowjetunion, Polen, CSSR, Rumänien und Bulgarien) zusammen. Die Sowjets brachten den im Vorjahr von Nikita Chruschtschow vor der UN-Vollversammlung erstmals in die Diskussion eingeführten Vorschlag von der totalen Abrüstung innerhalb von vier Jahren in die Genfer Verhandlungen ein. Unmittelbar nach seinem Staatsbesuch bei General de Gaulle in Paris, traf der US-Präsident Kennedy in Wien den mächtigsten Mann des Ostblocks, UdSSR Ministerpräsident Nikita Chruschtschow. Dieses Gipfeltreffen ging für die Öffentlichkeit als Zusammentreffen zweier fröhlicher Menschen in die Geschichte ein.

Auf einer Konferenz der Staaten des Warschauer Paktes – dem die DDR auch beitreten mußte – am 29. März 1961 konnte Ulbricht schon mit neuen besorgniserregenden Zahlen aufwarten: 30.273 Einwohner waren dem Arbeiter- und Bauernstaat entlaufen, davon 21.112 über West-Berlin.

Am 13. August 1961 wurden die Grundsteine zum wohl häßlichsten Bauwerk der Welt gelegt. Eine Mauer trennte die beiden Teile der ehemaligen Reichshauptstadt voneinander. Der „Eiserne Vorhang“ in Deutschland und Europa wurde dichter und undurchlässiger, der „Kalte Krieg“ hatte seinen Höhepunkt erreicht.

Mit diesem Geschehen wurde mir die Trennung der Deutschen

mehr und mehr bewußt. Ich erlebte zum ersten Male die Konfrontation – wenn auch ohne Waffen – zwischen Ost und West. Es war nicht dieser Anlaß, aber doch die Überzeugung, daß wir uns gegenüber dem Osten wehren mußten, der meinen freiwilligen Eintritt 1965 in die Bundeswehr förderte. Ich war ab jetzt ein Teil dieser Epoche und sollte bereits drei Jahre später miterleben, wie sowjetische Truppen in Prag einmarschierten und wie sich eine Armee im NATO-Bündnis zur Verteidigung vorbereitete. Es sollten dann noch 25 Jahre folgen, in denen die politischen Ereignisse meinen damaligen Beschluß, Berufssoldat zu werden, bekräftigten.

Der Anfang vom Ende

Bald nach der Wahl Michail Gorbatschows zum neuen Parteisekretär der KPdSU im März 1985 zeigten sich erste Anzeichen der von ihm geforderten Transparenz (russ.: Glasnost) in der sowjetischen Gesellschaft: die Medien kritisierten Bürokratie und Funktionsprivilegien, die Zensur von Filmen und Büchern wurde großzügiger. Ende 1987 begann in den Medien eine von Gorbatschow selbst eingeleitete Abrechnung mit dem Stalinismus. Auch im Umgang mit Regimegegnern signalisierte der Staat Toleranz. Gorbatschow versuchte zunächst seine Umgestaltung (russ.: Perestroika) durch personelle Veränderungen in den Machtzentren abzustützen. Rund zwei Drittel aller Funktionäre in Partei, Staat und Wirtschaft wurden seit 1985 ausgewechselt. Im Juni 1988 bereitete die erste Parteikonferenz der KPdSU seit 1941 eine tiefgreifende Umformung der politischen Institutionen des Landes vor. Diese schlugen sich in der Verfassungsänderung vom Dezember 1988 und zum ersten Male konkret in den Märzahlen 1989 nieder. Auf der konstituierenden Sitzung des neuen Kongresses der Volksdeputierten in Moskau wird Michail Gorbatschow nach einer heftigen Debatte mit 96 Prozent der Stimmen zum Staatspräsidenten der UdSSR gewählt. Mit der Unterzeichnung des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) am 19. November 1990, dem die damalige Sowjetuni-

on und die Staaten des Warschauer Paktes beigetreten sind, bereitete sich in der Bundeswehr das neu geschaffene Zentrum für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr auf seine Kontroll-Aufgaben vor. Im Januar 1991 wurde ich zu diesem Zentrum versetzt und nahm nun nach 25 Jahren in der Bundeswehr die Aufgabe eines Rüstungskontrollinspektors war. Aber wie war es zu diesem Vertrag gekommen?

In Wien hatten die Abrüstungsgespräche über die konventionelle Rüstung zwischen NATO und Warschauer Pakt 1989 begonnen. Parallel zur KSE – so hießen diese Verhandlungen – verhandelten die 35 Staaten der KSZE (seit 1995 OSZE) über Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSMB). Der KSE-Vertrag wurde unterzeichnet, in ihm wurde das Vertragsgebiet vom Atlantik bis zum Ural in vier Zonen aufgeteilt, denen jeweils Höchstkontingente an Waffensystemen zugeordnet wurden, des überzählige Material mußte bis 1995 verschrottet oder zur friedlichen Nutzung umgebaut werden. Durch den Vertrag soll die Fähigkeit der Bündnisse zu einem Überraschungsangriff und zu großräumigen Offensiven beseitigt werden. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 schlossen sich die Nachfolgestaaten diesem Vertrag an und ratifizierten ihn.

Im Vorfeld seines Inkrafttretens wurden zunächst unter den westlichen Bündnispartnern sogenannte Testinspektionen anberaumt, die die praktische Umsetzung und Behandlung des Vertragstextes erprobten und in ein NATO-einheitliches Modell umsetzten. Im März 1991 fand aus diesem Anlaß die erste Inspektionsdemonstration – bei der ein deutsches Inspektionsteam eingesetzt wurde – in der damaligen Tschechoslowakei statt. Es war nun das erste Mal, daß deutsche Soldaten in Uniform den Boden eines vormaligen Ostblocklandes betraten und auf einer Luftwaffenbasis unter den Bedingungen des KSE-Vertrages, die erste KSE-Inspektion – unter Vorführbedingungen – durchführten.

Hiernach nahm ich an einer Testinspektion in Nordnorwegen teil, war Beobachter einer polnischen Testinspektion in Dänemark, führte Testinspektionen in militä-

rischen Anlagen der ehemaligen DDR durch und war schließlich Teilnehmer von Testinspektionen bei in Deutschland stationierten NATO-Partnern.

Dieses waren vorbereitenden Inspektionseinsätze. Nach der Inkraftsetzung des Vertrages nahm ich an nationalen und multinationalen Inspektionsgruppen teil, die mich zu Orten in Rußland, Weißrußland und der Ukraine brachten, die in einem engen Zusammenhang mit den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges in Verbindung stehen, und mich somit auch auf „die Spuren der Väter“ führten.

Lebenserfahrungen

Es waren Gesprächspartner im In- und Ausland und insbesondere der älteren Generation, welche als Kriegsteilnehmer an diesen Orten waren, die mir die Frage nach den „Spuren der Väter“ stellten. Mein Hauptinteresse dabei sehe ich in den Fragen, wie die Menschen dieser Länder mit der Vergangenheit umgehen und wie ich als Angehöriger der Folgegeneration, aber auch als deutscher Soldat, mit dieser geschichtlichen Tatsache umgehe? Grundsätzlich kann ich antworten, daß die Menschen in diesen Ländern die Erinnerungen nicht verdrängen; sie sind auch bemüht neue Brücken zu bauen. In sachlichen Gesprächen wurde gegenseitiges Verstehen gesucht, und die Bereitschaft für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit ist überall zu erkennen. Ganz wichtig ist jedoch die Erkenntnis, daß die Untaten des nationalsozialistischen Regimes meiner Generation zwar nicht angelastet, daß sie aber insgesamt nicht vergessen werden.

Mit meinen nachfolgenden Gedanken und Erlebnisberichten versuche ich, die heutige Situation am Beispiel einiger wichtiger Städte zu schildern; und über den Bogen des Rückblicks auf die Geschehnisse des Zweiten Weltkrieges, meine Gefühle über die Epoche, in der ich lebe und meinen Dienst in der Bundeswehr versee, zum Ausdruck zu bringen.

Es ist nicht meine Absicht einen Erlebnisbericht niederzuschreiben. Auch werden Details über die Orga-

nisation und den Verlauf von Inspektionen fehlen. Von den gemachten Erlebnissen bin ich jedoch so berührt, daß ich auch anderen diese Eindrücke vermitteln möchte. So konnte ich zum Beispiel feststellen, daß die jüngeren Soldaten über die Inspektionstätigkeit ein anderes Empfinden hatten als ich. Für die Altersgruppe der ca. 30–35 Jährigen ist diese Tätigkeit zwar eine, die sie fasziniert, die sie aber nicht so sehr zum Nachdenken über die deutsche Vergangenheit anregte. Ich glaube, dieses liegt daran, daß sie nicht mehr der unmittelbaren Nachkriegsgeneration angehören

KURZ NOTIERT

Friedenstruppe Rußlands für internationale Einsätze

MOSKAU (04.05.96 DT/dpa). Rußland wird bis zum Ende dieses Jahres eine Spezialeinheit aus 22.000 Soldaten für internationale Friedenseinsätze bilden. Einen Ukas über die Bildung eines Spezialkontingents innerhalb der russischen Truppen unterschrieb der russische Präsident Jelzin am Freitag. In der Anordnung wies Jelzin die Regierung an, die Finanzierung des Spezialkontingents zu gewährleisten. Von 1997 an sollen im russischen Haushalt Gelder für den Einsatz der Friedenstruppe bewilligt werden. Rußland ist derzeit mit zwei Fallschirmjäger-Bataillonen in einer Stärke von 1.600 Soldaten an der internationalen Friedenstruppe in Bosnien-Herzegowina (IFOR) beteiligt.

und daher auch nicht so bewußt an den politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen während der Nachkriegszeit teilgenommen haben. Deshalb ist diese Tätigkeit ein ganz normaler Auftrag, der sich aus der politischen Situation ergeben hatte. Es könnte noch eine weitere Komponente hinzukommen, denn während meiner Dienstzeit hatte ich auf dem Gebiet der Einsatzplanung von Bundeswehr- und NATO-Streitkräften einen tieferen Ein-

blick und erlebte die „Bedrohung“ hautnah. Daher war es für mich dann wesentlich aufregender, Truppen und Material des früheren „möglichen“ Gegners zu inspizieren. Die gleiche Erfahrung – bezüglich der Empfindsamkeit – machte ich auch bei den westlichen Verifikationsorganisationen, so war z.B. bei den Amerikanern deutlich spürbar, daß es sich bei der Durchführung von Inspektionen um eine „Mission“ handelte, die weniger den vertrauensbildenden Maßnahmen galt als vielmehr der Aufklärung und Verifikation der eigenen Erkenntnisse. In diesem Bezug legten die Dänen und Norweger ein ganz anderes Verhalten an den Tag, für sie war das Ereignis als solches und als eine kleine NATO-Nation, die Möglichkeit zu haben eine östliche Supermacht zu inspizieren, weit vorrangiger. Die Briten und Franzosen, hatten keine Schwellenangst und brillierten durch Sachverstand, gute Organisation und Perfektion.

Die östlichen Vertragspartner, die ich während des Aufenthaltes in Deutschland erlebte, waren immer bemüht mit einem großen Sachverstand, Vertragskenntnis und Vertrauensbildung ihren Auftrag zu erfüllen. Ebenso waren die Begleiter aus den jeweiligen östlichen Nation immer bereit durch Vertrauen eine neue Freundschaft aufzubauen und Kompromissen – bezüglich der Vertragsauslegung und stets im Rahmen der Möglichkeiten – offen gegenüber zu stehen. Durch das mehrmalige Zusammentreffen mit den östlichen Begleitern, die aber auch als Inspektoren in die Bundesrepublik Deutschland kamen, entwickelte sich nach und nach ein persönliches „Verhältnis“, d.h. es wurden persönliche, auch familiäre Gedanken und Meinungen ausgetauscht. Auch wenn sich bei einigen Nationen der Gedanken der Ausspähung bemerkbar machen sollte, so wurde doch gegenseitiges Vertrauen entwickelt.

Wer ein Gespür für zwischenmenschliche Kontakte entwickelt hat, der merkte, daß die Russen, Weißrussen und Ukrainer feine Nuancen in der Gastfreundlichkeit gegenüber einigen Nationen erkennen ließen. Die Offenheit der

Begleiter bei nationalen Inspektionsgruppen, z.B. bei nur deutschen Inspektoren, gestaltete sich großzügiger als bei multinationalen Inspektionsgruppen. Dieses lag in der Tatsache begründet, daß die Begleiter gezwungen waren ihre Aufmerksamkeit allen teilnehmenden Nationen zu widmen, während sie also bei einer nationalen Gruppe nur die Franzosen oder Engländer oder Spanier zu betreuen hatten, mußten sie bei multinationalen Inspektionsgruppen auf die Belange des einen Belgiers, Italiens oder Franzosen Rücksicht nehmen; und trotz dieser Differenzierungen durfte das gemeinsame Ziel des Vertrages nicht aus dem Auge verloren werden.

Auch bei unseren westlichen Partnern konnte ich erkennen, daß ältere Soldaten mit der eigenen und der fremden Empfindsamkeit behutsamer umzugehen verstanden als die Jüngeren, dieses will sagen, daß der Respekt und die Achtung zueinander und zwischen den Nationen einen deutlich emotionalen Aspekt beinhaltete.

In der russischen Föderation

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ringen die neu entstandenen Republiken um politische Stabilität und einem wirtschaftlichen Neubeginn. Der Kern der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) wurde am 8. Dezember 1991 als Dreierbund von Rußland, der Ukraine und Weißrußland in Brest gegründet. Ihnen schlossen sich im März 1992 weitere selbständige Republiken der ehemaligen Sowjetunion an. Schwere Probleme kennzeichnen die Entwicklung der Russischen Föderation, Ursachen für den wirtschaftlichen Zusammenbruch ganzer Industriezweige sind in erster Linie die mit dem Untergang der UdSSR zerfallenen Arbeitsteilungen der einzelnen Republiken und die Umstellung von der Plan- auf die Marktwirtschaft.

Zwei Personen stehen mit diesen Ereignissen in einem engen Zusammenhang. Dies sind Michail Gorbatschow und Boris Jelzin. Im August 1991 scheiterte ein Putschversuch orthodox-kommunistischer Politiker und Militärs gegen Staats- und Parteichef Michail

Gorbatschow nach drei Tagen. An die Spitze zur Abwehr dieses Putschversuches stellte sich der Reformler und zum russischen Präsidenten gewählte Boris Jelzin. Zehntausende, vor allem in Moskau und Leningrad (St. Petersburg), folgten dem Aufruf Jelzins zu Protestaktionen gegen die Putschisten. Vor dem russischen Parlamentssitz, dem sog. Weißen Haus in Moskau, stellten sich Demonstranten den Putschisten entgegen und wichtige Teile der Armee liefen zu den Reformkräften um Jelzin über. Es gelang schließlich dem Radikalreformer Jelzin die politische Macht in Rußland zu übernehmen. Gorbatschow wurde seiner Ämter entledigt und die Russische Föderation begann ihren schwierigen Weg in die demokratische Freiheit.

Moskau

Etwas aufgeregt und mit einem Gefühl der Unsicherheit stand ich am 20. Juli 1992 zum ersten Mal mit unserer deutschen Inspektionsgruppe auf dem Moskauer Flughafen. Wir hatten den Auftrag



eine KSE-Inspektion in Shatalovo und Briansk durchzuführen und erwarteten nun gespannt die russische Begleitgruppe. Um so mehr überrascht waren wir, als wir von einem Brigadegeneral (dem stellvertretenden Leiter der russischen Verifikationsorganisation) begrüßt und in Empfang genommen wurden.

Nach der vertraglich geregelten Eingangsprozedur führte uns der Weg vom Flughafen nach Moskau zu einem großen Hotel des russischen Verteidigungsministeriums nahe der deutschen Botschaft. Auf dem Wege dort hin sahen wir zunächst die Stelle, an der die deutschen Truppen im Zweiten Weltkrieg zum Stillstand gebracht wurden. Später glitten an uns schon einige Moskauer Sehenswürdigkeiten – die wir später ausführlich besichtigten – wie der Kreml, der Fluß Moskwa, des Weiße Haus in Moskau oder des riesige Hotel Ukraine vorbei.

Nun nach fast 50 Jahren stehen deutsche uniformierte Soldaten als KSE-Inspektoren auf Moskauer Boden, bewundern die Sehenswürdigkeiten und kontrollieren die angegebenen Panzer und Waffensysteme. Für den einen sind dieses abenteuerliche Erlebnisse, für den anderen sind es denkwürdige Ereignisse und mit jedem Aufenthalt in Moskau werden die „Spuren unserer Väter“ erneut in Erinnerungen gerufen.

Kamenka (St. Petersburg)

In Kamenka, nördlich von St. Petersburg nahe der Ortschaft Vyborg, ist eine Division stationiert, deren Ursprung auf die Verteidigung Leningrads zurückzuführen ist. Wenn auch Leningrad wieder St. Petersburg heißt, so wurde damit aber nicht die Belagerung dieser Stadt während des Zweiten Weltkrieges vergessen.

Der Divisionskommandeur, der in Kamenka stationierten Division, wies mit ersichtlichem Stolz auf die Tatsache hin, daß der Division für den damaligen Einsatz in Leningrad eine hohe Auszeichnung verliehen wurde. Im Kasernenbereich (der einer Kleinstadt ähnlich war) war anlässlich dieser Erinnerung ein Ehrenmal für die gefallenen Soldaten und der verhungerten Zivilbevölkerung errichtet worden. Für ein deutsches Inspektionsteam

konnten die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges nicht unbedeutend bleiben und der Leiter der Inspektionsgruppe ließ bei dem Kommandeur durchblicken, daß wir gewillt seien, in einer kleinen Gedenkfeier, allen Toten zu gedenken. Dieser Wunsch wurde vom Divisionskommandeur dankend entgegengenommen. In der Abenddämmerung standen russische und deutsche Soldaten, begleitet von der Öffentlichkeit und einer Ehrenformation, am Ehrenmal dieser Division und gedachten in einer Schweigeminute aller Toten von Leningrad, hier nach wurden mehrere Blumengebinde niedergelegt.

Ich schildere dieses für mich tiefgreifende Erlebnis zuerst, da es sehr tief in meiner Erinnerung verwurzelt ist und mir gleichzeitig verdeutlicht, mit welchen Empfinden die russischen Streitkräfte ihrer Vergangenheit begegnen. Am späten Abend, nach der Abschlußfeier, hatte ich die Gelegenheit mit einem russischen Oberstleutnant, der einmal in Leipzig stationiert war, über diese Begebenheit zu sprechen. Wir waren uns beide darüber einig, daß das Gedenken an die Toten ein guter Schritt war, der das Verständnis beider Nationen fördern konnte.

Smolensk und Briansk

Im großen Städtedreieck von Minsk, Kiew und Moskau, direkt in der Mitte liegt das Briansker Land, dieses sind klare Seen, gemächlich dahinfließende Flüsse, Hochwälder auf Sandsteinboden sowie Haine und Wälder. Irgendwann einmal, geschichtlich ist die Jahreszahl nicht nachweisbar, erbauten Menschen an den steilen Hängen des wunderschönen Flusses Desna eine Stadt und nannten sie Briansk, erwähnt wird sie erstmalig um das Jahr 1146. In diesem Landabschnitt tobten die großen Panzerschlachten des Zweiten Weltkrieges.

Für seine Verdienste im „Großen Vaterländischen Krieg“ erhielt Briansk den Namen „Stadt des Partisanenruhms“, bedeutende Denkmäler wurden hier errichtet und es erscheint für die Bewohner selbstverständlich, wenn sie diese den Besuchern zeigen. In dem im Stadtzentrum gelegenen Solowji Park wurde der Hügel der Unsterblichkeit aufgeschüttet. Auf

dem Berg Osinowaja, unweit der Stadt, erhebt sich das Denkmal für die Militärkraftfahrer und etwas weiter entfernt die Gedenkstätte Partisanenlichtung, von der sich Partisanenwege zu mehreren Erdhügeln schlängeln.

Warum erzähle ich so ausführlich über diese Arten von Denkmälern?

Hierzu sollte man wissen, daß die Mentalität dieser Menschen zu Gefühlen der Vergangenheit eine etwas anders geartete Ausprägung hat. Dieses machte sich auch bei dem Vertrag über den Abzug der Russischen Streitkräfte aus Deutschland bemerkbar, in dem ausdrücklich der Erhalt und die Pflege der in den neuen Bundesländern einschließlich Westberlin erbauten Denkmäler und Erinnerungsstätten aufgenommen wurde. Es würde deshalb niemals geschehen, daß Russen ein Mahnmal, wie z.B. des Luftbrückendenkmal in Westberlin als „Hungerkrallen“ titulieren würden, wie es die Berliner despektierlich machen. Denkmäler sind in den Augen der Russen, Weißrussen und Ukrainer ein Ausdruck der Geschichte; insbesondere, wenn es sich um Mahnstätten des Widerstandes und der Freiheit handelt. So finden jetzt auch wieder Statuen und Baudenkmäler, die während der sowjetischen Machtherrschaft ihre Bedeutung verloren hatten, ihre Anerkennung und Beachtung zurück und werden restauriert.

Kushewskaya (Asowsche Meer/ Donezbecken)

Mit einem multinationalen Team unter deutscher Leitung führten wir eine Reduzierungsinspektion in Kushewskaya durch. Wieder einmal gaben sich die russischen Gastgeber die größte Mühe uns die Landschaft rund um des Donezbecken zu zeigen. Mitten im Sumpfgebiet, an einem Ausläufer des Don, wurde die Inspektionsgruppe in einer Wochenenddacha mit den Köstlichkeiten des Landes bewirtet. Zwei „Kosaken“ trugen, begleitet auf der Balalaika, ihre schwermütigen und fröhlichen Kosakenlieder vor.

Unser Gastgeber, der auch zum ersten Male deutsche Inspektoren begrüßen konnte, hätte nun die Gelegenheit wahrnehmen können und auf die ruhmreichen Erfolge

der sowjetischen Streitkräfte verweisen können. Aber nein – statt dessen bewiesen sie uns die sprichwörtliche russische Gastfreundschaft und füllten das Kulturprogramm mit landschaftlichen und kulinarischen Höhepunkten aus.

Immer wieder erschien mir diese Form der Gastfreundschaft als ein besonderes Merkmal der östlichen Volksgruppen. Es ging nicht nur darum etwas vorzeigen zu können, nein man merkte, daß auch die innere Überzeugung und die Bereitschaft, die Arme zu öffnen, vorhanden ist. Eine herzliche Umarmung und das Austauschen von Küssen unter Männern ist eine Angewohnheit, mit der ich mich erst anfreunden mußte. Nachdem ich spürte, daß diese Form der Begrüßung oder Verabschiedung dem Inneren der Seele entspringt, hatte ich auch keine Bedenken, dieses traditionelle Zeremoniell zu akzeptieren.

Kandalakscha/Kola-Halbinsel

Vom Süden des Donezbecken möchte ich nun den großen Sprung in den Norden auf die Kola- oder auch Murmanskhalbinsel zwischen dem Weißen Meer und der Barentsee wagen.

Durch den Bau der Murmanskbahn im Jahre 1915 wurde die Halbinsel erschlossen, ihre Hauptstadt wurde Murmansk. Was für die Stationierung der Schwarzmeerflotte in Odessa gilt – und um deren Erhalt es zwischen Rußland und der Ukraine zu politischen Differenzen kam – ist nicht auf die Eismeerflotte anwendbar. Diese Flotte mit ihren atomgetriebenen U-Booten hat zwar noch nicht ihre Bedeutung verloren, jedoch scheint der Zerfall unabwendbar. Beide Meeresflotten galten während des Kalten Krieges als die maritimen Hauptkräfte der beiden Flanken und zogen die Aufmerksamkeit auf sich.

Im März 1992 führte eine deutsche Inspektionsgruppe eine Inspizierung in Kandalakscha durch, welches ca. 200 km südlich von Murmansk am Weißen Meer liegt. Der nur fünfstündige Aufenthalt vermittelte den typischen Eindruck des hohen Nordens (über dem Polarkreis liegend) mit seinen großen hügeligen Wäldern und einer klimatisch kalten Zone. Die infrastrukturellen Einrichtungen

waren keinesfalls mit denen in Briansk oder gar Moskau zu vergleichen. Die Motivation, der dort stationierten Soldaten, schien weiter unter den Gefrierpunkt zu liegen. Deshalb war es für uns auch verständlich, daß die russischen Begleitoffiziere sehr schnell zum Rückflug in das 1.300 km entfernte Moskau drängten.

Zu den Flügen noch eine Anmerkung: Die Anreise zu allen in Rußland liegenden Inspektions- und Reduzierungsstätten mußte immer über Moskau, als den sogenannten Point-of-entry bzw. Point-of-exit, erfolgen. In der Regel wurde die Fortsetzung der Inspektionsreise mit Aeroflot-Maschinen unter russischen Militärkommando durchgeführt. In den meisten Fällen handelte es sich dabei um Flugzeuge des Typs „Antonow“, deren Zuverlässigkeit umstritten ist und deren Bequemlichkeit weit ab vom westlichen Standart anzusiedeln ist. Aber zur Rechtfertigung muß auch gesagt werden, daß es nie zu bedrohlichen Flugmanövern gekommen ist, dafür mußten hin und wieder Startverzögerung von bis zu fünf Stunden in Kauf genommen werden.

In Weißrußland

Im Jahre 1101 war Minsk die Hauptstadt eines selbständigen Fürstentums, welches im 14. Jh. zu Litauen und im 15. Jh. zu Polen gehörte. Hieraus entwickelte sich in den folgenden Jahrhunderten und mit wechselnden Machthabern Weißrußland. Die jetzige Republik Weißrußland (Beloruss) liegt zwischen dem Baltikum und der Ukraine und wurde 1919 errichtet. 1922 wurde sie zur Sowjetunion, neben anderen Sowjetischen Republiken, zusammengeschlossen und wurde nach dem Zweiten Weltkrieg um die ostpolnischen Gebiete erweitert. 1991 erhielt Weißrußland seine Unabhängigkeit zurück und war Mitbegründer der „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“ (GUS).

Minsk

Die Hauptstadt der heutigen Republik Weißrußlands mit seinen 1,05 Mill. Einwohnern wurde im Zweiten Weltkrieg zu fast 90 Prozent zerstört und nach dem Krieg wieder aufgebaut. Nur wenige Teile

der Trajazke-Vorstadt und der Oberstadt blieben erhalten und werden derzeit restauriert. Inmitten dieser Altstadt steht die orthodoxe Hauptkirche, sie gilt als der religiöse Mittelpunkt. Minsk ist ein kulturelles und wirtschaftliches Zentrum und ein bedeutender Verkehrsknotenpunkt der Bahnstrecke Warschau – Moskau. Die Zukunft von Minsk liegt in der Stabilisierung der Wirtschaft. Aber auch die Gegenwart weist auf die Vergangenheit des Leidens der Bevölkerung hin. Etwa 20 km östlich von Minsk liegt die einzige Gedenkstätte von Belaruss, in Chatyn wird der Repressalien der nationalsozialistischen Machthaber gedacht:

Der Name dieses kleinen weißrussischen Dorfes erinnert an die Tragödie, die sich im März 1943 ereignet hat, als das Dorf mit seinen Einwohnern eingäschert wurde. Es erinnert aber auch an die 180 Dörfer, die abgebrannt und nie wieder aufgebaut wurden, sowie an hunderte von zerstörten Ortschaften und über 2 Mill. Kriegsoffern aus Weißrußland. Weiterhin rufen sie das Inferno von Buchenwald, Lidice und Oradour in die Erinnerung zurück. Angesichts der grauen Schornsteine, an denen die Glocken mahnend ertönen, sagen die Menschen: „Diese Tragödie darf sich nie wiederholen!“

Mit einem internationalen Team, bestehend aus sechs Amerikanern und einem Deutschen wurde während einer Inspektion in Osipowichi die Besichtigung dieser einmaligen und in Weißrußland einzigen Mahnstätte durchgeführt. Dem leitenden weißrussischen Begleitoffizier war daran gelegen aufzuzeigen, unter welchen Demütigungen das weißrussische Volk, durch den von Deutschen geführten Krieg, zu leiden hatte. Wer schon einmal in Bergen-Belsen oder Buchenwald war, kann die gedrückte Stimmung nachempfinden. Die Begegnung mit diesem Ort ging mir unter die Haut und ich behielt ein Gefühl zurück, welches man mit „Schuld“ umschreiben kann.

In den nachfolgenden Gesprächen, mit meinen amerikanischen Teamkameraden und den weißrussischen Begleitern, wurde dieses Erlebnis nochmals aufgearbeitet, aber – und dieses ist wichtig – alle ver-

suchten in einem fairen und offenen Rückblick die Vergangenheit nicht auf meine Person zu beziehen, sondern die gesamtgeschichtlichen Zusammenhänge zu betonen.

In der Ukraine

Das Gebiet der heutigen Ukraine bildete bis 1945 keine politische oder administrative Einheit, obwohl von einem dieselbe Sprache sprechenden Volk besiedelt. Im Mittelalter war sie Bestandteil und teilweise Kernland des Kiewer Reiches aber immer in mehrere Fürstentümer aufgeteilt. 1654 erfolgte der Anschluß der Ukraine links des Dnjepr an Rußland, das sie im 18. Jh. ihrer Privilegien beraubte und als Kleinrußland (der Name ist älter und seine Herkunft noch ungeklärt) in mehrere Gouvernements nach russischem Vorbild aufgeteilt. 1772/93/95 kamen weitere Gebiete an Rußland. Galizien allerdings wurde Österreich zugeschlagen, wodurch eine sehr unterschiedliche kulturelle Entwicklung in der Ost- und in der Westukraine hervorgerufen wurde. Nach der Revolution von 1917 wurde von den deutschen Okkupanten die Selbstständigkeitsbestrebungen unterstützt, die jedoch scheiterten. Erst 1991 gelang der Ukraine die jetzige Selbstständigkeit, die im Rahmen der Errichtung der GUS vollzogen wurde.

Kiew

Zu dem, von mir unter Rußland beschriebenen Territorium im 9. Jh. gehörte auch Kiew. In diesem umrissenen Gebiet übernahmen die Waräger (Nordmannen) die Herrschaft. Ob sie dazu von den dort ansässigen Slawenstämmen aufgefordert wurden, mag dahingestellt sein, jedenfalls wird später die Herrschaft der Waräger auf Kiew und andere Städte ausgedehnt. Das Wahrzeichen der Stadt ist ein großes bronzenes Wikinger Schiff am Ufer des Dnjepr, deren Geschichte auf den Gründer Rerik hinweist.

Großfürst Oleg machte Kiew zur Hauptstadt und baute des Kiewer Reich auf. Zum letzten Mal vereinigte 1113 bis 1125 Wladimir II. Monomach des Reich von Kiew weitgehend in einer Hand. Seine Krone, die sogenannte Monochrone, wurde später die Krone der

russischen Zaren. Nach dem Tode Wladimirs flammten die Fürstentümer wieder auf. Der Niedergang des Kiewer Reiches beschleunigte sich und es zerfiel in zwei Großfürstentümer. Kiew „die Mutter der russischen Städte“ ist seit 1934, an Stelle von Charkow, Hauptstadt der Ukraine. Diese alte Handelsstadt besitzt noch heute große Bedeutung als Zentrum der Kultur und Wirtschaft. Mit ihren zahlreichen historischen Bauten gilt sie als Verkehrsknotenpunkt und Hauptumschlagsplatz der Ukraine. Im Zweiten Weltkrieg wurde Kiew hart umkämpft und fiel wechselnden Kriegsgegnern zu.



Szene aus dem Großinquisitor von Dostojewski.

Exlibris von Anatoli Kalaschnikow aus dem Jahre 1965 (s.a.S. 72).

Für alle Inspektionen ist Kiew der Ein- und Ausreiseort und wird in des Besichtigungsprogramm aufgenommen. Die Ukrainer sind stolz auf ihre Stadt, ihr Land und ihre Sprache. Zweisprachige Hinweis- und Straßenschilder weisen teilweise auf die neue Identität hin und trotz einer unverkennbaren stockenden Versorgungslage zeigt sich Kiew, von Touristen stark frequentiert, als eine pulsierende Großstadt. Gern wird auf den Ursprung Kiews als Geburtsstätte Rußlands hingewiesen und auffällig ist der gute Zustand der 1073 erbauten Sophienkirche, die die älteste Kirche auf russisch-ukrainischem Boden ist.

Charkow

Der Verlust des Statussymbols, Hauptstadt der Ukraine zu sein,

hat Charkows Bekanntheitsgrad deutlich geschmälert. Darüber hinaus ist dieses, da erst 1654 gegründet, auch noch eine junge Stadt. Trotzdem ist die 1,4 Millionenstadt von wirtschaftlicher Bedeutung und mit ihrer Grenzlage zu Rußland ein wichtiger Güterumschlagsplatz. Die Industrie, und hier besonders die Schwerindustrie, hat an den wirtschaftlichen und politischen Veränderungen gelitten. Die Rüstungsindustrie, welche nicht unbedeutend war, hat folgerichtig starke Umstellungsprobleme, die aber dadurch aufgefangen werden sollen, daß Charkow zur größten Waffenreduzierungs- und Geräteumrüstungsstätte der Ukraine geworden ist. Während unseres Aufenthaltes mit einem multinationalen Teams wurden wir abends zu einer modernen Operette in das Stadttheater eingeladen. Wie uns der Dolmetscher versicherte, war dieses das erste Stück, welches in der Ukraine in ukrainischer Sprache aufgeführt wurde. Somit wird wieder an die lange geschichtliche Tradition der eigenen Sprache angeknüpft. Die Ukrainer waren schon immer ein dieselbe Sprache sprechendes Volk und mußten in der Zeit der UdSSR-Zugehörigkeit die russische Sprache sprechen. Neben der relativ friedlichen Entwicklung in den letzten Jahren war Charkow allerdings im Zweiten Weltkrieg ebenfalls ein Schauplatz von bedeutenden Panzerschlachten.

Odessa

Im Januar 1994 begab ich mich mit einem multinationalen französischen Team auf eine Inspektion nach Bolgrad in die Südspitze der Ukraine. Das uns angebotene Kulturprogramm beinhaltete auch eine ausführliche Besichtigung der Stadt Odessa.

Die Gründung Odessas geht auf des Jahr 1794 zurück – genau am 22. August wurde der Grundstein für die ersten Bauten gelegt, die den Bau des Hafens und der Stadt einleiteten. Odessa heute ist ein großer Überseehafen, der uns durch die Schwarzmeerflotte bekannt ist, und eine bedeutende Industriestadt. Eine führende Stellung nehmen der Landmaschinenbau und der Schiffsbau ein, weiterhin entwickelte sich in der Stadt eine bedeutende Chemie- und Leichtindustrie. Odessa gehört zu

den Kultur- und Wissenschaftszentren der Ukraine. Hier befinden sich vierzehn Hochschuleinrichtungen. Viele Institute sind weit über die Grenze bekannt. In den Nachkriegsjahren wurde des Augenmerk auf den Wiederaufbau alter und dem Bau neuer Betriebe gelegt. Auf den Straßen und Prospekten (Anmerkung: Anlagen) im Zentrum und am Stadtrand gibt es eine große Anzahl von Denkmälern aus alter Zeit. Sie spiegeln die verschiedenen Stilrichtungen und geschichtlichen Epochen wieder. Hervorragend aus den Bauten ist das Theater für Oper und Ballett, dessen Ausstattung seiner Inneneinrichtung durch eine feine Gestaltung von Details und durch Formen und Vergoldungen beeindruckt. Die Schönheit der Stadt am Schwarzen Meer ist bezaubernd, ihre Straßen werden durch ein dichtes Grün von Akazien, Ahorn und Platanen gesäumt, die an einigen Stellen ein geschlossenes grünes Zeltdach bilden. Die Einwohner von Odessa sind in ihre Stadt verliebt und setzen alles daran, daß sie noch schöner wird. Das milde Klima, reichlich Sonne, bequeme Strände, die großen Reserven an Heilschlamm sowie die Komposition von Meeres- und Steppenluft, all dieses hat dazu geführt, daß Odessa ein anerkannter Kurort für die ganze Ukraine wurde.

Unsere Gruppe war in einem ehemaligen Militär-Sanatorium, hoch über Odessa gelegen, untergebracht und der Blick über die Stadt und den Meeresbuchten bestätigten die prosaischen Beschreibungen der Reiseführer. Wie uns aber auch wieder die Kriegsberichterstatter belehren, wurde Odessa im Zweiten Weltkrieg im Strudel der Auseinandersetzungen nicht verschont.

Die Südspitze der Ukraine, die sich entlang der Westküste des Schwarzen Meeres zieht, wird durch Moldawien und Rumänien begrenzt. In der Stadt Bolgrad und Umgebung leben überwiegend Rumänen, Bulgaren und Moldawier und, es fällt auf, daß kein Mahn- und kein Denkmal auf die Vergangenheit hinweist. Vielmehr ist das Land von Ackerbau und Weinbau geprägt. Die völkerpolitischen und grenzbezogenen Probleme werden durch die Stationierung von nahezu 100prozentig ukrainisch besetz-

ten Militäreinheiten am Ausbruch gehindert und nicht zum Gegenstand von Diskussionen gemacht.

Bei der Besichtigung einer Weinkellerei wird uns ein 25 Jahre alter Muskatwein kredenzt, dessen likörähnlicher Zustand und der hohe Alkoholgehalt zu einem verhaltenden Konsum raten lassen. Zur Weinprobe wurde dann auch heimischer Käse und Weintrauben der verschiedensten Sorten gereicht.

Kein Wort fällt über die Ereignisse des Krieges und der Nachkriegszeit, keine Denkmäler verweisen auf Heldentaten; vielleicht sitzen die Gefühle noch sehr tief, so daß man sie verdrängt hat und nicht wieder hervorrufen möchte. Möglicherweise haben aber auch die politischen Veränderungen dazu geführt, daß der Neuaufbau der Region wichtiger ist als der Blick in die zurückliegenden zeitgeschichtlichen Ereignisse.

Fazit

Ausbruch, Verlauf und die politischen Folgen des Zweiten Weltkrieges bestimmen noch immer unsere Gegenwart. Trotz dieses verhältnismäßig kurzen Zeitabschnittes in der langen Geschichte der Deutschen Nation, darf diese Epoche nicht vergessen werden. Die jetzigen Weltverhältnisse haben uns in einen permanenten Zustand von politischen und militärischen Unruhen versetzt. Da ist der Krieg im ehemaligen Jugoslawien und der Machtkampf Rußlands in Tschechien. In Afrika mußte die UNO mit starken Kräften in Somalia eingreifen und in vielen Teilen der Erde versuchen die Völker ihre eigene Nationen aufzubauen.

Es ist deshalb von schicksalhafter Bedeutung für die Menschheit, daß es der Kraft und Einsicht der Menschen gelingt, die weitere Weltentwicklung in die Bahnen des Friedens, des Ausgleichs, der Kooperation und Verständigung zu lenken. Eine Weltregierung wie die UNO erscheint mir das beste Mittel zu sein um dieses hohe Ziel zu erlangen.

Ich als Angehöriger der unmittelbaren Nachkriegsgeneration – aber auch als Soldat – der beginnend mit dem Kalten Krieg der sechziger und siebziger Jahre, über die Besetzung der damaligen

CSSR, dem NATO-Doppelbeschuß und der damit endenden Rüstungsspirale, sowie dem Zerfall der Sowjetunion, dem Fall der Berliner Mauer und letztlich der Wiedervereinigung Deutschlands diese fünfzigjährige Epoche miterlebt hat, dem scheint es zum Abschluß seiner bald endenden Dienstzeit vorzukommen, als ob alles Zurückliegende gar nicht wirklich stattgefunden hat. Erst durch meine Verwendung in der Rüstungskontrolle ist mir bewußt geworden, welche dringende und wichtige Aufgabe ich in den letzten 30 Jahren wahrgenommen habe.

Die Berichte der Kriegsteilnehmer und die eigenen Wege auf „den Spuren der Väter“ geben mir die Gewißheit, daß wir weiterhin vor einer epochalen Zeit stehen, deren Auswirkungen wir vielleicht noch gar nicht erahnen können. Jede noch so kleine neue Begebenheit, ebenso wie der 40. Jahrestag der Bundeswehrgründung am 12.11.1955 und der erste Einsatz von deutschen Soldaten in Kambodscha, Somalia und Split, wird derzeitig mit dem Prädikat „historisch“ versehen. Aber auch der kritische Blick für politische Entwicklungen ist mit den Erfahrungen, die ich machen durfte, verbunden. Schon jetzt stellen Polen, Ungarn und Tschechien den Antrag zur Aufnahme in die NATO und die EU. Rußland fühlt sich durch das Näherrücken der NATO unsicher und strebt gleichzeitig einen gemeinsamen Einsatz mit NATO-Streitkräften in Bosnien an. Andere Länder des ehemaligen Warschauer Pakts treten der „NATO Partnerschaft für den Frieden“ bei und alle diese Länder rücken näher an Europa und damit an Deutschland heran. Sie bedürfen zunächst noch der wirtschaftlichen – mitunter auch der politischen – Unterstützung, aber auch sie werden mehr und mehr zu unseren friedlichen Nachbarn heranwachsen.

Es steht uns Deutschen deshalb gut zu Gesicht, daß wir ein wachsames Auge auf unsere innenpolitischen und sicherheitspolitischen Entwicklungen haben und, daß wir zum jetzigen Zeitpunkt die Geschichte der Deutschen nicht verdrängen, aber auch in Zukunft die Hand zur Vergebung reichen.

Das Ende der Epoche

Das Ende der Nachkriegsgeschichte ist oft an vielen Geschichtsdaten festgemacht worden, so unter anderen:

Der Beitritt der jungen Bundesrepublik Deutschland in das westliche Verteidigungsbündnis, der Beginn der Aussöhnung mit Frankreich und später mit den östlichen Nachbarn, am Tage des Mauerfalls – dem Datum (9. November) in anderen Zusammenhängen geschichtsträchtig ist – und schließlich an der Wiedervereinigung Deutschlands und der damit verbundene Abzug der letzten russischen Truppen aus Deutschland am 31. August 1994.

„Heute ist der Tag der endgültigen Versöhnung“, rief Rußlands Präsident Boris Jelzin über den Gräbern von Tausenden russischer Soldaten im Treptower Ehrenhain aus und fügte hinzu: „Wie sehr hat sich Deutschland verändert!“ Manche der anwesenden Veteranen, die in alten Uniformen diesem Abschiedsaufmarsch beiwohnten, mochten vermutlich die Zeitabläufe nicht mehr fassen, es waren bewegte Stunden in Berlin.

Dem Abzug der Russen, vielleicht sollte man besser sagen Rückverlegung, kommt in sofern wahrhaft historische Bedeutung zu, da er kein zwangsläufiger Schritt aus der Folge des Falls der Berliner Mauer war. Es hätte sich

nämlich durchaus vorstellen lassen, daß selbst ein gewandeltes Rußland an den Faustpfand des Sieges von 1945 in Mitteleuropa in irgendeiner Weise festgehalten hätte. Das ist nun endgültig ausgestanden, Michail Gorbatschow, der während dieses Anlasses nirgendwo öffentlich genannt wurde, und sein Nachfolger Boris Jelzin hielten schließlich an dem Versprechen fest. Der letztere empfindet offensichtlich einen gewissen Erklärungsbedarf. Darum beschwor der Präsident auch immer wieder den „Großen Vaterländischen Krieg“, der die Russen im Frühjahr 1945 ins Herz Deutschlands hinführte. Daß sie dann fast ein halbes Jahrhundert blieben und jene Teilung Deutschlands und Europas zementierten, verdient ebenfalls Erwähnung.

Bei der würdigen und militärischen Verabschiedung, an der auch Soldaten der Bundeswehr teilnahmen, kam mir besonders bei der Kranzniederlegung in Treptow die Erinnerung an die Erlebnisse in Kamenka ins Bewußtsein. Es waren die gleiche Musik, die gleichen Paradeschritte mit denen wir nicht Schritthalten konnten, und der gleiche innere Schauer, der mich überlief.

An den Bildschirmen und in der Stadt Berlin mögen viele Zuschauer über die Rolle der ehemaligen Sowjetsoldaten nachgedacht ha-

ben. Viele mögen gesagt oder gedacht haben: Endlich sind sie weg, die Besatzer der letzten Jahrzehnte. Soviel Gemeinsamkeit hatten die Bürger der damaligen DDR mit den russischen Soldaten nicht empfunden, wie sie in den letzten vier Jahren mit den Bürgern der neuen Länder und den Soldaten der Bundeswehr – die zwischenzeitlich mit den ehemaligen Soldaten der NVA vereinigt war – entstanden sind. Ich kann, weil ich in Rußland war und Kontakt mit russischen Soldaten hatte, nachempfinden, mit welchen Gefühlen die russischen Soldaten in eine ungewisse Zukunft heimkehren, und ich hoffe, daß Deutschland das Angebot, welches die angetretenen russischen Soldaten zum Abschied sangen, annimmt. Es hieß dort zum Ende einer Epoche:

„DEUTSCHLAND,
WIR REICHEN DIR DIE HAND!“



*Der Gerichtengel. Exlibris
von Nikolai Kuprejanow aus
dem Jahre 1915 (s.a.S. 72).*

KURZ NOTIERT:

Flüchtlingskonferenz zu GUS-Staaten

Genf, 30.05.96 (KNA) UNO-Generalsekretär Butros Butros-Ghali hat in Genf die internationale Konferenz zur Lösung des Flüchtlingsproblems in den GUS-Republiken eröffnet. Das Treffen stelle einen klaren Ausdruck des Willens der internationalen Gemeinschaft zur Lösung der humanitären Tragödie auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR dar, erklärte Butros-Ghali in seiner Eröffnungsansprache. Seit dem Zerfall der Sowjetunion 1991 mußten nach Angaben der VN mehr als neun Millionen Menschen wegen internen Konflikten und ethnischen

Spannungen ihre Heimat verlassen. Von der Vertreibung gefährdet seien weitere 65 Millionen Personen.

Laut UNHCR suchen 3,6 Millionen Menschen wegen offener ethnischer Konflikte wie zum Beispiel in Tschetschenien, Georgien oder in Armenien und Aserbaidschan in anderen GUS-Republiken Zuflucht. Rund 3,3 Millionen Menschen hätten sich wegen latenter ethnischer Spannungen in ihre „alte Heimat“ geflüchtet. Dabei handele es sich um Angehörige von Bevölkerungsgruppen, die während der Zeit der So-

wjetunion als Minoritäten in einer anderen Sowjetrepublik gelebt hätten. Nach Schätzungen des UNHCR lebten bis 1991 zwischen 54 und 65 Millionen Menschen außerhalb ihrer „alten Heimatrepublik“. Rund 700.000 der seit 1989 Vertriebenen wurden nach UNHCR-Angaben Opfer von Umweltkatastrophen. Dazu gehören das Austrocknen des Aralsees in Zentralasien, die radioaktive Verseuchung des Atomtest-Gebietes Semipalatinsk und die Folgen der Atomkatastrophe von Tschernobyl.

Christlich leben – christlich sterben

Von der Bedeutung des Gottvertrauens für den Lebens und Sterbeprozess¹⁾

Karl-Heinz Ditzer

Das Bewußtsein, Sterben zu müssen – und dies ganz individuell, unvertretbar, einmalig, unkorrigierbar und unwiederholbar – signalisiert uns Menschen eine Wunde, eine Grunderfahrung, die eigentlich nicht so ganz paßt zu den übrigen ich-zentralen „Selbsterfahrungen“. Dieser Wundschmerz ist auch nicht durch rationale Erklärungs- und Beschwichtigungsversuche zu übertönen dergestalt, daß ja alles, was lebt, einmal sterben und vergehen muß. Rational mögen wir dies ja nachvollziehen, denn wer kann/mag schon gegen die Empirie andenken. Emotional aber sperrt sich alles gegen eine Akzeptanz, gegen eine Annahme des und Einwilligung in dieses Geschehen, zumal alle unsere sonstigen emotionalen Bewertungskriterien sich an der Optimierung des Lebensprozesses orientieren und unser Selbstwertgefühl nur einen Ich-Zuwachs gelten läßt, auf Stillstand kritisch und auf Abnahme mit der Aktivierung von Abwehrmechanismen reagiert. Es ist also verständlich, daß Menschen – solange es sie gibt und wir von ihnen Kunde haben – sich mit dem Bewußtsein vom Sterben müssen und dem Faktum des Todes herumgeplagt und versucht haben, etwas von den Dingen hinter dieser Realität zu erfahren.

Es wird ferner verständlich, daß Menschen, die kurz vor oder schon im Sterbeprozess sind und die ihren Tod nicht mehr durch Verschieben verdrängen können, nun auch besondere Ängste, Befürchtungen, Erwartungen, Hoffnungen und Bedürfnisse haben, die sie sehr wohl von Schwer- oder Schwerstkranken unterscheiden.

Schwer- und Schwerstkranke haben immer noch Hoffnung auf eine Besserung, auf irgendein doch

noch wirksam werdendes Medikament, auf eine neue Therapie mit einer gerade bei ihnen noch zu erwartenden Effektivität, auf eine einigermaßen verträgliche Stabilisierung im Fortschritt ihres Leidens. Der Schwerkranke ist noch bestimmt und getragen von der Hoffnung, noch ein wenig am Leben bleiben zu dürfen, noch einmal dies oder jenes in seinem Lebenskreis verwirklichen zu können, sich doch noch diesen oder jenen Wunsch zu erfüllen.

Die Empfindungen des Sterbenden gehen in eine andere Richtung, die aber nicht notwendig bestimmt zu sein braucht von Resignation, Mutlosigkeit und Selbstaufgabe. Er plagt sich nicht mehr mit der Hoffnung, noch ein wenig länger zu leben zu können. Er sucht nach anderen, meist neuen und oft sehr bescheidenen Hoffnungsinhalten, die aber für ihn wesentlicher und für sein noch verbleibendes Lebensende bedeutungsvoller sind als all das, was ihn bislang zu bestimmen vermochte.

Je häufiger beim Schwerstkranken

ken Rückfälle auftreten, je kürzer und belastender die Intervalle des relativen Wohlbefindens sind, je geringer die Entfaltungsmöglichkeiten werden, je mehr Schmerzen und Behinderungen vordergründig werden, um so mehr nähert sich auch der Schwerkranke dem Verhalten von Sterbenden. Beide wissen in der Regel sehr gut, wie es um sie steht, aber sie sind durchaus nicht immer bereit und/oder in der Lage, darüber zu sprechen. Wenn wir etwas von ihren Empfindungen mitbekommen wollen, müssen wir lernen, darauf zu hören, was sie uns darüber mitteilen wollen und wann sie dies tun möchten.

Nach dieser Vorbemerkung möchte ich mich im folgenden zunächst mit den Ängsten, Befürchtungen, Hoffnungen, Bedürfnissen und Erwartungen Sterbender beschäftigen und danach dann fragen, wie ein Leben aus christlicher Hoffnung sich auf diese Ängste, Hoffnungen und Erwartungen auswirkt.

Kommen wir denn zum ersten Punkt.

I. Ängste, Befürchtungen, Hoffnungen, Bedürfnisse und Erwartungen Sterbender

Sterbende wissen zwar sehr wohl, wie es um sie steht, aber sie sind sich nicht sicher, mit wem und ob sie überhaupt mit jemandem über ihre Empfindungen sprechen können. Sie machen die schmerzliche Erfahrung, von dem Geschehen allein und unvertretbar betroffen zu sein. Sie müssen feststellen, daß sie niemand im endgültigen Sinne begleiten und „Mit-Sterben“ kann – auch nicht die (inzwischen vertrauenswürdig gewordenen) Begleiter und Beistehende.

Ihren letzten Schritt des endgültigen Loslassens (des Jetzt und der Vergangenheit) sowie des sich Ausliefern an diese (radikal unbestimmte) Zukunft und des sich unwiederholbaren und unkorrigierbaren Übergebens an sie müssen sie allein tun.

Wenn ihr Leben bisher davon bestimmt war, es selbst managen und Kontrolle über seine Gestaltungsfaktoren ausüben zu können, so macht sie nun dieser zu erwartende totale Kontrollverlust hilf-

los. Hatte ihnen schon die zunehmend bedrückendere Erfahrung der Begrenzung, Einschränkung und Abhängigkeit in der zurückliegenden Zeit genug Schwierigkeiten bei deren Annahme und Akzeptanz gemacht, so wächst nun das Bewußtsein davon, daß sie aktiv einwilligen sollten, einen Zustand der „Passivität“ zu „erleiden“: eine neue, völlig andere Qualität ihrer Existenz zu erwarten, die sie sich nicht vorstellen und für die sie nichts tun können – außer daß sie „Jasagen“ zu ihr. Dies macht sie einerseits schlichtweg sprachlos und andererseits suchen sie einen (kompetenten) Gesprächspartner, mit dem sie darüber reden und mit sich ins reine kommen können. Wie immer bei der Lösung und Bewältigung solcher existentieller Orientierungskrisen, ist die Suche von großer Unsicherheit geprägt – zumal man keine Erfahrungswerte besitzt, die man übertragend anwenden könnte. Man macht es immer zum ersten Mal, darüber hinaus aber hat man heute (im Unterschied zu der Zeit, als noch in der Familie, im Kreis der Angehörigen gestorben wurde) in der Regel überhaupt noch keinen Sterbenden und damit auch keine entsprechende (erfolgsversprechende) Kommunikation erlebt. Von daher ist es verständlich, daß die Sterbenden eine individuell geprägte „Signalsprache“ benutzen, um eine für sie wichtige Kommunikation in Gang zu bringen. In verbaler, symbolisch non-verbaler und symbolisch-verbaler Form tun sie ihre Empfindungen (und Anfragen) kund.

Aktiv passiv sein zu sollen, wirkt auf den ersten Blick paradox. Aber so ganz neu ist dieser Zustand für uns eigentlich nicht, denn sowohl erfahrene Liebe wie auch Wert- und Bedeutungserfahrungen, Harmonie-, Glücks- und Identitätserfahrungen „erleiden“ wir ebenfalls „passiv“. Auch sie können wir nicht machen, produzieren, sondern sie uns nur schenken lassen in einer Situation, in die wir uns freiwillig hineinbegeben, der wir uns „aussetzen“, die wir wagen. allerdings reden wir in diesen Zusammenhängen nicht von „Erleiden“. Das beglückende Gefühl, daß wir nicht nur aus der eigenverantwortlichen (Mit-)Gestaltung unserer Persönlichkeit in der Zu-

kunft nicht entlassen werden können, sondern daß dieser Prozeß auch gelingen kann, daß wir nicht nur Werden müssen sondern auch Werden können, überlagert das Gefühl, daß wir nicht selbst die Akteure sind oder waren. Auch Ängste und Unsicherheiten gibt es in diesen Kontexten, zum Beispiel bei den Erstbegegnungen Liebender, – und heute mehr denn je. Viele wagen den sich ausliefernden Schritt auf den/die PartnerIn nicht mehr und bleiben lieber ein Single, weil sie zuviel Angst vor den (befürchteten nicht erfüllbaren) Erwartungen der/s möglichen Partner(s)In und dem Mißlingen der Kommunikation haben. Und dennoch haben diese Ängste eine andere Qualität als die Ängste des Sterbenden.

Beim Sterbenden bewirkt – über die schon genannten Faktoren hinaus im Kontext der Irreversibilität – die Unerfahrenheit im Sterben Ängste, in diesem Geschehen versagen zu können, angesichts der Schmerzen sich nicht mehr in der Gewalt haben zu können (das Gesicht verlieren zu können), sich selbst nicht treu bleiben zu können (mit Schuldverurteilungen und Schambefürchtungen) und vor allem – angesichts der Endgültigkeit – die Angst vor dem mit dem Neuen auf ihn zukommenden „Lebensverlust“. Selbst (schon früher gemachte) Erfahrungen schwerer Bedrohung werden überlagert durch die Empfindung des Endgültigen, Ausweglosen, Unvertretbaren, Unkorrigierbaren.

So resultieren aus den Empfindungen Bedürfnisse: vor allem, jemand zu finden, der bereit ist, das, was er noch mitteilen möchte, mit ihm zu teilen; was er noch durchzustehen / durchzugehen hat, mit ihm ein Stück gemeinsam zu gehen; was er jetzt auszuhalten hat, mit ihm zu ertragen und solange bei ihm zu verweilen, wie er es braucht.

Der Sterbende versucht (normalerweise), einen Begleiter zu finden, der sich dazu bereit findet, in sich wirklich einlassender Weise („Small talk“ kann er nicht brauchen) mit ihm zu kommunizieren: sei es im Gespräch, im Schweigen, in körperlichem Kontakt, im Zulassen von Gefühlen, in zeitlicher Bereitschaft oder in der Treue der Wiederkehr.

Dabei rechnet er darauf, daß er nicht belogen wird. Nur in der Freiheit von Unehrlichkeit, Lüge und Betrug allein kann er noch Unerledigtes erledigen, Bitten aussprechen, Aufträge erteilen und sein Haus bestellen.

Der Sterbende hat die Erwartung, daß er in seiner Situation nicht allein gelassen wird, ihm Vereinsamung erspart bleibt, er Geborgenheit erspüren kann durch Nähe, Wärme, Geduld, Gelassenheit, Zeit und Treue. Er sucht einen Mitmenschen, der ihm in seiner Hilflosigkeit Beistand gewährt, und zwar ohne die Gefahr, dadurch von ihm entmündigt zu werden, seiner letzten Kreativität beraubt zu werden und zu einer persönlichen Bestätigung und Befriedigung für andere zu werden.

In jüngerer Zeit kann man aber durchaus auch auf Sterbende treffen, die diese Wünsche und Erwartungen scheinbar nicht hegen. Für sie sind die Situation und die dazugehörigen Gefühle so unheimlich ambivalent, daß sie keinen Zugang dazu haben. Und so versuchen sie, (konsequent) auch diese weiter zu- und einzumauern. Ihre Angst vor dem anderen (Menschen), auf den sie sich Ja einlassen müßten, scheint größer zu sein als die Angst vor dem Ende. Ihr Wunsch ist: „wenn schon Ende, dann möglichst sofort“ – „ohne große Komplikationen und ohne großen Aufstand“. Mich erinnert dieses Verhalten und die dahinterstehende psychische Struktur an die von „Crashkids“ (Carsurfen, Katz- und Maus-Spielen ...), für die der (als möglich in Kauf genommene) provozierte Tod eine weniger große ich-zentrale Bedrohung war als ein sich-aufeinander-einlassendes Gespräch mit einem anderen Menschen, dessen gerade sie am meisten zur Ich-Stabilisierung und -Entwicklung bedurft hätten. Andere scheinen vorher schon psychisch gestorben zu sein. Sie haben verpaßt, einen Suizid zu begehen und warten nun darauf, daß die Biologie das zu Ende bringt, was sie selbst nicht vermocht haben. Dabei kann es sein, daß sie den Narren spielen – bis zu Letzt, oder aber daß sie so voller Aggressionen sind, daß diese in überschäumender Weise aus ihnen herausquellen und den Pflegenden die Pflege unerquicklich wenn nicht unerträglich

lich machen. Es fällt ihnen immer noch eine Bosheit ein. Letzterer Zustand ist nicht zu verwechseln mit der Sterbephase, die ebenfalls von Gereiztheit und Aggression gekennzeichnet ist, in der der Sterbende sich aufbäumt gegen die ihm abverlangte Verzichtleistung und in der er Trauerarbeit zu leisten hat hinsichtlich des bevorstehenden Verlustes seines „Jetzt-Erlebens“ mit allem, was dazugehört.

Die Hoffnung des Sterbenden richtet sich darauf, in Gelassenheit und tiefer werdender Bereitschaft, frei von Resignation und Bitterkeit, das annehmen zu können, was diesem Leben zugehört: Geborenwerden und Sterbenmüssen.

Er möchte Geborenwerden und Sterbenmüssen erkennen können als Einwirkung Gottes in die Natur unseres Seins und zwar nicht als Eingriffe in unsere Freiheit sondern als Zeichen der Geborgenheit in dem neuen Leben – bei/mit einem anderen Du.

Er möchte Hoffnung haben auf ein anderes, nicht mehr in Frage zu stellendes Leben, ein ewiges und unbegrenztes Leben. Er hat Sehnsucht nach einem Leben – jenseits dieser Grenze des irdischen Todes – in Freiheit und Liebe, ohne Not und Haß.

Es sind die Sehnsüchte und Hoffnungen von Menschen, die ihr Leben als ein so hohes Gut empfunden haben, daß sie es nicht wegzwerfen vermögen und auch nicht bereit sind zu glauben, daß dieses Leben jemals von Gott in Frage gestellt werden könnte.

Diese Hoffnung und Sehnsucht teilen auch viele von denen mit, die in ihrem Leben keiner der verfaßten Kirchen angehört haben und meinten, an einen Gott nicht glauben zu können. Nicht selten versuchen sie herauszufinden, welchen Stellenwert der Glaube an einen Gott im Leben des Begleiters hat. Häufig wurde ich danach gefragt, was Gott mir bedeute, was ich von ihm erwarte und ob das wohl auch für sie zutreffen würde. Einige haben mir gesagt, nachdem sie mir ihr Empfinden in einem Bild geschildert hatten, in dem sie sich als an einem Abgrund stehend erlebten, in den sie springen sollten: „Auf Ihr Vertrauen auf Ihren Gott hin, will auch ich den Sprung in den Abgrund wagen und hoffen,

dort von einem Du aufgefangen zu werden“.

Alle Sterbenden möchten „Bedeutung für andere“ gehabt haben. Sie möchten – in der Rückschau ihres Lebens – ihr Leben so gelebt haben, daß sich die Hinterbliebenen dankbar ihrer erinnern und nachzuahmen versuchen, was sie ihnen vorgelebt haben. Sie möchten ihnen zur Orientierung geworden sein, sie möchten Zeichen gesetzt und Spuren hinterlassen haben, nach denen zu leben es sich für andere auch in der Zukunft noch lohnt, Sie möchten ihnen Hilfe zum Leben gewesen sein.

In diesen Wünschen kommt die tiefe soziale Verwurzelung und Beziehung unserer Existenz noch einmal zum Tragen. Unser „Ich“ ist kein absolutes und isoliertes Ich sondern ein Beziehungs-Ich. In ihren Wünschen spricht sich die eige-

ne Verantwortung für die sozial-personale Beziehung aus, der gerecht geworden zu sein und ihr genügt zu haben, der Sterbende eine Bestätigung erwartet und erhofft. Es sind die gleichen Empfindungen, von denen Reanimierte – wenn auch in anderen Worten – in ihren sogenannten „Gerichtserfahrungen“ berichten, in denen sie ja nicht im juristischen Sinne „abgeurteilt“ werden, sondern „aus-gerichtet“, neu „ein-gerichtet“ werden auf ihre eigentliche Bestimmung hin.

Dem Sterbenden in dieser Phase zu helfen, heißt bereit zu sein, mit ihm den Weg zurück durch sein Leben zu gehen, ihm Hilfestellung zu geben bei seiner letzten Re-Biographisierung.

Damit gibt uns der Sterbende selbst den nächsten Punkt unserer Betrachtung vor: sein Lebenslauf.

II. Christlich leben – christlich sterben.

Der Mensch ist ein aktives, sich selbst steuerndes und in flexibler Interaktion produzierendes und reproduzierendes, auf Kultur (Sprache, Werte, Religion ...) angewiesenes und Kultur schaffendes, auf Zukunft hin offenes und Zukunft gestaltendes, mit Bewußtsein und integrierten Gefühlen ausgestattetes, geschichtliches, personales, Identität und Eigenwert habendes, auf personale Gemeinschaft verwiesenes und personale Gemeinschaft konstituierendes Wesen.

Im Verbund (d.h. auf der Basis) einer personalen Gemeinschaft und in Interaktion mit ihr ist er sich selbst in eigener Verantwortung in Zeit zur Aufgabe gestellt – und er weiß darum.

Wie wir als Menschen nicht von der „Natur“ abgehoben sind, wohl aber im Menschen Natur zur Sprache gekommen ist, so sind wir als Individuen und Subjekte zwar jeweils einzigartig, einmalig ... und mit eigener Identität, deren wir uns auch bewußt sind, ausgestattet, aber dennoch nicht ohne den Anderen verstehbar und lebens- und entwicklungsfähig.

Menschen konstituieren sich wechselseitig und nur in Interaktion und Kommunikation untereinander produzieren sie das, was wir Kultur und Geschichte nennen.

Wir sind also in vielfacher Weise aufeinander und auf eine sich aufeinander-einlassende Kommunikation angewiesen. Aber diese unsere uns vorgegebene programmatische Struktur zu benennen, heißt gleichzeitig ein paar, wenn Sie so wollen, systeminterne Unverträglichkeiten – oder psychologisch: Paradoxien – zu benennen. Lassen Sie mich stellvertretend für viele schon eine vorstehend angedeutete Paradoxie erläutern:

Um an unseren Selbstwert glauben zu können, sind wir darauf angewiesen, daß uns andere erleben lassen, daß wir Bedeutung für sie haben. Erst wenn sie uns Bedeutung zusprechen, sind wir in der Lage, uns selbst für bedeutungsvoll zu halten.

Beispiel: Mit schwerst straffällig gewordenen Jugendlichen aus der JVA Stuttgart hat man im Rahmen eines Rehabilitationsprogramms eine erlebnispädagogisch gestützte Maßnahme in Indien durchgeführt. Und zwar hat man in einem Dorf für Hochwasserschädigte, die sonst eigentlich abgeschrieben worden waren, mit diesen Jugendlichen, unter weitgehender Einbeziehung der Dorfbewohner und für diese, neue Hütten und Häuser gebaut. Nach anfänglicher Skepsis begannen die Dorfbe-

wohner über die Selbstlosigkeit und Hilfsbereitschaft der Jugendlichen zu staunen und dann ihnen Sympathie entgegenzubringen. Je mehr die Dorfbewohner den Jugendlichen deutlich machen konnten, wieviel sie ihnen bedeuteten, um so mehr staunten die Jugendlichen darüber, daß sie ihnen etwas bedeuteten, daß sie selbst für andere bedeutungsvoll waren. Am Ende des Programms kehrten diese „Straffälligen“ mit einem neuen Selbstwertgefühl nach Stuttgart zurück. Es ist wichtig für uns, daß wir Bedeutung für andere haben, daß andere uns sagen: „Es ist gut, daß es dich gibt. Es lohnt sich, für dich da zu sein.“

So weit so gut. Aber nun fängt das Problem an. Damit jemand so zu uns sprechen kann, muß er uns unsererseits als manipulationsfrei, absichtslos und zweckfrei ... in unserem Kommunikations- und Interaktionsangebot erleben. Wenn nicht, so ist eher die von Sartre beschriebene Reaktion zu erwarten: „Man spürt die Absicht und ist verstimmt.“ Andererseits sind wir aber gerade auf diese Zuwendung angewiesen und daran interessiert, wir sind also nicht absichtslos in unserer Kontaktaufnahme und richten – unbewußt – sogar unseren Kommunikationsstil darauf aus. Und: je dünner und dürtiger unsere Kontakte sind, um so mehr neigen wir zum „Klammern“ in den wenigen Kontakten, die wir haben – was natürlich Befreiungsversuche der Partnerseite auslöst.

Oder: Je schwächer unser Ich ist, um so größer ist unsere Angst, in einer Interaktion verletzt zu werden und das schon schwache Ich auch noch zu verlieren. Aber je schwächer unser Ich, um so mehr wären wir auf Stärkung durch eine sich aufeinander einlassende Kommunikation angewiesen. Ein Teufelskreis. – Und immer geht es um unsere Identität und Identitätserfahrung. Wer kann sie garantieren?

In unserer Zeit hat sich dieses Problem durch die abgelaufenen gesellschaftlichen Prozesse noch verschärft. Gab es früher einen gewissen Halt durch Brauchtum, gemeinsame Grundanschauungen und Erwartungen hinsichtlich Normen, Werten und religiösen Anschauungen, Gruppenkonsens

und -identität ..., an denen man Anteil hatte durch die Zugehörigkeit zu einer Gruppe, so hat die Individualisierung, Segmentierung und Pluralisierung aller Lebensbereiche auf allen Ebenen dem Individuum nicht nur Freiheit gebracht, sondern es auch vor die Notwendigkeit gestellt, sich seine Identität selbst zusammenzubasteln. „Patchworkidentität“ ist das große, von Soziologen favorisierte, Stichwort. Außer einem immensen Streß erzeugenden Selbstdarstellungszwang beherrscht die Angst um das Auseinanderbrechen der labilen Identitätskonstruktion viele Zeitgenossen. Bei etlichen soll die Suche nach sinnlich erfahrbaren Glücksgefühlen als Bestätigung für Zukunftsgewißheit die Angst überwinden oder wenigstens kompensieren. Andere suchen Rückhalt in der Natur. In fundamentalistischer Weise projizieren sie ihre Ängste in alle möglichen gesellschaftlichen Prozesse, die zu Generalfeinden hochstilisiert werden, womit hier nicht gesagt sein soll, daß alle ablaufenden gesellschaftlichen Prozesse von mir gutgeheißen werden. Nur muß man erkennen, daß das erfahrbare Ungenügen und Humanblinde der sogen. „natürlichen Prozesse“ die Angst unbewußt weiter auflädt und die Aggressivität steigert. Auch der Rückbezug auf die Natur – und ihre religiöse Übersteigerung – löst also nicht die Frage und Anfrage nach der Stabilisierung der Identität und dem Aushalten der eigenen Zerbrechlichkeit sowie hinsichtlich der Bedeutungskonstanz über den Tod hinaus. Die Frage nach dem Sinn all der Verzichtleistungen und Begrenzungserfahrungen, die dem einzelnen im Laufe seines Lebens abverlangt wurden und werden, wird drängender, je älter der Betreffende wird. Empirische Untersuchungen zum persönlichen Sinnsystem machen sehr deutlich, daß es zwischen dem Sinnsystem und der Zukunftserwartung eines Menschen, der noch zwei Drittel seines Lebens vor sich hat, und dem desjenigen, der schon zwei Drittel hinter sich hat, gravierende Unterschiede gibt. Empirische Untersuchungen machen ebenfalls deutlich, daß Menschen, die glauben, daß ein persönlicher Gott ihre Zukunft garantiert, die ihr Leben

nach diesem Glauben ausrichten, für die Gott ein tragendes Existential ist, weniger Angst um ihre Identität und wegen Veränderungen in ihrem Leben haben, als alle anderen.¹⁾ Dabei spielt die Konfessions- und Kirchenzugehörigkeit an sich keine direkte Rolle, sondern die Frage, ob ihre Kirchen-sicht und -zugehörigkeit intrinsisch oder extrinsisch motiviert ist.²⁾ So kommt z.B. Christian Zwingmann, (Frankfurt) 1991, aufgrund seiner Untersuchung (an Katholiken) zu der Schlußfolgerung:

„Nach diesen Befunden wird die weitaus geringste Lebenszufriedenheit bei Personen mit hoher extrinsischer und gleichzeitig niedriger intrinsischer religiöser Orientierung festgestellt. Die selbsteingeschätzte Religiosität der jeweiligen Personen läßt sich positiv linear allein aus der intrinsischen religiösen Orientierung vorhersagen (maximale Varianzerklärung $\hat{r}^2 = 72\%$). Auf eine Gefährdung der Psychohygiene durch eine hohe E-Orientierung, insbesondere bei schwach ausgeprägter I-Orientierung, wird hingewiesen..

Die so unterschiedlich erhobenen Befunde werden verständlich, wenn man auf die ablaufenden psychischen Prozesse schaut, wie ich sie angedeutet habe. Extrinsisch Motivierte erwarten von ihrem „Gott“ und/oder seiner „Kirche“ eine Dienstleistung, sie machen ihn/sie zum Trittbrett ihrer Selbstverwirklichung, sie instrumentalisieren und funktionalisieren ihn/sie. Sie lokalisieren ihn und seine Leistung in ihrem soziologisch bestimmbaren Identitätsvieleck, aber sie sind nicht bereit, einen Perspektivenwechsel vorzunehmen und ihr Leben aus seiner Perspektive einmal anzusehen. So kann dieser Gott nicht zu einem personalen „Du“ werden, das zu dem „Ich“ eine Beziehung aufnimmt und zu dem das „Ich“ eine Beziehung aufnimmt. Eine sich aufeinander einlassende Ich-Du-Beziehung kommt nicht zustande. Sie aber wäre die Voraussetzung – wie bei jeder anderen Ich-Du-Beziehung auch –, daß sich eine die Psyche stabilisierende und die Identität integrierende Wirkung zeigt. In der Psyche des Menschen laufen eher verneinende Prozesse

ab, die – wie in einer (mißlingen- den) Psychotherapie – eine Sanie- rung, eine Überwindung von Ab- spaltungen, Blockaden und Zwän- gen verhindern. Jeder Psychothe- rapeut mit langjähriger und viel- fältiger Erfahrung kennt solche Si- tuationen, in denen die Therapie auf der Stelle tritt, weil der Patient nicht in der Lage oder bereit ist, sich auf sich selbst wirklich einzu- lassen. Nicht ohne Grund fragt man in der Therapieforschung in solchen Fällen auch nach dem „Krankheitsgewinn“ für den Pati- enten. Es ist hier nicht der Ort und die Zeit, darauf näher einzugehen.

Für unsere Fragestellung soll- ten wir an dieser Stelle festhalten: Für die Lebens- und Sterbe- gestaltung ist das Bild, das wir von Gott haben, und die Beziehung, die wir zu ihm haben, von entschei- dender Bedeutung. Je nachdem wie dieses „Beziehungs-Bild“ und die „Beziehungs-Qualität“ aus- sieht, wissen wir uns (vertrauens- voll) bei und von ihm „aufgehoben“ und getragen (selbst wenn es uns – sozio-psychologisch gesehen „dreckig“ geht. Auch den Christen ist nirgends verheißen, daß es ih- nen „ewig“ gut gehe, sie keine Angst zu haben brauchten usw., sondern „nur“, daß sie dieses ihr Leben auch in und mit diesen Um- ständen bestehen und vollenden können.) – oder aber eben auch nicht.

Nun gibt es viele Menschen und viele Christen, die aus den ver- schiedensten Gründen ein grauen- volles Gottesbild haben. Diese Bil- der reichen vom nichtssagenden über den kumpelhaften (und letzt- lich auch unbedeutenden) Gott bis hin zu einem Tyrannen, der nach „Menschenopfern“ giert. Auch in dieser Hinsicht ist hier nicht die Zeit und der Ort, über die „Kirchenneurosen“ (ecclesiogenen Neurosen) und die übrigen religiö- sen Neurosen zu sprechen. Auch die letzteren gibt es bei nicht- kirchlich Sozialisierten, denn es ist nicht immer nur die sogenannte kirchliche Verkündigung oder die Erfahrung mit Christen an diesen Zerrbildern von Gott schuld. Aber wie soll ich – bei so einem Gottes- bild – zu einem Lebensperspek- tivwechsel kommen, der die Be- ziehung zu Gott zu einem existen- tialen, ich-zentralen Kristallisati- onspunkt meiner Persönlichkeits-

werdung macht?

In der Krisenbegleitung ist von daher sehr behutsam mit der Gottesbeziehung umzugehen – was nicht dazu verführen darf (was auch ein Ergebnis empirischer psy- chotherapeutischer Effektivitäts- forschung ist): wie es bei vielen Psychologen Praxis sei, diese Pro- blematik einfach zu verdrängen. Aber wie man aus dem Faktum, daß viele Menschen Probleme mit dem Alkohol haben, nicht schlie- ßen darf, daß alle Menschen Alko- holiker seien, so kann man auch hier nicht schlußfolgern, daß alle Menschen, wenn sie sich als religi- ös seiend bezeichnen, ein vergifte- tes Gottesbild hätten und Religion deshalb abzulehnen sei, weil sie dem Menschen nichts bringe.

Wenn der Mensch im Auf und Ab seines Lebens die Erfahrung gemacht hat und macht, daß dieser Gott, dieses „Du“, zu dem er eine Beziehung hat, ihn nicht verlassen hat, sondern immer in Treue zu ihm gestanden ist (was durchaus nicht ausschließt, daß es in dieser Beziehung – wie in jeder anderen Beziehung auch – ab und an auch mal kräftig gekracht hat), dann ist er auch im Sterbeprozess (vielleicht auch nach einem „Krach“ im Ver- lauf der Sterbephasen) in der Lage, im Vertrauen auf diesen Gott und seine Treue die letzte Verzichtlei- stung zu erbringen, die ihm abver- langt wird: Abschied zu nehmen von seiner irdischen Existenz, und sich vertrauensvoll dem zu öffnen, was auf ihn als Zukunft zukommt und diese anzunehmen – oder so- gar freudig zu erwarten. Aber es ist nicht zu übersehen, daß es sein, des Sterbenden, letzter Entschluß ist. Es stirbt sich schwer und qual- voll, wenn man in sein „irdisches Ende“ nicht einwilligen kann. Das Alter und die zunehmenden Ge- brechen haben auch die Aufgabe, in diesen Prozess einzuüben und den Entschluß vorzubereiten. Es heißt nicht suizidal zu sein, seinem Ende ins Auge sehen zu können und das Neue zu erwarten. Ich habe viele Menschen kennenge- lernt, die diesen Augenblick – wenn auch mit einem gewissen Bangen – erwartet haben und sich dennoch über jede Minute gefreut haben, die sie noch mit den ihnen Vertrauten und Nahen verbringen konnten – auch wenn sie nichts mehr zu „erledigen“ hatten, son-

dern nur noch froh waren, da und unter ihnen zu sein.

Die Erfahrung, die sie mir mit- gegeben haben, war: es ist dies nur zu haben, wenn man sich lebens- lang um diese Beziehung mit die- sem Gott, diesem Du, müht. Nur: welche Partnerschaft sonst gelingt schon und ist glücklich machend, erfüllend und bereichernd, um die ich mich nicht bemühe und in die ich mich nicht einbringe?

Anmerkungen:

- 1) Schon 1982 wurde von David A. Seeber in der HK in einem Bericht von der Jahresversammlung der Deutschen Psychoanalytischen Gesellschaft in Berlin vom 25.-28.11.1982 darauf auf- merksam gemacht, daß Prof. Karl Kö- nig (Göttingen) in seinem Vortrag über die Ursachen der Angst und über Angstbewältigung, in diesem Zusam- menhang festgestellt habe, daß es der Mensch in einer Gesellschaft ohne Gott schwer habe, mit der Angst fertig zu werden und leicht dazu neige, seine Mitmenschen als Gottersatz zu nehmen und sie damit zu überfordern.

- 2) Zwingmann, Christian; Moosbrugger, Helfried; Frank, Dirk: Religiöse Orien- tierung und ihre Bedeutung für den Zu- sammenhang zwischen Religiosität und Lebenszufriedenheit. Zeitschrift für Pädagogische Psychologie, (1991) 5. Jg., H.4, S. 285-294;

Dörr, Anette: Religiosität und Depressi- on. Eine empirisch-psychologische Un- tersuchung. Mit einem Vorwort von Lo- thar Tent und einem theologischen Gesprächsbeitrag von Reinhard Schmidt-Rost. Weinheim (Deutscher Studien Verlag, 1987;

Worin unterscheiden sich die „chro- nisch“ Glücklichen vom eher weniger glücklichen Durchschnittsmenschen? Unter dieser Fragestellung analysier- ten die amerikanischen Psychologen David G. Myers und Ed Diener die vor- liegenden psychologischen Glücks- studien und fanden vier Merkmale (Psychological Science, 1/1995). Dar- über hinaus stellten sie fest: Zum Glücklichsein gehört – neben diesen vier Eigenschaften aber noch mehr: Glückliche Menschen haben meist ein unterstützendes Netzwerk von engen Beziehungen, es gelingt ihnen, sich in ihrem Beruf oder auch in der Freizeit einer Aufgabe völlig hinzugeben und ausgefüllt zu fühlen, und sie sind reli- giöser als weniger glückliche Menschen. Der Glaube gibt ihnen Sinn und Halt im Leben.

ASYMMETRIE DER GESCHLECHTER

Anthropologie der Geschlechter

Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz

Eine grundsätzliche Vorüberlegung bestimmt die Gedankenführung: Das schwierig gewordene Verhältnis Frau und Mann scheint zunächst ein Sonderproblem des 20. Jahrhunderts, mehr noch der Nachkriegsentwicklung seit 1945. Bei genauerer Betrachtung wird jedoch deutlich, daß die heutige Fragestellung nach Freiheit und Gleichheit der Frau mit dem Mann vielmehr ein moderner Ausschnitt aus dem interkulturell nicht befriedigend gelösten Feld der Geschlechterzuordnung ist. Denn die Geschlechter stehen asymmetrisch zueinander. Ihre Vorgaben und Aufgaben sind unterschiedlicher Art und daher asymmetrisch (also vielfach nicht austauschbar) aufeinander bezogen.

Drei solcher Zuordnungen von Mann und Frau lassen sich skizzieren:

- Die Macht der Mütter – Typik der magischen Struktur
- Die Frau als Rätsel des Mannes, der Mann als Löser der Frau – Typik der mythischen Struktur
- Der Mann als Mensch, die Frau als „die andere“ – Typik der mentalen Struktur

Sie treten durchgängig als Grundmuster auf; ihre Entwicklungen, aber auch Gleichzeitigkeit sind für den alteuropäischen Kulturraum (Mesopotamien, Ägypten, Griechenland, Rom) gut erforscht. Judentum und Christentum haben beide an den drei Grundmodellen Anteil, verändern aber jede der Zuordnungen in noch zu bestimmender Weise. So sei mit der Darstellung dieser drei archetypischen Zuordnungen begonnen, da auch in diesem Fall die Geschichte nicht einfach „hinter“ uns, sondern „in“ uns liegt.

[Die Abhandlung zur „Anthropologie der Geschlechter“ wird in drei Teilen wiedergegeben (s. nebenstehender Kasten). Das kursiv Gedruckte stellt jeweils die These zur anschließenden Ausführung dar.]

Menschlichkeit und Göttlichkeit beider Geschlechter.

Der jüdisch-christliche Entwurf

Judentum und Christentum haben an diesen – oft nebeneinander zu beobachtenden Strukturen – Anteil, sofern sie den „natürlichen“ und geschichtlichen Boden des Vorderen Orients und Alteuropas bilden. Zugleich verändern sie diesen Boden entscheidend in Richtung auf die Persönlichkeit beider Geschlechter, was heißen will: auf eine Konzeption des Menschlichen, das von Gott selbst durchdrungen ist.

Der Grundimpuls gleicher Menschlichkeit geht bereits von der Genesis aus: Beide Geschlechter sind mit der gemeinsamen Grundausstattung versehen, Abbild des Höchsten zu sein. Diese Erklärung „göttlicher“ Qualität beider Geschlechter hebt das Judentum aus den umgebenden Religionen entscheidend heraus. So ist die Frau bereits im Judentum auch dem Geist zugeordnet; es gibt dort Richterinnen, politische Führerinnen, Prophetin-

nen, aber keine Tempelprostitution (welche die Frau als Sexualreiz zur „Überwältigung“ durch die Gottheit nutzt).

Obwohl die „Verwaltung des Heiligen“ eindeutig dem Mann übertragen ist, kann jeder und jede das Ohr Gottes erreichen, an den Priestern und dem Kult vorbei. Gott ist unmittelbar zur Frau wie zum Mann, was im interreligiösen Vergleich ebenfalls außergewöhnlich ist.

Für den Gottesbezug des Menschen wird hier notwendig die Vatergestalt in ihrer befreienden Größe einsichtig und erfahrbar. Gerade heute, wo die Vaterwelt und das Gottesbild mit ihr neu befragt werden muß, ist es wesentlich, sich auch den gedanklichen Durchbruch dieser Theologie deutlich vor Augen zu halten, sonst gelangt man in jene Unklarheit, die

Gliederung

Teil I – AUFTRAG 223

- Die Macht der Mütter – Typik der magischen Struktur
- Die Frau als Rätsel des Mannes, der Mann als Löser der Frau – Typik der mythischen Struktur

Teil II – AUFTRAG 224

- Der Mann als Mensch, die Frau als „die andere“ – Typik der mentalen Struktur

Teil III – AUFTRAG 225

- Menschlichkeit und Göttlichkeit beider Geschlechter – Der jüdisch-christliche Entwurf
- Zum Horizont der Gegenwart

nicht eine wirkliche Lösung bringt, sondern eher ein Zurück. So ist zunächst hervorzuheben, daß sich der Vaterwelt, gestützt von Judentum und Christentum, folgendes verdankt: die vielen numinosen Mächte und Gewalten werden nun von einem Einzigen, dem Einzigen, in Schranken gehalten, und mehr als das: sein Gegenüber, der Mensch, muß sich nun ebenso einzeln, ichhaft vor ihm verantworten. Die grundsätzliche Entdeckung nicht nur des Vatergottes, sondern auch der Person findet Ausdruck etwa in der Gestalt des Moses, der gegen das Volk ein Ich setzt in jenem heiligen Zorn, in dem die Gruppe nicht mehr gilt, nicht mehr das bisher gehabte Wir, nicht mehr das Kindhafte, das Selber-nicht-unbedingt-entscheiden-Müssen, schon gar nicht Entscheiden-Dürfen, sondern jenes innerste und tiefste Getroffensein von

einem Anruf, für den ich als Einzelner einzustehen habe, wenn es sein muß bis zum Martyrium. Religionsgeschichtlich kennen nur Judentum, Christentum, Islam den Märtyrer, aus dem Grunde, weil die mythisch-religiöse Bindung ein Rücktauchen voraussetzt in das, was alle denken, alle glauben, während hier etwas anderes sein Recht fordert: die Unersetzlichkeit meines eigenen Standpunktes, eingefordert vom lebendigen Gott. Es ist wohl nicht einfach eine menschliche Entdeckung, sondern eben tatsächlich Durchbruch der Offenbarung, daß Gott anders ist als die Welt – während in den mütterlichen Kulturen Erde, Sonne, Mond, die Elementarkräfte der Welt dämonisch-göttliche Mächte in einem waren. Gott ist anders als diese Welt, nicht identisch mit der Erde, nicht identisch mit der Fruchtbarkeit, nicht identisch mit Sexualität: eine Grundaussage Israels gegen Kanaan. Ebenso tiefgreifend die Offenbarung, die auf diesem unerschütterlichen Element aufruht, daß Gott gut ist, Licht, ewig, Einer – Formulierung, die nicht einer früheren Zeit angehören, wo sich hell-dunkle, unentscheidbare Potenzen, wo sich religiöse Urangst und religiöses Opfern müssen mischen, wo ein unbekanntes Dunkel befriedet werden muß.

Gerade am Vater wird aber nun die entschiedene Eindeutigkeit des Guten offenkundig: „Gott ist Licht und keine Finsternis ist in ihm“ (1 Joh 5) – während in der mythischen Polarität Licht und Finsternis in Gott (oder Gott und Teufel) sich die Waage halten. Auch die Zeit wird nun in ihrem Entscheidungscharakter erkannt; mit der Sprengung der antiken Kreisform wird auch das Empfinden der Wiederkehr des Gleichen und damit der Gleichgültigkeit des Geschehens aufgehoben. Geschichte wird unwiederholbar, weil fortschreitende Heilsgeschichte, wie im großen Entwurf des Augustinus in „De civitate Dei“; dies drückt sich in der Jahreszählung seit Christi Geburt aus: eine ungeheure Befreiung aus dem Ungegliedert-Richtungslosen des bloßen Nacheinanders der Jahre. (Demgegenüber ist übrigens das Kirchenjahr auf die gegenwärtige Erinnerung des Immergültigen gegründet.) So bringt die Vatergestalt

Gottes das Bewußtsein von Endgültigkeit: nicht zuletzt vom unwiderstehlichen Angenommensein im Guten, von der Durchsetzung des Rechtes und der Gerichtetheit, auch der Geistigkeit gegenüber dem Ungeordneten und Doppeldeutigen. Altes wie Neues Testament wären einmal daraufhin durchzuprüfen, wie verflochten die Bildlichkeit von Recht, Licht, Sonne, Gesetz und rechts sind; als auffälliges Beispiel hier nur Psalm 96: „Es freuen sich die Städte Judas deiner Urteile wegen, o Herr (...) ein Licht geht auf dem Gerechten, und Freude den Rechtschaffenen im Herzen.“²³ Und in der Apostelgeschichte spricht Saulus einen Pseudopropheten an: „Sohn des Teufels, Feind aller Gerechtigkeit, hörst Du nicht auf, die rechten Wege des Herrn zu verdrehen? Nun ist die Hand des Herrn über Dir, blind wirst Du sein und die Sonne nicht sehen“ (Apg 13,5 – 12).

Paulus spricht von jenem „Vater“, der die „Söhne“ ein für allemal adoptiert hat (Gal 4,5). Er gebraucht damit das Bild des römischen Vaters, der sein Kind nach der Geburt vom Boden aufhebt, es betrachtet und „entscheidet“, ob es das seine ist. Hat er das Kind einmal angenommen – und diese Entscheidung ist ihm möglich –, so bleibt der Entschluß unverbrüchlich. Paulus benutzt die römische Rechtssprache, um die geistige Entscheidung, die Nichtumkehrbarkeit dieses Vorgangs auszudrücken, womit der Vatergott die Söhne adoptiert. Und hier setzt ein nicht einfach eine Unterdrückungsgeschichte der mütterlichen Seite in Gott, sondern eben auch ein Durchbrechen von Qualitäten. Denn wenn Gott unerschütterlich zu uns entschlossen ist, heißt das wohl, daß auch der Mensch ihn immer in derselben Form ansprechen kann, ohne Angstgeschrei, ohne Opferzwang übrigens. Was jetzt deutlich wird, ist Freiheit des Menschen Gott gegenüber. Es ist jene Form des Gegenübertretens der Freiheit, des Nicht-mehr-Ausgeliefertseins, von der Kierkegaard im 19. Jahrhundert scharf beobachtend sagte, seit Jesus Christus seien die Menschen frech geworden. In der Tat ist diese „Freiheit“ im Gegenentwurf gegen das Heidentum mitgegeben; wo die Treue Gottes so unverbrüchlich wird, wird selbst die Hölle zu

einem Ort menschlicher Zielrichtung, nicht mehr aber – wie in der griechisch-römischen Antike – zu einem aufgezwungenen, unentrinnbaren Ort der Toten. Nochmals Paulus in einem von Grund auf unmythischen Text: „Denn der Sohn Gottes (...) war nicht Nein und Ja, sondern in ihm war das Ja. Denn alle Verheißungen Gottes finden durch ihn das Ja“ (2 Kor 1,19 f.).

Auf der Seite des menschlichen Selbstverständnisses antwortet dieser Versicherung das starke Ichgefühl des Einzelnen als eines Einmaligen, und darüber hinaus der Gedanke der Person als des liebend Angerufenen. Es gibt keine spätantiken Schriften, nicht einmal jene von Sokrates, die in einem derartigen Sinne von den Gedanken der Freiheit und der Unersetzlichkeit jedes einzelnen Menschen getragen sind wie die Paulus-Briefe. Hier sind auch die Kirchenväter mit der Weckung dieses Bewußtseins gegen die magisch-mythischen Kräfte anzuedeln, auch die Rechtsgestalt der Kirche, ebenso ihre dogmatische (d.h. auf definitive Klarheit und Allgemeingültigkeit bedachte) Lehrstruktur. Was an derartigem heute vielfach als Belastung und Einseitigkeit seines ausschließenden Charakters wegen empfunden wird, ist in seinen geschichtlichen Ursprüngen viel eher eine Atem verleihende Eindeutigkeit des endlich gefundenen Begriffs und Inhalts der Wahrheit.

Hier setzt freilich auch ein, was heute auf den Nägeln brennt, daß vom Grundsätzlichen her die Frau in diese Personalität einbezogen ist, wie in der großen Galaterstelle: „Nicht Jude, nicht Heide, nicht Sklave, nicht Freier, nicht Mann, nicht Frau – ihr alle seid Einer in Christus“ (Gal 3,28).

Dieser ungeheure Satz bildet für die gesamte Antike eine unerhörte Melodie: die handgreifliche Welt der Unterschiede aller zu allen tritt zurück gegenüber der inneren „Einheit in Christus“. Von keiner der alten Philosophenschulen sind solche Sätze auch nur annähernd ausgesprochen worden.

Sie stützen sich ausdrücklich auf die Worte und das Beispiel Jesu, welche die in sich aufsteigende Würde jedes Menschen gleich welchen Geschlechtes bestärkt haben. Die „Nonchalance“ Jesu im

Umgang mit Frauen ist nicht diejenige eines besonderen „Frauenfreundes“, vielmehr gegründet auf seiner Forderung nach dem „Ohr, das hört“ – und dies kann jedem, unabhängig von Stand, Geschlecht, Ausbildung, Klasse zukommen. Als Gegenbeispiel: In der buddhistischen Wiedergeburtstheorie kommt der Frau nur ein niedriger Rang in der Abfolge der Inkarnationen zu; sie muß auf jeden Fall als Mann wiedergeboren werden, um den Sprung aus dem Irdischen machen zu können. Im Islam besitzt die Frau überhaupt keine unsterbliche Seele. Ganz umgekehrt wird jedoch in der jüdisch-christlichen Grundlegung die Frau gerade in ihrer Persönlichkeit, d.h. in der Form des Geistigen und Verantwortlichen, präsent. Denn nur aufgrund solcher wesentlich theologischer Einsichten erwächst das christliche Verständnis von der Person = Selbstand = Freiheit = Selbstbesitz. Die späte Formulierung der Menschenrechte, die Parolen der Französischen Revolution, ja selbst die Forderungen der Frauenbewegung seit dem 19. Jahrhundert sind in dieser Weise nur innerhalb des christlich-europäischen Kulturraumes ausgesprochen worden; sie sind Blätter aus dem jüdisch-christlichen Buch, möglicherweise herausgerissen und zur Hälfte verfälscht, aber ihrem (häufig vergessenen) Ursprung eindeutig zuzuordnen.

In der europäischen Geschichte ist die Verwiesenheit der Geschlechter in ihrer „natürlichen“ Zuordnung (wie oben dargestellt) immer wieder in Frage gestellt durch die grundsätzliche Erklärung der „göttlich“ verbürgten Gleichheit beider. So bildet sich seit der Urkirche der Stand der unabhängigen Frau heraus, die weder Mutter noch erotisches Gegenüber noch dem Manne unterstellt ist: etwa in der ersten geschichtlichen „Selbstorganisation“ von Frauen in den Orden. Diese positive Frauengeschichte in der Kirche ist leider im Bewußtsein der Frauen selbst fast vergessen; gegenwärtig ist vorrangig die „Kriminalgeschichte“ zu hören, zu deren Überwindung es neuer sachhaltiger Anstrengungen der Christinnen selbst bedarf.

Die heutige Anfrage an das Verhältnis von Frau und Mann in der

Kirche bedarf eines Neuverständnisses der beiden Gegenpole: der polaren Asymmetrie und Zuordnung der Geschlechter einerseits, der „inneren“, religiös begründeten Gleichheit andererseits. Schwierig wird die Lösung deswegen, weil beides sein Recht hat. Vermutlich muß beides kultiviert werden, das heißt aus der Sphäre von Anklage und Recht behalten herausgenommen werden. Gleichheit und Unterschied auszubilden ist wohl nicht gleichzeitig möglich; es macht aber trotzdem auf die Länge der Geschichte die Aufgabe aus. Die Aufgabenfelder werden sich daher in rhythmischer Abfolge immer wieder verschieben und in ihrem Gewicht ablösen. Gegenwärtig steht – meiner Einschätzung nach – sogar eher das Aufgabenfeld des Unterschieds zwischen den Geschlechtern zur Kultivierung an (der „Egalitätsfeminismus“ ist im Grunde verblaßt). Die Forderung nach dem „gleichen Amt“ in der Kirche will wohl eher ein neues frauliches Profil in der Kirche herausarbeiten als das Amt nur einfachhin „übernehmen“.

Grundsätzlich: Die jüdisch-christliche Tradition hat in der Tat die Persönlichkeit von Frau wie Mann – gegen die handgreiflichen Unterschiede – herausgestellt. Auf diese „Ebengeburt“ der Geschlechter ist daher religiös erstrangig Wert zu legen, bei Anerkennung aller reizvollen Besonderung, die keinesfalls nivelliert werden sollte. Das kulturelle Bewahren dieser Besonderung bleibt dabei ebenso eine Aufgabe der Frau wie des Mannes, kann aber in unserem Kulturraum nur gelingen, wenn diese Ebengeburt als leitende Überzeugung erhalten bleibt.

Zum Horizont der Gegenwart

Seit dem Spätmittelalter, verstärkt seit dem Ende des 18. Jahrhunderts (*mutatis mutandis*), bleibt in Europa die Frauenfrage wirksam. Und es ist bezeichnend, daß tatsächlich nur in Europa eine solche „Querelle des femmes“ stattfinden konnte – Frucht des jüdisch-christlichen Gleichheitsimpulses. Mittlerweile haben sich Frauen mit Recht Freiheit und Gleichheit erkämpft – im säkularen Nachhall der Genesis-Bot-

schaft von der paradiesischen Ausstattung beider Geschlechter mit Gleichheit vor Gott, Freiheit zur Welt. Freilich stehen auch diese erkämpften Ideale heute unter der Gefahr, „wie ein Raub festgehalten zu werden“, das heißt, sie nicht aus ihrer Gesamtwahrheit zu verstehen, die spannungsvoller, gegensatzbestimmter ist: Gleichheit und Unterschied, Freiheit und gegebene Anlagen, Haltung und Gehaltensein aus meinen Vorgaben, aus meiner Leiblichkeit, meiner seelischen Mitgift etwa. Unterschied und Vorgaben werden aber heute entweder ideologisch ins Wort gebracht (*Frausein ist besser*) oder tapfer-trotzig abgegeben, was beinahe auf dasselbe herauskommt; es fehlt an der gelassenen Formulierung des Unterschieds, überhaupt am *gelassenen Unterschied*. „Vive la difference!“ – wenn es gelänge, das absichtslos, ohne Überhöhung oder Anklage auszusprechen ... Gerade weil wir gleich sind in der Menschlichkeit, können wir uns Frausein und Mannsein leisten (und genau ohne Defensive). Wenn ich dagegen zur Frau nur *gemacht* bin, wie Simone de Beauvoir 1949 klagte, dann kann ich kaum noch Frau sein, was meint, souveränes Glück darüber empfinden, daß ich bin, wie und was ich bin. Wie könnte ich mich meiner freuen, solange ich mich nur als weiblich stilisiertes Kunstprodukt sehe und noch dazu meine Macho-Produzenten in ihrer Gemeinheit durchschaue? Die Gebildeten unter den Verächtern des Geschlechtsunterschiedes hätten über diese Frage noch nachzudenken. Andererseits: Wie könnte ich mich noch einer Beziehung zu einem Mann erfreuen, wenn ich schlechthin, wie es die Weiblichkeitsideologinnen sagen, etwa Luce Irigaray in Frankreich, im naturgegebenen Vorsprung zu ihm stehe? Wird dann die Zuwendung nicht ein caritativer oder auch richterlicher Akt, indem ich ihn erst einmal auf meine, mir per Geschlecht von Mutter Natur gegebene Stufe „heben“ muß?

Nochmals die These: Der Unterschied zwischen Frau und Mann ist gerade seiner Asymmetrie wegen wichtig. Asymmetrie ist ein Gesetz des Lebendigen, und übrigens auch des Schönen. Ein vollkommener Kristall kann nicht

wachsen, außer wenn er unregelmäßig ist. Alles, was lebendig ist, was der Entwicklung und reizvollen Antwort auf Neues fähig ist, besteht nicht aus symmetrischen Kräften, die einander genau die Waage halten. Es setzt sich vielmehr zusammen aus ungleichen Energien mit unterschiedlichem Antrieb und getrennten Aufgaben. Allerdings sind die Kräfte auf ein einheitliches Ziel hin zu versammeln, sonst brechen die Strebungen aus dem Lebendig-Ganzen aus. So sind die Geschlechter einander asymmetrisch zugeordnet – und das macht den Reiz der Beziehung aus. Zu modischer Breite angewachsen ist heute ein ideologisch unterfüttertes Ausweichen vor dem anderen Geschlecht, seiner Zumutung durch Anderssein. Männer flüchten sich zu Männern, Frauen zu Frauen. Homoerotik vermeidet jeweils die Zwei-Einheit aus Gegensatz, sie wünscht Zwei-Einheit aus Gleichem (allerdings nur quasi, weil ein Partner doch die „andere“ Rolle übernimmt). Könnte über alle Morallehren hinweg, die doch wenig greifen, die alte Genesis-Vision heute erneuert werden, daß sich in dem Entlassen auf das fremde Geschlecht eine göttliche Spannung, die Lebendigkeit des Andersseins

und die Not(wendigkeit) asymmetrischer Gemeinschaft ausdrückt?

Die Suche nach der verlorenen Identität wird heute von Frauen vorangetrieben, im Unterschied zu den vergangenen Philosophien. Zu wünschen wäre, daß sie auf eine Einsicht stoßen, in welcher weder die gemeinsame Menschlichkeit noch die reizvolle Besonderung der Zweierheit auf der Strecke bleiben. Anders: eine Einsicht, worin Selbst und Sich-Ergänzen-Lassen zusammengehören. Das klingt freilich nach der Quadratur des Kreises. Im Unterschied zu früher sind aber diesmal die Komponenten klarer: Nicht muß der Efeu die Eiche umschlingen, nicht die Eiche den Efeu tragen, um das eingängige Bild des Spätaufklärers Johann Heinrich Campe für die männliche Eiche und den weiblichen Efeu zu verwenden.²⁴ Identität läßt sich nicht geschlechtlich hälften und dann zusammenbacken. Das Sich-Ergänzen-Lassen meint keineswegs Addition, es meint das Zulassen und Aushalten der genannten kulturellen und geschichtlichen Vorgaben, die ja letztlich Lebensspannungen sind. Allerdings heute mit neuen Balanceversuchen, angespannt zwischen dem lang Erprobten und dem neuen Gegenüber

neuer Möglichkeiten. Das scheint die unruhige Signatur unserer Epoche zu sein und vorderhand zu bleiben.

Die vorliegenden Ausführungen sind weiter entfaltet in:

Hanna-Barbara Gerl (Autorenname), *Die bekannte Unbekannte, Frauen-Bilder aus der Kultur- und Geistesgeschichte*, Mainz (Grünwald)³ 1993
-, *Nach dem Jahrhundert der Wölfe. Werte im Aufbruch*, Zürich (Benziger)² 1993

Anmerkungen

- 22 Die Diskussion des Naturrechts kennt zwei Seiten: überwiegend die „natürliche“ Unterordnung der Frau, aber auch – in geringerem Maße und christlich inspiriert – die Betonung ihrer Gleichgeschöpflichkeit und Gleich-Rechtlichkeit. Die Bedeutung des Naturrechts für die Minderstellung der Frau ist erst ungenügend geklärt. Vgl. Ernst-Wolfgang Böckenförde/Franz Böckle (Hrsg.), *Naturrecht in der Kritik*, Mainz 1973.
- 23 „Exsultant civitates Juda propter judicia tua, Domine (...) Lux oritur justo, et retis corde laetitia.“ Vgl. Psalm 18.
- 24 Johann Heinrich Campe, *Väterlicher Rat für meine Tochter*, zit. nach: Ludwig Fertig, *Zeitgeist und Erziehungskunst. Eine Einführung in die Kulturgeschichte der Erziehung in Deutschland von 1600-1900*, Darmstadt 1984, 174 f.

GLAUBENSZEUGEN

Das Gewissen steht über der Gehorsamspflicht

Der heilige Mauritius: Vorbild für christliche Soldaten

Urteilen – Reflexion im Licht des Glaubens

Mauritius ist ein völker- und rassenverbindender, sehr moderner Heiliger. Der Überlieferung nach stand er im Dienst der Römischen Armee als Anführer der Thebäischen Legion. Er ist ein Schwarzafrikaner. Die Römer ließen ihn und die ganze Legion bei Agaunum (St.-Maurice/Schweiz) um das Jahr 303 hinmetzen, weil die Soldaten dem Befehl den Gehorsam verweigerten, auf Christen Jagd zu machen. Die Ermordung

unschuldiger Zivilisten verbot ihnen ihr christliches Gewissen. Auch waren sie nicht bereit, dem Staat und seinen Göttern zu opfern. Otto der Große machte den schwarzen Offizier, Gehorsamsverweigerer und Blutzeugen Mauritius zum Patron des Deutschen Reiches und zum Patron des Erzbistums Magdeburg. Sein Festtag wird am 22. September gefeiert.

Da auch die evangelischen Christen in Magdeburg ihn als großen Zeugen des Glaubens verehren, ist er auch ein ökumenischer Heiliger.

Die Legende

Zur Zeit des Kaisers Diokletian (er regierte von 284 bis 305 n. Chr.) wurde sein Waffengefährte und Mitkaiser Herkulus Maximian gegen die aufständischen Bagauden gesandt. (Die Bagauden waren rebellische Bauerngruppen in Gallien, dem heutigen Frankreich.) Diokletian teilte Maximian zur Ergänzung seines Heeres die Legion der Thebäer aus Oberägypten zu. Diese Soldaten aber bekannten sich zur christlichen Religion. Auch schätzten sie ihren Glauben

höher als ihre Tüchtigkeit im Umgang mit den Waffen ein. Auf dem Weg nach Gallien gelangte Maximian mit seinem Heer zu den Waliser Alpen. Die auf schlechten und schrecklichen Wegen über die Alpen ziehenden Soldaten erblickten plötzlich eine schöne Ebene.

Maximian befahl den Truppen, sich zu versammeln, um seinen Göttern zu opfern. Sobald die thebäische Legion das erfuhr, ließ sie Octodurum hinter sich liegen und eilte nach Acaunum. Sie wollten damit dem Zwang der Gotteslästerung entgehen. Maximian erinnerte sich aber der davongezogenen Legion. Sogleich sandte er ihnen seinen Meldeoffizier nach, um sie zum Gottesfrevler zurückzurufen.

In dieser Legion befand sich der Abteilungskommandant Mauritius, der Zeichenträger Exuperius und der Ausbildungs-offizier Candidus. Sie erkundigten sich nun danach, was Maximian von ihnen wolle. Seine Abgesandten erklärten, alle Soldaten sollten ihre Opfertiere schlachten, ihre Gaben mit Wein begießen und den Eid unbedingten Gehorsams leisten. Daher befahle ihnen der Heerführer, schnellstens zurückzukehren und ihren Mitsoldaten ein Beispiel zu geben. Darauf antworteten die Offiziere in ruhiger Rede, sie hätten es für richtig erachtet, daß Christen Götzenaltäre keines Blickes würdigten. Sie würden den lebendigen Gott ehren und die ihnen aus dem Morgenland überlieferte Religion bis zum letzten Tag ihres Lebens bewahren.

Darauf kehrten die Trabanten zurück und berichteten, die Legion sei verstockt und wolle dem Befehl des Heerführers nicht nachkommen. Daraufhin ward Maximian sehr zornig und schrie in einem Wutanfall: „Die Schar meiner Treuesten soll zu ihnen hineilen, und jeder zehnte soll durch das Los dem Tode preisgegeben werden.“ Darauf erging der Befehl an die Angesprochenen, sie sollten sich zur Legion begeben und ihr die blutigen Befehle eröffnen. Nun wurden die, welche das Los festgelegt hatte, hingerichtet. Die Tod-

Hl. Mauritius als mittelalterlicher Ritter, Alabasterfigur des 13. Jh. im Chor des Magdeburger Doms St. Mauritius und Katharina.

geweihten boten den Henkern ihren Nacken. Nur von glorreichem Sterben war unter ihnen die Rede. Nach vollendeter Bluttat erhielt die Legion wiederum den Befehl, nach Octodurum zurückzukehren.

Da rief der Befehlshaber Mauritius, der sich von den Abgesandten etwas abseits gehalten hatte, seine Abteilung zusammen und hielt ihnen folgende Rede: „Ich beglückwünsche euch zu eurer Tugend, beste Mitkämpfer. Eure Liebe zur Religion ließ in euch nicht die geringste Furcht vor den Befehlen des Heerführers aufkommen. Mit sozusagen freudigem Herzen habt ihr mit angesehen, wie eure Mitsoldaten glorreichem Tode ausgeliefert wurden. Ich fürchtete nämlich – und Bewaffneten wäre es ja ein leichtes – irgendeiner möchte versuchen, zur eigenen Verteidigung die segensbringende Tötung zu vereiteln. Laßt uns deshalb eines Herzens und in gemeinsamer Erklärung den Gesandten antworten: „Erkenne, daß wir alle Christen sind. In deiner Gewalt stehen die Leiber aller; unsere Seelen aber, welche ihren Blick auf den Schöpfer Christus richten, besitzt du nicht!“

Nachdem der heilige Mann so gesprochen hatte, erhielt er das Einverständnis der Legion. Die Gesandten aber verkündeten es dem Heerführer. Er befahl, daß wiederum jeder zehnte Mann getötet werden sollte. Wieder zogen die Trabanten fort, vollzogen die grausamen Anordnungen und befahlen den Überlebenden, nach Octodu-



rum zurückzukehren. Als diese sich weigerten befahl Maximian seinem Heer, sich zu beeilen und die Legion einzuschließen. Er ordnete an, daß keiner aus dieser Truppe von Heiligen übergangen werde. So kam es, daß eine große Menge von Henkern die selige Legion umstellte. Männer jeden Alters wurden zwar zerfleischt, ihre Seelen aber empfahlen sie im Tode Gott.

Die Leiber der seligen Märtyrer wurden viele Jahre nach ihrem leidvollen Tod dem heiligen Theodor, dem Bischof von Martigny (er war zwischen 370 und 393 Bischof von Martigny), bekanntgegeben. Zu ihren Ehren errichtete er eine Grabkapelle, die heute der ungeheuren Felswand angebaut ist.

Drei Priester, die ihren „ADSUM“ treu geblieben sind

Friedrich Brockmeier

Am 23. Juni 1996 wird Papst Johannes Paul der II. bei seinem dritten Besuch in Deutschland, bei dem er zum ersten Mal auch Berlin besucht, den Dompropst Bernhard Lichtenberg aus Berlin und den Münsteraner Pfarrer Karl Leisner im Olympiastadion selig sprechen.

Man muß schon sehr intensiv suchen, um über diese beiden Priester, die in der Zeit des Nationalsozialismus mutig und mit aller Konsequenz für ihren Glauben und für ihre Mitmenschen eingetreten sind, etwas zu finden.

(s. a.: Graf von Galen in: AUFTRAG 165, S. 12ff. und 35 ff., 215, S. 6 ff.)

Bernhard Lichtenberg

Bernhard Lichtenberg wurde am 3. Dezember 1875 in Ohlau Niederschlesien geboren. Seine Kindheit und Jugend wurden besonders durch die tiefe Frömmigkeit der Eltern und durch die Diasporasituation geprägt. Durch den Bismarckschen Kulturkampf machte Bernhart Lichtenberg früh wichtige Lebenserfahrungen. Einmal die Bedeutung der gegenseitigen Hilfe als Minderheit, zum anderen den Wert fester Grundsätze und die des Widerstandes gegen offensichtliches Unrecht. Der Wunsch, Priester zu werden, stand bei Lichtenberg schon früh fest und es gab für ihn keine Alternative. Von April 1895 bis Oktober 1898 studierte er in Innsbruck und Breslau und wird am 21. Juni 1899 von Kardinal Kopp zum Priester geweiht. Nach nur einem Jahr als Kaplan in Neisse wird er im August 1900 Kaplan in St. Mauritius in Friedrichsberg-Lichtenberg bei Berlin. Nach verschiedenen Kaplanstellen wird er 1905 zum Kuratus in Friedrichsfelde-Karlshorst ernannt und im März 1913 bekommt er die Investitur als Pfarrer an Herz Jesu in Charlottenburg. Es bleibt aber nicht nur bei der priesterlichen Arbeit in seiner Pfarrei Lichtenberg, er betätigt sich in verstärktem Maße auch politisch. In seiner Zeit in Pankow wird er zum erstenmal in öffentlichen Kontroversen mit Gegnern der katholischen Kirche verwickelt. Um die Interessen der katholischen Minderheit besser durchsetzen zu können, wird er Mitglied der Zentrumsparlei. Von 1919 bis 1931 ist er dann Mitglied der Stadt-



verordnetenversammlung von Charlottenburg-Berlin und über einige Zeit auch Mitglied der Stadtgemeinde Berlin. Seine Schwerpunkte waren die Schul- und Sozialpolitik. Mit dem Dominikanerpater Franziskus M. Stratmann, Führer der katholischen Pazifisten engagierte sich Lichtenberg im „Friedensbund deutscher Katholiken“. Dieses Engagement hatte zur Folge, daß er mit dem aufkommenden Nationalsozialismus und hier mit dem „Schriftsteller“ Dr. Joseph Goebbels in Konflikt kommt. Dieser Konflikt eskalierte immer mehr und Dr. Joseph Goebbels, der auch Herausgeber der nationalsozialistischen Zeitung „Der Angriff“ war, ließ keine Möglichkeit aus, Lichtenberg anzugreifen. Nur ein Beispiel von vielen soll hier erwähnt werden: Als in der Vornazizeit der Film „Im Westen nichts Neues“ von Remarque – trotz massiver Hetze – vom

Friedensbund und den katholischen Pazifisten zur Vorführung kam, wurde Prälat Lichtenberg in der nationalsozialistischen Zeitung „Der Angriff“ von deren Herausgeber Dr. Joseph Goebbels auf die übelste Art beschimpft. Zitat „Der Aufruf, den Film sich anzusehen, sei das ‘non plus ultra der menschlichen Verpestheit’ und eine solch abgründige Gemeinheit, daß nur sein Alter ihn davor schützen kann, nach dem Gesetz zur Vermeidung des gänzlich sittlichen Verkommens in Zwangserziehung gesteckt zu werden“. Von jetzt ging Prälat Lichtenberg auf vollen Konfrontationskurs mit den Nationalsozialisten. Er veranlaßte eine Verleumdungsklage und die Hauptverantwortlichen der Hetze wurden zu einer Geldstrafe verurteilt. Der Redakteur nahm in einem Vergleich die schwere Beleidigung zurück. Die Machthaber begannen nun, die Zentrumsparlei und andere politische Parteien zu verbieten. Nur die NSDAP blieb bestehen. In diesem Zusammenhang werden auch die ersten Hausdurchsuchungen, Verhöre und Vernehmungen der Gestapo bei Lichtenberg durchgeführt. Lichtenberg wurde in der Zeit von 1933 bis 1941 mindestens siebenmal von der Gestapo vorgeladen. Diese Vorladungen bei der Gestapo konnten, wie viele Betroffene erlebten, katastrophale Folgen haben. Die meisten kamen nie mehr oder viel später zurück und waren körperlich und seelisch am Ende. Lichtenbergs Konfliktbereich mit dem Regime war „politischer Katholizismus“. Jedoch würde es einen falschen Eindruck erwecken, wenn man den Schwerpunkt seiner Tätigkeit nur im politischen Raum sehen würde. Er setzte sich für die Verteidigung der Menschenrechte verfolgter Juden genauso ein wie für nichtarische Katholiken und das sogenannte lebensunwerte Leben. Die seelsorgerlichen Aufgaben litten aber nicht darunter, sondern wurden intensiv gepflegt. Stundengebet, Meditationen und öffentliches Abendgebet waren genau so fester Be-

standteil wie Sakramentenspendung, Katechese und Religionsunterricht. Die Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten ging weiter. Als er im Juli 1936 dem preußischen Ministerpräsidenten Göring ein Protestschreiben über die Zustände im KZ Esterwegen überreicht, in dem die Ermordung des sozialdemokratischen Gewerkschaftlers Fritz Hiesmann und des Kommunisten Röhr sowie die Schußverletzungen des jüdischen Malers Loewy und die Behandlung der jüdischen Gefangenen angeprangert wurden, wird die Gestapo um eine Stellungnahme gebeten. In dieser Stellungnahme wird der Antrag gestellt, den Greueltäter Lichtenberg wegen heimtückischer Angriffe auf den Staat in Schutzhaft zu nehmen. Im August 1941 erläßt der Reichsführer-SS und der Chef der Polizei eine vertrauliche Anordnung mit dem Inhalt, daß „sämtliche hetzerische Pfaffen“ und andere staatsfeindliche Elemente den KZs zuzuführen seien. Im September wird Bernhard Lichtenberg wegen „bolschewistischer Propaganda“, die er in der Abendandacht am 29. August 1941 geäußert haben soll, von einem SS-Hauptsturmbannführer angezeigt. Ende Oktober erfolgt die Vorladung und seine Verhaftung durch die geheime Staatspolizei. Lichtenberg wird in das Strafgefängnis Plötzensee eingeliefert. Nach zahlreichen Verhören und dem Schlußbericht der Gestapo erfolgt am 3. November die Überstellung an den Vernehmungsrichter. Das Amtsgericht Berlin erläßt Haftbefehl und weist ihn in die Untersuchungshaftanstalt Alt-Moabit in Berlin ein. Der Bischof von Berlin, Graf von Preysing, läßt nichts unversucht, um für den Dompropst Bernhard Lichtenberg eine Haftverschonung zu erreichen, hat aber keinen Erfolg. Die unzähligen Verhöre fordern ihren Tribut. Am 26. Februar 1942 erleidet Lichtenberg einen Herzanfall. Im März ordnet das Reichsministerium für Justiz Strafverfolgung an und im Mai wird der Dompropst von St. Hedwig durch das Sondergericht 1 beim Landgericht Berlin wegen „Kanzelmißbrauchs“ und Verstoß gegen das „Heimtückegesetz“ zu einer Gesamtstrafe von zwei Jahren verurteilt. Die Strafe muß er im Strafgefängnis Tegel verbüßen.

Hier verschlechtert sich sein Gesundheitszustand von Tag zu Tag. Nach zahlreichen Aufenthalten im Gefängnislazarett ersucht die Staatspolizeistelle Berlin den Generalstaatsanwalt beim Landgericht Berlin die Rückführung des Gefangenen zu veranlassen. Ende Oktober geschieht die Rücksistierung und Bernhard Lichtenberg wird in das Arbeitserziehungslager Wuhlheide eingeliefert. Hier blieb er nur einige Tage, denn am 28. Oktober erfolgt auf Anweisung des Reichssicherheitshauptmanns der Abtransport in das Konzentrationslager Dachau. Bei einem Zwischenaufenthalt des Transportes in Hof erkennt der diensttuende Oberwachtmeister den bedenklichen Zustand von Lichtenberg und der Gefängnisleiter des Gefängnisses in Hof erreicht, daß der Gefängnisarzt den Dompropst Lichtenberg untersucht. Er veranlaßt die Überweisung in das Städtische Krankenhaus von Hof. Trotz fürsorglicher Pflege stirbt Dompropst Bernhard Lichtenberg am

Freitag, dem 5. November 1943 in seinem Krankenzimmer.

Normal wäre nun der Tote; verscharrt worden, das war Praxis bei den KZ-Häftlingen. Die Bestatterin in Hof bahrte den Leichnam auf und die Machthaber gaben den Leichnam zur Überführung nach Berlin frei. Tatenlos mußten sie zusehen, wie Tausende dem Sarg von der St. Sebastian-Kirche, wo er zum Abschiednehmen der Gläubigen aufgebahrt war, zum Grab auf dem St. Hedwigs-Friedhof in der Liensenstraße begleiteten. Hier fand er vorerst seine letzte Ruhestätte.

1965 wird das Verfahren zum Seligsprechungsprozeß durch den Bischof von Berlin, Erzbischof Bengsch, eröffnet und im August des gleichen Jahres die Gebeine exhumiert und in die Unterkirche der St. Hedwigs-Kathedrale überführt.

Quellenhinweis: Dieter Hanky, Bernhard Lichtenberg, Priester, Bekenner, Märtyrer „ein Priester ohne Furcht und Tadel!“

Karl Leisner, Häftlingsnummer 22356

„Christus – Du bist meine Leidenschaft“. Diese Eintragung in sein Tagebuch charakterisiert den jungen Karl Leisner, der zweite katholische Priester, den Papst Johannes Paul II. selig sprechen wird.

In Rees/Niederrhein am 28. Februar 1915 geboren und in Kleve aufgewachsen, wird er während seiner Gymnasiumszeit Mitglied in der katholischen Jugendbewegung. Er ist mit ganzem Herzen dabei und kämpft schon in den Anfängen des Nationalsozialismus gegen die Ideologie des Dritten Reiches. 1934 machte er in Kleve/Niederrhein das Abitur und es ist nur ein logischer Schluß, daß nach seinem ganzen Tun und Handeln das Priestertum seine Berufung ist. In Münster beginnt er seine erste Semesterzeit und der Bischof von Münster, Clemens August Graf von Galen, wird schnell auf den jungen Priesterkandidaten aufmerksam. Er betraut ihn mit der Führung der Diözesanenjugendschar. Diese Aufgabe erfüllt er mit großer Leidenschaft. Durch diese Tätigkeit wird die Geheime Staatspolizei auf ihn aufmerksam. Er geht nach Frei-

burg, studiert dort zwei Semester und muß seine Pflichtarbeitsdienstzeit ableisten. In seinen Tagebucheinträgen über diese Zeit schreibt er rückblickend: „Kampf um den Priesterberuf – Innere Auseinandersetzung, ob Priester oder Familie – ein tödlicher Kampf – aber ich bin zum Priester berufen und diesem Ruf opfere ich alles.“ Zum Diakon wird er am 25. März 1939 geweiht und er bereitet sich auf die Priesterweihe vor. Der Ausbruch einer Lungentuberkulose zwingt ihn, sein Studium zu unterbrechen, um in einem Lungen-sanatorium in St. Blasien die Krankheit auszuheilen.

Als er sich zu dem Attentat auf Hitler, welches am 8. November 1939 fehlschlug, äußerte, wird er denunziert und die Gestapo verhaftet den Diakon Karl Leisner. Er kommt in das Freiburger Gefängnis und später nach Mannheim. Von dort wird er erst in das Konzentrationslager Sachsenhausen und im Dezember 1940 in das KZ Dachau eingeliefert. Die Krankheit, die nicht ausgeheilt werden konnte, bricht wieder aus. In der Barackenstube, die als Revier

dient, in die er dann kommt, sind mehr als hundert Lungenkranke und Sterbende regelrecht eingepfercht. Sie sind dem Tod preisgegeben „Die Endstation“. Karl Leisners Trost und Halt in dieser Situation ist die heilige Schrift und die heimlich aufbewahrte Eucharistie, die er den Sterbenden reichen kann. Vier Jahre hält er so durch, doch die Krankheit schreitet unaufhaltsam fort. Ein französischer Bischof, Gabriet Piguet, der auch inhaftiert war, spendet dem Todkranken am 17. Dezember 1944 im Block 26 des KZs Dachau unter Lebensgefahr aller Beteiligten die

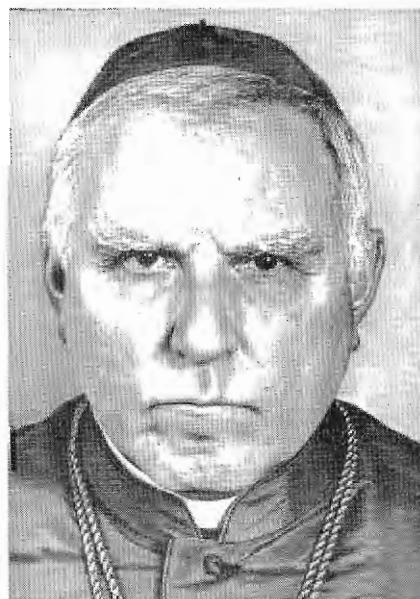
Priesterweihe. Seine erste und einzige Heilige Messe feiert er am Fest des Hl. Stephanus, dem 26. Dezember 1944 in der menschen- und gottverachtenden Welt des KZs.

Der 4. Mai 1945 ist der Tag der Befreiung aus dem KZ Dachau. Karl Leisner kommt in das Sanatorium Planegg bei München. Sein junges Leben findet am 17. August 1945 Vollendung in Gott. Seine letzte Ruhestätte bekommt Karl Leisner in der Märtyrerkrypta des St. Viktor-Doms in Xanten/Niederrhein.

Quellennachweis: Erinnerungen von Pfarrer Sonnenschein (Mithäftling im KZ Dachau), KNA, Pressedienst Münster.

Clemens August Graf von Galen „Der Löwe von Münster“

Wenn aus Anlaß der Seligsprechung von Dompropst Bernhard Lichtenberg und dem Jungpriester Karl Leisner, die durch ihr mutiges Auftreten gegen das Regime der NS-Zeit ihr Leben hingeben mußten, gesprochen wird, darf man den Mann der katholischen Kirche nicht vergessen, dessen Todestag sich am 22. März zum 50. Male jährte. Die Rede ist von Kardinal August Graf von Galen, der den Beinamen „Löwe von Münster“ bekam, weil er durch sein mutiges Entgegenreten gegen die Nationalsozialisten gezeigt hat, daß es auch ein anderes Deutschland in der Zeit des Dritten Reiches gab. Während viele katholische Christen im Stillen Widerstand geleistet haben, trat der Kardinal als damaliger Bischof von Münster in aller Öffentlichkeit den Kampf gegen die Nazis an und wurde so eine Symbolfigur des katholischen Widerstandes. Der Historiker Rudolf Morsey charakterisiert das Bild des Kardinals sehr treffend „Die große Gestalt (der Kardinal war 1,99 m groß) bleibt ein Lichtblick in der Zeit der deutschen Finsternis“ Er war einer der wenigen, die schon früh des wahre Gesicht des Nationalsozialismus erkannten. Schon bald nach seiner Weihe zum Bischof am 28. Oktober 1933, bei der er sich den Wahlspruch „Nec laudibus – Nec Timore“ (weder Lob noch Furcht) gab, hat er in aufrüttelnden Hirtenbriefen und Predigten offen gegen das NS-Regime Stellung bezogen und sich



durch keine Drohung einschüchtern lassen.

Seinen ersten Kontakt mit den NS-Größen hatte er bei der Ablegung des Treueeides, den er laut Konkordatsbeschluß vor der Regierung ablegen mußte. Er war der erste Bischof in Deutschland, der nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten vom Papst Pius XI. ernannt wurde. Dazu mußte er nach Berlin reisen, um ihn vor dem preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring abzulegen. Göring versuchte natürlich, diesen Anlaß für seine Propaganda auszunutzen. Der Bischof gab ihm aber zu verstehen, daß er keine neue Verpflichtung übernehme, sondern als Deutscher stets in der Pflicht stehe, sich in Wort und

Tat für Volk und Vaterland einzusetzen. Auch hoffe er, bei der Regierung Gehör zu finden, wenn er auf Gefahren für das Staatsvolk aufmerksam machen müsse. Bischof Graf von Galen muß die Denkmalsart der Herren des Dritten Reichs gut gekannt haben, denn da zur Verteidigung weder ein Evangelium noch ein Kreuzifix vorhanden war, benutzte er die eigens mitgebrachte Bibel und ein Kreuz beim Eid.

1934 wurde vom Bischof Graf von Galen wegen des von Alfred Rosenberg veröffentlichten Buches „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“ eine „Studie zum Mythos des 20. Jahrhunderts“, die namhafte Theologen verfaßt hatten, als Beilage zum Kirchlichen Amtsblatt für die Diözese Münster herausgegeben, da Kardinal Schulte von Köln aus Vorsichtsgründen die Veröffentlichung zurückgezogen hatte. Immer wieder wandte sich der Bischof von Münster mit Eingaben und Protesten an die Regierungs- und NS-Instanzen, um die Verletzung des Konkordates auszuwachen. Nachdem er Ostern 1934 in seinem ersten Hirtenbrief als Bischof die NS-Ideologie anprangerte, brandmarkte er sie im nächsten Hirtenbrief mit dem Titel: „Es gibt wieder Heiden in Deutschland“ aufs neue. Seine mahnende Stimme wurde so für die Machthaber eine Herausforderung für die katholische Bevölkerung jedoch eine Aufforderung zum Widerstand. Die Konfrontation setzte sich fort. Der Bischof verurteilte auf das Schärfste die Verletzung der Menschenrechte und Menschenwürde sowie die Bluts- und Rassentheorie und damit auch die Judenverfolgung. Die Absicht des Bischofs, öffentlich gegen die Judenverfolgung aufzutreten, erfolgte nicht, da die jüdische Gemeinde von Münster ihn aus Angst vor Repressalien durch die Nazis gebeten hatten, dies zu unterlassen. Den Widerstand, den der Bischof dem NS-Regime entgegenbrachte, war auch dadurch möglich, weil die Gläubigen seines Bistums geschlossen hinter ihm standen. Das NS-Regime hat im Münsterland keine große Anhänger-schar. Die Enzyklika „Mit brennender Sorge“, in der sich Papst Pius XI. mit der religiösen Situation in Deutschland auseinander-

setzte, entfachte erhebliche Auseinandersetzungen. Der Bischof bleibt seiner Linie treu. Der Beginn des 2. Weltkrieges und die anfänglichen Siege über die europäischen Staaten steigert das Selbstbewußtsein Hitlers und seiner Gefolgsleute. Jetzt glaubt die NS, auch im Inneren aufräumen zu können, um ihre tödliche Ideologie zu realisieren. Gerade in dem Siegestaumel von 1941 hält Bischof Graf von Galen die drei Predigten, die dann weltberühmt wurden. Die Titel: „Wir fordern Gerechtigkeit!“, „Wir sind nicht Hammer, sondern Amboß!“ „Wehe uns allen, wenn wir alt und krank sind!“. Die Predigten fanden eine ungeheure Resonanz und die letzte Predigt hatte zur Folge, daß das Euthanasieprogramm zurückgenommen wurde. Die steigende Popularität des „Löwen von Münster“ muß das Regime so verunsichern haben, daß es keine Gegenmaßnahmen ergriff. (Goebbels hatte Hitler gewarnt, Schritte gegen von Galen zu unternehmen, denn dann könne man ganz Westfalen für den Kriegseinsatz abschreiben.) Hitler wollte nach dem „Endsieg“ mit dem Bischof auf „Heller und Pfennig“ abrechnen.

Viel zu spät entschlossen sich die deutschen Bischöfe 1943, hier auch durch die Bestimmtheit des Bischofs von Galen motiviert, zu einem Hirtenwort gegen die

Rechtsverletzung gegenüber jedem Glauben und jeder Rasse. Einbezogen in dieses Hirtenwort war auch die Verurteilung der Judenverfolgung. Immer wieder hat der Bischof sein Wort gegen das Regime erhoben, aber in den letzten Jahren aufgrund des sich anbahnenden Niedergangs und in Anbetracht der durch die unaufhörlichen Bombenangriffe laufende Propaganda von Haß- und Vergeltungsrufen in der deutschen Presse, versuchte er jetzt, die Menschen vor solchen Einstellungen zu bewahren. Den Zusammenbruch des NS-Regimes und die Kapitulation erlebte der Bischof, nachdem beim schwersten Luftangriff auf Münster im September 1944 auch das Priesterseminar ausgebombt wurde, im 20 km entfernten Sendenhorst. Wer nun geglaubt hatte, daß der Löwe von Münster keinen Grund mehr gehabt hätte, sein Wort zu erheben, sah sich getäuscht. Schon bald nach dem Abzug der amerikanischen Besatzungstruppen und der Übernahme des Münsterlandes in die britische Zone, wurde er seinem Namen wieder gerecht. Hatte er 1945 in einer Predigt noch die Deutschen vor Haß- und Rachsucht gewarnt, so ging er mit der selben Intensität gegen Äußerungen und Geschehnisse der früheren Kriegsgegner vor. Es kam bei Graf von Galen eine Phase, wo sich Resignation bei

ihm einstellte. Völlig überraschend dann die Nachricht, daß Papst Pius XII. unter den neun Kardinälen, die er ins Kardinalskollegium berufen hatte, auch drei deutsche Bischöfe waren. Außer Graf von Galen waren es noch der Kölner Erzbischof Josef Frings und der Berliner Bischof Konrad Graf von Preysing. Mit der Ernennung von Preysings und von Galens hatte Pius XII. ein Zeichen gesetzt für den mutigen Widerstand der beiden Bischöfe im Dritten Reich. Gleichzeitig demonstrierte er damit der Weltöffentlichkeit, daß Deutschland nicht generell mit dem NS-Regime und seinen Verbrechen gleichzusetzen war. Nach seiner Rückkehr von Rom wurde dem neue Kardinal am 16. März 1946 ein triumphaler Empfang bereitet. Mehr als 50.000 waren gekommen. Keiner, der mit dem Graf von Galen diesen Tag feierte, konnte ahnen, daß er nur eine Woche später sterben würde. Am 22. März 1946 starb Clemens August Kardinal Graf von Galen an einem Blinddarmdurchbruch. In der zerstörten St. Luidger-Kapelle im Chor des Doms zu Münster wird Kardinal von Galen beigesetzt.

Seit 1980 läuft der Untersuchungsprozeß über das Leben und die Tugenden des Kardinals.

Quelle: Günter Beaugrand, Kardinal Graf von Galen – der Löwe von Münster – u.a.

Erzbischof Dyba:

Bischof von Galen ist Vorbild für Bischöfe und Politiker

„Nicht Menschenlob, nicht Menschenfurcht soll uns bewegen“ war der Wahlspruch des Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen. Vor vier Wochen wurde seines fünfzigsten Todestages von Rom bis Münster und in ganz Deutschland feierlich gedacht. Auch Bundespräsident, Bundeskanzler und der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz fanden erhebende Worte des Lobes für den „Aufschrei des Gewissens“ dieses „Verteidigers der Menschenwürde und Anwalts kirchlicher Freiheit“. Soviel des Lobes für charakterfeste Grundsatztreue sollte uns in unserer so überaus anpassungsfreudigen Zeit vielleicht aber auch etwas nachdenklich werden lassen.

Als „katholisch bis auf die Knochen und treudeutsch“ hat der Gelehrte sich selbst oft bezeichnet. Wie würde ein Gläubiger, wie würde ein Bischof, der das heute täte, in Deutschland dastehen? Bischof von Galen hat das Leben der behinderten Kinder und Pflegepatienten verteidigt und was man von Staats wegen damals als „Gnadentod“ bezeichnete laut als „Mord“ angeklagt. Dafür hat er damals sein Leben aufs Spiel gesetzt und dafür loben wir ihn heute. Warum eigentlich gerade ihn? Offensichtlich doch wohl, weil er der einzige war, der das Unrecht an die große Glocke hängte.

Bei anderer Gelegenheit sagte dieser Bischof von Münster: „Der liebe Gott hat mir die Stellung ge-

geben, die es mir zur Pflicht machte, das Schwarze schwarz und das Weiße weiß zu nennen.“ Und wiederum: Wenn das heute einer wagte, würde das nicht als unerträgliches „Schwarzweißmalerei“ verurteilt von all unseren ach so pluralistischen und toleranten Zeitgenossen in Staat und Kirche?

Fazit: Es hat für uns nicht viel Sinn, den „Löwen von Münster“ in Festreden zu preisen, wenn wir nicht auch heute bereit sind, „katholisch bis auf die Knochen“ zu sein und Schwarzes schwarz und Weißes weiß und die Massentötung Unschuldiger Mord zu nennen.

„Wort des Bischofs“ im Bonifatiusboten, der Kirchenzeitung des Bistums Fulda, zit. nach: DT 03.05.1996

TRADITION

Russische Exlibris: Rückkehr der religiösen Motive

Paul Roth

Die Religionsverfolgung in Rußland ist beendet, Kirchen werden restauriert oder neu gebaut. Niemand wagt es mehr, eine Ikone zu schänden, wie es in den zwanziger und dreißiger Jahren üblich war. Künstler stellen religiöse Motive dar. Auch die Exlibriskunst tritt mit religiösen Motiven aus ihrer Nische hervor.

Exlibris sind künstlerisch gestaltete Bucheignerzeichen. Früher einmal bestellten sich Bibliotheksbesitzer „ihr“ Exlibris, gaben an, welche Motive, Symbole sie dargestellt haben wollten, klebten sie in ihre Bücher ein. Entstanden sind die Exlibris zusammen mit der Buchdruckerkunst in Deutschland. Im Verlauf des 20. Jahrhunderts wurden die Exlibris zu eigenen Kunstwerken, die zumeist nicht mehr auf Bestellung angefertigt wurden. Der Künstler benutzte die Form des Exlibris, um ein Thema, ein Motiv aufzugreifen, um eine Persönlichkeit so zu charakterisieren, wie er sie sah.

Während man früher beim Betrachten der Exlibris aus dem Kunstwerk herauszulesen bemüht



Der Gekreuzigte. Exlibris von Anatoli Kalaschnikow von 1989 (?)

war, was es über den Auftraggeber aussagte, sagen Exlibris heute mehr über das Umfeld, das geistige Klima aus, in dem der Künstler „sein“ Exlibris geschaffen hat.

In Rußland tauchten die ersten in Bücher eingedruckten Wappen-Exlibris unter Peter dem Großen (1682–1725) auf. Zu Beginn des 20. Jh. bestimmten in Rußland Wappen, Symbole, religiöse Motive die Exlibriskunst. „Die Bibliotheken der letzten Romanows weisen mannigfaltige und ausgezeichnet ausgeführte Exlibris auf“, heißt es in der russischen Zeitschrift „Rodina“ (Heimat). Ihr Schöpfer war Baron Felkersam (russische Umschrift des Namens einer baltendeutschen Adelsfamilie).

St. Georg. Exlibris von Hermann Ratner (Moskau) aus dem Jahre 1959.



Felkersam hat sowohl das Exlibris des letzten Zaren Nikolaus II., wie das des mit seiner Familie 1918 in Jekaterinburg ermordeten Zarewitsch geschaffen. Das Exlibris Nikolaus II. zeigte das russische Staatswappen, verbunden mit dem Andreaskreuz. Das Exlibris des Zarewitsch stellte einen geflügelten Seraph dar, der in seinen Händen einen Schild mit dem Zarenwappen hält. Das heutige russische Staatswappen unterscheidet sich übrigens kaum vom Staatswappen aus der Zeit vor der Revolution.

Nach der Oktoberrevolution im Jahre 1917 und nach dem Ende des Bürgerkrieges (1921) konnte sich die Exlibriskunst erst einmal ungestört entfalten. Lenin war an Kunst nicht interessiert, soweit sie nicht propagandistisch eingesetzt werden konnte. Die alten Wappen verschwanden von den Exlibris, Symbole der Sowjetmacht tauchten auf, aber die überkommenen religiösen Motive lebten weiter. So findet man beim Altmeister der Exlibriskunst des 20. Jahrhunderts, Wladimir Faworski (1886–1964), immer wieder religiöse Motive.

Zu Beginn der dreißiger Jahre führte Stalin den „Sozialistischen Realismus“ als verbindliche Norm in die Kunst ein. Fast über Nacht verschwanden die Exlibris und dann auch die Exlibris-Sammlervereine. Wahrscheinlich gab es dafür mehrere Gründe. Zum einen war die Exlibriskunst in ihrer Vielfalt kaum überschaubar und kontrollierbar. Ferner war sie weitgehend Kunst für Privatleute. Und schließlich war die Exlibriskunst eine Nische für religiöse Motive geblieben.

Mehr als ein Vierteljahrhundert verging, ehe nach Stalins Tod die Exlibris wieder auftauchten. Sie waren nun keine Auftragsarbeiten mehr wie früher einmal. Sie waren kleine grafische Kunstwerke, in denen Künstler sich aus-



Das Antlitz Christi mit segnender Hand.

Exlibris von Henriette und Nikolai Burmagin aus dem Jahre 1967.

drückten. Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre verabschiedete sich stillschweigend der Marxismus-Leninismus aus den Köpfen vieler Sowjetbürger. Intellektuelle, Künstler, wandten sich der Vergangenheit zu, entdeckten die Bedeutung der Religion auch für die Kunst; man nannte dies spöttisch „Museumsexplosion“.

Und siehe da, von nun an finden sich auf den Exlibris russischer Künstler öfters religiöse Motive. Teils sicherte sich der Künstler ab, indem er Szenen aus der russischen Geschichte nutzte, teils waren es jedoch eindeutig religiöse Bilder. Es war ganz offensichtlich mehr als eine „Nostalgiewelle.“ Man nutzte die Beliebtheit von Exlibris, um jene religiösen Motive darzustellen, die in der Öffentlichkeit nicht zugelassen waren. Manche dieser Exlibris erinnern an Klein-Ikonen, könnten Andachts-

und Meditationshilfe gewesen sein.

Die Obrigkeit sah die „Museumsexplosion“ garnicht einmal so ungern, weil sie zur Stützung des sowjetrussischen Patriotismus genutzt werden konnte. Die religiösen Motive schätzte man natürlich nicht. Als Gegenmaßnahme tauchten zahlreiche Exlibris mit vaterländischen Motiven auf, die insbesondere dem „Großen Vaterländischen Krieg“ gewidmet waren.

Als 1987/88 die Religionsverfolgung eingestellt wurde, vor allem aber nach der Verkündung des sowjetischen Religionsgesetzes von 1990 war der Weg frei für die Exlibriskünstler, ihre Nische zu verlassen. Von nun an häuf-

Für Papst Johannes Paul II.

Exlibris von Anatoli Kalaschnikow von 1991.

ten sich die religiösen Motive auf den Exlibris.

International bekannt geworden ist der russische Exlibris-Holzschneider Anatoli Kalaschnikow, der seit den sechziger Jahren mehr als 900 Exlibris geschaffen hat. In seiner Heimat und im Ausland hat er sich vor allem für die Werke russischer Exlibriskünstler eingesetzt. Blättert man das Buch „Anatoli Kalaschnikow“ durch, das 1993 in Moskau herausgekommen ist und 500 Exlibris des Meisters enthält, so stößt man auf eine Vielzahl religiöser Motive. Selbst für Papst Johannes Paul II. hat er ein Exlibris geschaffen.

Ob Kalaschnikow Christ ist, ob er sich als einen religiösen Künstler ansieht, mag dahingestellt bleiben. Doch bestätigt sein Schaffen, seine religiösen Motive, was 1980 der russische Kunstforscher S. Iwenski in seinem Buch „Das Buchzeichen. Geschichte, Theorie, Praxis der künstlerischen Entwicklung“ geschrieben hat: „Es (das Exlibris) ist nicht dem Buch verbunden. Es tritt in unserer Zeit immer deutlicher als Merkmal der geistigen Wechselbeziehungen zwischen dem Buch, seinem Besitzer und der Gesellschaft, der Natur, der Welt hervor ...“ Heute würde er vielleicht hinzufügen: „Der Wechselbeziehungen zur Religion.“



Geheimnisse und Traditionen

Hinter den Kulissen der Schweizergarde

Papst Johannes Paul II. hat anlässlich der Vereidigung von 28 neuen Rekruten am Montag, dem 6. Mai 1996, die Mitglieder der Schweizergarde in Audienz empfangen. In seiner Ansprache lobte er den Einsatz der Gardisten im Dienste des Papsttums. Er erinnerte an ihre Verpflichtung, den Nachfolger Petri unter Einsatz des eigenen Lebens zu verteidigen. Zugleich würdigte Johannes Paul II. die Geduld der Gardisten im täglichen Dienst an den Eingängen des Vatikanstaates. Ihre Bereitschaft zum Zuhören und zur Beantwortung von Fragen der zahlreichen Touristen und Pilger sei ein Zeugnis der Aufnahmebereitschaft, die die Kirche allen Menschen entgegenbringe.

Im nachfolgenden Bericht lassen die KNA-Korrespondenten Crista Kramer von Reißwitz und Johannes Schidelko hinter die Kulissen der Garde blicken und geben einige Geheimnisse dieser kleinsten, aber traditionsreichsten Armee der Welt preis. (PS)

Traditionsreicher Dienst

In der 100 Mann starken Truppe, die seit 489 Jahren im Vatikan Schutz- und Ehrendienste versieht und in der Vergangenheit nie aus mehr als 200 Mann bestand, machen die deutschsprachigen Schweizer knapp drei Viertel aus. Die Vereidigung der neuen Rekruten der Schweizergarde erfolgt jährlich am

Jahrestag des „Sacco di Roma“. Am 6. Mai 1527 hatte die Garde bei einem ungleichen Kampf gegen die Söldnertruppen Kaiser Karl V. 147 Mann verloren, konnte dem bedrängten Papst Klemens VII. aber den Fluchtweg in die Engelsburg freikämpfen.

Für das Fortbestehen der 1506 von Papst Julius II. gegründeten Schweizergarde hat das Jahr 1970

besondere Bedeutung: Paul VI. hatte im September dieses Jahres in einem Brief an den damaligen Kardinal-Staatssekretär Jean Villot mit der Begründung, daß die religiöse Mission des Heiligen Vaters auch im äußerlichen Bild des Vatikan zum Ausdruck kommen solle, außer der Schweizergarde alle militärischen Korps aufgehoben. Das traf damals die 1801 gegründete Nobelgarde ebenso wie die 1850 entstandene Palatin-Ehrengarde. Aus der Päpstlichen Gendarmerie wurde die „Vigilanza“, der heute von Italienern versehene Polizeidienst im Vatikan.

Strammes Zeremoniell bei der Schweizergarde

Die 28 neuen, zwischen 20 und 26 Jahre alten Rekruten der päpstlichen Schweizergarde legten vor dem vatikanischen „Innenminister“ Erzbischof Giovanni Battista Re ihren Diensteid ab. In Anwesenheit hoher Vertreter der Kurie und aus der Schweiz, vor Diplomaten und hohen italienischen Militärs schworen sie, Papst Johannes Paul II. und seine legitimen Nachfolger zu verteidigen, notfalls unter Einsatz ihres Lebens.

Trommelwirbel, Tambouren, Marschmusik und zackige Kommandos in Schwyzerdütsch hallten am „Garde-Tag“ durch die vatikanischen Höfe. In Brustpanzer und Hellebarden marschierten die neuen Gardisten auf, voran die Gardefahne und zwei „Flammenschwerter“. Auf das Kommando „Schultert Gewehr“ wurden die zweieinhalb Meter hohen Lanzen zum Salut gehoben; das Wort „Hellebarde“ ist für ein flottes Kommando ungeeignet. Nach einer erbaulichen Einführung des Gardekaplans über Zweck und Bedeutung von Eid und Dienst für den Papst im Vatikan traten die neuen Rekruten nach einem komplizierten, aber präzisen Marschplan vor das Banner. Jeder



(Foto F. Brockmeier)

leistete den Eid in seiner Muttersprache, wobei diesmal 19 junge Männer auf deutsch schworen, fünf auf französisch, drei auf italienisch und einer auf rätoromanisch.

Für eine Aufnahme in die Schweizergarde gibt es strikte Kriterien: Die Bewerber müssen sich mindestens für zwei Jahre zum Dienst verpflichten, sie müssen Schweizer, ledig, katholisch und mindestens 1,74 Meter groß sein, einen guten Leumund und bereits eine militärische Ausbildung in ihrer Heimat absolviert haben. Neben rund 70 Hellebardieren gibt es, so Buchs, vier Offiziere und 25 Unteroffiziere, die oft Jahrzehnte im Vatikan Dienst leisten. Dazu kommt der Gardekaplan, der im Offiziersrang steht.

Maßgeschneiderte Uniformen

Nur noch einmal im Jahr – nämlich am 6. Mai, wenn die neuen Schweizergardisten alljährlich im vatikanischen Damasushof den Eid auf die Gardefahne leisten – werden die in der Rüstkammer der Garde im Vatikan aufbewahrten rund 70 Brustpanzer aus dem 16. Jahrhundert angelegt. Sonst hat Papst Paul VI. 1970 die Brustpanzer der Schweizergarde für den Gebrauch bei festlichen Anlässen neben anderen „nicht mehr zeitgemäßen Dekorationen“ im Vatikan abgeschafft.

Kaum ein Tourist ahnt, wieviel Arbeit dahintersteckt, damit sich die Soldaten der kleinsten, friedlichsten und wahrscheinlich auch traditionsreichsten Armee der Welt immer „tipptopp“ in der Öffentlichkeit präsentieren. Da gibt es zahllose kleine Geheimnisse im Umgang mit den spätmittelalterlichen Kriegertrachten: So färben, wie Major Peter Hasler, der unter anderem für die Ausrüstung der Schweizergardisten zuständig ist, verrät, die in Florenz hergestellten roten Straußenfedern auf den Gardistenhelmen ab, wenn es regnet. Und ist die mit viel Liebe von Klausurschwestern hergestellte weiße Halskrause der Gardisten-Uniform einmal rot betropft, kann sie nicht mehr verwendet werden. Deswegen muß der dienstobere Gardist, wenn bei feierlichen Anlässen wie beim päpstlichen Segen „Urbi et orbi“ der weiße Helm mit einem roten Busch getragen wer-

den soll, erst einmal abschätzen: Regnet es oder nicht? Sieht es nach Regen aus, bleibt die Straußenfeder zu Hause.

Der Helm, meint Hasler, kann einem Gardisten schon einmal Probleme bereiten. Ist er nicht gut angepaßt, kann er schon nach zehn Minuten übel drücken. Dabei sei nicht das Gewicht das Problem, sondern der „Sitz“ des Eisen- oder Aluminiumhelms, berichtet der Major. Im Laufe der Jahrhunderte hat sich die Kopfbedeckung der Gardisten der Mode gemäß mehrmals geändert: Davon zeugen Pickelhauben nach preußischer Art, die in der Waffenkammer zu sehen sind, aber auch Darstellungen von eleganten schwarzen Hüten nach französischem Vorbild mit Federn und Bändern, die Ende des 19. Jahrhunderts von den Vatikan-Soldaten getragen wurden.

Bei der perfekt maßgeschneiderten Uniform gibt es eine „Raffinesse“, die nur ein perfekter Schneider zustande bringt. Die gelbblauen Streifen an den Ärmeln und an den Hosen sind nicht, wie es auf den ersten Blick scheint, in den Stoff eingewirkt: Sie fallen lose über das durchgehend rote Untergewand der Schweizergardisten, so daß es einen „Pludereffekt“ gibt. Auf den Leib geschneidert werden die Uniformen den Gardisten seit fast 40 Jahren von demselben Schneider. Der im Schweizergardequartier untergebrachte Betrieb besteht aus Giuliana Serranti und ihrem Ehemann Elio Santellini. „Nachwuchs, der unsere Werkstatt übernimmt, gibt es nicht“, bedauert Giuliana, während sie zufrieden über die Kleiderstangen blickt, an denen ihre Kreationen hängen. Zur Zeit kontrolliert die Schneiderin, ob die Sommeruniformen noch in Ordnung sind, denn im Juni findet gewöhnlich der „Uniform-Wechsel“ statt. Der Stil der heutigen Uniformen geht auf die Zeit des Ersten Weltkriegs zurück und änderte sich im Laufe der Zeit nach den Trends der zivilen Mode und nach militärischen Vorbildern. Oberst Buchs räumt auch mit einer immer wieder erzählten und gleichwohl falschen Anekdote auf: Die Uniform der Schweizergarde ist, wie sie erzählt, nicht von dem italienischen Renaissance-Künstler Michelangelo entworfen worden.

In der Rüstkammer der Garde

In der Rüstkammer der Schweizergarde, die dem Publikum nicht zugänglich ist, werden die historischen Schwerter wie auch die heute noch benutzten Schwerter und Hellebarden der Schweizergardisten aufbewahrt. Ein Kuriosum stellen die mächtigen „Zweihänder“ dar, die bei feierlichen Anlässen mitgeführt werden und nach der Gardeüberlieferung aus der legendären Burgunderbeute stammen sollen. Die Vatikan-Soldaten müssen schon aufpassen, damit sie nicht mit den mächtigen Schwertern an einer der zahlreichen Treppen innerhalb des Vatikan stolpern. Die im Wach- und Ehrendienst benutzten Hellebarden sind 2,50 Meter hoch.

Wenn ein Gardist über die übliche Amtszeit von zwei Jahren hinaus dem Vatikan treu bleibt und erst nach fünfjähriger Amtszeit den Dienst quittiert, darf er seine Uniform zur Erinnerung mitnehmen. Doch das Schwert, die Gürtelschnalle mit den Initialen GSP – sie stehen für „Guardia Svizzera Pontificia“ (Päpstliche Schweizergarde) – und der Helm müssen in der Waffenkammer der Schweizergarde zurückgelassen werden. Dieses Problem haben die Schweizergardisten mit Hilfe eines aus Schlüsselfeld bei Franken stammenden Kunstschmieds gelöst, der für scheidende Gardisten originalgetreue Kopien der Schwerter zum Mitnehmen herstellt: Seit 1990 gehöre Franz Kammerer zu den Handwerkern, die die historischen Waffen der Schweizergarde reparieren, berichtet Oberst Buchs. Die aus der Renaissancezeit stammenden Schwerter wurden, auch wenn sie nur noch friedlichen Repräsentationszwecken dienen, im Laufe der Jahrhunderte abgewetzt, angeschlagen und ein wenig verbogen.

Buchs verrät, daß Kammerer für die Ausfuhr der Schwerter aus Italien in einem Sonderkoffer eine eigene Ausfuhrgenehmigung benötigt. Nach getaner Arbeit bringt er das in seiner Werkstatt in Franken renovierte Schwert dann eigenhändig in den Vatikan zurück. Eigentlich ist der siebzigjährige Kammerer von Beruf Klempner und Spengler. Und Gedichte schreibt er auch. Über die Herstellung von sakralen Gegenständen

und einen in der Kirche des Generalats der Mariannhiller Missionare in Rom ausgeführten Auftrag bahnten sich Kontakte zur Schweizergarde an.

Der Alltag der Gardisten

Der Alltag im Leben der Schweizergarde ist wenig martialisch. Die Gardisten bewachen alle Eingänge zum Vatikan, insbesondere den Papstpalast. Bei Audienzen und Papstgottesdiensten leisten sie Wach- und Ehrendienste. Bei Papstreisen sind immer zwei dienstältere Gardisten in Zivil dabei. Am meisten zu schaffen macht den Wachposten an den vier Grenzübergängen zum Kleinstaat im Herzen Roms die wachsende Zahl „schwieriger Menschen“, wie Oberst Roland Buchs, Kommandeur der Schweizergarde, es diplomatisch formuliert. Das seien Leute, die sofort den Papst sprechen oder grundsätzlich ihren Ärger über die Kirche loswerden wollen. Daher wird bei der harten Grundausbildung großer Wert nicht nur auf Selbstverteidigung, sondern auch auf psychologische Schulung gelegt.

Normal aber ist, daß der Schweizergardist nach dem Fototermin dann auch gleich noch als Helfer in der Not dienen muß: Er weist den deutschsprachigen Touristen den Weg zum deutschen Friedhof hinter der Audienzhalle, dem romantischen „Campo Santo Teutonico“. Und hat er Dienst am vatikanischen Anna-Tor, muß er beinahe am laufenden Band Fragen beantworten, darunter die häufigste: „Wo geht es zu den Vatikanischen Museen?“

Zwar braucht Buchs sich keine Nachwuchssorgen zu machen, doch die Zeiten langer Wartelisten sind vorbei. Auch die Arbeitslosigkeit in der Schweiz hat das Reservoir für die Garde nicht vergrößert. Der drahtige Kommandant bedauert in seinem Dienstzimmer unter den Porträts aller seiner Vorgänger, daß nicht mehr junge Männer in der Schweiz von der einmaligen Herausforderung Gebrauch machen: für zwei Jahre im Ausland, in der Weltstadt Rom mit ihren kulturellen Angeboten und ihrem Freizeitwert zu sein und im Zentrum der Weltkirche

Päpstliche Schweizer Garde

Der Kommandant der Garde gehört zur Päpstlichen Familie und ist Kammerherr Seiner Heiligkeit. Der Oberstleutnant und der Leutnant sind Kammerherren Seiner Heiligkeit.

**Kommandant: Oberst Roland Buchs
Kaplan: Msgr. Alois Jehle
Oberstleutnant: Alois Estermann
Major: Peter Hasler
Hauptmann: Roman Fringeli
Anschrift: I-00120 Citta del Vaticano
Tel.: 69883204; Fax: 69885122**

für den Papst Dienst zu tun.

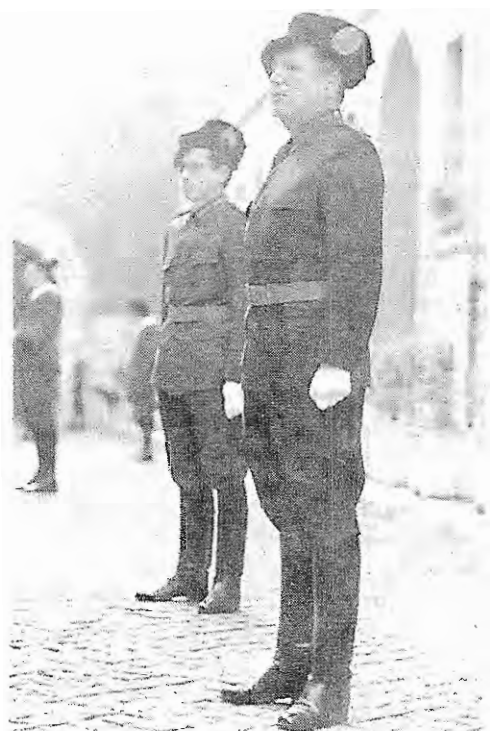
Von diesem Freizeitangebot machen die meisten Gardisten, die in ihren bunten Uniformen zu den meistfotographierten „Objekten“ Roms zählen, regen Gebrauch: Italienischkurse werden angeboten sowie die Möglichkeit, in der Musikkapelle oder in der Fußballmannschaft des „FC Guardia“ mitzuspielen. Dazu kommen Ausflüge ans nahe Meer oder in die Berge.

Für die jungen Schweizerhelfer besteht eine außerordentlich enge Bindung an Quartier und Dienst. Im Orientierungsblatt von Kommandant Buchs heißt es: „Von einem Gardisten wird erwartet, daß er sich dienstlich und außerdienstlich, entsprechend seiner ehren- und verantwortungsvollen Stellung, in religiöser, moralischer und soldatischer Hinsicht um eine tadellose Haltung bemüht und daß er seine Freizeit nutzbringend für seine Zukunft verwendet.“

Dennoch erweist sich Rom mitunter als gefährliches Pflaster für die sportlichen Schweizer: Neben zehn Sport-Unfällen, meist beim beliebten Basketball in der KasernenTurnhalle, registriert der Krankenbericht 1995 auch drei Motorradunfälle. Auch kann Schweizergardisten einmal das Temperament durchgehen: Das passierte zum Beispiel im Juni

1995, als einige von ihnen von der Feier eines Sieges der Waliser Fußballnationalmannschaft „feucht-fröhlich“ gestimmt heimkehrten und die Anlieger im Borgo Pio wegen nächtlicher Ruhestörung die italienische Polizei riefen.

Um Mitternacht, wenn sich das Anna-Tor als letztes Portal zum Vatikan schließt, müssen die Gardisten nach einem freien Abend wieder in der Kaserne sein. Ihr Quartier befindet sich links neben dem Anna-Tor an der südöstlichen Seite des Vatikan. Der Dienst eines Gardisten ist anstrengend: Im Sommer verfolgt er mit sehnsüchtigem Blick den Lauf der Sonne, bis der kühlende Schatten endlich seinen Standort erreicht. Im Winter wünscht er sich, die Verglasung der Loggien in den oberen Stockwerken des Apostolischen Palasts möge ihn wirkungsvoller vor Kälte schützen. Die Füße schmerzen an Sommertagen beim stundenlangen Stehen auf dem glühenden Asphalt an den Toren, an Wintertagen auf dem eisigen Marmorboden des Apostolischen Palasts. Und dennoch fühlen sich die meisten Gardisten als Privilegierte, denn so oft und so lange wie sie darf sich üblicherweise kein „Normalsterblicher“ in der Nähe des Papstes aufhalten.



Kommandant Roland Buchs (vorn) und Major Peter Hasler im normalen, täglichen Dienstanzug (Foto L'Osservatore Romano, Nr. 18/03.05.96)

AUS MILITÄRSEELSORGE, PGR UND GKS

„Soldatischer Dienst im Wandel – Zwischenrufe zu aktuellen Fragen“

Bundsvorsitzender der GKS zur Vorstellung des Buches von Karl-Heinz Ditzer am 26. April 1996 in Eichstätt

Für die Gemeinschaft Katholischer Soldaten danke ich der Katholischen Universität hier in Eichstätt, daß sie uns die Möglichkeit gegeben hat, in ihren Räumen in diesem festlichen Rahmen das Buch von Herrn Professor P. Dr. Karl-Heinz Ditzer mit dem Titel „Soldatischer Dienst im Wandel – Zwischenrufe zu aktuellen Fragen“ vorzustellen. Dem Dekan der Theologischen Fakultät, Herrn Professor Dr. Bucher, danke ich für seine freundliche Begrüßung.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten ist ein Zusammenschluß, ein Verband von katholischen Soldaten in der Bundeswehr. Gemäß ihrem Selbstverständnis möchte die GKS auf der Grundlage des christlichen Glaubens durch Begegnung, Besinnung und Bildung das Verantwortungsbewußtsein für den soldatischen Auftrag und die gesellschaftlichen Aufgaben schärfen; sie möchte darüber hinaus ihren Mitgliedern Lebenshilfe und geistige Heimat bieten und sie zum gemeinschaftlichen Handeln befähigen. Ein Ziel der GKS ist es, aus der Perspektive des christlichen Glaubens heraus Antworten auf die Lebensfragen und Lebensmöglichkeiten der Soldaten und ihrer Familien zu geben. Auf der Grundlage zeitgemäßer Menschenführung, entsprechend den Prinzipien der Inneren Führung in den Streitkräften, will die GKS Führern und Geführten sittlich-religiöse Orientierung und Bildung bieten.

Immer dann, wenn es um die Besonderheiten des soldatischen Berufes geht, möchte die GKS jeden einzelnen geistig-geistlich, aber auch praktisch im täglichen Dienstalltag begleiten. Besonders vor dem Hintergrund des erweiterten Aufgabenspektrums der Bundeswehr und beim aktuellen Ein-



Der Autor, Prof. Pater Karl-Heinz Ditzer, signiert sein von der GKS herausgegebenes Buch „Soldatischer Dienst im Wandel“ (Foto F. Brockmeier)

satz unserer Soldaten im ehemaligen Jugoslawien hat sich gezeigt, daß neben der rein fachlichen Vermittlung von Fertigkeiten und Fähigkeiten des Soldatenberufes geistig-seelische Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung von eminent hoher Bedeutung sind.

Viele Fragen, mit denen sich katholische Soldaten zwangsläufig auseinandersetzen müssen bzw. müßten, wenn sie sich selbst und ihren Beruf ernst nehmen, werden in den Aufsätzen dieses Buches oft neu, häufig ungewohnt gestellt; sie werden auch, oder zumindest teilweise beantwortet, wobei die Antworten oft schon in den Fragen stecken, die gestellt werden.

Ich danke an dieser Stelle dem Autor dieses Buches, Herrn Professor Ditzer, sehr herzlich für seine persönliche Anwesenheit während unserer Bundeskonferenz auf Schloß Hirschberg, aber besonders

natürlich für sein Hiersein in Eichstätt heute nachmittag und für seine Bereitschaft, gleich einige persönliche Ausführungen zu seinem Buch zu machen.

Pater Ditzer ist ein langjähriger Wegbegleiter und Freund unserer Gemeinschaft, auf dessen Rat wir auch in Zukunft nicht verzichten möchten. In unserem Sachauschuß „Innere Führung“ arbeitet er aktiv mit, dort fungiert er bisweilen als unser akademischer Lehrer, dessen Gedanken den unseren und der Zeit oft voraus waren. So hat er sich schon lange, bevor die Bundeswehr an den aktuellen Einsatz von Soldaten im Ausland dachte, mit den Vorbereitungen, der Begleitung und der Nachbereitung, die solche „scharfen“ Einsätze fordern, auseinandergesetzt.

(Zum Buch von P. Prof. Dr. Karl-Heinz Ditzer siehe auch S. 88)

Deserteure unter dem NS-Regime

Sachstand der Diskussion

Norbert M. Schütz

Bei seiner Sitzung am 12.04.1996 hat der Sachausschuß „Sicherheit und Frieden“ der GKS u.a. die Themen „Diskussion um einen Ehrenschatz für die Bw“, „Gesellschaftliche Dienste in der Bundesrepublik“, „Die Entwicklung in Rußland“ und das Thema „Deserteure“ behandelt. Zu diesem letzten Thema stellte Kapitän zS Norbert M. Schütz in knapper Form den Sachstand dar. Sein Bericht – ergänzt um den letzten Abschnitt „Einigung gescheitert“ nach einer Meldung der F.A.Z vom 9. Mai 1996 – wird hier wiedergegeben.

Das Thema beinhaltet drei Komponenten:

- eine soziale (Entschädigung nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG)),
- eine rechtliche (Wandlung in der Rechtsauffassung über die rechtliche Bewertung der Fahnenflucht im 3. Reich),
- eine politische (Bewertung der Fahnenflucht im 3. Reich als Akt des Widerstandes).

Vorbemerkung

Die Diskussion über die Rehabilitierung der Soldaten, die durch deutsche Kriegsgerichte wegen Desertation (Fahnenflucht) verurteilt wurden, wird seit den 80er Jahren geführt. Drei Ereignisse haben die Diskussion verschärft:

- Ein Urteil des Bundessozialgerichts (BSG) vom 11. 09.1991, wonach ein Deserteur als Opfer des Militärdienstes den „regulär“, d.h. gefallenen, Soldaten gleichzustellen sind, also nach dem BVG zu entschädigen sind.
- Der Beschluß der Justizminister vom 20./21.11.1995, die Unrechtsurteile gegen Angehörige der Wehrmacht während der NS-Zeit aufzuheben.
- Die Anträge der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD im Deutschen Bundestag vom 30.01.1995 mit der Forderung nach Rehabilitierung, Entschädigung und Versorgung für die Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und „Wehrkraftzersetzer“ unter dem NS-Regime bzw. Aufhebung der Unrechtsurteile wegen „Fahnenflucht/Desertion“ usw. während der NS-Gewaltherrschaft.

Soziale Komponente

Es ist davon auszugehen, daß heute nur noch wenige hundert betroffene einschließlich ihrer Familien (ca. 300) Entschädigungs- und Versorgungsleistungen erhalten werden, vorausgesetzt, alle Verur-

teilungen während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wegen der Tatbestände „Fahnenflucht“, „Wehrkraftzersetzung“, „Wehrdienstverweigerung“ werden kraft Gesetzes aufgehoben und als von Anfang an als Unrecht erklärt. An diesem Punkt beginnt der Streit der Meinungen und die eigentliche Diskussion.

Rechtliche Komponente

Sie steht zur Diskussion im Rechtsausschuß des Bundestages, in den Medien, Soldatenverbänden und zunehmend auch in großen Teilen der Bevölkerung. Worum geht es im wesentlichen?

SPD und Bündnis 90/Die Grünen – aber auch einzelne MdB der jüngeren Generation aus der CDU – betrachten die Strafurteile der Wehrmachtsgerichtsbarkeit im Kriege von Anfang an als unrechtmäßig und rechtsunwirksam. Sie begründen dies mit der angeblichen Instrumentalisierung der Kriegsgerichte für den völkerrechtswidrigen Krieg des NS-Regimes. Aus der Sicht der heutigen Rechtsordnung, basierend auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, haben Soldaten der Wehrmacht legitim gehandelt, wenn sie sich wie auch immer dem Kriegsdienst entzogen haben. Welche Beweggründe dabei eine Rolle spielten, ist dabei von untergeordneter Bedeutung (z.B. unpolitische Motive oder auch Feigheit). Als Begründung stellte z.B. die Richterin am Bundesverfassungsgericht (BVG),

Renate Jäger, anlässlich der Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung über Verbrechen der Wehrmacht im Vernichtungskrieg 1941–1944 mit dem Thema „Rehabilitation des ‘kleinen’ Widerstandes gegen das militärische NS-Unrecht“ fest und bezog sich dabei auf die BSG-Entscheidung 70,164: „... wird man auch die Opfer ihrer pazifistischen Gesinnung, die sich dem Wehrdienst verweigerten, als entschädigungswürdig ansehen müssen. Dies gilt nicht nur dann, wenn die Militärjustiz sie bestrafte, sondern auch bei der Schädigung in Form des Selbsttötens aus eben demselben Grunde.“ Frau Jäger kommt zu dem Schluß, daß an Unrechtsmaßstäben die damalige Zeit fortgelten müsse, würde die Versorgung versagt.

Um die unmenschliche Prozedur einer Nachprüfung bei den noch lebenden Opfern zu vermeiden, schlägt Frau Jäger eine pauschale Aufhebung der Urteile vor. Dies könne auf einer politischen Entscheidung beruhen, indem man die Wehrmachtsgerichte als Gerichte nicht im rechtsstaatlichen Sinne, sondern als Terrorinstrument der NS-Willkürherrschaft betrachtet – so wie dies einst für den Volksgerichtshof geschah.

Dieser hier grob und auf ein Minimum – daher auch sehr unvollkommen – zusammengefaßten Auffassung der einen Seite steht die andere gegenüber, die aus legalistischer Sicht operiert:

Die damals gefaßten Urteile bleiben weiterhin rechtswirksam, weil militärischer Ungehorsam allgemein geahndet werde. Eine Bestrafung wegen Fahnenflucht könne heute auch nachträglich nicht als rechtmäßig betrachtet werden, wenn sie aus Feigheit oder unter Gefährdung der Kameraden im Dienst geschah. Desertion im Einzelfall als politische Widerstandshandlung sollte dagegen rehabilitiert werden.

Diese Auffassung vertritt die große Mehrheit der Union und

Prof. Franz W. Seidler, Historiker an der Universität der Bundeswehr in München. Generalmajor (Bw) a.D. Jürgen Schreiber, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Soldaten und Ring Deutscher Soldatenverbände, befürchtet bei einer angestrebten Rehabilitierung negative Folgen auf die Disziplin der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland.

Zusammenfassend zur rechtlichen Dimension: Es bleibt abzuwarten, ob sich bei der Bewertung dieses Vorganges das Prinzip der Legitimität, d.h. der Rechtmäßigkeit und Rechtssprechung in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Grundgesetzes durchsetzt oder das Prinzip der Legalität, d.h. der Beachtung und weiterhin als bindend gültig zu betrachtenden Rechtes während des Zweiten Weltkrieges. Hier wird es zu einer Entscheidung kommen müssen, wobei es nicht einer gewissen politischen Pikanterie entbehrt, zum Teil analoge Vorgänge bei der Aufarbeitung der in der ehemaligen DDR begangenen Straftaten vorzufinden.

Politische Komponente

Unsere Gesellschaft befindet sich in einem Meinungswandel, was zum einen die Bewertung von Streitkräften als Mittel der Politik und zum anderen einen zunehmenden Pazifismus anbetrifft. Sowohl die wachsende Zahl der Kriegsdienstverweigerer als auch das Drängen, besondere Denkmäler für Deserteure zu errichten, sind Beispiele dafür. Im Hinblick auf die von der Wehrmachtsgerichtsbarkeit unabhängig tätig gewordenen Standgerichte und auf den Führerbefehl vom 28. November 1944 betr. „Befehlsführung bei abgeschnittenen Truppenteilen“ muß die Zahl der rechtswidrigen Todesurteile an Soldaten wesentlich höher angesetzt werden als bisher registriert.

Dieser Umstand und die heutzutage ans Licht tretende neue Erkenntnisse über die Biographien hoher deutscher Militärs des Zweiten Weltkrieges stimmen nachdenklich. Sie stellen Fragen nach der Verstrickung der Wehrmacht in den Expansions- und Vernichtungsdrang Hitlers. Damit einher geht die Frage nach einer Neu-

bewertung der Handlungsweise eines jeden Soldaten der Wehrmacht je nach Wissen, Verantwortungsgrad und -vermögen.

Aus dieser Überlegung heraus ergibt sich m.E. eine einzige Antwort: Eine pauschale Rehabilitierung der Fahnenflüchtigen kann es nicht geben, da Fahnenflucht aus den unterschiedlichsten Gründen erfolgte. Dort jedoch, wo das Motiv der Desertion eindeutig und nachweisbar den Charakter des Widerstandes zum NS-Regime hatte, sollte eine Entschädigung nach dem BVG gewährt werden. Auf eine Einzelfallprüfung kann wegen möglicher mißbräuchlicher Angaben nicht verzichtet werden.

Einigung gescheitert

Die seit langem angestrebte Einigung über die Rehabilitation und Entschädigung von Wehrmachtsdeserteuren ist zunächst einmal gescheitert. Ein gemeinsamer Entschließungsantrag der Bundestagsfraktion von CDU/CSU, SPD und FDP wurde im Rechtsausschuß des Bundestages am 8. Mai nicht beschlossen, eine Entscheidung wurde vertagt. Nach Aussagen der Grünen und der CDU scheiterte die Übereinkunft an der SPD. Der CDU-Politiker Scholz warf den Sozialdemokraten vor, sie hätten einem zuvor vereinbarten Entschließungsantrag ihre Zustimmung entzogen. Der SPD-Politiker Kröning wies diesen Vorwurf zurück. Die Fraktionen hätten sich noch keine abschließende Meinung über den umstrittenen Text gebildet.

Nach Darstellung von Beck, rechtspolitischer Fraktionssprecher der Grünen, und Scholz beide Mitglieder des Rechtsausschusses hat sich der Streit an einer Passage des Entschließungsantrags von Koalition und SPD entzündet. Dort geht es um Wehrmachtsoldaten, die wegen Fahnenflucht Kriegsdienstverweigerung und Wehrkraftzersetzung verurteilt wurden. Wörtlich heißt es: „Wegen dieser Tatbestände ergangene Urteile sind bei Anwendung grundlegender rechtsstaatlicher Wertmaßstäbe Unrecht. Anderes gilt, wenn bei Anlegung dieser Maßstäbe die der Verurteilung zugrundeliegende Handlung auch heute Unrecht wäre.“ Die Union besteht vor allem

auf dem zweiten Satz, weil nur so vermieden werden könne, daß grundsätzlich jede Form von Desertion gutgeheißen werde. Sei ein Soldat etwa unter kriminellen Begleitumständen desertiert, so müssen diese genau untersucht werden, bevor er rehabilitiert oder entschädigt werde. Die Fahnenflucht könne nicht pauschal und in jedem Falle gutgeheißen werden. Die Grünen, offenbar aber auch die SPD, befürchten, daß es so zu einer Einzelfallprüfung kommen könnte.

Zum praktischen Verfahren teilte Scholz mit, wer für sich beanprüche, zu Unrecht wegen Desertion, Kriegsdienstverweigerung oder Wehrkraftzersetzung verurteilt worden zu sein, müsse sich an die Oberfinanzdirektion Köln wenden. Falls die Behörde Bedenken gegen die Darstellung des Antragstellers habe, müsse sie ihm nachweisen, daß seine Fahnenflucht unter Begleitumständen (etwa kriminelle Handlungen) geschehen sei, die eine Rehabilitierung unmöglich machten. Mithin gelte die Unrechtsvermutung gegenüber dem Urteil der NS-Militärjustiz. Scholz sagte, der Entschließungsantrag ziele auf Großzügigkeit. Er sei von der Entwicklung enttäuscht. Zwar werde man sich weiter um eine Einigung bemühen, er erkenne jedoch noch nicht, wie es weitergehen solle.

Termine 1996

05.07.	Sitzung SA F+F in Bonn
11.–25.07.	Jakobuswallfahrt auf dem Camino in Spanien
02.08.	Sitzung IS in Bonn
19.08.	Strandfest der GKS im WB I in Olpenitz
22.–25.08.	Sitzung SA S+F und SA InFu in Görlitz
08.–10.09.	Familienwochenende WB I im Haus Tanneck
09.09.	Sitzung EA in Bonn
10.09.	Teilnahme GKS WB I an Answeruswallfahrt
12.–15.09.	Katholischer Kongreß in Hildesheim
20.–22.09.	WB V: WB/AK in Heiligkreuztal
26.09.–03.10.	AMI-Konferenz 1996 in Dribergen/NL "Ethik soldatischen Dienstes in Wehrpflicht- und Freiwilligenstreitkräften"
27.–29.09.	WB VI: WB/AK in Windisch-Eschenbach

Ein Kirchenvolksbegehren ganz anderer Art

- 700.000 Pilger bei der Heilig-Rock-Wallfahrt in Trier
- 2.100 Teilnehmer beim Internationalen Soldatentag

Carl Ursprung

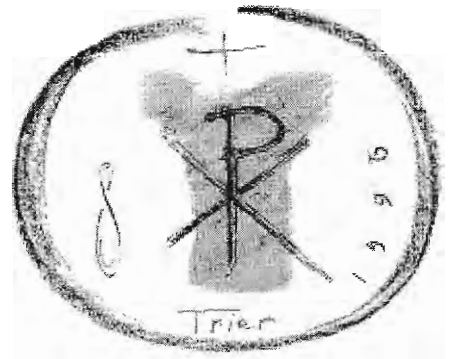
Zur Heilig-Rock-Wallfahrt 1996

Manch einem erschien es als gewagtes Unternehmen, als der Bischof von Trier in seiner Sylvesterpredigt 1992 für das Jahr 1996 zu einer sogenannten Heilig-Rock-Wallfahrt nach Trier einlud (vgl. Auftrag Nr. 223, Seite 80f). Die Bedenken erwiesen sich im nachhinein als unbegründet. In den vier Wochen der Wallfahrt vom 19. April bis 16. Mai 1996 wurden in Trier etwa 700.000 Pilger gezählt.

Eine geistliche, heitere und zuversichtliche Atmosphäre konnte man in diesen Wochen in Trier erleben. Jeder spürte: Hier findet ein Kirchenvolksbegehren ganz anderer Art statt!

Soldatenröcke bestimmten am 9. Mai 1996 das Bild der Trierer Heilig-Rock-Wallfahrt. Am „Internationalen Soldatentag“ waren rund 2.100 Soldaten und zivile Mitarbeiter deutscher, amerikanischer, französischer, rumänischer und luxemburgischer Streitkräfte zur Wallfahrt gekommen. Sie zogen angeführt vom Koblenzer Heeresmusikkorps 300 unter den Klängen von „Fest soll mein Taufbund immer stehen“ von der Konstantin-Basilika zum Gottesdienst in den Dom. Nach der Messe kam es im Pilgerzelt zu einer „Internationalen Stunde der Begegnung“. Motto des Soldatentages in Trier war „Frieden – Freiheit – Völkerverständigung“.

(Foto R. Fromm)



Art.

Da gab es die Fußpilger, die teils tagelang nach Trier unterwegs waren, andere machten sich per Dampfer moselaufwärts auf den Weg. An „Großkampftagen“ wurden mehrere hundert Omnibusse gezählt. Nicht immer reichte der Bahnsteig des Trierer Hauptbahnhofs für die Länge der Sonderzüge aus.

Das „Drumherum“ zeugte von einer teils ungewöhnlichen Kreativität, wie z. B. die Ausstellung in der evangelischen Konstantinbasilika, wo „Kunstwerke“ zu sehen waren, die zeigen, was Kindern zum Heiligen Rock einfiel.

Die Katholische Jugend ging mit ihrem Rock-Festival „hautnah“ auf Tuchfühlung, Vertreter von zehn christlichen Kirchen versammelten sich am Tag der Ökumene um den Herrn.

Nicht weniger als 42 Bischöfe zogen am Tag der Weltkirche in den überfüllten Dom ein.



An bestimmten Wallfahrtstagen, vor allem an den Samstagen und Sonntagen, wenn die Pilgerzahl sprunghaft anstieg, konnte es durchaus bis zu zwei Stunden dauern, bis man in den Dom hinein kam, um die Tunica zu sehen.

Kein Geschiebe, kein Gedränge, ein geduldiges (Er-)warten!

Der Internationale Soldatentag

Als mich im Herbst 1994 aus Trier die Anfrage erreichte, ob wir, wie bei der Wallfahrt 1959 einen Soldatentag gestalten wollten, wußte ich zunächst nicht, wie das gehen sollte. Würden sich Soldaten für so etwas interessieren? Wie sollten Teilnehmer gewonnen werden? Würden die Pfarrer mitziehen? Solche Fragen stellten sich. Hinzu kam die Wahl eines günstigen Termins, die thematische Gestaltung eines Soldatentages etc.

Eine vorsichtige hoffnungsvolle Überschlagsrechnung ergab, daß wir schon mit einigen hundert Teilnehmern würden rechnen können. Gleichwohl waren die Signale nicht eindeutig, sondern widersprüchlich. Sagte der eine Standortpfarrer: „Welchen Soldaten soll ich denn für die Heilig-Rock-Wallfahrt begeistern?“, meinte ein anderer: „Ich karre alles hin, was möglich ist.“

Gleich wie 1959 wollten wir einen Internationalen Soldatentag gestalten und luden französische und amerikanische Soldaten, die in Rheinland-Pfalz stationiert sind, und auch die Angehörigen der Luxemburger Armee dazu ein.

Zu Beginn des Jahres 1996 ging es dann quasi in die heiße Phase, Unterstützung erfuhren wir beim Wallfahrtsbüro in Trier durch den Geschäftsführer, Herrn Wolfgang Meyer und den Leiter der Abteilung Jugend, Herrn Ingo Radtke. Der Befehlshaber im Wehrbereich IV stellte uns mit Herrn Hauptmann Ziegler einen Projektoffizier zur Verfügung. Kommandeure aus rheinland-pfälzischen und saarländischen Standorten sagten ihre Unterstützung zu.

Das Ergebnis übertraf alle unsere Erwartungen:

- 1.200 Angehörige der Bundeswehr
- 550 amerikanische Soldaten
- 250 französische Soldaten
- 60 luxemburgische Soldaten
- 50 belgische Soldaten

fanden sich am 09. Mai 1996 zum Wallfahrtstag ein.

Um 08.15 Uhr spielte das Musik-Korps 300 aus Koblenz auf dem Vorplatz der Konstantin-Basilika, der sich nach und nach mit Soldaten der verschiedensten Nationen füllte.

Nach der mehrsprachigen Begrüßung durch den emeritierten Trierer Weihbischof Karl Heinz Jacoby formierte sich die Prozession der Uniformierten zum Dom. Dort erwarteten uns schon viele „Zaungäste“. Einen Internationalen Soldatengottesdienst zu erleben, lockte zahlreiche zivile Pilger an.

Der Trierer Ortsbischof Dr. Hermann Josef Spital stand dem Gottesdienst vor. In seiner freundlichen Begrüßung würdigte er den Dienst des Soldaten in dieser Welt.

Es konzelebrierten der französische Militärbischof Michel Dubost, die Trierer Weihbischöfe Dr. Alfred Kleinermeilert und Leo Schwarz, der in deutsch, englisch und französisch predigte. Weiterhin zeigten mehrere Mitglieder des Domkapitels ihre Verbundenheit mit den Soldaten und der Militärseelsorge.

Zahlreiche in- und ausländische Militärpfarrer versammelten sich um den Altar. „Es herrschte eine geistliche Atmosphäre“, sage mir ein befreundeter Priester, der im

Dom unter den Soldaten stand. Nach dem Gottesdienst übernahmen Soldaten den Ehrendienst am Schrein mit dem Heiligen Rock und gestalteten die Gebetsstunden während die uniformierten Pilger am Heiligen Rock vorbeigingen.

Das Pilgerzelt war dann der Treffpunkt für die Internationale Stunde der Begegnung, bei der wiederum das Heeresmusik-Korps die musikalische Gestaltung übernahm. Bischof Spital suchte bei einem Rundgang durch das Pilgerzelt den Kontakt mit den Soldaten.

Szenen, die wir sonst nur von der Internationalen Soldatenwallfahrt in Lourdes kennen, konnte man auch in Trier sehen: Das Gespräch zwischen den Soldaten verschiedener Nationen, das Tauschen von Abzeichen oder gar Uniformteilen.

„Frieden – Freiheit – Völkerverständnis“ waren das Thema der Soldatenwallfahrt. Es wurde verwirklicht im gemeinsamen Gottesdienst der vielen Sprachen und Nationen und in der internationalen Stunde der Begegnung.

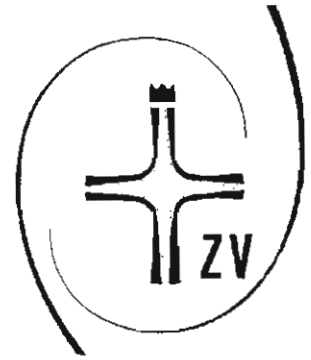
So möge über den Tag hinaus wirken und Wirklichkeit werden, was das Trierer Pilgergebet ausdrückt: „Jesus Christus, Heiland und Erlöser, erbarme dich über uns und über die ganze Welt. Gedenke deiner Christenheit und führe zusammen, was getrennt ist. Amen.“

Fototermin am Rande der „Internationalen Stunde der Begegnung“. Der französische Militärbischof Michel Dubost (Mitte rechts) im Gespräch mit dem Trierer Bischof Hermann Josef Spital, umgeben von Militärpfarrern der verschiedenen Länder. Zweiter von rechts der Katholische Wehrbereichsdekan IV, Msgr. Carl Ursprung. (Foto R. Fromm)



Gemeinsam und mit Zuversicht auf dem Weg zum Herrn

Kurzbericht von der 36. Woche der Begegnung



Auf Schloß Hirschberg in Beilngries/Oberbayern fand in der Zeit vom 22.–27.4.1996 die 36. Woche der Begegnung der organisierten Laienarbeit in der Katholischen Militärseelsorge statt. In den ersten Tagen traf sich die Zentrale Versammlung, das Beratungsgremium des katholischen Militärbischofs; sie entspricht dem Diözesanrat in einem „zivilen“ Bistum.

Die Zentrale Versammlung (ZV) stand unter dem Motto „Sammeln – Stärken – Senden. Mit Zuversicht auf dem Weg“.

Schwerpunktthema „Ökumene“

Eines der Hauptthemen war die Ökumene. Sie wird gerade im Bereich der Militärseelsorge tagtäglich praktiziert. Allerdings: Verwischen der bestehenden Gegensätze würde keiner der Konfessionen, und sicher nicht dem Glauben nutzen. Erzbischof DDr. Johannes Dyba, der Katholische Militärbischof, drückte es so aus: „Wir gehen auf ein Ziel zu, möglichst nahe

beieinander. Aber die Einheit kann nicht erzwungen werden, sie ist eine Verheißung: Beim gemeinsamen Ziel treffen wir uns, bei Christus, unserm Herrn“. Ökumene heißt also, gemeinsam auf dem Weg zum Herrn, und gegenseitige Hilfe auf diesem Weg, wo immer möglich.

Militärseelsorge setzt auf Laien

Eine verstärkte Mitwirkung von Laien strebt die katholische Militärseelsorge in Deutschland an. Sie werde von der Vorgabe einer flächendeckenden Seelsorge nicht abrücken, sagte Militärgeneralvikar Prälat Jürgen Nabbe-feld am Montagabend bei der Eröffnung der Zentralen Versammlung. Dies sei aber nur durch des Zusammenwirken verschiedener kirchlicher Berufe zu erreichen. Bisher seien zwei Drittel der Militärseelsorger Priester und ein Drittel Pastoralreferenten.

Im Blick auf die anstehenden Verhandlungen mit den Diözesen,

die Priester für die Aufgabe freistellen sollen, zeigte sich Nabbe-feld skeptisch, ob die bisherige Zahl an Militärpfarrern zu halten sei. Die Militärseelsorge setze deshalb auch auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Pfarrgemeinden vor Ort. Dazu sei es notwendig, daß der zivile Gemeindepfarrer „eine Kaserne auch einmal von innen gesehen hat“. Darüber hinaus verwies Nabbe-feld auf Probleme in der Praxis der Militärseelsorge. Er nannte in diesem Zusammenhang die zunehmende Zahl ungetaufter oder dem christlichen Glauben fernstehender Offiziere, die mit den Angeboten der Militärseelsorge nichts anfangen könnten. Die Bundeswehr würde sich selbst den schlechtesten Dienst erweisen, wenn sie bei der seelsorglichen Betreuung der Soldaten Abstriche zuließe oder den konfessionell offenen lebenskundlichen Unterricht streiche, sagte der Militärgeneralvikar.

Nichtchristliche Soldaten seelsorglich betreuen

Militärdekan Prälat Walter Theis, Referatsleiter „Kirche und Gemeinde“ im Katholischen Militärbischofsamt wies auf die Notwendigkeit einer seelsorglichen Betreuung nichtchristlicher Soldaten hin. Er könne sich durchaus seelsorgliche Angebote für die wachsende Zahl der Muslime in der Bundeswehr vorstellen, erklärte er. Ebenso müsse es für Atheisten Möglichkei-

Wenn katholische Soldaten sich versammeln, stehen Altar und Feier der Eucharistie im Mittelpunkt, und diejenigen die Christus in der Kirche unter Soldaten vertreten: der Militärbischof mit seinen Militärgeistlichen. Blick von der Empore der Kapelle im Bildungshaus der Diözese Eichstätt, Schloß Hirschberg (Foto F. Brockmeier)



Militärbischof DDr. Johannes Dyba nimmt vor dem Plenum Stellung zur Beratung und den Ergebnissen der Zentralen Versammlung
(Foto F. Brockmeier)

ten geben, sich mit ihrer Form der Ethik zu befassen. Theis warnte zugleich vor einer zunehmenden Zahl frustrierter Militärpfarrer, deren Seelsorgebezirke räumlich immer größer würden. Es sei tragisch für den einzelnen Soldaten, aber vor allem auch für den Priester, wenn dem Pfarrer nur wenig Zeit für Seelsorgsgespräche bleibe, weil er in seinem Pfarrgebiet ständig „auf Achse“ sei.

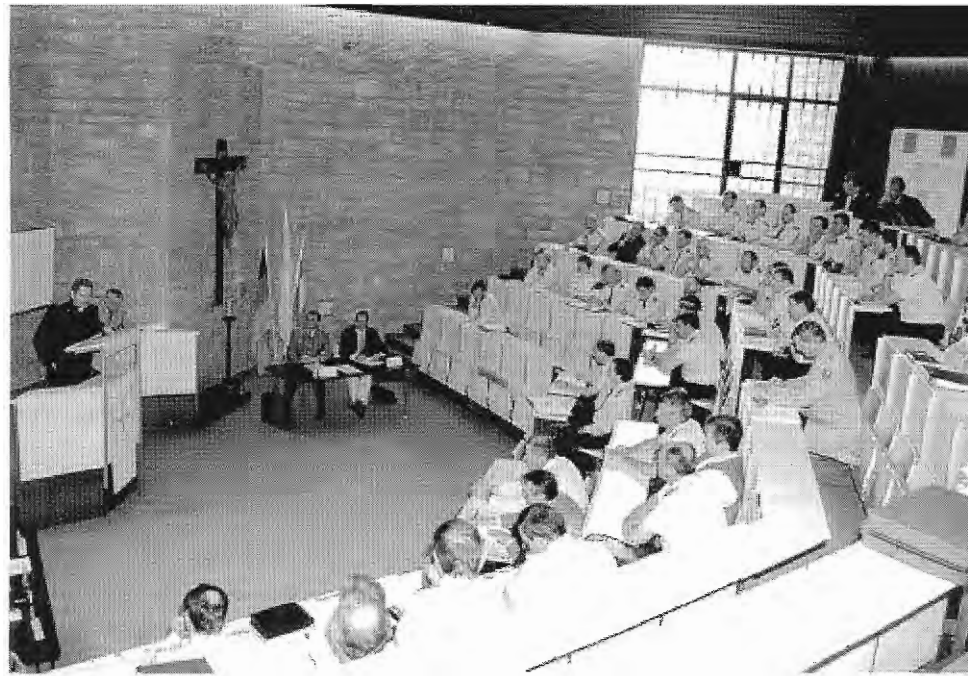
Beratungen

Die Delegierten wählten zwei Vertreter für das Zentralkomitee der deutschen Katholiken für vier Jahre, Brigadegeneral Friedhelm Koch und Oberstleutnant Helmut Jermer.

Beschlossen haben die Delegierten, in Anlehnung an RENOVABIS, eine Weiterführung eines Projektes in Nitra/Slowakei, in dem sozial unterprivilegierte Jugendliche Aufnahme in einer Kommunität finden und der Hilfe bedürfen, um die notwendige Infrastruktur selbst herzurichten. Hier konnten durch Spenden, Kollekten bei Standortgottesdiensten usw. im vergangenen Jahr gut 28.000 Mark zur Verfügung gestellt werden.

Ein Denkmodell für eine neue Struktur der Pfarrgemeinderäte in der Militärseelsorge wurde vorgestellt und diskutiert. Dabei stand die Bedeutung der örtlichen Pfarrgemeinde für die Soldaten und ihre Familien auf der umfassenden Tagesordnung.

Der Bundesvorsitzende der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), Oberstleutnant Karl-Jürgen Klein, wies in einem Bericht an den Militärbischof darauf hin, daß die Begleitung durch Militärpfarrer gerade bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr unerlässlich sei. „Wir brauchen sie – aber sie brauchen auch uns Laien. Das gilt besonders für die Mitarbeit in Standorten, wo jetzt kein Militärpfarrer mehr ist oder wo er die Truppe im Einsatz begleitet. Hier wollen wir uns als GKS einbringen, besonders auch bei der Betreuung der Familien der Solda-



ten im Einsatz.“

Er dankte dem Militärbischof, daß er als oberster Geistlicher in der Militärseelsorge immer für die Soldaten da sei und in der ihm eigenen Art für sie eintrete – in der Kirche wie in der Öffentlichkeit.

Höhepunkt der Tagung war ein Pontifikalamt, welches der Katholische Militärbischof, DDr. Johannes Dyba, mit den anwesenden (Militär-)Geistlichen konzelebrierte. Dabei unterstrich er, heute gelte es, Kirche sein zu wollen und Christ sein zu wollen – heute gehe es um das Ganze. Es gelte, Zeugnis zu geben und sich zu bekennen, wie es seinerzeit Kardinal Graf Galen in Münster getan habe: „Ich bin katholisch bis auf die Knochen und treu deutsch“. – „Treten wir heute so auf, daß dies richtig ist“, sagte Erzbischof Dyba.

Am anschließenden Empfang mit namhaften Vertretern aus Kirche, Politik und Bundeswehr nahm auch der neue Bischof von Eichstätt, Dr. Walter Mixa, teil. Er wies in seinem Grußwort auf die Wichtigkeit des Entschlusses Konrad Adenauers hin, vor mehr als 40 Jahren neue deutsche Streitkräfte aufzustellen. Der Dienst der Bundeswehr und der Einsatz ihrer Soldaten sei auch in dieser Zeit für unsere Gesellschaft von entscheidender Bedeutung; deutsche Streitkräfte hätten wesentlich dazu beigetragen, daß die kommunistische Weltanschauung heute nicht in Europa herrsche. Die Sol-

daten, unter ihnen unsere Wehrpflichtigen in der Bundeswehr, hätten Anspruch darauf, daß der Sinn ihres wichtigen Dienstes für die Gesellschaft ihnen immer wieder verdeutlicht und von der Gesellschaft anerkannt werde, erklärte Mixa.

Eine ausführliche Dokumentation der 36. Woche der Begegnung, insbesondere der Bundeskonferenz der GKS vom 25.–27.04.1996 in Beilngries folgt im AUFTRAG 226. Die am 27.04.1996 verabschiedete Erklärung der GKS „Soldat im internationalen Einsatz“ ist auf den Seiten 41–43 in dieser Ausgabe des AUFTRAG wiedergegeben. (PS)

Termine 1996

- | | |
|------------|--|
| 04.–06.10. | WB IV: WB/AK in Naumburg |
| 09.–10.10. | Tagung GKMD in Hünfeld „soziales Engagement von Männern“ |
| 11.–13.10. | Sitzung BV GKS in Berlin |
| 23.–27.10. | Seminar 3. Lebensphase in Nürnberg |
| 22.–23.11. | Vollversammlung ZdK |
| 22.–24.11. | WB II: WB/AK in Wörthausen |
| | WB III: WB/AK in St. Meinolf |
| 25.–26.11. | Herbsttagung GKMD |
| 25.11. | Sitzung EA in Bonn |
| 25./25.11. | Herbsttagung GKMD in Fulda |

WEHRBEREICH II

„Wozu heute noch glauben?“ – Arbeitskonferenz beim Kath. Wehrbereichsdekan II

Zweimal im Jahr tritt die Arbeitskonferenz beim Kath. Wehrbereichsdekan II zusammen: Jeweils im Herbst in Worpshausen bei Wörpswede und im Frühjahr immer an einem anderen Ort im Wehrbereich. Delegierte dieser Arbeitskonferenzen sind Mitglieder aus den Militärpfarrgemeinderäten in den Seelsorgebezirken. Familienangehörige können zu diesen Konferenzen mitgebracht werden.

Anfang Februar war nun die Frühjahrskonferenz im Priorat St. Benedikt bei den Benediktinerpatres in Damme. Nachdem am Freitag die Örtlichkeit in Augenschein genommen wurde und alle Teilnehmer sich bekanntgemacht hatten, begann am Samstag die inhaltliche Arbeit.

Es wurden Fragen in den Raum gestellt, wie: „Wozu heute noch glauben?“ und „Brauchen wir heute Kirche?“

Sehr behutsam und informativ führte der Leiter dieser Konferenz, Herr Militärdékan Heinz-Peter Miebach, in diese Thematik ein. Der Vormittag war ausgefüllt mit Gesprächseinheiten zu diesem Thema und mit zeitweiligen nachdenklichen Phasen, die uns alle sehr bereicherten.

Wenn Frauen eine Reise tun dann erleben sie etwas!

Dieses Gefühl des Erlebens hatten 32 Frauen von Soldaten, die sich Anfang März 1996 zu einem Wochenende in Vechta im Antoniushaus (Exerzitien- und Tagungshaus der Schwestern *Unserer lieben Frauen*) zusammenfanden. Das Wochenende war ausgeschrieben von der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) im Wehrbereich II. Die Frauen kamen aus den Seelsorgebezirken Bremen, Bremervörde, Cuxhaven, Schwanewede, Celle, Hannover, Wunstorf, Hildesheim, Göttingen und Lingen.

Am Freitag gab es verschiedentlich ein großes Hallo, weil man sich nach langer Zeit wiedergesehen hatte. Aber auch Frauen, die erstmals an solch einer Veranstaltung teilnahmen, fanden sich nach kurzer Zeit gut in die Gemeinschaft ein. Unser Wehrbereichsdekan aus Hannover, Heinz-Peter Miebach,

Am Nachmittag führte uns ein Besuch nach Cloppenburg ins Museumsdorf. Die Wege zu den einzelnen Häusern waren tief verschneit und wegen der Winterpause im Museumsdorf auch unberührt geblieben. Für die Kinder und auch für uns Erwachsene war es ein Vergnügen, auf diesen Wegen zu gehen.

Eine weitere Gesprächseinheit war für den Sonntagvormittag vorgesehen. Nach unserem gemeinsamen Gottesdienst, der auch für die Kinder sehr eindrucksvoll von Herrn Dékan Miebach gestaltet wurde, sprachen wir über Probleme der lebendigen Seelsorge: „Wie können wir uns lebendige Seelsorge unter Soldaten heute vorstellen?“

Auch hier wurden Impulse aus der Gruppe in die große Runde gegeben, und es entstand eine lebhaft Diskussion. Wir kamen zu dem Ergebnis, daß jeder für sich in seinem eigenen kleinen Raum beginnen muß, lebendige Seelsorge zu gestalten – unabhängig davon, ob man Soldat ist oder nicht. Im weiteren Verlauf der Gespräche stellte sich jedoch heraus, daß es dazu einiger Hilfen bedarf, damit dieses gelingen kann. (Brigitte Mathias)

und eine Referentin aus Celle, Frau Koschick, begleiteten uns an diesem Wochenende. Schwerpunkt war das Thema „Die Frau: Mutter und Tochter – zwischen den Generationen – zwischen den Stühlen“.

Nachhaltig wirkende Gespräche in Klein- und Großgruppen, Austausch von Erfahrungen untereinander (weil ältere und jüngere Frauen dort waren) wurden von allen Frauen als sehr hilfreich für eigene Überlegungen empfunden. Auch meditative Gedanken, liturgische Tänze und ein auf unsere Situationen abgestimmter Gottesdienst gehörten zum Erlebnisreichtum an diesem Wochenende.

Mit dem Wunsch, in jedem Jahr solch eine Veranstaltung anzubieten, gingen diese Tage froh zu Ende. Dank allen Beteiligten! (Brigitte Mathias)

WEHRBEREICH VI

Pioniere für IFOR

Die Vorbereitungen zur Aufstellung des 3. Kontingents für die IFOR-Truppen im ehemaligen Jugoslawien werfen ihre Schatten voraus. Bei der Wochenendveranstaltung des GKS-Kreises Ingolstadt vom 09. bis 11.02.1996 in der Kolping-Familienferienstätte Immenreuth/Fichtelgebirge wurde deshalb die seelsorgerische Betreuung und soziale Absicherung der Familien im Hinblick auf den Einsatz Ingolstädter Pioniere als Thema gewählt.

In der vom Vorsitzenden Norbert Rödl engagiert organisierten Veranstaltung, behandelte die Referentin Sabine Pongratz vor allem die sozialen Aspekte, insbesondere im Familien- und Erbrecht. Gerade dieser Themenkomplex stand bei den 60 Teilnehmern im Vordergrund des Interesses. Über die seelsorgerische Betreuung konnte Norbert Rödl nur einen kleinen Abriss aufzeigen, da der als Referent vorgesehene Militärpfarrer kurzfristig abgesagt hatte.

Auch für die 20 Kinder aller Altersgruppen war es durch angeleitetes Basteln von Faschingsmasken und durch freies Toben in der weitläufigen Anlage ein kurzweiliges Wochenende. Der Faschingszeit angepaßt waren die geselligen Runden an den Abenden mit lustigen musikalischen Beiträgen und Sketchen bewährter GKS-Mitglieder. Nach einem unkonventionellen Sonntagsgottesdienst klang das Wochenende des GKS-Kreises Ingolstadt mit dem Mittagessen aus. (Helmut Häckl)

Was die Arbeitskonferenz bewegt

Insgesamt 59 Delegierte und Familienangehörige aus den Standorten des Wehrbereich VI trafen sich zur Arbeitskonferenz I/96 im Kolpinghaus Dechantshof bei Teisendorf. Unter der Leitung von WB-Dékan Msgr. Peter Rafoth, unterstützt durch den Moderator OTL i.G. Franz-Josef Pütz und den GKS-Vorsitzenden Hptm Albert Goll, erwartete die Teilnehmer ein Programm, von dem auch der stellv. Bundesvorsitzende der GKS, OTL Paul Brochhagen, sehr angetan war.

In der aktuellen Fragestunde „Jetzt red' i“ berichteten die Delegierten aus der Praxis für die Praxis. Das

besondere Interesse galt der künftigen Struktur der Militärseelsorge, denn von den ehemals 32 Seelsorgestellen im Wehrbereich VI werden maximal 20 übrig bleiben. Daß in den übergroßen Seelsorgebezirken mit dem „fliegenden Pfarrer“ die Militärseelsorge nicht einfacher wird, war allen Anwesenden klar. Begrüßt wurde auch der Brief des Kommandierenden General des II. Korps, Generalleutnant Edgar Trost, an seine Kommandeure, in dem er seine Sorge über die Zukunft der Militärseelsorge zum Ausdruck bringt und alle Vorgesetzten an ihre Verantwortung erinnert. Die Delegierten äußerten auch den Wunsch, daß bei Vakanzen vermehrt Pastoralreferenten und Militärpfarrer im Nebenamt eingesetzt werden sollten.

Das Hauptreferat zum Thema „Ist die Kirche Reparaturwerkstatt des Sozialstaates?“ hielt Msgr. Peter Neuhauser, Caritasdirektor der Erzdiözese München-Freising. Er erläuterte Entstehung, Zielsetzung und Reaktionen auf das Diskussionspapier der Deutschen Bischofskonferenz und der EKD „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“. Er stellte klar heraus, daß die kath. Soziallehre mit ihrem Subsidiaritätsprinzip die Selbstentwicklung des Menschen stärken müsse. Kirchliche Sozialpolitik dagegen müsse die Defizite im sozialen Netz herausfinden, schonungslos aufdecken und Möglichkeiten der Abhilfe aufzeigen. In der angeregten Diskussion wurde herausgestellt, daß die Hilfe für die Schwächsten in unserer Gesellschaft (Kinderreiche, Alleiner-



ziehende, Aussiedler, Asylsuchende, Abhängige, Pflegebedürftige) Priorität in der kirchlichen Sozialarbeit haben muß. Dabei wurde auch deutlich, daß angesichts der knappen Mittel die Arbeit der ehrenamtlichen Helfer immer mehr Bedeutung gewinnt und deshalb auch entsprechend „honoriert“ werden sollte.

Bei einer Exkursion nach Bad Reichenhall mit einer Führung von Frau Bauregger durch die Alte Saline konnten die Tagungsteilnehmer dem jahrhundertealten „Geheimnis vom weißen Gold“ nachspüren.

Getrennte Sitzungen der Pfarrgemeinderäte und der Delegierten der GKS befaßten sich mit aktuellen Fragen und mit der Vorbereitung der Delegierten für die ZV bei der 36. Woche der Begegnung. Die Sammlung für die Nachbarschaftshilfe „Brücken nach Osteuropa“ erbrachte den stolzen Betrag von 712.- DM.

50 der 59 Teilnehmer an der Arbeitskonferenz VI fanden sich zum Gruppenfoto im Innenhof des Kolpinghauses Dechantshof bei Teisendorf ein.

(Foto K. Bläser)

Der Frauenkreis unter der Leitung von Ute Daumann verstand es wiederum, für den Sonntagsgottesdienst das Evangelium von der wunderbaren Heilung eines Blinden bildhaft „in Szene zu setzen“. (Albert Goll)

WEHRBEREICH VII

Hauptmann Frank O. Schimmel hat von Oberstleutnant Elmar Thiekötter den Vorsitz im GKS-Kreis Leipzig übernommen, der Anfang 1991 von Oberst i.G. Michel als „ethischer Gesprächskreis“ gegründet wurde

PERSONALIA

Oberstleutnant a.D. Karl-Heinz Tenschert (*05.07.1932) starb plötzlich und völlig unerwartet am 17. März 1996 während eines von ihm geleiteten Seminars zum 3. Lebensabschnitt in Nürnberg. Tief betroffen nahmen zahlreiche ehemalige und aktive Soldaten, gemeinsam mit der Familie, vielen Bekannten und Freunden an der Trauerfeier in St. Augustin teil. Mit Frau Irmgard Tenschert und den Söhnen Carl-Albrecht und Dietrich trauert die Gemeinschaft Katholischer Soldaten um ein langjähriges Mitglied, das sich als Vorsitzender der GKS im Wehrbereich III (1973-1989) und als engagierter Laie in der Militärseelsorge besondere Verdienste erworben hat. Karl-Heinz Tenschert hat Apostolat und kirchliche Verbandsarbeit als seine Sendung und Aufgabe gesehen. Entsprechend der ihm verliehenen

Talente hat er, bescheiden und ohne Aufheben von seiner Arbeit und seiner Person zu machen, wichtige Aufgaben im organisierten Laienapostolat wahrgenommen. Nach dem Eintritt in den Ruhestand im Jahr 1989 stand er der GKS weiter als Beauftragter für Soldaten a.D. zur Verfügung. In dieser Funktion organisierte die wichtigen Seminare zur Vorbereitung auf den 3. Lebensabschnitt in Nürnberg und in Münster. In der Arbeitsgruppe „Menschenrechte“ der Deutschen Kommission Justitia et Pax, in der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände in der Erzdiözese Köln, deren Vizepräsident er war, und ebenso im Diözesanrat Köln vertrat er die GKS.

Heute erkennen wir deutlich, wie wichtig seine Mitarbeit war und wie schwer Karl-Heinz Tenschert zu ersetzen ist. (PS)

Ministerialrat Dr. Friedrich-Wilhelm von Gilsa (57), Leiter des „Kirchenreferates“ der Abteilung Verwaltung und Recht im BMVg, wurde am 35. März vom Katholischen Militärbischof DDR, Johannes Dyba, die Ehrenmedaille der Katholischen Militärseelsorge verliehen. MGv Prälat Jürgen Nabbefeld, Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes, überreichte die Medaille im Gästehaus des Militärbischofs in Bonn. Dabei dankte Nabbefeld von Gilsa für die engagierte, unkomplizierte, offene Zusammenarbeit und für seine besondere Aufrichtigkeit. (KMBA)

Dr. Karl Fell (MdB/CDU) ist wegen „Loyalitätskonfliktes“ und wohl auf Druck der Unionsfraktion von seinem Amt als Präsident des Familienbundes der Deutschen Katholiken zurückgetreten. Fell hatte sich aus familienpolitischen Gründen wiederholt von den Bonner Sparplänen abgesetzt.

PERSONALIA

Ehrungen für leitende Militärseelsorger

Papst Johannes Paul II. hat leitende Militärgeistliche der katholischen Militärseelsorge mit hohen kirchlichen Auszeichnungen geehrt: Militärgeneralvikar Monsignore Jürgen Nabbefeld (47), Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes (KMBA) in Bonn, Militärdekan Monsignore Walter Theis (57), Leiter des Referates Kirche und Gemeinde im KMBA, die Wehrbereichsdekanen Militärdekan Heinrich Hecker (59, WB VII/VIII), Militärdekan Monsignore Peter Rafoth (55, WB VI) sowie der Dekan beim Flottenkommando, Militärdekan Monsignore Walter Robrahn wurden zu päpstlichen Ehrenprälaten ernannt. Der Wehrbereichsdekan II, Militärdekan Heinz-Peter Miebach (51), wurde päpstlicher Ehrenkaplan (Monsignore). Militärbischof Johannes Dyba ehrte zudem den Wehrbereichsdekan V, Pater Johann Müller (56), mit dem Titel eines Geistlichen Rates. Die Urkunden überreichte Erzbischof Dyba in Fulda.



**Militärgeneralvikar
Jürgen Nabbefeld (47),
Leiter des Katholischen
Militärbischofsamtes
(KMBA) in Bonn**



**Militärdekan Walter Theis
(57), Referatsleiter Kirche
und Gemeinde im KMBA**



**Militärdekan Heinrich
Hecker (59), Potsdam,
Wehrbereichsdekan VII/VIII**



**Militärdekan Peter
Rafoth (55), München,
Wehrbereichsdekan VI**



**Militärdekan Joachim
Robrahn (55), Glücksburg,
Dekan Flottenkommando**



**Militärdekan Heinz-Peter
Miebach (51), Hannover,
Wehrbereichsdekan II**



**Militärdekan Pater Johann
Müller (56), Sigmaringen,
Wehrbereichsdekan V**

Fotos: Holzhauser, Ged., Kutschel (2), Lentsch (14), Fergler, Stalich, Hentschel

Da für AUFTRAG kein Foto von der „Prälaten-Ernenennung“ oder der geehrten Militärgeistlichen verfügbar war, hat die Redaktion auf den Bericht in Kompass 9/96 Seite 3 zurückgegriffen.

PERSONALIA

Der Bundesvorsitzende der GKS, Oberstleutnant (Dipl.-Ing.) und Kommandeur InstRgt 10 in Sigmaringen Karl-Jürgen Klein, und Oberstleutnant a.D. Paul Schulz, Ehrenbundesvorsitzender der GKS und Redakteur AUFTRAG, wurden bei der 15. Delegiertenkonferenz der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Organisationen (AGKOD, s.a. Bericht S. ...) für vier Jahre als Verbändevertreter ins Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) gewählt. Klein, der die GKS im ZdK vertritt und erstmals – als Nachfolger von Schulz – für einen Sitz im ZdK kandidierte, erhielt 103 von 146 Stimmen. Schulz trat die Nachfolge von **Oberst a.D. Hans Georg Marohl,** für die **Gemeinschaft Katholischer Männer Deutschlands (GKMD),** deren Vizepräsident Schulz seit 1995 ist, im ZdK an. Für ihn stimmten 111 Delegierte. **Oberstleutnant a.D. Willy Trost,** der sich als **Geschäftsführer des Katholischen Pressebundes** der Wahl stellte, wurde mit 105 Stimmen ins ZdK gewählt.

Während der 36. Woche der Begegnung hatte die Zentrale Versammlung (ZV) am 24.04.1996 bereits **Brigadegeneral Friedhelm Koch, Vorsitzender des Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“,** und **Oberstleutnant Helmut Jermer,**

Vorsitzender des Sachausschusses „Innere Führung“, ins ZdK gewählt. Mit dem **Vorsitzenden des Vorstandes der ZV, Oberst i.G. Werner Bös,** gehören sie zu den Rätevertretern in diesem höchsten Laiengremium der katholischen Kirche in Deutschland.

Auch hat **General a.D. Dieter Clauß** – ehemals DSACEUR, bis 1993 Schirmherr der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn, Vorsitzender der KAS (Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V.) und Auslandsbeauftragter des Malteser Auslandsdienstes – als Berater einen Sitz im ZdK. Damit sind vier aktive Soldaten (davon drei GKS-Mitglieder) und drei Soldaten a.D. (ebenfalls GKS) im Zentralkomitee tätig. (PS)

Edmund Rex (53) steht seit 25 Jahren als Fahrer des Leiters des Katholischen Militärbischofsamtes im Dienst der Militärseelsorge. Gleich drei Militärgeneralvikare (MGV a.D. Dr. Martin Gritz, MGV a.D. Dr. Ernst Niermann und MGV Jürgen Nabbe) gratulierten am 17. April Rex zu seinem Dienstjubiläum. Seit 1971 ist Rex über 1,4 Mio Kilometer unfallfrei gefahren. Im Bezirkspersonalrat der Katholischen Militärseelsorge vertritt er seit mehr als 20 Jahren die Belange der Arbeitnehmer. Geschätzt wird Rex vor allem wegen seiner Einsatzfreude,

Hilfbereitschaft, Zuverlässigkeit, Sorgfalt und Freundlichkeit.

Ernst Dassmann (65), emeritierter Professor für Alte Kirchengeschichte, Patrologie und Christliche Archäologie der Universität Bonn, ist von Papst Johannes Paul II. zum Päpstlichen Ehrenprälaten ernannt worden. Dassmann wurde 1931 in Coesfeld/Westfalen geboren und 1957 in Münster zum Priester geweiht. Im Jahre 1969 bekam er einen Ruf auf den Lehrstuhl für Alte Kirchengeschichte, Patrologie und Christliche Archäologie an der Bonner Universität. 1972 wurde er Direktor des Franz-Josef-Dölger-Institutes in Bonn, das sich der Erforschung des Verhältnisses von Spätantike und Christentum widmet. Seit den achtziger Jahren ist er Mitglied des Archäologischen Institutes, Berlin, der nordrhein-westfälischen Akademie der Wissenschaften, Düsseldorf, und Berater der Glaubenskommission der Deutschen Bischofskonferenz. Seit 1972 ist er Herausgeber des Reallexikons für Antike und Christentum und seit 1973 Herausgeber des Jahrbuchs für Antike und Christentum.

Bei der Bundeskonferenz der GKS im April 1993 in Duderstadt hielt Prof. Dassmann einen Vortrag zum Thema „Zeugen des Glaubens, Entstehen der Kirche in unserer Heimat“.

(PS nach DT 07.05.96)

AUTOREN UND BEITRÄGE IN DIESEM AUFTRAG

Becher, Dr. Paul

Mitarbeiter des Zentralkomitees der deutschen Katholiken; Präsident des Europäischen Forums der Nationalkomitees der Laien. Dr. Paul Becher hat den Vortrag „Prinzipien der Katholischen Soziallehre in der gesellschaftspolitischen Arbeit“ vor den Teilnehmern des Osteuropa-Seminars von UNUM OMNES, das vom 01.–05.11.1995 in Schmochtitz/Diözese Dresden stattfand, gehalten.

Bernzen, Enno

Der Autor des Beitrages, Oberleutnant der Reserve Enno Bernzen, 31, arbeitet als Referent beim Malteser-Hilfsdienst. Er war sechs Jahre Bundesvorsitzender der „aktion kaserne“.

Brockmeier, Friedrich

Stabsfeldwebel a.D., Mitglied im Sachausschuß „Konzeption und Information“ der GKS, als freier Fotograf Mitarbeiter der Redaktion AUFTRAG.

Caritas international

Auslandsabteilung des Deutschen Caritasverbandes Freiburg, leistet weltweit Hilfe für Menschen in Not. Schwerpunkt der Tätigkeit sind Not- und Katastrophenhilfe (kurzfristig) sowie Sozialstrukturhilfe (langfristig angelegte Hilfsprojekte). Partnerorganisation für 140 nationale Caritasverbände. Wer mehr wissen will schreibt an: Deutscher Caritasverband, Caritas international, PF 420, 79004 Freiburg, Tel: 0761/200-0.

Ditzer, Karl-Heinz,

Professor für Psychologie und Pastoralpsychologie an der Philosophisch-Theologischen Hochschule der Redemptoristen in Hennef/Sieg, Direktor des Bildungshauses der Diözese Hildesheim „Kloster Steterburg“ in Salzgitter. Veröffentlichungen: u.a. im AUFTRAG 219/220; „Soldatischer Dienst im Wandel – Zwischenrufe zu aktuellen Fragen“, Hrsg. GKS, 1996.

Der Beitrag in diesem Heft ist die Wiedergabe eines Vortrags im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Woche für das Leben“ der christlichen Kirchen und der Hospizarbeit Braunschweig e.V. unter dem Gesamthema: „Leben bis zuletzt: Sterben als Teil des Lebens“ am 08.05.1996 in Braunschweig.

Gerl-Falkovitz, Prof. Dr. Hanna-Barbara

Inhaberin des Lehrstuhls für Religionsphilosophie und vergleichende Religionswissenschaft an der Philosophischen Fakultät der Technischen Universität Dresden. Mitglied im ZdK. Veröffentlichungen im AUFTRAG: „Die Hälfte sein – ganz werden“ (222/1995, S. 3), „Unterwegs zur Einheit“ (213/1994, S. 11). Der hier mit freundlicher Genehmigung der Autorin in drei Teilen wiedergegebene Aufsatz ist in einer Schriftreihe hrsg. von der Katholischen Ärztarbeit Deutschlands „Ethische Entscheidungsfreiheit und kirch-

liche Bindung“, Bachem Köln, o. Jg., erschienen. Veröffentlichung im AUFTRAG: Teil I, Auftrag 223/1996, S. 63–66; Teil II: 224/1996, S. 43–45.

Görlich, Joachim Georg

Magister, freier Journalist, Schwerpunkt mittel- und osteuropäische Gesellschaften. Publiziert häufig u.a. in Deutsche Tagespost und AUFTRAG.

Granath, Siegfried

Stabsfeldwebel, Soldat seit 1965; 1991 Versetzung ins Zentrum für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr als Rüstungskontrollinspektor; Teilnahme an verschiedenen multinationalen Kontrollinspektionen vor allem in Ländern des ehemaligen Warschauer Paktes. Veröffentlichung „Verifikation und Abrüstung – Neue Aufgaben in der Bundeswehr“ in AUFTRAG 208/1994, S. 127–130.

Grulich, Dr. Rudolf

Wiss. Leiter des Instituts für Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien e.V. in Königstein/Ts. Mehrere Veröffentlichungen im AUFTRAG, zuletzt: „Omarska liegt im neunten Kreis der Hölle“, ein erschütternder Bericht über den Kriegsalltag im serbisch besetzten Teil von Bosnien-Herzegowina. Erschienen in: Heft 224/1996, S. 52.

Klein, Karl-Jürgen

Oberstleutnant, Dipl.-Ing., Regimentskommandeur in Sigmaringen; seit 1995 Bundesvorsitzender der GKS.

Kury, Annemarie

engagierte, ehrenamtlich tätige Frau, die auf Grund ihrer Lebensgeschichte sich privat in der humanitären Bosnien-Hilfe für Menschen in Not einsetzt.

Roth, Prof. Dr. Paul

von 1962–1990 im wissenschaftlichen Dienst der Bundeswehr tätig, zuletzt als Professor für Politikwissenschaft und Publizistik an der Universität der Bundeswehr München.

Ruffing, Dr. Andreas

Dipl. Theol., Referent der Kirchlichen Arbeitsstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit in den deutschen Diözesen Fulda; Redakteur von „Mann in der Kirche“, Informationen und Impulse für Männerseelsorge und Männerarbeit. Der Beitrag ist der Dokumentation des Osteuropaseminars 1995 von UNUM OMNES, erschienen in „Mann in der Kirche“ Heft 1/1996 entnommen.

Schütz, Norbert M.

Kapitän zur See a.D., Gründungsmitglied des Königsteiner Offizierskreises (KOK), langjähriger Vorsitzender des GKS-Kreises Bonn, Mitglied im Sachausschuß „Sicherheit und Frieden“ der GKS.

Stuff, Eckard

Journalist, am Sender Freies Berlin zuständig für die Aus- und Weiterbildung des Nachwuchses und der Mitarbeiter. Veröffentlichungen in AUFTRAG 223 u. 224.

Ursprung, Monsignore Carl

Militärdekan, Katholischer Wehrbereichsdekan und Geistlicher Beirat der GKS im Wehrbereich IV Mainz.

Versöhnung suchen – Leben gewinnen

Herausgeber dieser Information zur Ökumenischen Versammlung: Sachausschuß Ökumene und Sachausschuß Frieden, Entwicklung und Mission des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum Köln; Erzbischöfliches Generalvikariat, Abteilung Gemeindepastoral, Köln

Wolf, Günter

Oberleutnant der Reserve, freier Journalist, schreibt u.a. für den „Bonifatiusboten“, Kirchenzeitung für das Bistum Fulda, und die regionalen Fuldaer Zeitungen.

BUCHBESPRECHUNGEN

Ivo Pilar: Eine Geschichte Kroatiens, Serbiens, Bosniens. Bearbeitet von Michael Ackermann, 3. Auflage, 256 Seiten, hrsg. von Rudolf Grulich und Ortfried Kotzian in: Heiligenhofer Studien zu Volkstumsfragen, Bd. 3, 1995.

Bestellung: Verlagsbuchhandlung U. Sulek, Bonner Straße 360, 50968 Köln, Telefax 0221 / 343838.

Der Nationalökonom, Soziologe und Historiker Dr. Ivo Pilar hat hier eine ausführliche und allgemeinverständliche Geschichte der Kroaten, Bosnier und Serben beschrieben. Sein 1918 erschienenes Buch enthält nicht nur aufschlußreiche Enthüllungen, sondern auch eine für viele erst heute wahrnehmbare düstere Prophetie. Pilar beschreibt die 1300jährige Geschichte dreier sehr verschiedener Kulturkreise, die relativ friedlich nebeneinander existiert haben. Ihre Zwangsvereinigung 1918 führte in Katastrophen.

Pilar legt den Schwerpunkt auf die Religionsfrage: katholische Kroaten und Bosnier, orthodoxe Serben, bogumilische und muslimische Bosnier.

Der Autor beschreibt die Kroaten als ein seit dem Mittelalter zwischen universalistisch-lateinisch-römisch-katholischen und nationalslawischen Elementen zerrissenes Volk. Er analysiert das Bogumilentum in Bosnien, jene an den Frühsozialismus erinnernde synkretistische Religion.

Ausführlich beschreibt Pilar die Idee des Allserbentums, basierend auf byzantinisch-orientalischen Gesellschaftsriten, und der Entwicklung des serbischorthodoxen Patriarchats.

Stammesvertreibungen, Eroberungszüge und Partisanenkämpfe durchziehen die 1400jährige südslawische Geschichte; Pilar gibt die Dramatik in einem spannend geschriebenen Buch wieder.

Noel Malcolm: Geschichte Bosniens. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1996, 384 Seiten.

Noel Malcolm, britischer Historiker und politischer Kolumnist des Daily Telegraph, hat die Geschichte Bosniens vom Mittelalter bis zum Friedensabkommen von Dayton nie-

dergesprochen. Für ihn ist das Vielvölkerland Bosnien Opfer eines Raub- und Vernichtungskrieges, der von nationalistischen Serben in das Land hineingebracht wurde. Das im großen und ganzen funktionierende Zusammenleben der muslimischen, orthodoxen und katholischen Bevölkerungsteile war den fanatischen Nationalisten ein Dorn im Auge. Damit räumt Malcolm auch mit der im Westen zunächst akzeptierten Legende vom „Bürgerkrieg in Jugoslawien“ auf. „Wenn man auf die Geschichte dieses Krieges zurückschaut, sieht man, daß die wirklichen Gründe für die Zerstörung Bosniens von außen gekommen sind, und zwar zweimal: zum einen in der Form der politischen Strategie der serbischen Führung und zum anderen in der Form der Verständnislosigkeit und der fatalen Einmischung der westlichen Politiker.“

Völlig zu Recht bekommen sowohl westliche Politiker wie auch die UNO ihre Mitverantwortung für die Zerstörung Bosniens von Noel Malcolm bestätigt: „Die Reaktion der internationalen Gemeinschaft war insgesamt

verworren oder falsch. Als die Kämpfe in Bosnien begannen, war die UNO eben dabei, ein Hauptquartier in Sarajevo und Stützpunkte in einigen nordbosnischen Städten einzurichten, um ihre friedenserhaltenden Maßnahmen in Kroatien durchführen zu können. Anfang Mai (1992) schloß Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali den Einsatz von UN-Streitkräften zur Erhaltung des Friedens in Bosnien aus, und am 16. Mai wurden die meisten der bereits in Sarajevo stationierten UN-Soldaten abgezogen. Zwei Wochen später gab Boutros-Ghali einen Bericht heraus, in dem im wesentlichen der PR-Stadtpunkt Milosevics wiederholt wurde, daß nämlich die Armee und die paramilitärischen Kräfte in Bosnien „unabhängig, seien und mit Belgrad nichts zu tun hätten. Damit sollten Sanktionen gegen Serbien für unbegründet erklärt werden.“

Vornehmlich die beteiligten britischen Politiker John Major, Lord Carrington, Lord Owen bekommen von Malcolm attestiert, daß sie grundsätzlich versagten. Es war wohl vornehme britische Zurückhaltung, daß deutsche Namen in diesem Abschnitt der Geschichte Bosniens überhaupt nicht auftauchen. Schließlich kritisiert Noel Malcolm das Abkommen von Dayton, weil es zur einer de-facto-Teilung führt. Für ihn war es „ein befremdliches Ende eines Konflikts, der durch den schnellen Zusammenbruch der serbischen Streitkräfte in Nordwest-Bosnien im September und Oktober 1995 einer Beendigung auf direktem militärischen Wege so nahe gekommen war“. Hier kritisiert er die Amerikaner dafür, daß sie ausgerechnet in diesem Moment und nachdem sie drei Jahre die europäischen Regierungen dafür kritisiert hatten, daß sie militärische Maßnahmen scheuten, den Sieg verschenkten und Verhandlungen vorzogen. Die falsche Interpretation der bosnischen Geschichte und damit die akzeptierte Legende vom „Bürgerkrieg“ ist somit nach Malcolms Ansicht ein Grund für die falsche Handlungswelse der westlichen Politiker und ihrer Bereitschaft Bosnien aufzuteilen. (Eckhard Stuff)

Colin Powell: Mein Weg. Piper Verlag, München 1996, 656 Seiten mit 40 Seiten Bildteil.

Das letzte Mal machte Colin Powell im November 1995 Schlagzeilen, als er verkündete, daß er zur Präsidentschaftskandidatur nicht bereit sei. Dieses war eine kleine Sensation, denn Umfrage-Ergebnisse sahen den liberalen Republikaner in der Wählergunst als chancenreichen Herausforderer von Präsident Clinton.

Kein Zweifel, Colin Powell ist eine interessante Persönlichkeit. Noch vor

einer Generation wäre eine solche Karriere für einen schwarzen Jungen aus der Bronx unvorstellbar gewesen. Auch das hat ihn sicher bewogen, diese Memoiren zu schreiben:

„Mein Buch erzählt von einem schwarzen Jungen aus einer bescheidenen Einwandererfamilie, dem keine großen Erwartungen in die Wiege gelegt wurden. Dieser Junge wuchs in der Süd-Bronx auf und brachte es schließlich zum Nationalen Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten und zum Vorsitzenden der Vereinten Stabchefs der US-Streitkräfte.“

Gerade für den deutschen Leser ist dabei die für Amerikaner so charakteristische Liebe zum eigenen Land, zu der sich auch Colin Powell ausdrücklich bekennt, bemerkenswert. Colin Powell ist getragen von dem Glauben daran, daß seine persönliche Geschichte, seine erstaunliche Karriere, nur in Amerika möglich war. Colin Powell, der sich für seine Erinnerungen die Unterstützung eines erfahrenen Biographen sicherte, bringt seine erstaunliche Karriere dem Leser auf anschauliche Art nahe: Als Soldat in Deutschland und in Vietnam, im Stab des Verteidigungsministers unter Präsident Carter, dann im Stab des Weißen Hauses unter Präsident Reagan, schließlich Nationaler Sicherheitsberater des Präsidenten und unter den Präsidenten Bush und Clinton Vorsitzender der Vereinten Stabchefs.

Interessant sind die sehr persönlichen Portraits, die Colin Powell dabei von führenden Vertretern der amerikanischen Politik zeichnet, insbesondere aus der Reagan- und Bush-Administration. Beispielfhaft wird dabei auch der passive Führungsstil von Ronald Reagan deutlich. Ebenso räumt Colin Powell mit der Legende auf, daß der verantwortliche General Norman Schwarzkopf bei der „Operation Wüstensturm“ für eine Verlängerung der Kriegshandlungen gegen den Irak eingetreten sei: General Schwarzkopf sowie alle Berater des Präsidenten waren seinerzeit mit dem Abbruch der Kampfhandlungen einverstanden. Eine Debatte darüber fand nicht statt.

Colin Powell gibt mit seinen Erinnerungen nicht nur einen Einblick in das Machtzentrum der Vereinigten Staaten; er gibt vor allem ein Beispiel für eine glänzende amerikanische Karriere. (Eckhard Stuff)

Eckhard Bieger: Das Kirchenjahr – zum Nachschlagen. Butzon & Bercker Kevelar, 400 S., Paperback.

Der Gelehrte Eckhard Bieger, bekannt aus seiner kirchlichen Medienarbeit, hat hier ein bemerkenswertes Nachschlagewerk geschaffen. Ursprünglich für Journalisten und in der

Bildungsarbeit Tätige gedacht, eignet sich dieses Buch sicherlich für einen weiten Kreis interessierter Laien und das aus beiden großen kirchlichen Konfessionen.

In dem als Nachschlagewerk konzipierten Buch wurden die christlichen Feiertage in ihrer Entstehung, Bedeutung und dem Brauch zum jeweiligen Fest dargestellt.

Es ist überraschend, wieviel auch der sicherlich nicht Gleichgültige und in seinem Glauben Kenntnisreiche an Informationen finden kann, die ihm nicht bekannt oder in dieser Form nicht bewußt waren. Es geht in diesem Nachschlagewerk darum, den Sinn des Kirchenjahres in seinen Fixpunkten wieder deutlich zu machen. Zusätzlich werden auch Ideen und Vorschläge aufgegriffen, wie und in welcher Form die Festtage in die heutige Welt umgesetzt werden könnten.

Ein lohnend und lobenswertes Werk, dem eine weite Verbreitung zum Nutzen und Frommen seiner Leser und deren Umfeld zu wünschen ist.

(Willy Trost)

Petra Probst, Ulrike Schulteis: Wie lange ist ein Jahr? Thienemann Verlag Stuttgart, 32 Seiten, laminierter Pappband.

Die Geschichten von Ulrike Schulteis sind in zauberhafter kindgerechter Form von Petra Probst illustriert.

In diesem Bilderbuch wird die Geschichte von Sophia erzählt, die an ihrem 5. Geburtstag ihre Mutter fragt, wie oft sie noch schlafen muß, bis der nächste Geburtstag da ist. Die Mutter erzählt über das Jahr, das folgen wird.

An den Fixpunkten des Jahres werden Kurzgeschichten erzählt und bebildert, die den Kindern das Jahr in seinem Ablauf bildhaft erläutern.

Ein zum Vorlesen und Erklären sehr gut geeignetes Bilderbuch für größere Geschwister, Eltern und Großeltern, die Zeit vertreiben und gleichzeitig die Phantasie anregen und Grundkenntnisse über den Jahreslauf vermitteln möchten.

(Willy Trost)





Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen des GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit nunmehr 40 Jahren begleitet.



Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint mind. sechsmal jährlich. Herausgeber: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN, Breite Straße 25, 53111 Bonn. Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur. Zuschriften: Paul Schulz, PF 3768, 51537 Waldbröl, Tel/Fax: 02291-900461. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten. Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn-Buschdorf. Überweisungen auf: Konto-Nr. 2532786 BLZ 380 400 07 Commerzbank Bonn, Zweigstelle Adenauerallee: Katholische Soldatenseelsorge – Anstalt des öffentlichen Rechts – Vermerk: "Spendenkonto der GKS". Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von DM 5,- an den ausliefernden Köllen Verlag.